

#SayTheirNames

**Die rassistischen Morde
in Hanau Feb.2020**

**Stellungnahmen, Textsammlung u.
Presseauswertung**

Stand Januar 2021

**Kontakt: Infoladen Schwarzmarkt (Archiv)
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg**

schwarzmarkt.noblogs.org/archiv

schwarzmarkt-archiv@riseup.net

Durch ein rassistisches Nazi-Massaker in Hanau am 19.2.2020 ermordet!



Vili Viorel
Păun



Said Nesar
El Hashemi



Fatih
Saraçoğlu



Sedat
Gürbüz



Gökhan
Gültekin



Kalojan
Welkow



Hamza
Kurtović



Mercedes
Kierpacz



Ferhat
Ünvar

Nichts vergeben! Nichts Vergessen!



#SayTheirNames

Am Abend des 19. Februar 2020 wurden neun Menschen in der hessischen Stadt Hanau erschossen. Sie waren Eltern, Kinder, Geschwister, Freunde, Kolleg_innen, Genoss_innen, Nachbar_innen... Sie alle wurden Opfer eines Rassisten.

Sie hießen
Fatih Saraçoğlu
Ferhat Unvar
Gökhan Gültekin
Hamza Kurtović
Kalojan Velkov
Mercedes Kierpacz
Said Nesar Hashemi
Sedat Gürbüz
Vili Viorel Păun
 und Gabriele Rathjen.

Sie war die Mutter des Täters Tobias Rathjen.



Ob der letzten Tat auch ein extrem rechtes Motiv zugrunde lag, können wir nicht sagen. Die extrem rechten Attacken häufen sich in zunehmender Geschwindigkeit. Es war vorhersehbar und es wurde vorhergesehen. Nicht nur von organisierten Antifaschist_innen, sondern vor allem von denen, die im Mainstream von CDU bis C18, von Boris Palmer bis Björn Höcke, von Chemnitz bis Erfurt, von Bild-Zeitung bis zum Polizisten-Chat als Auszugrenzende ausgemacht werden. Getroffen werden sollen die, die sich nicht entziehen können. Die aus der Gesellschaft geworfen werden sollen. Sie sagen es schon lange. Aber sie werden zu wenig gehört, trotz anderslautender Beteuerungen, jedesmal aufs neue vergessen. Dabei sagen sie es laut, den Satz, der zur Zeit oft und eindringlich zu hören ist: „Wir werden angegriffen!“ Er ist eine wütende Aufforderung zur Verteidigung, zum Handeln, zur Solidarität. Aber zugleich ist er auch eine Aufforderung an jede_n einzelne_n, zu reflektieren: Wie und mit wem wollen wir leben? Welche Zukunft muss ich verteidigen? Wann beginne ich zu Handeln, mehr zu machen? Wo kann ich meine Risikobereitschaft erhöhen, Prioritäten im Alltag verschieben?... Dieser Satz muss heute von jedem und jeder Antifaschist_in im Imperativ verstanden werden:

Verteidigen! Schützen! Unterstützen! – WIR werden angegriffen!

Redaktionsschluss dieser Ausgabe war März 2020



Unser Redebeitrag zum Anschlag in Hanau

gehalten am 20. Februar 2020 bei den Kundgebungen in Berlin, Hamburg und Köln

Quelle: <https://www.nsu-tribunal.de/trbntl-redebeitrag-hanau/>

Wir senden den Betroffenen des Anschlags von Hanau, ihren Angehörigen, FreundInnen und Bekannten unsere Solidarität und unser Mitgefühl. Heute um 18 Uhr findet in Hanau eine Trauerfeier statt und an vielen Orten in Deutschland demonstrieren gerade Menschen aus Solidarität mit den Betroffenen des rechten Terrors, gegen die Neonazi-Mörder und gegen ihre geistigen Vorbereiter und Verbündeten. Die Familien der Toten und Verletzten haben sich gewünscht, dass heute Abend viele Menschen auf die Straßen gehen und ihrer Toten gedenken.

Soweit wir bisher wissen, heißen die Opfer von Hanau:

Ferhat Ünvar

Gökhan Gültekin

Mercedes Kierpacz

Kalojan Welkow

Fatih Saraçoğlu

Sedat Gürbüz

Said Nesar El Hashemi

Vili Viorel Păun

Hamza Kurtović

neuntes Todesopfer (Identität unbekannt)

zehntes Todesopfer (Frau R.)

Sie kommen aus polnischen, türkischen, kurdischen, bosnischen und afghanischen Familien. Für die Nazis gehören sie nicht hierher. Für uns schon. Alle, die hier sind, sind von hier! Und bleiben hier! Heute und morgen und in aller Zukunft. Migration ist unumkehrbar! Und das Problem heißt nicht Migration. Das Problem heißt Rassismus!

Alle diese Taten richten sich gegen die Gesellschaft der Vielen

Wieder einmal müssen wir binnen kurzer Zeit zu einem traurigen Anlass auf die Straße gehen. Das letzte Jahr endete mit dem Anschlag in Halle, das neue beginnt mit dem kaltblütigen Massaker in Hanau. Und wieder einmal zeigt sich: Rassismus und Antisemitismus sind in der Neonazi-Ideologie der selbsternannten Übermenschen untrennbar verbunden. Der Angriff auf migrantische Läden, steht für Hass auf alles Andere, ein Hass, der migrantisches, Schwarzes und jüdisches Leben überall dort bedroht, wo es öffentlich sichtbar wird. Die Morde in Hanau in und vor der Arena Bar, und der Anschlag von Halle, sie erinnern uns auch an die rassistischen NSU-Morde. Sie erinnern uns an das Attentat am Münchner Olympia Einkaufszentrum, an den Mord an Burak Bektash und an Luke Holland – und auch an die Anschlagsserie auf linke Menschen und Läden in Neukölln.

Alle diese Taten richten sich gegen die Gesellschaft der Vielen. Sie richten sich gegen uns. Wir sind Migrant*innen, Antifaschist_innen, Geflüchtete, wir sind Schwarze Deutsche, Feminist*innen, Jüd_innen, wir sind Romnja und Queers. Wir wissen, was es heißt, das eigene Leben und die eigene Existenz zu

verteidigen – für viele von uns ist es nicht das erste Mal. Es ist nicht das erste Mal und auch deshalb wollen wir nichts mehr hören von Einzeltätern und wir wollen auch nichts mehr hören von Hufeisentheorien. Es gibt keine rechten „Einzeltäter“. Die Täter von Halle, Kassel und Hanau wissen sich als Teil eines weltweiten „Netzwerks von Kameraden“, so hat das schon der NSU formuliert. Das milde Urteil im NSU-Prozess war ein Fanal für die Nazis in diesem Land loszuschlagen. Lübcke, Chemnitz, Halle, Hanau, Prepper, der Harte Kern, Combat 18, Reichsbürger und toxische Kriegermännlichkeiten wähen sich im Endkampf. Spätestens nach den Hetzjagden von Chemnitz und den Wahlerfolgen der AFD wäht sich dieses Netzwerk in der Offensive.

Rassismus und Antisemitismus zeigt sich auch darin, dass den Betroffenen nicht zugehört wird

Bernd Höcke hat am Samstag zum Umsturz aufgerufen, der Mörder von Hanau ist gestern in sein Auto gestiegen und ist dem Aufruf gefolgt. Doch der Täter ist in seinem Wahn nicht allein. Rassismus und Antisemitismus sind in der deutschen Gesellschaft fest verankert: als Verschwörungstheorien, als Wunsch nach einem „Schlussstrich“, als Auslagerung von Antisemitismus als Problem von Zugewanderten und von Rassismus als Problem von „extremen Rändern“, als Verklärung und Verleugnung der Verstrickung von Eltern und Großeltern in den Nationalsozialismus. Rassismus heißt aber auch als Abschiebehaft, Tote im Mittelmeer und Kriminalisierung von Seenotrettung und von Antifaschismus.

Rassismus und Antisemitismus zeigt sich auch darin, dass den Betroffenen nicht zugehört wird und sie nicht geschützt werden. Das wissen wir von den NSU-Morden. Wir haben gelernt: Auf Staatsanwaltschaften und auf Gerichte, die, wie im NSU-Prozess, zu Nazinetzwerken und zu institutionellem Rassismus in der Polizei schweigen, können wir uns nicht verlassen. Auf den Verfassungsschutz erst recht nicht. **Wir fordern, dass er endlich aufgelöst wird!** Wir fordern auch:

- die vollständige Aufdeckung der Netzwerke von Tobias R,
- die sofortige Entwaffnung der bekannten Neonazis,
- die Verhaftung der fast 500 flüchtigen Neonazis in Deutschland, die mit einem Haftbefehl gesucht werden. Werden sie überhaupt gesucht?
- die Zerschlagung des NSU-Komplexes, eine Aufklärung der Netzwerke und Strukturen, in die Rechtsterrorismus eingebettet ist.
- Und wir fordern: Schluss mit der Hufeisentheorie. Wer jetzt immer noch undifferenziert von Extremismus spricht und Antifaschismus mit Nazis/AFD gleichsetzt, verharmlost und fördert rechten Terror in Almany.

Wir haben all das schon oft gefordert. Auch deshalb: Es reicht uns! Wir haben kein Vertrauen mehr in Politiker*innen, die ihre Fassungslosigkeit äußern und Landtagssitzungen absagen, aber nicht endlich konsequent gegen rechten Terror vorgehen. Auch viele Medien machen weiter, als hätte es den NSU-Komplex nicht gegeben. Der Focus schrieb heute morgen von „Shisha-Morden“. Es reicht!

Rassismus ist der Zement der deutschen Gesellschaft. Doch dieser Zement bröckelt.

Wenn Angela Merkel jetzt von Rassismus „als Gift in unserer Gesellschaft“ spricht, dann ist das leider nur die halbe Wahrheit: Rassismus ist der Zement der deutschen Gesellschaft. Doch dieser Zement bröckelt. Warum bröckelt er? Weil Migrant*innen in dieses Land kommen, seit Jahrzehnten. Sie behaupten sich hier gegen alle Widerstände und bauen sich ein gutes Leben auf. Sie sorgen dafür, dass starren Vorstellung von Volk eine lebendige lebendige Gesellschaft der Vielen entgegensteht. Dafür, dass Heymat aus konkreten Beziehungen besteht und nicht aus mythischen Wahnvorstellungen. Der rassistische Zement bröckelt auch wegen dem Einsatz der Betroffenen und unserer Solidarität. Es waren die Betroffene und Angehörigen der

NSU-Morde, die 2006 in Kassel auf die Straße gingen und die bundesdeutsche Gesellschaft auf die wahren Täter aufmerksam machten, als staatliche Behörden und Politiker sich noch ahnungslos gaben. Ihr Einsatz gegen Verleumdung und Vertuschung hat uns viel gelehrt und die Augen geöffnet.

Heute zeigen wir unsere Solidarität mit den Angehörigen der Opfer und allen Menschen, die von Rassismus bedroht werden. **Am Samstag bitten wir Euch alle nach Hanau zu fahren, dort findet um 14 Uhr eine bundesweite Solidaritätsdemonstration statt.** Ob in Hanau, Halle, Chemnitz oder Berlin: Wir müssen und werden die Gesellschaft der Vielen verteidigen. Migrantifa! Yalla Yalla Antifascista!

140m² gegen das Vergessen

Die Initiative 19. Februar Hanau hat einen Ort geschaffen, um aktiv gegen das Vergessen zu kämpfen

(12.05.2020 <https://19feb-hanau.org/> und <https://www.freitag.de/autoren/seda/140qm-gegen-das-vergessen>)

Wie viele Quadratmeter sind genug, um nicht zu vergessen? Wie viele Tage, Monate, Jahre sind genug, um nicht zu vergessen? Wie viele Blumen, Kerzen und Tränen sind genug, um nicht zu vergessen?

Am Dienstag, den 5. Mai 2020 eröffneten wir, die Initiative 19. Februar Hanau, unseren so liebevoll genannten "Laden" in der Krämerstraße 24 in Hanau. Aber natürlich ist es kein Laden, wir verkaufen nichts. Es hat sich bei uns allen so eingebürgert, dass wir es unseren "Laden" nennen. Es sind nicht nur die 140m², in die wir jeden Tag unser Leben mitnehmen und versuchen, von dort aus noch irgendwie klar zu kommen. Es sind die 140m², in denen die Tür von morgens bis abends offen steht, in die die Mütter und Väter, Brüder und Schwestern, Töchter und Söhne der am 19. Februar Ermordeten zusammenkommen und ihren Schmerz ohne Worte teilen können. Denn wie findet man die richtigen Worte für einen derart unbeschreiblichen Schmerz?

Wir, die Initiative 19. Februar Hanau, haben diesen Ort, diesen Raum, dieses neue Zuhause gemietet, um den Hinterbliebenen und Trauernden und allen Menschen, die sich von dieser schrecklichen Tat bewegt und berührt fühlen, gefunden, gemietet und eröffnet. Hier kommen Angehörige und Betroffene mit genau demselben Schmerz, demselben Trauma, demselben tiefen, niemals zu füllenden Loch zusammen und ehren ihre Verlorenen in so vielen verschiedenen Formen - und das alles ohne ein Wort verlieren zu müssen. Sie fühlen alle dasselbe, sie fragen sich alle dasselbe, sie sehnen sich alle nach demselben. Nach ihren Kindern, die sie verloren haben. Der Raum fühlt sich für sie bereits an, wie das neue Zuhause ihrer Kinder. Wenn sie hier sind, sagen sie, sind sie bei ihnen zu Besuch. Sie schenken dem "Laden", dem Heumarkt, dem Ort, an dem diese Horrornacht ihren Anfang fand, neues Leben. Wir wollen unsere Stadt und ihre Menschen nicht der Trauer und der Angst überlassen. Wir wollen das Geschehene nicht tatenlos stehen lassen. Hanau ist nicht Terror. Hanau ist nicht Rassismus. Hanau ist nicht tot. Wir wollen uns nicht mehr als Opfer sehen, wir wollen nicht mehr schweigen und schon gar nicht wollen wir uns verstecken. Die Tür ist immer offen. Wir sind immer da. Wir machen keine

Termine. Jeder, der kommen will, der jemanden zum Reden braucht oder der sich einfach nur Fotos seiner Schwester, seines Bruders, seiner Tochter oder seines Sohnes ansehen oder aufhängen will; jeder, der einfach helfen, unterstützen oder ein unterstützendes und motivierendes Wort aussprechen will, kann kommen. Wir haben am 5. Mai erstmals offiziell eröffnet, doch die Tür steht seit dem 1. April offen für alle. Wir haben die letzten Wochen mit Schweiß und Tränen, mit den Vätern und Müttern, den Brüdern und Schwestern der Opfer gemeinsam einen Ort errichtet, der nicht nur den Heumarkt, der nicht nur Hanau, sondern uns alle daran erinnern soll, dass unsere Stadt seit dem 19. Februar 2020 nicht mehr dasselbe sein wird. Ein Ort, der den Angehörigen und Hinterbliebenen und allen Betroffenen einen Raum bieten soll, in dem man sich sicher fühlt, in dem man aktiv werden kann und Solidarität mit seiner gesamten Präsenz zum Vorschein bringen oder auch einfach nur einen Çay mit uns trinken kann.

Nicht nur unsere Tür ist offen, wir sind es auch. Was auch immer sich die Angehörigen unter Erinnerung, Tribut, Trauer und Widerstand, unter Stärke und Kraft vorstellen, das alles können sie mitbringen und hier mit Gleichgesinnten teilen. Es ist nicht nur ein Raum des Zusammenkommens, es ist ein Raum des Zusammenseins und des Zusammenbleibens. Denn wir bleiben. Wir vergessen nicht, wir schauen nicht weg, wir sind da. Einfach da. Zu jeder Zeit und für Jeden.

Für das Bleiben brauchen wir Unterstützung. Wir sind und bleiben unabhängig und der Erhalt des Ladens ist auf Spenden angewiesen.

Wir sind für jede Spende dankbar.

Re:volt magazin , 21.02.2020

Linksrechtslinksirreinzeltäter!

In Hanau erschoss ein Mann am Abend des 19. Februar 2020 neun Menschen in zwei Shisha-Bars. In seinem Bekennerschreiben, das vor Rassismus, Misogynie und Verschwörungsphantasien überquillt, ist ganz offen die Rede davon, dass mehrere "Völker komplett vernichtet werden" müssen. Der rechtsterroristische Charakter seines Vorgehens ist offensichtlich: dem Inhalt des Bekennerschreibens nach, wie auch in der Wahl der Opfer. Möchte man zumindest meinen.

Politiker*innen bekunden bundesweit ihre Bestürzung und ihre Anteilnahme. Allerdings trägt ihr öffentlicher Umgang mit Taten wie dieser oft dazu bei, dass der rechte Terror weiter um sich greifen kann. Ob aus Sorge, der eigene Anteil am Versagen in der Verhinderung rechter Anschläge könnte offensichtlich werden oder aus politischem Kalkül: Die Äußerungen vieler Repräsentant*innen staatlicher Institutionen bewegen sich nach der Tat in Hanau, wie bei vergangenen rechten und neonazistischen Terrorattacken, auf einem Kontinuum zwischen Verharmlosung und der aktiven Bereitung des Nährbodens rechter Gewalt.

Mit besonderer Schamlosigkeit stechen nach den Morden in Hanau Twitter-Meldungen von Sigmar Gabriel (SPD) und Hans Georg Maaßen (ehemaliger Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz) hervor. Ersterer stellt die Erschießung von neun Menschen auf eine Stufe mit vermeintlicher Sachbeschädigung durch Linke, während Letzterer die Tat nutzt, um erneut gegen realsozialistische politische Systeme zu polemisieren und Antifaschist*innen mit Nazis gleichzusetzen. Nicht anders zu erwarten und dennoch an Ekelhaftigkeit kaum zu überbieten, äußern sich Mitglieder der AfD zum Anschlag und instrumentalisieren

beziehungsweise relativieren die Tat. So betreibt der Berliner AfD-Mann Georg Pazderski (MdB) eine klassische Täter-Opfer-Umkehr: Er fragt, ob das wirklich noch „das 2017 von der #Merkel-#CDU beschworene 'Deutschland in dem wir gut und gerne leben'“ sei; während Jörg Meuthen (AfD) im stets wiederholten Einzeltäter-Sermon davon schwadroniert, die Tat sei „weder rechter noch linker Terror“ sondern „die wahnhaftige Tat eines Irren“. Den Gipfel der Relativierung legte mal wieder „Vogelschiss“-Gauland (AfD) hin: „Terror ist es ja meistens erst, wenn irgendein politisches Ziel erreicht werden soll. Bei einem völlig geistig Verirrten seh‘ ich kein politisches Ziel.“

Wie nach dem Mord an Walter Lübcke, dem Anschlag in Halle, nach dem Aufliegen faschistischer Organisationsgruppen in Bundeswehr und Polizei oder nun nach dem Massaker in Hanau: immer wieder wird die Mär von verwirrten und sich isoliert im Internet radikalisierenden Einzeltätern beschworen, womit Rassismus und Menschenfeindlichkeit als strukturelles gesellschaftliches Problem verschleiert werden. Dass tatsächlich in vielen Fällen weit verzweigte Nazi-Terrornetzwerke und oft auch Verstrickungen mit staatlichen Apparaten hinter diesen Taten stehen, wird häufig sehr viel später und oftmals erst durch die engagierte Recherche antifaschistischer Aktivist*innen offengelegt.

Schon nach der Selbstenttarnung des NSU wurde offensichtlich, dass in der bürgerlichen Politik kein Interesse daran besteht, rechte Mordtaten vollständig aufzuklären und die Netzwerke, aus denen heraus sie begangen werden, zu zerschlagen. Seit Jahren und trotz zahlreicher handfester Indizien dafür, dass der NSU in komplexe rechte Strukturen eingebunden war, die bis in staatliche Behörden reichen, wird die Behauptung eines allein handelnden Terror-Trios aufrechterhalten, das nur punktuell Hilfe durch Unterstützer*innen bekam. Als ehemaliger Verfassungsschutz-Präsident spielte Hans-Georg Maaßen dabei eine nicht unwesentliche Rolle.

Die Strategie der Verharmlosung, des Herunterspielens und der Gleichsetzung von rechtem Terror mit linkem Aktivismus ist zum Steckenpferd vieler Politiker*innen geworden – und zwar weltweit. Wellen schlug Donald Trumps Statement nach dem Attentat in Charlottesville 2017, für das er antifaschistischen Demonstrant*innen eine Mitschuld gab. Weniger prominent, dafür in eine ähnliche Richtung deutend, waren die Äußerungen Silvio Berlusconis nach dem rechten Anschlag im italienischen Macerata 2018, der Geflüchtete als „soziale Bombe“ bezeichnete und des australischen Senators Fraser Annings, der nach dem terroristischen Massenmord in Christchurch 2019 in einer Twitter-Nachricht einen kausalen Zusammenhang zwischen Immigration und rechter Gewalt unterstellte. In zahlreichen vom Rechtsruck betroffenen Ländern schaffen Politiker*innen mit solchen Aussagen ein Klima, in dem sich Nazis sicher fühlen in dem Bewusstsein, dass ihre Taten bagatellisiert, wenn nicht sogar gebilligt werden. Ein solches Vorgehen ist eine Verhöhnung der Opfer und eine gefährliche Verharmlosung rechtsterroristischer Taten.

Was bleibt, ist den geistigen BrandstifterInnen nicht die Deutungshoheit über Anschläge wie in Hanau durch ihr rechtes Framing zu überlassen und endlich auch die Mitschuld der bürgerlichen Politik an der zunehmenden Gewaltbereitschaft der RassistInnen klarer zu benennen. Es ist jetzt die Zeit, auf die Straßen zu gehen und lautstark gegen den faschistischen Terror und seine Wegbereiter*innen zu demonstrieren. Wenn Stimmen angehört werden, dann müssen es die Stimmen der Betroffenen und ihrer Nächsten sein, die viel zu oft in Krokodilstränen (alter) weißer Männer in Ämtern und Würden mit Floskeln à la „ein Angriff auf uns alle“ ertränkt werden. Es sind dieselben, die in den letzten Jahrzehnten gegen Geflüchtete, Ausländer*innen, Arbeitslose gehetzt und allesamt miteinander den neoliberalen Umbau in Deutschland betrieben haben, die jetzt vom „Wir, die Demokraten“ schwafeln im Angesicht dessen, dass RechtspopulistInnen und Neonazis die Ergebnisse jener Hetze und des neoliberalen Gegeneinanders besser auszunutzen wissen als „unsere Demokraten“. Diesem „Wir“ sollten wir uns als antifaschistische revolutionäre Linke verweigern.

Statement zu dem rassistischen Terroranschlag in Hanau und die politischen Folgen

(<https://glitzerkatapult.noblogs.org/post/2020/04/08/statement-zu-dem-rassistischen-terroranschlag-in-hanau-und-die-politischen-folgen/> 08.04.2020)

Wir sind wütend und unser tiefes Mitgefühl gilt den Angehörigen und Freund*innen von Ferhat Unvar, Hamza Kurtović, Mercedes Kierpacz, Kaloyan Velkov, Sedat Gürbüz, Vili Viorel Păun, Gökhan Gültekin, Said Nesar Hashemi, Fatih Saraçoğlu.

Der rassistische Anschlag vom 19. Februar in Hanau kommt leider nicht überraschend. Er fügt sich ein in eine ganze Reihe rassistischer Anschläge und Attentate – vom Oktoberfestattentat, Solingen, Mölln, Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda vor den 2000er Jahren – über brennende Unterkünfte für Geflüchtete, NSU-Komplex, Walter Lübcke, Oury Jalloh, Burak Bektaş, Luke Holland, Halle 9.10.19. Dieser Anschlag ist ein Beispiel für die Kontinuität von rassistischem und rechtsextremen Terror in Deutschland. In Berlin fand daraufhin eine Solidaritätskundgebung in Neukölln statt, organisiert von antirassistischen Gruppen und eine Kundgebung am Pariser Platz, organisiert von der SPD. Wir befürworten diese klare Abgrenzung, nicht gemeinsam auf eine Kundgebung mit der SPD und anderen Parteien zu gehen. Auch die SPD trägt zu den herrschenden Verhältnissen bei. Gemeint sind rassistische Gesetze, Verfassungsschutz-Behörden, Polizeien, Schulen, Grenzabschottung, Racial Profiling und vieles mehr. Es sind diese Verhältnisse, denen wir unversöhnlich gegenüberstehen, mit denen wir brechen müssen.

Es gibt keinen Grund zur Hoffnung, dass staatlich organisierte Behörden migrantisches Leben schützen und die rechte Szene entwapfen werden. Denn es sind eben jene Behörden, die rechtsterroristische Strukturen in der Vergangenheit immer wieder geschützt haben. Es sind u.a. Polizist*innen und Soldat*innen, die rechtsterroristische Strukturen bewapfen. [1a,b] Deutschland hat ein Rassismus- und ein Rechtsextremismus-Problem. Auch und gerade in den Repressionsbehörden: Hannibal, Uniter, NSU 2.0. Diese Gruppierungen sind nur ein kleiner Teil einer vernetzten, radikalen, rechten Szene, die in der Vergangenheit unter dem Radar der Mainstream-Berichterstattung unbehelligt agieren konnte. Unter anderem auch, weil sogenannte Ermittlungsarbeit staatlicher Behörden und Repressionsorgane, Gewaltverbrechen nicht als rechtsterroristische Anschläge benennen will. Behörden agieren mit nicht vorstellbarer Gewalt. Das Verbot von Linksunten Indymedia und die Verschärfung der Polizeigesetze sind bisher von vielen unterschätzte Schritte dieser akuten Autoritätsbeschleunigung. Pressefreiheit und Protest könnte in naher Zukunft unter dieser sich herausbildenden Autorität der Vergangenheit angehören.

Wir empfinden es als Hohn und Spott, wenn nun Angela Merkel oder Volker Bouffier meinen, etwas zu rassistischem Terror in Deutschland zu sagen zu haben. Merkel, die ihr Versprechen von lückenloser Aufklärung der NSU Morde – auch des Netzwerks, sog. „Hintermänner“ – nie einlöste. Bouffier schützt den VS-Mitarbeiter Andreas Temme, unterstützt durch die Grünen. Temme kennt den Mörder von Halit Yozgat, wenn er ihn nicht sogar selbst hingerichtet hat. [2] Es macht uns zornig, dass es nur bei Heuchelei der Regierenden bleibt. [3]

Es ist gut, dass die AfD für ihren Rassismus endlich unter erheblichen Druck gerät. Die Forderung kann jetzt aber nicht sein, die AfD durch den Verfassungsschutz beobachten zu lassen, der rassistische und rechtsradikale Täter*innen unterstützt bzw. Aufklärungsarbeit gegen sie behindert. Die Konsequenz muss

sein, den Verfassungsschutz abzuschaffen. Denn es kann keine Antwort sein, Repressionsbehörden zu stärken. Es sind u.a. schließlich die Repressionsbehörden, die durch Lobbyarbeit einen autoritären Ausbau vorangetrieben haben. Dieser Ausbau hat zur Folge, dass die Behörden zunehmend keiner Rechenschaftspflicht oder Kontrolle mehr unterliegen. Wir müssen den Überwachungsstaat einreißen, denn ein autoritärer Staat und der Rechtsruck gehen Hand in Hand.

Was aber ist unsere Gegenstrategie, die Schutzlosigkeit, Ohnmacht und Unterdrückung beendet? Die Antwort ist leider nicht so klar, wie unsere vorangegangene Analyse und Kritik. Als Teil der *weißen* Linken, heißt es uns einzugestehen, dass wir uns teilweise nicht getroffen fühlen. Wir können uns sehr einfach unserer linken Symbole entledigen und sind dann zu meist nicht mehr unmittelbar von rechtsradikaler Gewalt bedroht. Das bedeutet ganz unmittelbar, dass wir bei Menschen in unserem nicht-*weißen* Freund*innenkreis ein mal nachfragen, wie es ihnen geht. Wir müssen uns bewusst werden, dass sie tagtäglich von Rassismus und rechtsradikaler Gewalt betroffen sein können. Sich jetzt ehrlich mit (dem eigenem) Rassismus auseinander zu setzen ist eine Notwendigkeit. [4a,b,5] Lasst uns zeitgemäße Strategien entwickeln, die dem komplexen Problem gerecht werden. Rassismus gehört jeden Tag auf allen Ebenen benannt und bekämpft. Das bedeutet jetzt auch, unsere Praxis gegebenenfalls anzupassen und nicht einfach zur Tagesordnung überzugehen. Deshalb rufen wir zur Beteiligung am migrantisch organisierten Generalstreik am 08. Mai auf. [8]

Es ist uns wichtig hier als (überwiegend) *weiße* Gruppe nicht nur unsere Meinung darzustellen. Daher möchten wir an dieser Stelle gerne Texte verlinken, die eine migrantische Perspektive zum Anschlag auf Hanau einnehmen und sich der Frage nach dem „wie weiter“ widmen. Deshalb, schickt uns Links von Texten/Podcasts, die wir in die Liste noch aufnehmen sollten.

- Redebeitrag vom NSU-Tribunal am 20. Februar 2020 bei den Kundgebungen in Berlin, Hamburg und Köln [6]
- Radiosendung Kanak Attak vom 28.02.2020[7]
- Aufruf zum Generalstreik am 8. Mai [8]
- Podcast Diaspor.Asia, Folge 25: Migrantifa Demoguide [9]

Falls ihr Facebook-Accounts habt, empfehlen wir euch sie zu löschen oder alternativ folgenden Accounts zu folgen:

- Decolonizing Deutschland [10]
- Migrantifa Hamburg [11]
- Bloque Latinoamericano Berlin [12]
- Initiative 19. Februar Hanau [13]

[1a,b] <https://taz.de/Rechte-in-Mecklenburg-Vorpommern/!5602749/>,
<https://taz.de/Gestohlene-Bundeswehr-Munition/!5622803/>

[2] <https://forensic-architecture.org/investigation/the-murder-of-halit-yozgat>

[3] <http://kolumne.gorki.de/kolumne-114/>

[4a,b] Deutschland Schwarz Weiß. Der alltägliche Rassismus. Noah Sow
<https://www.bod.de/buchshop/deutschland-schwarz-weiss-noah-sow-9783746006819>

- exit RACISM. rassismuskritisch denken lernen. Tupoka Ogette
www.unrast-verlag.de/neuerscheinungen/exit-racism2016-12-05-22-25-07-detail

[5] Anklage des Tribunals «NSU-Komplex auflösen» <https://www.nsu-tribunal.de/anklage/>

[6] <https://www.nsu-tribunal.de/trbntl-redebeitrag-hanau/>

[7] <https://www.freie-radios.net/100181>

[8] <https://wirstreiken0805.wordpress.com/>

[9] <https://www.mixcloud.com/DiasporAsia/folge-25-migrantifa-demo-guide/>

[10] <https://www.facebook.com/decolonizingdeutschland>

[11] <https://www.facebook.com/migrantifaHH/>

[12] <https://www.facebook.com/BloqueLAberlin/>

[13] <https://www.facebook.com/19FebruarHanau>

Freitag, 21. Februar 2020, Nr. 44 

Mörderischer Rassenwahn

Zehn Tote nach Massaker in Hanau. Täter erschießt sich selbst. Er soll Sportschütze und den Behörden nicht bekannt gewesen sein. **Von Claudia Wangerin**

Nach ersten Verlautbarungen war Tobias Rathjen, der am Mittwochabend in Hanau neun Menschen aus offenkundig rassistischen Motiven getötet hat, bevor er seine eigene Mutter und sich selbst erschoss, weder dem Verfassungsschutz noch der Polizei bekannt. Hessens Innenminister Peter Beuth (CDU) erklärte am Donnerstag laut einem Bericht der Nachrichtenagentur AFP, der 43jährige Bankkaufmann sei nach seinen Informationen Sportschütze gewesen und habe legal Waffen besessen. Weil es »Anhaltspunkte für eine fremdenfeindliche Motivation« gebe und der Verdacht einer terroristischen Gewalttat bestehe, ermittle in dem Fall die Bundesanwaltschaft.

Die ersten Schüsse waren nach Polizeiangaben gegen 22 Uhr in der Shisha-Bar »Midnight« am Heumarkt gefallen, darauf folgte ein Angriff auf einen Kiosk mit Café. Außer der Mutter des Täters, der ein Youtube-Video und ein wirres rassistisches »Manifest« hinterließ, hätten alle Ermordeten einen Migrationshintergrund, berichtete am Donnerstag die *Deutsche Presseagentur* unter Berufung auf Sicherheitskreise – dies gelte auch für vier der fünf Personen, die bei den Angriffen verletzt worden seien.

»Unter den Toten befinden sich auch mehrere Opfer kurdischer Herkunft«, erklärte der kurdische Dachverband Kon-Med (Konföderation der Gemeinschaften Kurdistans in Deutschland). Die Hinterbliebenen versammelten sich demnach im Kurdischen Kulturzentrum Hanau, »wo zahlreiche Menschen in dieser schweren Stunde an ihrer Seite stehen und ihren Schmerz teilen«. Der türkische Botschafter in Berlin, Ali Kemal Aydin, zählte »fünf türki-



Projektil in unmittelbarer Nähe des Tatorts am Heumarkt in Hanau

sche Staatsbürger« unter den Toten. Die Bundesanwaltschaft sprach am Nachmittag von »sowohl ausländischen als auch deutschen Staatsangehörigen« zwischen 21 und 44 Jahren, die von Rathjen getötet worden seien, bevor er auch seine 72jährige Mutter erschoss.

Viele in Deutschland lebende Kurden sind türkische Staatsbürger. Hinweise auf einen speziell antikurdischen Hintergrund gab es bisher nicht, dafür um so mehr auf einen pauschaleren Rassenwahn.

»Die politische Rhetorik der AfD und ihre Verharmlosung durch die Medien und Politiklandschaft bereiten den Nährboden für den rechten Terror in Deutschland«, erklärte Kon-Med.

Bereits fünf Tage vor der Tat hatte Rathjen ein Youtube-Video veröffent-

licht, in dem er zwar nicht direkt eine eigene Gewalttat in Deutschland ankündigte, aber zum Kampf gegen mutmaßliche Verschwörer aus den USA aufrief und gegen Migranten aus arabischen Ländern sowie der Türkei hetzte. In den USA würden Kinder in unterirdischen Militäreinrichtungen misshandelt und getötet; auch satanische Rituale seien dort üblich. In einem Schreiben, das er neben dem Video hinterließ, äußerte Rathjen Vernichtungsphantasien gegen ganze Völker, deren Ausweisung aus Deutschland nicht zu schaffen sei. Das Video vom 14. Februar war am Donnerstag morgen noch im Netz zu sehen. Die Bundesanwaltschaft teilte am Nachmittag mit, es habe keine Verfahren mit politischem Bezug gegen den nicht vorbestraften Mann gegeben.

»Egal, wie wirr der Täter gewesen sein mag, die Auswahl der Opfer ist Ausdruck eines gesellschaftlichen Rassismus. Diesen Rassismus müssen wir bekämpfen«, erklärte die Bundestagsabgeordnete Martina Renner (Die Linke). Auch Politiker aus Bundes- und Landesregierungen reagierten am Donnerstag auf das Blutbad. »Rassismus ist ein Gift, der Hass ist ein Gift«, so Bundeskanzlerin Angela Merkel. »Dieser Tag ist ein tiefer Einschnitt«, sagte Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) in Hanau.

Am Abend sollten in mehreren Städten Spontandemos und Mahnwachen antirassistischer Gruppen und der kurdischen Community stattfinden.

■ Siehe Kommentar Seite 8

Die Wahn-Welt des Tobias R.

TERRORIST von Hanau war mutmaßlich Einzeltäter - allerdings vernetzt mit anderen Rechtsextremisten

Von Christian Unger
und Theresa Martus

Berlin. Es ist schwer, die kruden Gedanken von Tobias R. nachzuvollziehen und ernst zu nehmen. In seinem Pamphlet, das er vor den Morden in Hanau veröffentlichte, berichtete er von einem „Geheimdienst“, der Gedanken „lesen“ könne. Sich dort „einklinken“ könne und einen Menschen „fernsteuern“. Tereorexperten analysierten seine Schriften und Videos und sehen „wahnhaft“ Züge beim mutmaßlichen Täter.

Tobias R. schlug zu. Er soll neun Menschen getötet haben sowie seine Mutter und sich selbst. Tobias R. lebte in einer Wahnwelt – doch um die Ursachen für seinen rechten Terror zu verstehen, muss man genau diese Welt ernst nehmen. Sie war geprägt von Frauenhass und vor allem Rassismus. Aber sie war auch voll von Verschwörungstheorien.

„Verschwörungstheorien sind oft eine Einstiegsdroge in extrem rechte Ideologien“, sagt der Rechtsextremismus-Experte Roland Sieber. Ein Mensch glaubt an eine Verschwörung und findet weitere im Netz.

Verschwörungstheorien bieten einfache Antworten

Gezielt streuen vor allem rechte Verschwörungstheoretiker mit Videos ihre Ideologie. „Menschen steigern sich in eine geschlossene Verschwörungsideologie hinein“, sagt Sieber. Einzelne schlagen zu. Anders Breivik, der 2011 fast 80 Menschen tötete, sah sich selbst als „Kreuzritter“ gegen eine „islamische Kolonisation“. Er verstand sich als „eingeborener Europäer“, der wie einst die amerikanischen Ureinwohner gegen die US-Kavallerie ankämpfen wollte. Er, der „Indianer“. Und die Muslime die US-Armee.

Der Glaube an diese „Umwolung“ der „christlichen“ Bevölkerung durch Muslime lag auch der rassistischen Ideologie des Attentäters der Christchurch zugrunde, der vor knapp einem Jahr mehr als 50 Muslime in Moscheen in Neuseeland tötete. Sein „Manifest“ überschrieb der Christchurch-Attentäter mit „Der große Austausch“ – eben



Polizei und Rettungsdienst in der Nähe der Bar im Zentrum von Hanau – einer der Tatorte.

FOTO THOMAS LOHRES / AFP

jene Verschwörung, die einen angeblich bewusst durch die europäische „Elite gesteuerten Austausch“ christlicher mit muslimischer Kultur annimmt.

Auch in dem Pamphlet von Tobias R., dem mutmaßlichen Attentäter von Hanau, finden sich Elemente dieser Erzählung. Sie ist geprägt von der neurechten „Identitären Bewegung“, hat ihren Ursprung beim rechten französischen Theoretiker Renaud Camus. Er befeuert mit seiner Schrift Islamfeindlichkeit und Rassismus. Die Verschwörungstheorie folgt einem Mythos, der tief verwurzelt ist in der rechtsextremen Ideologie und bereits zur Zeit des Nationalsozialismus entscheidend war: das antisemitische Bild einer jüdischen Weltver-

schwörung – einer angeblichen „jüdischen Elite“, die sich gegen den Rest der Welt verschworen habe und Herrschaft über Politik, Wirtschaft und Medien gewinnen wolle.

Verschwörungserzählungen seien „der Klebstoff, der weite Teile der rechtsextremen Szene zusammenhält“, schreiben die Autorin Katharina Nocun und die Psychologin Pia Lamberty, deren Buch „Fake Facts – Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen“ bald erscheint. „Wer glaubt, die Regierung würde von bösen Mächten gesteuert werden, der zieht sich aus dem politischen Prozess zurück.“ So wie die selbst ernannten „Reichsbürger“. Die Bewegung wird vom Verfassungsschutz beobachtet. Viele von ihnen verbreiten die



Rassismus als Motiv: Der Attentäter Tobias R. FOTO GETTY

Theorie, Deutschland sei kein souveräner Staat, und behaupten, „das Deutsche Reich“ existiere noch. Andere glauben aufgrund der Existenz der in Frankfurt ansässigen „Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur“, dass Deutschland kein Staat ist – sondern eine GmbH. Eine Firma. Den Dienstleister gibt es tatsächlich. Die GmbH arbeitet allerdings nur für das Finanzministerium.

Auch bei den „Reichsbürgern“ dient die Verschwörungstheorie als Schema, um die Welt in „Gut“ und „Böse“ einzuteilen. Gewalt gegen Politiker, Beamte oder ethnische und religiöse Minderheiten werde aus Sicht des Täters so als „Notwehr“ legitimiert, sagt Extremismus-Experte Sieber. Knapp 20.000 Menschen in Deutschland sollen der Szene angehören. Anhänger der rechtsextremen „QAnon“ verbreiten in den USA

den Glauben an einen Kampf gegen einen „tiefen Staat“, kontrolliert von geheimen Mächten – und etwa von Politikern und Hollywood-Schauspielern. Es gibt Neonazis, die behaupten, dass die Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ eine Erfindung des Geheimdienstes sei.

Und im Internet baut jede Szene ihr eigenes Netzwerk auf. Ein für Sicherheitsbehörden kaum zu überblickender Raum. Gruppen wie Pegida, aber auch Politiker der AfD tragen Verschwörungstheorien auf die Straßen und in die Parlamente. Immer wieder streut die Partei etwa das Mantra der „Lügenpresse“, eine angebliche „linke Verschwörung“ in den Medien gegen das „deutsche Volk“ und seine „Vertreter“.

Im November schickte Tobias R. ein Schreiben an den Generalbundesanwalt. R. reichte eine Klage ein gegen „eine unbekannte geheimdienstliche Organisation“. Vieles, was später in seinem Bekennerschreiben zum Attentat auftaucht, steht in dieser „Klage“. Allerdings nicht die Vernichtungsfantasien, ganze „Völker auslöschen“ zu wollen. Die Bundesanwaltschaft handelte nicht. Tobias R. behielt seinen Waffenschein.

► Schüsse auf Stuttgarter Shisha-Bar

Unbekannte haben in Stuttgart auf das Fenster einer Shisha-Bar geschossen. Inzwischen geht die Polizei ersten Zeugenhinweisen nach. Diese hätten zwei dunkel gekleidete Männer im Alter von nicht mehr als 30 Jahren mit Kapuzen gesehen, die in der Nacht zum Sonnabend von einer gegenüberliegenden Bushaltestelle aus geschossen hätten, teilte die Polizei am Sonntag mit. Einer der Täter soll et-

was in ausländischer Sprache gerufen haben. Die Unbekannten sollen mit einem dunklen Fahrzeug geflüchtet sein. Ein weiteres dunkles Fahrzeug mit dem Teilkennzeichen EU sei in diesem Zusammenhang aufgefallen. Es sei aber noch unklar, ob es mit der Tat in Zusammenhang steht. Verletzt wurde laut Polizei durch die Schüsse niemand. Der Staatsschutz hat die Ermittlungen übernommen.

HEUTE MIT PRISMA, DEM FERNSEHMAGAZIN

Kita-Streit
Erzieher kündigen,
Eltern in Sorge ▶ Seite 6

Inhalt

VERK
er will Moorburg
plant abschalten

Hamburg. Das große Kohlekraftwerk Moorburg ist seit vielen Jahren ein Zankapfel in der Politik der Hansestadt. Drei Tage vor den Wahlen zur Bürgerversammlung Hamburgs Bürgerentscheider mit einem neuen...
anz ▶ Seite 6

tschaffer
entstchef

Washington/Berlin. Nicht einmal zwei Jahre war Richard Grenell der erste Vertreter der USA in Berlin. Jetzt kehrt er in die Vereinigten Staaten zurück - auf Donald Trump. Der...
Chefkoordinator werden. zrb ▶ Seite 4

rählt -
t" siegt

Hamburg. Die Plenumsmitglieder der Hamburgischen Handelskammer für die einstigen...
ellen" mit einer henden Niederlande. Sie sind ab...
58 Sitze gehen an...
tschaft" um Kultur...
mk ▶ Seite 9

GRAMM
Norden

Hamburg. Villazon, Tom Josind in diesem Jahr...
in Musik Festival...
rträrkünstler wird...
e Besucher können...
Spielstätten freu...
bus. Ino ▶ Seite 4

d wir

Hanau.
rechen."

an ll.



Polizisten sichern an einem Tatort in Hanau-Kesselstadt Spuren an einem Mercedes. FOTO: BOWIS ROESSLER/CPA

HAFENCITY-UNI

Studenten erforschen das Landgebi

Bergedorf. 35 Master-Stud...
HafenCity-Universität, die Architekten und Stadtplaner beschäftigen sich mit der Entwicklung der Vier- und Mar...
seit 1880. Im aktuellen V...
mester ging es um eine V...
aufnahme. Sie fällt nuch...
„Qualität und Wert der L...
Räume werden nicht...
schätzt“, sagt Dozentin A...
tel. Stattdessen rückt die...
mer näher ans Land, we...
mer mehr Flächen bebaut...
mersemester soll weiter...
werden. Dann wollen sich...
studenten unter anderem G...
über mögliche Neubauten...
sonderen Orten machen.

BERGEDORFS FÜNFTKI

Über 55 Proz
Stadtteilschü

Bergedorf. Die Stadtteilsch...
im Bezirk Bergedorf die...
liebter als die Gymnasien...
55 Prozent der angehe...
klässler haben sich für die...
Stadtteilschulen entsch...
44 Prozent für die Gymn...
mit liegt Bergedorf im G...
zum Hamburger Trend...
nach der Grundschule e...
Gymnasium geht. Am bel...
im Bezirk ist die Stadtteil...
chard-Linde-Weg. upb

TAG DER OFFENEN TÜR

Dan Tobacco
Grund zum Fe

Lauenburg. Im alten Massivs...
bläude an der Hafenstraße...
Lauenburg sind gleich vier...
unter einem Dach. Sie alle...
das Herz von Pflanzeng...
höher schlagen. Neben h...
machen Pflanzengütern...
aus eigener Herstellung. Ne...
Mieter ist die Firma Elband...
Eröffnung wird mit einer...
offenen Tür am 18. April ge...
Und auch das Gebäude feier...
nen „138. Geburtstag“. ba ▶ 9

Tatmotiv Rassismus: Der Horror von Hanau

43-JÄHRIGER tötet zehn Menschen - Gedenken auch in Hamburg

Hanau. Bei einem mutmaßlich rechtsradikalen und rassistischen Anschlag hat ein 43-jähriger Deutscher im hessischen Hanau zehn Menschen und dann sich selbst erschossen. Nach Angaben von Generalbundesanwalt Peter Frankergaben sich aus Videos und Dokumenten des Schützen Tobias R. „gravierende Indizien für eine zutiefst rassistische Gesinnung“. Es werde nun geprüft, ob der Schütze Mitwisser oder Unterstützer für seinen Anschlag hatte. Dazu würden das Umfeld und die Kontakte des Mannes im In- und Ausland abgeklärt, sagte Frank.

Tobias R. hatte nach bisherigen Ermittlungen am späten Mittwochabend zunächst in zwei Shisha-Bars neun Menschen im Alter von 21 bis 44 Jahren erschossen. Laut Generalbundesanwalt hatten alle neun einen Migrationshintergrund. Es seien zudem sechs weitere Menschen verletzt worden, einer von ihnen schwer, sagte Frank. Nach der Tat habe R. in der eigenen Wohnung zunächst seine 72 Jahre alte Mutter und dann sich

selbst erschossen. Der Vater blieb offenbar unverletzt.

Gegen Tobias R. lagen laut Bundesanwaltschaft „keine Erkenntnisse zu etwaigen Vorstrafen oder Ermittlungsverfahren mit politischem Bezug“ vor. Auch Hessens Innenminister Peter Beuth (CDU) sagte, der Mann sei weder dem Verfassungsschutz noch der Polizei bekannt gewesen. Nach seiner Kenntnis sei der Verdächtige Sportschütze gewesen und habe seit 2013 legal zwei Waffen besessen.

„Rassismus ist ein Gift, der Hass ist ein Gift.“

Angela Merkel, Bundeskanzlerin

Unter den Todesopfern waren fünf türkische Staatsbürger, berichtete die staatliche türkische Nachrichtenagentur Anadolu unter Berufung auf den türkischen Botschafter in Berlin, Ali Kemal Aydin. Er sprach von einem

„schwarzen Tag für Deutschland“. Man könne die Tat nicht auf eine Person reduzieren, es müsse nach Hintermännern gesucht werden.

Bundeschancellorin Angela Merkel (CDU) zeigte sich erschüttert. Derzeit deutete sie „viele darauf hin, dass der Täter aus rechtsextremistischen, rassistischen Motiven gehandelt hat“, sagte sie. „Rassismus ist ein Gift, der Hass ist ein Gift. Und dieses Gift existiert in unserer Gesellschaft und es ist Schuld an schon viel zu vielen Verbrechen“, mahnte Merkel. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier reiste am Donnerstag nach Hanau, um dort der Opfer zu gedenken. „Ich stehe an der Seite aller Menschen, die durch rassistischen Hass bedroht werden. Sie sind nicht allein“, erklärte Steinmeier.

In Hamburg sagten fast alle Parteien ihr Wahlkampf-Finale ab. Während einer Kundgebung vor dem Rathaus gedachten rund 600 Menschen der Opfer, darunter die Spitzenkandidaten für die Bürgerversammlung und auch Bundespolitiker.

▶ Seiten 2 und 3

Einmaliges Angebot



Mit Maschinenpistolen bewaffnete Einsatzkräfte der Polizei stehen vor einem Kiosk am Tatort in Kesselstadt.

FOTO: ANH. NIKRA/CH/DPA

Wer war Tobias R.?

MUTMASSLICHER TÄTER von Hanau veröffentlichte rassistisches Gedankengut

Von T. Braune, T. Martus, C. Unger

Hanau/Berlin. Videos, aufgenommen in einem dunklen Raum, dazu ein seitenlanges „Manifest“ auf einer Homepage, die mittlerweile offline ist: Tobias R., der in Hanau mutmaßlich aus rassistischen Motiven zehn Menschen erschossen und sechs weitere verletzt hat, sorgte vor der Tat dafür, dass sein Name und sein Weltbild im Internet zu finden sind.

Was wissen wir über den Täter? Der 43 Jahre alte Tobias R. wuchs in Hanau auf. Nach dem Abitur machte er Zivildienst und anschließend eine Banklehre. Danach studierte er in Bayreuth Betriebswirtschaft. R. soll gemeinsam mit seiner 72-jährigen Mutter in einer Wohnung gelebt haben.

Was ist über das Motiv bekannt? Aufschluss über das rassistische Motiv der Tat und die rechtsextreme Ideologie des mutmaßlichen Attentäters geben vor allem eine Art Manifest und mehrere Videos, die R. auf seiner Webseite veröffentlicht hat. Die Äußerungen wiesen neben wirren Gedanken und abstrusen Verschwörungstheorien „eine zutiefst rassistische Gesinnung auf“.

sagte Generalbundesanwalt Peter Frank. Ob es Mitwisser und Mittäter gebe, werde nun ermittelt.

Die orthografisch fehlerfreien Texte von Tobias R. erinnern an Verschwörungstheorien, wie sie in Foren von extremen Rechten seit vielen Jahren kursieren. R. glaubte, dass er sei Kindesbeinen von Geheimdiensten und geheimen Mächten überwacht worden sei und diese per Fernsteuerung Gehirne manipulieren könnten. Offensichtlich wird in dem 24-seitigen Haupttext ein tiefer Rassismus, der seine Gedankenwelt durchzieht, R. fabuliert davon, dass mehrere „Völker komplett vernichtet werden müssen“. Auch wettet er gegen bestimmte Gruppen in Deutschland, die seiner Ideologie nach nicht „zum deutschen Volk“ gehörten.

R. berichtet über sein Privatleben wie etwa seine über Jahre erfolglose Suche nach einer Beziehung zu einer Frau. Als Jugendliche habe er in einer Fußballmannschaft bei Eintracht Frankfurt gespielt. Auf mehreren Seiten beschreibt R. eine Strategie, die er sich für die Nationalmannschaft und den Deutschen Fußball-Bund (DFB) ausgedacht habe. Weite Teile seiner Texte wirken wahnhaft und narzisstisch.



Tobias R. in einem Video, das er hochgeladen hat.

Wie kam der Täter an die Waffe?

R. war Sportschütze in einem Frankfurter Schützenverein und durfte deshalb legal Waffen besitzen. Auf der Waffenbesitzkarte, die er seit 2013 hatte, waren zuletzt zwei Waffen eingetragen. Laut dem Verein selbst war Tobias R. ein „eher ruhiger Typ“, der in keiner Weise auffällig geworden sei.

Hatten die Behörden Hinweise, dass R. gefährlich ist?

Die Sicherheitsbehörden vereinen das, Tobias R. sei weder mit rechtsextremen Äußerungen aufgefallen noch polizeibekannt gewesen. In seinem „Manifest“ behauptet R., er habe sich 2019 an verschiedene „Privatermittler“ und eine Art Bewusstseinstrainer in Österreich gewendet. Zudem habe er Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft Hanau und beim Generalbundesanwalt in Karlsruhe mit dem Hinweis eingereicht, dass er

von Geheimorganisationen überwacht werde. Der Extremismus-Experte Miro Dittrich von der Amadeu-Antonio-Stiftung sagte unserer Redaktion, „wirre“ Verschwörungstheorien müssen online ernst genommen werden. Aus einem „apokalyptischen Weltbild“ folge oft eine Vernichtungsphantasie, die von labilen Menschen auch in die Tat umgesetzt werden kann. Aus einem „eliminativem Rassismus“ heraus habe R. seine Opfer mit ausländischen Wurzeln ausgewählt.

Wie kann verhindert werden, dass Menschen, die legal Waffen besitzen, diese für Anschläge verwenden?

An diesem Donnerstag trat das verschärfte Waffengesetz in Kraft. Jäger und Sportschützen sollen, wenn sie erstmals eine Erlaubnis für den Waffenbesitz erhalten haben, künftig nach fünf und noch einmal nach zehn Jahren nachweisen müssen, dass ihr „Bedürfnis“ nach einer Waffe begründet ist. Bevor ein Waffenschein erteilt wird, müssen die Behörden jetzt beim Verfassungsschutz anfragen, ob der Antragsteller auffällig ist. Der zuständige Landkreis hatte 2019 die Erlaubnis von R. überprüft. Dieser habe seine Waffen ordnungsgemäß aufbewahrt.

Die Gewaltnacht von Hanau im Protokoll

ATTENTAT Ein 43-Jähriger tötet neun Menschen – anschließend seine Mutter und sich

Wiesbaden. Ein 43-jähriger Deutscher hat im hessischen Hanau neun Menschen erschossen. Später werden seine Leiche und die seiner Mutter gefunden. Die Behörden gehen von Terrorismus aus, es gebe Hinweise auf ein „fremdenfeindliches Motiv“. Ein Minutenprotokoll:

Gegen 22.00 Uhr: In der Hanauer Innenstadt fallen Schüsse. Zuerst in einer Shisha-Bar am Heumarkt und kurz darauf in einer weiteren Shisha-Bar in unmittelbarer Nähe. Auch in zwei Kilometer entfernten Stadtteil Kesselstadt sollen Schüsse gefallen sein. Die Tatorte: ein Auto und ein Kiosk am Kurt-Schumacher-Platz. Dortin soll der mutmaßliche Täter mit einem Auto geflüchtet sein.

Gegen 23.30 Uhr: Medien vermelden nach Polizeiangaben, dass in Hanau mehrere Menschen erschossen wurden.

0.18 Uhr: Das Polizeipräsidium Südhessen gibt per Pressemitteilung die Großfahndung nach „noch unbekannten Tätern“ bekannt.

0.49 Uhr: In einer Pressemitteilung der Polizei wird bestätigt, dass „acht Personen tödlich verletzt wurden“.

5.03 Uhr: Per Twitter teilt die Polizei Südhessen mit, dass der mutmaßliche Täter leblos in seiner Wohnung gefunden wurde. Spezialkräfte entdeckten dort eine weitere Leiche.

6.19 Uhr: Regierungssprecher Steffen Seibert twittert: „Tief-

anteilmehlgilt den betroffenen Familien, die um ihre Toten trauern.“

Gegen 7.30 Uhr: Aus Sicherheitskreisen wird bekannt, dass ein Bekennerschreiben und ein Video gefunden wurden. Der Clip, der zunächst noch im Internet zu sehen war, wurde vor wenigen Tagen ins Netz gestellt. Ein Hinweis auf die Tat ist darin nicht enthalten.

Gegen 8.30 Uhr: Die Bundesanwaltschaft teilt mit, dass der Generalbundesanwalt bereits in der Nacht die Ermittlungen übernommen habe. Es gebe Hinweise auf ein ausländerfeindliches Motiv.

10.00 Uhr: Hessens Innenminister Peter Beuth (CDU) teilt

mit: Die Generalbundesanwaltschaft ermittelt wegen Terrorverdachts. Bei dem mutmaßlichen Täter handele es sich um einen 43-jährigen Deutschen. Er wurde wie seine 72 Jahre alte Mutter tot in seiner Wohnung gefunden.

10.50 Uhr: Aus Sicherheitskreisen wird bekannt, dass unter den Toten viele Menschen mit Migrationshintergrund sind.

11.40 Uhr: Die deutschen Innenminister gehen nach Angaben des bayerischen Ressortscheffs Joachim Herrmann (CSU) von einem rechtsradikalen Hintergrund aus. Der Täter habe „eine Leiche überwiegend aus dem Ausland stammender Menschen“ erschossen.“

Freitag 21. Februar 2020

Eine Stadt unter Schock

TRAUER Der mutmaßliche Rechtsterrorist hinterlässt in Hanau Menschen in Unsicherheit und Angst

Von Christian Ungler

Hanau. Dreiflig Meter sind es bis zu seiner Cousine. Vielleicht vierzig. Dort hinten, vorbei an dem Absperrband der Polizei, vorbei an dem Erbsenstand und dem Erbsenstand. Er trägt einen grauen Mantel und eine Jeans. Mike P. sagt nicht viel. Er wartet darauf, bis ihn die Polizei durchlässt. Zur Leiche seiner Cousine. Die Polizei habe der Familie gesagt, die Ermittler müssten noch die Spuren sichern am Tatort, dem Kiosk, der auch ein Café war. „24.“ Kiosk“ steht dort. Und „Arena Bar Café“. Die Fenster sind mit Folien beklebt. Seine Cousine wohnte über dem Café. „Sie wollte nur eine Schachtel Zigaretten holen“, sagt Mike P. Seine Cousine war 34 Jahre alt. Es ist am Nachmittag nach der Tat. Tobias R. soll hier um kurz nach 22 Uhr in das Café eingedrungen sein. Im Fernsehen, so berichten es Freunde und Angehörige der Opfer, lief Fußball, Champions League, Tobias R. erschoss laut Polizei fünf Menschen dort. Ein Mann wurde schwer verletzt, er liegt im Krankenhaus. Zuvor war der mutmaßliche Täter in der Hanauer Innenstadt kurz nacheinander in zwei Bars eingedrungen und erschoss dort weitere Menschen.



Trauer am Tatort: Angehörige und Freunde zeigen Fotos der Opfer.

Foto: AFP

„Alles war gut. Alles war immer in Ordnung. Und dann bekommst du einen Anruf von deiner Familie.“

Mike P. verlor seine Cousine

Augenzeugen berichten davon. Die Staatsanwaltschaft bestätigt neun Opfer. Mike P. sagt: „Alles war gut. Alles war immer in Ordnung. Und dann bekommst du einen Anruf von deiner Familie.“ Wie P. sind auch andere am Donnerstag nachmittag hier an den Tatort gekommen. Viele mussten nur ein paar Hundert Meter gehen. Viele wohnen hier, in Kesselstadt, in den Wohnblöcken und Reihenhäusern am Rand

von Hanau, der Stadt mit fast 100.000 Einwohnern ganz nahe bei Frankfurt. So wie Hakki Oktay. Schon seit 16 Jahren betreibt er einen Kiosk, dort, wo jetzt Mike P. und die anderen Freunde und Angehörigen der Opfer an diesem nassen Februartag stehen. Oktay verkauft Zigaretten und Zeitschriften. Der rassistische Hass zieht jetzt seine Spur durch das Viertel.

Ganz hinten im Laden hat er eine Kaffeemaschine und einen Wasserkocher aufgebaut. Viele der Freunde der Opfer kommen heute zu ihm, bestellen Tee oder Kaffee, nehmen die Pappbecher mit nach draußen vor die Tür. Manche haben Tränen in den Augen, andere weinen laut. Viele stehen nur da und schweigen. Und warten, bis die Polizei das Absperrband zur Seite nehmen wird.

Ladenbesitzer Oktay (56) hatte gestern Abend seinen Kiosk schon um kurz nach sieben zugeschlossen. „Ich war mir nicht sicher, ob ich heute

hier meinen Laden öffnen kann“, sagt Oktay. „Dann habe ich die ganzen Menschen gesehen.“ Seitdem läuft die Kaffeemaschine.

Es sind Menschen wie der ältere Hakki Oktay und der junge Kemal, der auch vor der Polizeiabsperrung steht. Menschen aus türkischen Familien, arabischen Familien. Auf die hat es der Täter abgesehen. Die Ermittlungen deuten darauf hin, dass Tobias R. die Bars und Cafés aufsuchte und Menschen mit Migrationshintergrund erschossen hat. Die Opferauswahl passt zu seinen rechts-



Bundespräsident Steinmeier und seine Frau am Tatort.

extremen Botschaften, die er in Videos und Pamphleten vor der Tat verbreitet hatte. Eine gefährliche Mischung aus Verschwörungstheorien, Frauenhass, Narzissmus. Und vor allem Fremdenhass.

Tobias R. kam selbst aus diesem Viertel. Die Reihenhäuserwohnung ist nur ein paar Hundert Meter vom Tatort entfernt. Eine ruhige Gegend, eine Schule liegt in der Nachbarschaft. Nach den Morden in den Bars und Cafés muss der Täter mit seinem Auto hierher zurückgekehrt sein. Was genau in der Wohnung passierte, wird noch ermittelt. Als ein Polizeikommando den Ort stürmte, lagen dort zwei Leichen: Tobias R. und seine Mutter. „Sein Vater wurde von den Polizeibeamten äußerlich unverletzt angetroffen“, so die Staatsanwaltschaft.

An der Straße vor dem Café steht der junge Kemal. Er trägt ein schwarzes Käppi und eine gelbe Daunenjacke. Er sagt, er arbeite als Pfleger im nahe gelegenen Krankenhaus. Dort,

wo Mohammed, der Freund seines Bruders behandelt werde. „Er wollte sich verstecken“, sagt er. „Dann wurde er in die Schulter getroffen.“

Am Abend wollen die Menschen in Hanau auf dem Marktplatz der Opfer gedenken. Ladenbesitzer Oktay sagt, so eine Tat sei nicht zum ersten Mal in Deutschland passiert. „Das war Fremdenhass“, sagt er. Mike P., der vor dem Absperrband der Polizei steht, sagt: „Man ist nirgends sicher.“ Dort, wo Mike P. in seinem grauen Mantel auf den Steinplatten steht, ist ein kleiner Tunnel, ein Durchgang zum Parkplatz.

Mit einer Spraydose hatte dort jemand die Adresse der Webseite von Tobias R. in schwarz an die Wand gespritzt. Dort, im Netz, veröffentlichte er seine Hassbotschaften. Es ist nicht klar, ob er selbst es war, in den Minuten nach den Morden. Am Tag nach der Tat hat jemand das Graffiti mit schwarzer Farbe übermalt.

STIMMEN DER POLITIKER

„Rassismus ist ein Gift. Hass ist ein Gift“

Berlin. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hat sich erschüttert über die Tat von Hanau gezeigt. Sie sprach den Angehörigen der Opfer ihr Mitgefühl aus und betonte: „Rassismus ist ein Gift. Der Hass ist ein Gift. Und dieses Gift existiert in unserer Gesellschaft, und es ist schuld an schon viel zu vielen Verbrechen.“

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier erklärte, er stehe an der Seite „aller Menschen, die durch rassistischen Hass bedroht werden“. CDU-Chefin und Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer wertete die Gewalttat als Beleg dafür, dass die CDU und andere Parteien nicht mit der AfD zusammenarbeiten dürfen. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) mahnte eine Verantwortung aller zur Verhinderung solcher „offensichtlich rassistischen Taten“ an. „Solche Wahnsinnstaten geschehen nicht im luftleeren Raum.“

Cem Özdemir: „Schluss mit der These von den Einzeltätern“

Innenminister Horst Seehofer (CSU) will politische Konsequenzen prüfen. Möglicherweise seien Gesetzesänderungen nötig. Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) sagte, die Tat mache sprachlos und „unendlich traurig“.

Der nach Morddrohungen unter Polizeischutz stehende Grünen-Politiker Cem Özdemir warnte davor, die Gefahr von rechts zu verharmlosen. „Nach NSU, Lübcke und Halle reden manche immer noch von Einzeltätern. Damit muss endlich Schluss sein“, sagte Özdemir. 2020 müsse als das Jahr in die Geschichte eingehen, „in dem wir ganz klar benennen, mit was wir es zu tun haben: rechtem Terror“.

Die Kurdische Gemeinde in Deutschland forderte eine scharfe Reaktion des Staates. „Politik und Sicherheitsbehörden müssen jetzt mit politischen Mitteln gegen rechtsextremistische Netzwerke vorgehen“, sagte der Bundesvorsitzende Ali Ertan Toprak. „Der Staat muss den Rechtsextremismus mit der gleichen Härte bekämpfen wie den RAF-Terror in den 70er-Jahren.“ **tb, bac, dpa**

„Unorganisierte Einzeltäter sind tickende Zeitbomben“

JUSTIZMINISTERIN Christine Lambrecht (SPD) über Rechtsextremismus und Rechtsterror als größte Gefahr für die Demokratie

Von Jörg Quoss und Christian Ungler

Berlin. Wenige Stunden nach dem Anschlag von Hanau fliegt Bundesjustizministerin Christine Lambrecht per Hubschrauber nach Hessen, um sich vor Ort ein Bild zu machen. Im Gespräch mit unserer Redaktion warnt die SPD-Politikerin vor einer Spirale aus Hass.

Der Bundespräsident hat zum Ausschuss-Gedenken klar gemacht, dass „das alle Böse sich in neuen Gewand“ zeigt. Letzte Woche ist eine neue rechte Terrorgruppe aufgetaucht, jetzt tötet ein mutmaßlich rechtsextremes Attentäter in Hanau. Wie groß ist die Gefahr von rechts?

Christine Lambrecht: Für mich ist der Rechtsextremismus gemeinsam mit dem Rechtsterrorismus derzeit die Bedrohung Nummer eins für unsere Demokratie. Nicht nur die Zahl der Straftaten von rechts steigt, sondern auch deren Intensität. Neonazis sind gut vernetzt, bauen Strukturen auf, sammeln Waffen. Die von dieser Szene ausgehende Gefahr ist immens. Die Morde in Hanau haben auch gezeigt, welche große Gefahr von unorganisierten Einzeltätern ausgeht, die sich im Netz radikalisierten. Sie sind tickende Zeitbomben, denen wir mit allen Mitteln begegnen müssen.

Vie kann man extremistischen Terror in Hanau verhindern?

Die schrecklichen Morde in Hanau zeigen, zu welchen Gewalttaten Rassismus und Hass führen können. Wir müssen diese Spirale aus Hass und Hetze stoppen und ihr den Nährboden entziehen. Hier müssen wir an vielen Stellen ansetzen, zum Beispiel müssen wir dafür sorgen, dass Rechtsextremisten konsequent entwaffnet werden.

Beim rechten Täter von Hanau stehen die Ermittlungen noch am Anfang, bei der rechten Terrorzelle wissen wir schon mehr. Einer der Tatverdächtigen ist ein Beamter bei der Polizei. Haben die deutschen Sicherheitsbehörden ein Problem mit Neonazis?

Wir haben in den Sicherheits-

behörden einen Querschnitt der Gesellschaft. Der Staat muss sehr genau hinschauen, was in den eigenen Reihen passiert. Deshalb gibt es Stellen bei der Polizei, bei denen Vorfälle von Rechtsextremismus gemeldet werden können, jeder Meldung muss intensiv nachgegangen werden.



Justizministerin Christine Lambrecht (SPD)

Im Netz wächst der Hass. Was halten Sie von einer Pflicht, als Absender den echten Namen zu benutzen?

Ich halte das nicht für zielführend. Das Internet bietet die Riesenchance, sich mit anderen auszutauschen. Das muss auch möglich sein, ohne seinen wirklichen Namen zuzunennen. Hierfür gibt es durchaus gute Gründe. Beispielsweise teilen Missbrauchsoffer im Netz anonym ihre Erfahrungen. Wenn wir jetzt die Pflicht zum Klarnamen einführen, nehmen wir diesen Menschen die Möglichkeit, frei über ihr Leid zu sprechen. Was bräute es im Übrigen, wenn ich meinen Namen benutze? Christine Lambrechts gibt es wahrscheinlich Dutzende in

Deutschland.

Was hilft dann gegen Extremismus im Netz?

Wir haben am Mittwoch im Kabinett meinen Gesetzentwurf gegen Hasskriminalität beschlossen. Damit kann Hass und Hetze im Internet konsequenter verfolgt und härter bestraft werden. Die großen sozialen Netzwerke sollen künftig bestimmte Einträge wie Morddrohungen oder Volksverhetzung an das Bundeskriminalamt melden. Von dort werden dann strafbare Postings inklusive IP-Adresse an die zuständigen Staatsanwaltschaften weitergeleitet. Mit der IP-Adresse können die Ermittler dann die Täter identifizieren.

HAMBURGER MORGEN POST

Danmark 120 15/00

SONNTAG STIMMT HAMBURG AB

Wahl: Der große Parteien-Check

Wer will eigentlich was? S. 14/15



MORGEN IM VOLKSPARK

Derby-Verbot für HSV-Regisseur

Hecking stoppt Adrian Fein. Sport

James Blunt
ONCE UPON A MIND TOUR
SAMSTAG, 14. MÄRZ 2020
Barclaycard-Arena

TICKETS UNTER: RIPROGRAM.COM & EVENTIMAX

Wie viele Menschen müssen noch sterben, bevor wir rechten Terror ernst nehmen?

Ein Projektil aus
der Waffe des
Terroristen liegt
auf dem Asphalt.



Der Schock von Hanau +++ Rechtsradikaler tötet
zehn Menschen +++ Die AfD vergiftet seit Jahren das
politische Klima – und redet sich jetzt zynisch heraus

Foto: AP, Insoo Jung/AP, Christian Dowd, Willem

Seiten 2-7

Die Wahn-Welt des Terroristen von Hanau

Tobias R. war mutmaßlich Einzeltäter – aber vernetzt mit anderen rechtsextremen Verschwörungstheoretikern. Experten erkennen ein Muster

CHRISTIAN UNGER
UND THERESA MARTUS

BERLIN :: Es ist schwer, die kruden Gedanken von Tobias R. nachzuvollziehen und ernst zu nehmen. In seinem Pamphlet, das er vor den Morden in Hanau veröffentlicht, berichtet er von einem „Geheimdienst“, der Gedanken „lesen“ könne. Sie dort „einklinken“ könne und einen Menschen „fernsteuern“. Terror-Experten analysierten seine Schriften und Videos und sehen „wahnhaft“ Züge beim mutmaßlichen Täter. In einer „Gefährdungsbewertung“ der Polizei, die unserer Redaktion vorliegt, kommt auch der Zentrale Polizeipsychologische Dienst zu der Einschätzung, dass „deutliche Hinweise auf eine psychische Erkrankung mit paranoiden und psychotischen Anteilen“ vorliegen.

Tobias R. schlug zu. Er soll neun Menschen getötet haben sowie seine Mutter und sich selbst. Tobias R. lebte in einer Wahnwelt – doch um die Ursachen für seinen rechten Terror zu verstehen, muss man genau diese Welt ernst nehmen. Sie war geprägt von Frauenhass und vor allem Rassismus. Aber sie war auch voll von Verschwörungstheorien. „Verschwörungstheorien sind oft eine Einstiegsdroge in extrem rechte Ideologien“, sagt der Rechtsextremismus-Experte Roland Sieber unserer Redaktion. Ein Mensch glaubt an eine Verschwörung und findet weitere im Netz. Etliche kursieren dort, in Chatgruppen, in Foren, auf Youtube. Ungefiltert, oft nur ein paar Klicks voneinander entfernt.

Verschwörungstheorien bieten einfache Antworten

Gezielt streuen vor allem rechte Verschwörungstheoretiker mit Videos ihre Ideologie. Die Theorien werden wie Dünger auf das Feld gesät. Die Saat soll Menschen zum Hass antacheln. Zum Terror. „Menschen steigern sich in eine geschlossene Verschwörungsideologie hinein“, sagt Sieber. Einzelne schlagen zu. Anders Breivik, der 2011 fast 80 Menschen tötete, sah sich selbst als „Kreuzritter“ gegen eine „islamische Kolonisation“. Er verstand sich als „eingeborener Europäer“, der wie einst die amerikanischen Ureinwohner gegen die US-Kavallerie ankämpfen wollte. Er, der „Indianer“. Und die Muslime die US-Armee. Kanzlerin Angela Merkel und andere EU-Politiker sah Breivik als Speerspitze der „Islamisierung“ Europas.

Der Glaube an diese „Umvolkung“ der „christlichen“ Bevölkerung durch Muslime lag auch der rassistischen Ideologie des Attentäters von Christchurch zugrunde, der vor knapp einem Jahr mehr als 50 Muslime in Moscheen in Neuseeland tötete. Sein „Manifest“ überschrieb der Christchurch-Attentäter mit „Der große Austausch“ – eben jene Verschwörung, die einen angeblich bewusst durch die europäische „Elite“ gesteuerten Austausch „christlicher“ mit muslimischer Kultur annimmt.

Auch in dem Pamphlet von Tobias R., dem mutmaßlichen Attentäter von Hanau, finden sich Elemente dieser Erzählung. Sie ist geprägt von der neuerechten „identitären Bewegung“, hat ihren Ursprung beim rechten französischen



Einsatzkräfte der Polizei stehen in Hanau vor einem der Tatorte. Tobias R. erschoss in der Stadt neun Menschen, dann seine Mutter und sich selbst.

FOTO: DPA

Theoretiker Renaud Camus. Er befeuert mit seiner Schrift Islamfeindlichkeit und Rassismus. Die Verschwörungstheorie folgt einem Mythos, der tief verwurzelt ist in der rechtsextremen Ideologie und bereits zur Zeit des Nationalsozialismus entscheidend war: das antisemitische Bild einer jüdischen Weltverschwörung – einer angeblichen „jüdischen Elite“, die sich gegen den Rest der Welt verschworen habe und Herrschaft über Politik, Wirtschaft und Medien gewinnen wolle.

In komplizierten Zeiten zwischen Globalisierung, einer Gesellschaft, in der noch nie so viele Interessengruppen existierten und die sich selten in einem vergleichbaren Tempo entwickelt hat – Verschwörungstheorien bieten einfache Antworten in einer widersprüchlichen und unübersichtlichen Welt. Das ist attraktiv. Gerade für Radikale.

Verschwörungserzählungen seien „der Klebstoff, der weite Teile der rechtsextremen Szene zusammenhält“, schreiben die Autorin Katharina Nocun und die Psychologin Pia Lambert, deren Buch „Fake Facts – Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen“ bald erscheint. „Wer glaubt, die Regierung würde von bösen Mächten gesteuert werden, der zieht sich aus dem politischen Prozess zurück.“ So wie die selbst ernannten „Reichsbürger“. Die Bewegung wird vom Verfassungsschutz beobachtet. Viele von ihnen verbreiten die Theorie, Deutschland sei kein souverä-



Rassismus als Motiv: der Attentäter von Hanau, Tobias R.

FOTO: GETTY

ner Staat, und behaupten „das Deutsche Reich“ existiere noch. Andere glauben aufgrund der Existenz der in Frankfurt ansässigen „Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur“, dass Deutschland kein Staat ist – sondern eine GmbH. Eine Firma. Den Dienstleister gibt es tatsächlich. Die GmbH arbeitet allerdings nur für das Finanzministerium.

Auch bei den „Reichsbürgern“ dient die Verschwörungstheorie als Schema, um die Welt in „Gut“ und „Böse“ einzuteilen. Gewalt gegen Politiker, Beamte oder ethnische und religiöse Minderheiten werde aus Sicht des Täters so als „Notwehr“ legitimiert, sagt Extremismus-Experte Sieber. 2016 erschießt ein „Reichsbürger“ bei einem Polizeieinsatz einen Beamten. 2018 beging ein Anhänger dieser extrem rechten Gruppierung laut Sicherheitsbehörden mehr als 150 poli-

tisch motivierte Gewalttaten. Knapp 30.000 Menschen in Deutschland sollen der Szene angehören. Anhänger der rechtsextremen „QAnon“ verbreiten in den USA den Glauben an einen Kampf gegen einen „tiefen Staat“, kontrolliert von geheimen Mächten – und etwa von Politikern und Hollywood-Schauspielern. Ausgerechnet Präsident Donald Trump ist in ihrer Ideologie die Speerspitze in diesem „Kampf“. Es gibt Neonazis, die behaupten, dass die Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ eine Erfindung des Geheimdienstes sei.

Und im Internet baut jede Szene ihr eigenes Netzwerk auf mit Chats, YouTube-Kanälen, Foren. Ein für Sicherheitsbehörden kaum zu überblickender Raum. Gruppen wie Pegida, aber auch Politiker der AfD tragen Verschwörungstheorien auf die Straßen und in die Parlamente. Immer wieder streut die Partei etwa das Mantra der „Lügenpresse“, eine angebliche „linke Verschwörung“ in den Medien gegen das „deutsche Volk“ und seine „Vertreter“.

Die Bundesanwaltschaft handelte nicht

Und so drängen Verschwörungstheorien in die Mitte der Gesellschaft. Fast ein Viertel der in einer Studie befragten Deutschen meint, Politik und Medien würden „unter einer Decke stehen“.

Fast die Hälfte glaubt an „geheime Organisationen“, die Einfluss auf die Politik nehmen würden, halten Forscher in ihrer für die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführten „Mitte-Studie“ fest.

„Viele von uns haben Menschen in ihrem Umfeld, die an irgendeinen Verschwörungsmythos glauben. Das flücht bei vielen Impfgläubigern an“, sagt die Buchautorin Karolin Schwarz. Gerade ist ihre Untersuchung „Hasskrieger: Der neue globale Rechtsextremismus“ erschienen. Erste Anzeichen, dass ein Mensch in eine Verschwörungswelt abzurutschen, seien die Kommentare und Beiträge auf seinen Profilen bei Facebook oder Twitter. „Noch kritischer wird es, wenn Gewaltfantasien geäußert werden. Da sollte man überlegen, ob dem vielleicht tatsächlich Gewalt folgen könnte“, sagt Schwarz.

Im November, wenige Monate vor der Terrorat, schickte Tobias R. ein Schreiben an den Generalbundesanwalt, jene Staatsanwaltschaft, die nun gegen ihn ermittelt. R. reichte eine Klage ein gegen „eine unbekannte geheimdienstliche Organisation“. Vieles, was später in seinem Bekennerschriften zum Attentat auftaucht, steht auch schon in dieser „Klage“. Allerdings nicht die Vermittlungsfantasien, ganze „Völker auslöschen“ zu wollen. Die Bundesanwaltschaft handelte nicht. Tobias R. behielt seinen Waffenschein.

Bevor wieder Schüsse fallen

Terror beginnt schon da, wo gehetzt, bedroht und verächtlich gemacht wird. Das Hanauer Attentat muss bei Politik, Ermittlungsbehörden und Gesellschaft eine fundamentale Wende bewirken **VON GIOVANNI DI LORENZO**

Bei Redaktionsschluss stand noch nicht fest, ob der Mann, der seinen Wagen in eine Menschenmenge in Volksmarsch fuhr und dabei offenbar einen besonderen Vorsatz zeigte, Kinder zu treffen, ein politisch motivierter Verbrecher ist. Klar ist, dass sich in unserem Land Schleusen des Terrors geöffnet haben. 182 Todesopfer rechtsextremistischer Gewalt gab es allein zwischen 1990 und 2020 (Dossier S. 15). Aber selten hat es eine solch geballte Abfolge von Attentaten gegeben: Die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Juni 2019 wurde dazu buchstäblich als Startschuss begriffen. Es folgten die Anschläge in Halle und Hanau.

Die letzten Tage haben gezeigt: Die meisten Menschen haben für den Nazi-Terror nur Abscheu und Ekel übrig. Aber woher kommt er? Wo fängt er an? Und was hilft dagegen? Entweder finden Ermittlungsbehörden, Politik und Gesellschaft jetzt darauf gemeinsame Antworten – oder der Terror wird uns noch lange als Geisel halten.

Es ist allerdings zu leicht, unter Terror nur diese rassistisch und antisemitisch motivierten Angriffe zu verstehen oder die schwer bewaffnete und zum Bürgerkrieg bereite Neonazigruppe S., die jüngst ausgehoben wurde. Die Wahrheit ist, dass wir seit Jahren mit einem ständig anschwellenden Alltagsterror leben: Für die Betroffenen ist es eine dauernde, oft ohnmächtig machende Pein. Es fängt bei unfassbaren Beleidigungen in Mails und sozialen Medien an. Es setzt sich fort in Bedrohungen. Und es endet mit lebensgefährlichen Angriffen auf Kommunalpolitiker wie jenen auf die parteilose Bürgermeisterin von Köln, Henriette Reker, oder auf den CDU-Bürgermeister von Altena, Andreas Hollstein. Jeder, der sich heute auch nur im weitesten Sinne politisch so exponiert, dass es Menschen mit rechtsradikaler Gesinnung nicht gefällt, muss damit rechnen, zur Zielscheibe zu werden. Es kann einen Feuerwehrmann treffen, Journalisten, die im Milieu recherchieren, Spitzenmanager oder Musiker. Es gibt inzwischen unter prominenten Richtern und sogar unter Klimaschützern Einzelne, die unter Personenschutz stehen und dies auch noch geheim halten müssen, um sich nicht zusätzlich zu gefährden. All das ist Ausdruck von nacktem Terror.

Und bis vor Kurzem schien es so, als finde man sich damit ab. Nun hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Hasskriminalität verabschiedet, endlich! Lange galten auch im linken Milieu Beleidigungen aller Art eher als Aus-

druck von robuster Meinungsfreude, die man nur im Ausnahmefall einschränken dürfe – ganz zu schweigen von den Plattformen, die ihnen eine Bühne bieten.

Bundeskriminalamt und Verfassungsschutz haben reichlich spät jeweils eine Personalaufstockung für den Kampf gegen Rechtsterrorismus angekündigt. Aber zunächst einmal sind es Richter und Staatsanwälte, die Verstärkung brauchen. Sie sind zu wenige und bei der Bekämpfung von Hasskriminalität eher ungeübt. Ihre Kompetenz wird jedoch dringend gebraucht, denn für die rechten Hetzer und Gewaltbereiten ist nichts so abschreckend wie eine entschlossene Verurteilung. Österreich, das an Rechten und Rechtsradikalen wahrlich keinen Mangel hat, wird vom rechten Terrorismus weniger getroffen als Deutschland. Hier hilft offenbar das 1992 aktualisierte sogenannte Verbotsgesetz, das drakonisch hohe Haftstrafen bei neonazistischen Umtrieben vorsieht. Wer sich zum Beispiel der Brandlegung im »nationalsozialistischen Sinn« schuldig macht, muss mit einer Haftstrafe von bis zu 20 Jahren rechnen. Ob solches Vorgehen auch Einstellungen verändert, ist zweifelhaft, aber Strafverfolgung ist immer noch besser als die Freiheit zur Straftat.

Die Analogie zu Weimar ist oft falsch – und doch gibt es eine berechtigte Warnung

Eine direkte Verbindung von einer am rechten Rand agierenden Partei zum Terrorakt zu ziehen ist dagegen schwer. Aus guten Gründen sollte man in Demokratien damit auch vorsichtig sein. Dennoch ist es richtig, wenn man die Waffe der Ächtung wieder schärft. Wer Migranten, Juden, Andersdenkende, sexuelle Minderheiten herabsetzt oder bedroht, stellt sich ins gesellschaftliche Abseits. In diesem Sinne kann auch jeder Einzelne äußerst wirksam tätig werden. Diese Form der Abwehr verhindert das Entstehen einer entfesselten »Hetzmasse«, wie sie der Schriftsteller und Nobelpreisträger Elias Canetti in seinem Werk *Masse und Macht* beschrieb; sie erst entwickelt eine »Zerstörungssucht«, die jedes zivile Zusammenleben vernichtet.

Erst recht muss die Ächtung gegenüber jenen gelten, die sich als Politiker eines nationalsozialistischen Vokabulars belfeigen. Wenn Thüringens AfD-Chef Björn Höcke schreibt, Deutschland werde zu seiner Erhaltung »nicht um eine Politik der »wohlt temperierten Grausamkeit« herumkommen«, es werde »Volksteile« verlieren, »die zu schwach oder

nicht willens sind, sich der fortschreitenden Afrikanisierung, Orientalisierung oder Islamisierung zu widersetzen«, dann kann eine solche Diktion einen vermeintlichen Einzeltäter dazu animieren, sich als kämpfende Avantgarde des angeblich bedrohten Volkes zu fühlen. Und wer wie die AfD zu schwach oder nicht willens ist, sich von solchen Politikern und ihrer fanatischen Gefolgschaft zu trennen, mit dem darf es auch auf keiner politischen Ebene eine Zusammenarbeit geben.

Oft ist in den letzten Monaten die Analogie zu Weimar gezogen worden. Meistens war sie falsch. Und doch gibt es eine Warnung, die berechtigt ist, und zwar die vor dem Eindringen Rechtsradikaler in Polizei, Bundeswehr und Justiz. Ausgerechnet ein Polizist wurde zuletzt als Mitglied der Terrorgruppe S. enttarnt. Hier darf es nicht die geringste Toleranz geben. Gleichzeitig müsste die Arbeit der Ordnungskräfte gegen Extremisten aller Art stärker gewürdigt werden.

Besonders schwer zu beantworten ist die Frage, was dazu führt, dass es zu bestimmten Zeiten mal linksextremistische, mal islamistische, mal rechtsextremistische Terrorwellen gibt. Ob sie Ausdruck eines subversiven Zeitgeistes sind oder gerade das Gegenteil – die brutalstmögliche Provokation wider den Zeitgeist. Und wahrscheinlich findet sich da keine überzeugende Antwort. Neu allerdings ist, dass jedem noch so verirrten Täter eine perverse Form von Ruhm zuteilwird, durch die er wiederum Vorbild für weitere Terroristen sein kann – auch dank neuer und alter Medien. Was also hilft?

Im Sommer 2005 starben in London 56 Menschen durch islamistische Bombenattentate. Die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit untersuchte, was danach geschah: Zunächst kam es zu einer neuen Welle von Hassverbrechen, dieses Mal gegen Muslime und Einwanderer. Nachdem aber Spitzenpolitiker wie Premier Tony Blair und die Religionsführer gemeinsam auf Schärfe Position bezogen hatten, ging die Zahl der Vorfälle wieder zurück. Auch dieses Beispiel lehrt, was jetzt in Deutschland so wichtig wäre: dass der Kampf gegen den Terror als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe gesehen wird, zu der übrigens auch die Solidarität mit den Opfern und die Auseinandersetzung mit den Hinterbliebenen gehören. Es ist Zeit für eine Wende.

Wann, wenn nicht jetzt?

www.zeit.de/audio

Sie sind umsonst gestorben

Mein Sohn soll nicht umsonst gestorben sein, sagt die Mutter von Ferhat Unvar, der in Hanau ermordet wurde. Leider wird es so sein. Er ist umsonst gestorben. Genau wie alle anderen. Sie, ihr Sohn und alle anderen gehören nicht zu Deutschland, wie Bundesinnenminister Seebohn vor zwei Jahren verkündete. Die Migration sei die Mutter aller Probleme und der Islam gehöre nicht zu Deutschland. Damit gehören sie und ihr Sohn genauso wenig wie ich zu Deutschland. Von einer „Zäsur“ wird nur gesprochen, wenn Bloddeutsche getötet werden. Nicht die Höcker und Konsorten sind unser Problem. Wer als Innenminister einer wohlgeremter christlichen Partei, der für die innere Sicher-



pagiert. Der Islam und damit die „Ausländer“ gehören nicht hierher. Schließlich geht es hier um den Erhalt der Deutschen Nation. Es wird alles beim Alten bleiben. Ein paar Tage Trauer, die Fahnen auf halbmast, alles bleibt wie es ist. Es wird nicht besser. Es wird schlimmer. Es kommen die nächsten Seebohns, die den Rechtsradikalismus mit der Thematisierung der Clankriminalität bekämpfen wollen. Schon wieder sind es die „Ausländer“, die Schuld daran sind, dass es Rechtsradikalismus in Deutschland gibt. Wer erklärt dieser Mutter, dass ihr Sohn umsonst gestorben ist?

Seda Başay-Yıldız, NSU-Nebenanwältin, Frankfurt

heit in diesem Land und damit für die Sicherheit aller Bürger in diesem Land verantwortlich ist, so etwas sagt, braucht sich nicht zu wundern, wenn andere den Abzug drücken.

Taten statt Worte haben schon die NSU-Terroristen pro-

Schnell ist Normalität eingekehrt

Hätte ein islamistischer Terrorist in Deutschland zehn Menschen erschossen, weil er gegen „Ungläubige“ vorgehen wollte, hätte es – völlig zu Recht – einen Aufschrei gegeben, der wochenlang nachhallt. Aber nach dem Terror von Hanau? Schnell ist Normalität eingekehrt. Kein Mensch ist auf die Idee gekommen, Karneval ausfallen zu lassen. Und hat irgendjemand eigentlich etwas über die Beerdigungen der Opfer gelesen? Kann wenigstens einen Namen der Ermordeten nennen? Mich erstaunt das nicht. Das ist kein neues Gefühl, dass Menschen, die braune oder schwarze Haut haben oder die einen fremd klingenden Namen tragen, in

dieser Gesellschaft weniger wert sind. Wenn sie wegen genau dieser Eigenschaften ermordet werden, ist es anscheinend weniger schlimm. Politiker wie Friedrich Merz von der CDU vermitteln in dieser Lage allen Ernstes, am Rechtsextremismus seien letztlich die Ausländer selbst schuld. So wie CSU-Politiker Horst Seehofer behauptete, Migration sei „die Mutter aller Probleme“. So wie der CDU-Mann Heinrich Lummer, als Anfang der Neunzigerjahre Flüchtlingsheime brannten und Menschen ermordet wurden, erklärte: „Ich warne vor eine Überfremdung Deutschlands!“ All das ist inakzeptabel. Wie wird es weitergehen in Deutschland? Wir wer-

den uns wehren, immer wieder, mit Worten und allen demokratischen und juristischen Mitteln. Wir müssen noch viel lauter werden.

Hasnain Kazim, Autor, Wien



Waffenbesitzer überprüfen

Das Attentat in Hanau erschüttert zahllose Menschen in Deutschland. Scheinbar aus dem Nichts ist wurden Menschen mitten aus dem Leben gerissen, plötzlich, sinnlos, unbegreiflich. Den Zusammenbruch all dessen, was wir für sicher und stabil in unserem Leben halten, müssen die Angehörigen nun ertragen. Und wir müssen uns fragen, was können und was müssen wir tun, damit nicht noch mehr unschuldige Menschen mitten aus unserer Gesellschaft, mitten im Alltag, mitten unter uns ermordet werden? Das Waffengesetz in Deutschland ist eines der restriktivsten der Welt. Was versäumen wir? Offensichtlich geht es



organisation stelle. Die Zusammenführung der Informationen hätte zum sofortigen Entzug der Berechtigung zum Besitz von Schusswaffen geführt. Neben dieser Vernetzung ist eine obligatorische psychologische Begutachtung von Waffenbesitzern, wie sie als Antrag 2017 bei der Revision der EU Feuerwaffenrichtlinie vorlag und abgewiesen wurde, sinnvoll. Im Leben eines jeden Menschen kann es Entwicklungen geben, die ihn aus der Bahn werfen. Der Besitz einer Schusswaffe kann in einer solchen Situation fatale Folgen haben.

Gisela Mayer, Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden

um die Vernetzung von Informationen, denn der mutmaßliche Täter war als Waffenbesitzer bekannt und er war ebenso als psychisch belastet auffällig geworden, als er Anzeige gegen eine imaginäre Geheimdienst-

Rassismus benennen

Der Terroranschlag in Hanau hat nicht überrascht, aber geschockt. Es hat Menschen getroffen, die meine Geschwister hätten sein können. Meine Geschwister waren am Samstag wieder in einer Shishabar. Meine Schwester sagt am Telefon, wir sind immer in die Shishabar gegangen. Wir werden es auch weiterhin tun. Vor rechtem Terror können wir uns nicht selber schützen. Nur die Sicherheitsbehörden können das, die Zivilgesellschaft kann das, die Politik kann das. Die Sicherheitsbehörden, in dem sie ihrer Pflicht nachkommen, alle Menschen zu schützen und mit der Entnazifizierung in den eigenen Reihen und Köpfen beginnt. Die Zivilgesellschaft, in dem sie rechter Ideologie keinen Quadratmeter Boden einräumt, in dem sie sich als antifaschis-



die ein verschärftes Waffenrecht durchsetzt, erwirkt, dass die NSU-Akten geöffnet werden, die Förderung für zivilgesellschaftliche Projekte sicherstellt, keine Kompromisse mit der AfD eingeht und Rassismus benennt.

Ronya Othmann, Autorin.

Da bricht gerade etwas zusammen

Als klar wurde, was in Hanau passiert ist, war mein erster Gedanke: Jetzt ist es wieder passiert. Wochen vor der Tat habe ich mich mit anderen über die Stimmung in Deutschland unterhalten. Überall war das Gefühl: Es wird bald wieder etwas passieren, wir wissen nur nicht wo. Nun ist es Hanau. Mich nicht los, dass es die Kinder und Enkel der Zugewanderten und Gastarbeiter getroffen hat. Ich hatte nach dem Auffliegen des NSU mal eine Lesung, da kam ein Mann zu mir, der sagte, er sei nach Deutschland gekommen, damit seine Kinder hier eine bessere Zukunft hätten, und nun gingen seine Kinder zurück in die Türkei, um diese bessere Zukunft dort zu suchen. Da bricht gerade etwas zusammen. Das Gefühl hier geschützt

Ich sage in meinem Wahlkreis immer: Wendet euch an die Behörden, wenn es Probleme gibt, die sorgen für euch. Jetzt gibt es Momente, an denen ich zweifle, ob das so noch stimmt.

Ich selber habe nie erwogen, Deutschland zu verlassen, das ist keine Option. Hier ist mein Kind geboren, hier ist mein Freundeskreis, mein Lebensmittel-

punkt. Ich bleibe da, wo ich bin. Ich mache mich jetzt noch breiter, lasse mir keine Räume nehmen. Das Oberste ist jetzt, dass der Staat uns Rassismus wirklich wirksam entgegentritt. Und dann müssen wir uns über unsere Zukunft austauschen: Wie wollen wir miteinander leben? Da, wo etwa die AfD zu spalten sucht, da muss uns das Einende gelingen. Es ist genau die Umvolkungsideologie dieser Partei, die kranke Menschen wie in Hanau zur Tat schreiten lässt. Als ob mein deutsch-türkisches Kind Teil eines Geheimplans wäre, Deutschland zu unterwandern – wie absurd und niederträchtig! Wir müssen diese Partei endlich konsequent ausgrenzen.

Canan Bayram, Grinow.



Was heißt es, mit einer Narbe, dem Verlust eines Bruders, eines Sohnes, eines Mannes zu leben? Ich habe 2004 den Nagelbombenanschlag in Köln miterlebt, habe Jahre lang den NSU-Prozess mitgemacht und wurde wie mein Mann beschuldigt: Bankenkrug oder Zuhälterei oder irgendwas anderes. Rassismus ausgeschlossen. Mein Sohn hat seinen Vater mit sieben Jahren unter die Erde gelegt. Deutschland, du hast in Bezug auf Rassismus versagt! Wir sind hier geboren, wir haben einen deutschen Pass, wir reden deutsch, wir halten uns an Gesetze. Aber das hat euch nicht gereicht. Wenn ihr Integration wollt, beherrscht erst einmal unsere Namen und unsere Geschichten. Vorher seid ihr keine Deutschen. Die Morde und Anschläge passieren in eurem Land. Das gehört zu eurer Geschichte. Was ihr als Trauer bezeichnet, ist eine tiefe Narbe, die wir im Herzen haben, die ihr zwei Tage lang lebt, indem ihr Kerzen anzündet. Ich bitte euch, die Familien der Opfer in Hanau nicht nur bei Trauer-

veranstaltungen zu unterstützen. Ich bitte euch, eure Kinder so zu erziehen, dass sie nicht irgendwann einmal Akten weg-schließen.

Canan Özor, Yılmaz aus Hamburg ist die Witwe von Atilla Özor, der 2004 beim rassistischen Nagelbombenanschlag des NSU in einem Friseurladen in der Kölner Keupstraße schwer verletzt wurde. Er starb 2019 an den Spätfolgen. Dieser Text ist eine Auszug aus Özor Yılmaz Rede auf einer Demonstration in Hanau am 22. Februar.



Schutzpflicht des Staates

Der Anschlag in Hanau kam nicht unerwartet. Erst kurze Zeit vorher ist ein Nazi-Terrornetzwerk von der Polizei hochgenommen worden. Die formulierten Ziele der Neonazis waren Terroranschläge auf die muslimische Minderheit des Landes, um dadurch Bürgerkriegszustände herzustellen. Dieses Wissen führt nicht dazu, dass es einem weniger das Herz zerreißt, dass diese unschuldigen Menschen sterben mussten. Die Trauer, die sich jetzt in ihren Familien ausbreitet, muss unermesslich sein. Schlimm waren auch Relativierungsversuche in den sozialen Medien und anderswo. Dass es einen hundertprozentigen Schutz nun einmal nicht gebe, usw. Eine solche Aussage macht es sich zu einfach. Niemand fragt hier nach dem Unsterblichkeitskraut. Es geht um menschenrechtliche Schutzpflichten des Staates, die eingehalten werden müssen, auch wenn das nicht zu einem absoluten Schutz führen kann. Dazu gehört: Dass der Staat keine Ressourcen scheut, den NSU-Komplex vollständig aufzulösen, alle Netzwerke von Nazis zu identifizieren und wirksame Maßnahmen gegen sie zu ergreifen. Bisher blieben die Mahnungen von Betroffenen und Opferanwälten ungehört. Auch nach innen hin



muss der Staat aktiv werden und in den eigenen Behörden, insbesondere im Sicherheitsapparat die Verbindung zu Nazistrukturen mit einer Null-Toleranz-Linie eliminieren, also eine Entnazifizierung z.B. durchführen. Die Generalbundesanwaltschaft sollte Rechenschaft darüber ablegen, wie sie mit den Informationen aus dem Brief umgegangen ist, den der Attentäter aus Hanau vorab dort eingeschickt hat. Darüber hinaus sollte der Staat einen wirksamen, zugänglichen und schnell handelnden Beschwerdemechanismus für die Angehörigen der Opfer einrichten. Für potentiell Betroffene sollte es eine Meldestelle geben, wo sie bei Verdacht auf Verfolgung sofort Schutz finden können.

Deniz Utlu, Schriftsteller, Berlin

Tiefe Narbe im Herzen

der Freitag

Die Wochenzeitung

»freitag

27. Februar
9 Au
Deutschland
Ausland

Partner
Guar

Mit 8 Seiten
Wirtschaft

CDU Laschet? Merz? Röttgen?
Eine alte Partei sucht nach
einer neuen Führung **Politik** s. 3

Erfinder Ein Mann hat eine
tolle Recyclingidee. Behörden
würgen sie ab **Wirtschaft** s. 15

Haltung Es gibt keine linken
Autoren. Wird behauptet.
Wir machen den Test **Kultur** s. 21

WOHIN
gehen
wir,
WENN
wir auch
aus
DEUTSCH-
LAND
aus-
geschmissen
WERDEN?

Widad Nabî

HÖRT UNS
ENDLICH
ZU!

Büşra Delikaya

Nach dem Terror in Hanau:
Was jetzt zu tun ist s. 5-7

Die deutsche
Regierung muss
strengere
Waffengesetze
erlassen!

Ahmed Shekay

Es ist
unser Recht,
hier zu
leben!

Ferda Ataman

Nach dem Terror in Hanau: Was jetzt zu tun ist

Die Gefahr war bekannt

Staat Nicht erst seit Hanau steht Behörden und Politik das Ausmaß rechten Terrors klar vor Augen

■ Andreas Förster

Nach dem rechtsterroristischen Mordanschlag von Hanau gibt es kaum Rufe nach Gesetzesverschärfungen, erweiterten Befugnissen und Personalaufstockung für Polizei und Verfassungsschutz. Innenminister Horst Seehofer (CSU) kündigt stattdessen vor allem einen besseren Schutz von Moscheen an – was längst überfällig ist. Drei rechtsterroristische Mordanschläge mit zwölf Toten in acht Monaten und die Zerschlagung der Gruppe S., die mit Anschlägen auf Moscheen und Muslime einen Bürgerkrieg anzetteln wollte, zwangen Seehofer einräumen, dass es derzeit „eine sehr hohe Bedrohungslage von rechts“ gebe. Zugleich wies er den Vorwurf zurück, der Kampf gegen rechts sei in der Vergangenheit vernachlässigt worden. Tatsächlich aber sind Bundesregierung und Sicherheitsbehörden erst nach dem Mord an CDU-Politiker Walter Lübcke im Juni 2019 aufgewacht.

Dabei gibt es Anzeichen für eine zunehmende rechte Terrorgefahr seit mindestens fünf Jahren. Erinnert sei an die Messerattacken auf die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker (2015) und den Bürgermeister Altenas im Sauerland, Andreas Hollstein (2017), die beide nur durch Notoperationen überlebten, an die drei seit 2015 von den Behörden zerschlagenen Terrorgruppen Oldschool Society, Gruppe Freitag und Revolution Chemnitz, an den rassistischen Terroranschlag im Olympia-Einkaufszentrum



Die moderne Welt da draußen ist verkommen und böse, mein Kind

Migranten zum Opfer fielen; an die Welle von Brandanschlägen auf Asylheime und Gewaltangriffen auf Flüchtlingslager 2015 und 2016; an die Festnahme des Bundeswehroffiziers Franco A. im April 2017, der sich als syrischer Flüchtling ausgab und plante, mit einem vermeintlich islamistisch motivierten Terroranschlag Unruhen zu provozieren; an Franco A.s Verbindungen zum von Spezialkämpfern, Soldaten und Polizisten gegründeten Verein Uniter, der seine Mitglieder für den Fall eines politischen Umsturzes trainiert; an die von den Behörden 2017 ausgehenden rechten Nordkreuz-Prepper, die Waffen und Sprengstoff horten, an Morddrohungen gegen Claudia Roth und Cem Özdemir durch deutsche Anhänger der US-Gruppe Atomwaffen Division 2019, an die bereits 2012 reaktivierte Terrororganisation Combat 18, deren deutsche Sektion erst jüngst verboten wurde, an die 2019 bekannt gewordenen rechtsextremen Netzwerke in der hessischen Polizei; an den Mordanschlag auf den eritreischen Flüchtling Bilal M. im hessischen Wächterbach im Juli 2019 durch einen Rechten. Das sträflich lange Negieren neonazistischer Terrorgefahr in Deutschland ist auch einem Verfassungsschutz zuzuschreiben, in dem ein rechtslastiger Präsident wie Hans-Georg Maaßen jahrelang amtiert konnte.

Zurecht fordern die Grünen in ihrem „Sofortprogramm für eine sichere Gesellschaft“ eine kritische Aufarbeitung der Ara Maaßen. Dem Geheimdienst soll außerdem in Zukunft ein politisch unabhängiges Institut zum Schutz der Verfassung“ zur Seite gestellt werden, um die Expertise aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft „dauerhaft in die Analysen des Verfassungsschutzes einfließen“ zu lassen. Zudem soll die Bundesregierung in einem Krisenstab, relevante Akteure aus Regierung, Parlament, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammenbringen, um gegen einen „völlig enthemmten Rechtsextremismus“ durchzugreifen. Das ergibt ebenso Sinn wie die Forderung der Linkspartei nach einer konsequenten Entwaffnung von Nazi-Strukturen. Die wäre effektiver als eine Sicherheitsüberprüfung von Einzelpersonen vor Erteilen einer Waffenerlaubnis. Die Behörden müssten dafür aber den Fahndungsdruck auf die rechte Szene weiter verstärken.

Wie eine Sekte

Pollitreligion Der Terror von Hanau entspringt einer Ideologie, die rechts floriert

■ Liane Bednarz

Der Neuen Rechten ist es in den letzten Jahren gelungen, in Teilen eines sich als konservativ verstehenden Bürgertums anschlussfähig zu werden. Dafür gibt es inhaltliche, aber auch habituelle Gründe. In der Theorie ist der Unterschied zwischen dem konservativen Denken, wie es sich nach 1945 in Deutschland neu entwickelt hat, und rechten Ideenwelten groß: Während der bundesrepublikanische Konservatismus fest verankert in der westlich geprägten Gesellschaftsordnung ist, basiert das rechte Denken auf einer Trias aus Antipluralismus, Antiliberalismus und Ethnopluralismus.

In der Praxis gibt es jedoch unter vielen Konservativen schon länger eine gewisse Verwirrung und Offenheit gegenüber neueren Vorstellungen. Inhaltlich liegt dies maßgeblich daran, dass die Neue Rechte sich selbst gerne als konservativ etikettiert, worauf nicht wenige Bürgerliche hereinfallen. Habituell spielen Radikalisierungsmechanismen in konservativen Milieus eine große, bisher unterschätzte Rolle. Das Verständnis dieser Mechanismen ist grundlegend, da man in der Regel nur festsitzungslos vor den Resultaten steht. Etwa wenn man in den Kommentarspalten unter einem Artikel einer bürgerlichen Zeitung Bemerkungen von bürgerlich daherkommenden „Lügenpresse“-Ruffern liest, oder, beklammernd noch, wenn Freunde und Familienmitglieder plötzlich anfangen, rechte Feindbilder kundzutun.

Wer versuchen will, solche Menschen wieder für einen demokratischen Konsens zu gewinnen, und das scheint dringend notwendig, der muss verstehen, wie die Radikalisierung vorantreibt und wie sie wirkt. Mit bloßer Empörung wird man den Zuspruch zur AfD nicht verkleinern. Bei nä-

herer Beschäftigung mit dem Phänomen zeigt sich, dass die Radikalisierung – oder genauer: Selbstradikalisierung – eines moderater Konservativer starke sektenähnliche Züge aufweist. Das ist nicht abstrakt dahergesagt. Vielmehr kenne ich das Milieu der nach rechts driftenden Konservativen auch von Innen, da ich mich ab 2011 über meine damalige Freundschaft mit dem Journalisten Matthias Matussek selbst in solchen Zirkeln bewegt habe. Matussek war damals noch ein angesehener Spiegel-Autor. Heute ist er erkennender Fan der Identitären Bewegung. Überhaupt

Sie glauben daran, dass eine Apokalypse kurz bevor steht

ist die Radikalisierung in dem von ihm repräsentierten Milieu inzwischen weit vorangeschritten. Persönlich wurde ich bereits ab dem Frühjahr 2012, vor allem aber ab dem Herbst 2013 skeptisch und bin so zu der Beschäftigung mit der Grenzlinie zwischen den konservativen und dem rechten Denken gekommen. Es war vor allem der schon damals in diesen Kreisen beliebte Vergleich unserer liberalen Demokratie mit einer Diktatur, sei es mit der DDU oder gar der NS-Herrschaft (übrigens von denselben Leuten, die ansonsten gerne eine „Nazikeule“ von links gegen sich selbst

beklagen), der mich befremdete. Die sektenhaften Mechanismen, aufgrund derer ehemals konservative Menschen sich nach rechts radikalisierten, würde ich wie folgt charakterisieren:

1 Die Szene denkt pollitreligiös. Man glaubt, dass es so etwas wie den einen wahren Volkswillen gibt, den es unbedingt durchzusetzen gilt. Jedweder Einspruch ist unerwünscht. Es besteht kein Interesse an Kompromissen. Bei den konservativen Christen mit Rechtsdrill kommt hinzu, dass sie den Wahrheitsanspruch der Bibel gewissermaßen auf die Politik übertragen und dadurch erst recht glauben, dass es nur eine einzige, nämlich ihre, akzeptable politische Haltung gebe. Hier liegt der entscheidende Schnittpunkt zum rechten Antipluralismus.

2 Es herrscht eine apokalyptische Grundstimmung vor. Nicht viel anders als bei Endzeitsekten. Man fürchtet den „Volks-“ bzw. „Ethnosuizid“ durch „Islamisierung“ sowie „Bevölkerungsaustausch“ und glaubt, zum „Widerstand“ verpflichtet zu sein.

3 Das Phantasma des deutschen „Ethnosuizids“ korreliert mit der Panik vor dem Aussterben des Christentums. Grob gesagt wird geglaubt, Jesus retten zu müssen, indem man das Aussterben des deutschen, ethnisch verstandenen Volkes verhindert. Aus dem universalistischen Christentum der Nächstenliebe wird, so nannte es der katholische Publizist Rolf Seilerich bereits 2016 treffend, auf diese Weise „eine Art anti-islamische, weiße Stammesreligion“. Es waren dementsprechend rechtschristliche Zirkel auf Facebook, in denen ich zum ersten Mal auf den Begriff des muslimischen „Geburtsdichthad“ stieß. Für den gedanklichen Oberbau eines völkischen Christentums sorgt die

Neue Rechte. So sagte der Verleger Götz Kubitschek 2016 gegenüber 3sat-Kulturzeit: „Wenn Sie das jetzt von einem gläubigen Christen hören wollen: Das deutsche Volk ist eben ein Entwurf Gottes, und es ist eine besondere Art, durch die Geschichte zu gehen, mit allen Höhen und Tiefen.“

4 Man sieht sich also in den nach rechts gedrifteten Milieus vielfach in einer Art finalem Endzeitkampf. Und das mobilisiert, gibt manchem sonst so eintönigen Leben vielleicht Sinn.

Für die Rechte gibt es einen „wahren Volkswillen“, Einspruch unerwünscht

5 Zugleich wird den Leuten von der Neuen Rechten eingeredet, die Welt da draußen sei dekadent und verkommen. Die Moderne und erst recht die „Spälmoderne“ (auch sie ist inzwischen ein Kampfbegriff) stelle eine Abkehr von der „natürlichen göttlichen Ordnung“ dar. An dieser Stelle kommen dann die Feindbilder „Genderwahn“ und „Homosexualisierung“ ins Spiel, die als Paradebeispiel der „Dekadenz“ angesehen werden. Auch säkulare völkische Rechtsradikale wie der thüringische AfD-Vorsitzende Björn Höcke, die sich ausdrücklich als Nicht-Christen sehen, bedienen manche dieser Vorstellungen. Namentlich Höcke prangert in seinen Reden immer wieder die „Dekadenz“ an und spricht überdies in seinem 2018 erschienenen Buch *Nie zweimal in denselben Fluss* von den „Schutthalden der Moderne“ und dem westlichen „Werteschaum“.

6 Rechts offenen Konservativen einreden, keine säkularen Medien aka „Lügenpresse“ mehr zu konsumieren. Stattdessen werden rechte „Alternativmedien“ propagiert, die ständig das, was mittlerweile geglaubt wird, bestätigen. Auch das kennt man von Sekten, die ihre Anhänger dazu auffordern, nur noch Literatur der jeweiligen Organisation zu konsumieren und die Finger von säkularen Medien zu lassen. Psychologisch ist dieser Ansatz äußerst effizient, denn die Suche nach Bestätigung der eigenen Ansichten ist zutiefst menschlich. Der Fachbegriff lautet „confirmation bias“. Rechte Bewegungen operieren damit, indem sie vor allem über ihre Medienbestände die immer gleichen Feindbilder bedienen.

7 So hat sich inzwischen ein regelrechtes wöchentliches „Feindbildkarussell“ herausgebildet, das sich vor allem in den sozialen Medien dreht und dreht und indoktriniert. Überspitzt formuliert lädt es montags ein, auf dem Sitz mit dem Warnschild „Islamisierung“ Platz zu nehmen und gegen diese mobil zu machen. Dienstags folgt dann der „Genderwahn“, mittwochs die „Lügenpresse“, donnerstags die „Kanzlerdiktatorin Merkel“ bzw. „Merkel muss weg“, freitags der „Staatsfunk“ aka die „GEZ-Medien“, samstags der „Bevölkerungsaustausch“ und sonntags die „Klimalüge“. Dann folgt die neue Woche an und es geht vorne los.

8 So entsteht auf Dauer bei den Karussellfahrern eine Art Gehirnwäsche, auch das ähnlich zu religiösen Sekten.

9 Irgendwann werden die so Verführten zu Verführern und fangen an, selbst aktiv die genannten Feindbilder zu verbreiten, nicht zuletzt, um auf diese Weise Bestätigung von ihren neuen Freunden in den sozialen Medien und viele, viele Likes zu erhalten. Wie gesagt, der Mensch sucht nach Bestätigung.

10 Gleichzeitig wenden sich alte Freunde ab oder werden von den Verführten verstoßen, so dass sich Letztere irgendwann nur noch in rechten Zirkeln bewegen.

Liane Bednarz ist Publizistin und Juristin. Sie veröffentlicht in diversen Medien und versteht sich als liberal-konservativ.

Zu Hause ausgegrenzt

Alltags-Rassismus Unsere Autorin wurde in Hanau geboren, die Stadt war ihr sicherer Ort. Dann kam der Anschlag

■ Seda Ardal

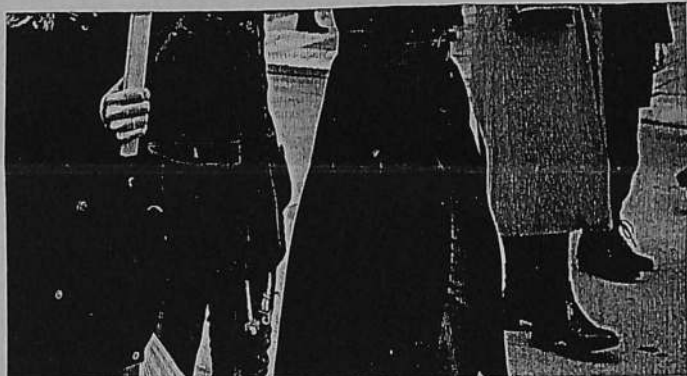
Es ist nicht lange her, dass mein Vater mir erzählte, dass einer seiner besten Freunde Krebs hat. Und es ist vier Wochen her, dass er mir erzählte, dass dieser Freund seinen Sohn bei dem rassistischen Anschlag verloren hat.

Ich bin in Hanau-Kesselstadt aufgewachsen – keine 100 Meter von dem Haus des Täters entfernt. Wir Kinder spielten davor. Wir waren die, über die sein Vater damals schon schimpfte; unsere älteren Geschwister, die, mit denen er sich nicht anfreunden wollte. Die, die hier nicht hingehörten. Wir waren alle gebürtige Hanauerinnen und Hanauer. Auf dem Kurt-Schumacher-Platz kratzten wir nach der Schule unser letztes Geld zusammen, um Naschütten und Cola zu kaufen und sie zu sieb zu teilen. Und irgendwo im Hintergrund perfektionierte ein Nazi seine Fähigkeit zu schiefen, vergiftete sein Hirn mit rechtstradikalen Ideologien und „fiel niemandem auf“.

Noch vor Kurzem erzählte ich einem Freund, Hanau gehöre uns. Den Eltern und den Kindern mit Migrationshintergrund. Den Schwarzköpfen, den Kanaks. Selbst die Bio-Deutschen verhalten sich dort wie wir. Fast jeder Zweite in Hanau kommt aus einer Einwandererfamilie. Hanau war unser Safe Place. Wir wussten, wir halten hier zusammen. Hier gibt es vielleicht auch ein bisschen Alltagsrassismus, aber wir werden hier nicht kaltblütig erschossen. Dachten wir.

Natürlich war Hanau nie ein Ort der Harmonie. Die Schlagzeilen in den Hanauer Lokalnachrichten hießen schon immer „Schon wieder Schlägerei in Hanau“, „Drogenrausch in Hanau“, „Polizei überfordert in Hanau“. Doch wie mein Bruder so schön sagte: „Seda, wir hauen uns hier vielleicht mal auf s Maul und kiffen ein bisschen, aber wir knallen uns nicht ab. Ich wusste sofort, das war ein Nazi.“

Hanau war schon immer eine Freakshow. Aber unsere Freakshow. Wir fragen uns, ob wir



Demonstration in Hanau, drei Tage nach dem mörderischen Terror vom 19. Februar 2020

aber unsere Freakshow. Wir fragen uns, ob wir hier noch sicher sind.

Menschen mit NS-Hintergrund

Am Tag nach den ersten Besetzungen von Mercedes, Ferhat, Gökhan, Sedat und Fatih ging ich Baba besuchen. Wir schauten die *Tages* und danach eine Doku über Elefant. Baba geht es gut. Baba lebt weiter, guckt weiter Dokumentationen, fährt weiter Taxi. „Wir sind besonders gefährdet“, sagt er zu einem Beitrag über Corona. „Bei uns steigen so viele Leute ein und aus.“ Er macht sich Sorgen, dass ein Corona-Infizierter bei ihm einsteigt und ihn ansteckt. Ich mache mir Sorgen, dass ein Rassismus-Infizierter bei ihm einsteigt und ihn erschleift.

Mein Vater kam mit 18 Jahren als politischer Flüchtling aus der kurdischen Provinz Ahr nach Hanau. Er wollte nie zurück Deutschland ist und war schon immer seine Heimat. Er trägt nur Camel Active und Birkenstocks, liebt Miele-Haushaltsgeräte, schaut jeden Abend die *Tageschau*, danach *Wer wird Millionär?*, dann eine Doku. Er ist Grüneremmerfan. Er kauft nur Bio-Bananen und trennt seinen Müll schon fast religiös. Mein Vater ist so deutsch, er spricht Erdogan mit sich aus.

Wie die Mutter von Ferhat schon sagte: „Wir haben doch alles getan, was ihr wolltet. Unsere Kinder sind hier zur Schule gegangen und haben hier gearbeitet. Und dann nehmt ihr sie uns weg.“ Bis auf unsere Haut- und Haarfarbe ist alles an uns angepasst. Und genau das scheint unser Todesurteil zu sein.

Ich spreche perfektes, akzentfreies Deutsch, fließendes Hessisch und weitere deutsche Dialekte. Alle besser als meine Muttersprache. Ich arbeite für deutsche Geschäftsführer und korrigiere ihre Rechtschreibfehler.

Trotzdem muss ich mit jeden Tag Fragen stellen lassen wie: „Deine Eltern sind schon die etwas anderen Türken, oder? Sonst dürftest du ja nicht ohne Kopftuch rumlaufen oder rauchen!“ Am Anfang nahm ich es noch mit Humor und antwortete auf die ewige Frage zur Weihnachtszeit, was er eigentlich feiern „den 11. September?“. Oder einschuldigte mein Fehlen auf einer Messe damit, dass ich Prüfungsphase in der Koranschule habe. Wichtiges Semester: Sprengstoff. Mein Mittagessen wird kommentiert mit den Worten „Du bist aber experimentierfreudig“, weil ich mir mehr als nur mit Salz und Pfeffer würze. Das ist kein Experiment, das ist meine Kultur.

Doch am Mittwoch, dem 19. Februar, sagte meine Kollegin tatsächlich, sie habe sich nicht nie in die Türkei getraut, weil sie glaube, Deutsche würden dort abgeschlachtet. Da war ich mit meinem Humor am Ende. Ich packte mei-

„Na, hast du überlebt?“, fragten sie meinen Bruder. Dann boten sie ihm Gebäck an und vergaßen

ne Sachen, fuhr direkt zu meiner Ärztin und ließ mich krankschreiben. Diagnose: rassistisch-induzierte depressive Episode.

Ich schleppte mich nach Hause und schlief schon bald auf der Couch ein, um am nächsten Morgen zu Dutzenden von verpassten Anrufen, Schock-Einwojns und Eilmeldungen zu der vergangenen Horrornacht aufzuwachen. Rassistisches Attentat in Hanau – elf Tote. Und das, was wieder mal im Vordergrund steht, ist der Migrationshintergrund der Opfer.

Man nennt uns „die mit Migrationshintergrund“, doch seid ihr „die mit dem NS-Hintergrund“. Ist das nicht viel erweiterbarer als die belanglose Tatsache, dass unsere Eltern oder Großeltern woanders geboren wurden? Wäre es nicht viel wichtiger, euren vom Nationalsozialismus, vom Holocaust geprägten Hintergrund im selben Atemzug zu erwähnen wie euer Menschsein? Anmalya du müsstest uns eigentlich die Wohnungen hinterher-schmeißen, uns die Jobs auf dem Silberblatt präsentieren und dir den Arsch aufreiben, unter wunderschönen Mütterchen perfekt zu beherrschen – wenigstens unsere Namen richtig auszusprechen. Stattdessen bekommen wir eine Kugel in den Kopf.

Am Tag danach fragen Arbeitskollegen meinen Bruder: „Na, hast du überlebt?“ Hat er, aber einer seiner Freunde nicht. „Ich hab Kreppel dabei. Bedienen sie sich!“ Statt Anteilnahme und Solidarität gab es Frittieretes. Der Umgang in den Tagen danach, die Geschwindigkeit, in der sich der Alltag wieder

normalisierte, das sich einschleichende Vergessen und Verdrängen, nachdem die Sensationsgier des postmodernen Menschen befriedigt worden war, widern mich auf eine ganz andere Art und Weise an.

Hamza, Said Nesar, Gökhan, Mercedes, Ferhat, Fatih, Vili-Viorel, Kaloyan und Sedat wurden inzwischen alle beigelegt. Die Opfer von Hanau liegen unter der Erde und ihre Geschichten mit ihnen. Ihre Angehörigen und Freunde legen unter Tränen Blumen auf den Haufen Erde. Deutschland legt seine Verantwortung mit dazu.

Euer Multikulti kotzt mich an

Ich frage mich, ob es für den Täter so einfach gewesen wäre, innerhalb von so wenigen Minuten so viele Menschen zu töten, wenn zwischen Gökhan und Ferhat ein Sebastian gesessen hätte. Wenn neben Mercedes eine Hannah und neben Sedat ein Anton gestanden und Hamza sich gerade mit Caro eine Pomme geteilt hätte. Wären sie alle integriert, im wahrsten Sinne des Wortes integriert zwischen all den Daniels und Hannahs und Caros gewesen, wären sie nicht eine so leichte Zielscheibe für den Täter gewesen.

Wir werden abgeschoben in „Ghettos“ wie Hanau-Kesselstadt. Diese Abschiebungskultur prägt sich auch in uns ein und wir schaffen uns unsere „Freizeit-Ghettos“, wie Shisha-Bar, Kioske oder einfach Bushaltestellen. Wir werden verdrängt an den Rand der Gesell-

schaft und schaffen uns unsere Nischen, die zur Zielscheibe für solche Attentate werden. Und das ist die Mutter aller Probleme: Ausgrenzung. Kesselstadt für uns, Groß- und Klein-Aheim für die Almans. Uns fehlen die Berührungspunkte, der Kontakt, das Miteinander. Wir leben in Parallelgesellschaften.

Multikulti ist zu einem Trend in Deutschland geworden. Ihr nehmt unsere Kultur auf und denkt, damit sei es getan. Denkt, es reicht, einmal die Woche Falafel essen zu gehen und zu wissen, was Baklava ist. Rühmt euch damit, dass euer Späti-Mann euren Namen kennt, eure Kinder auf die Multikulti-Schule gehen, denen ihr dann aber Dinge sagt wie: „Hat der Ali hier aber wieder mal falsch geipart“, wobei ihr auf den schwarzen BMW zeigt. Multikulti ist nur noch ein Regal bei Alnatura. Ihr integriert unser Essen, unsere Musik, sprecht den Slang, den wir erfunden haben. Aber in der S-Bahn will sich niemand neben den Typen mit der Bauschuttsche setzen.

Euer Alnatura-Multikulti kotzt mich an. Ihr wollt euer Brot ohne das Weizenmehl, euer Eis ohne die Sahne und euer Multikulti ohne die Menschen. Ihr nehmt allem die Würde, den Genuss und die Essenz und fühlt euch damit „sicher“ und „gesund“.

So deutsch, wie ich konnte

In der letzten Woche kamen vier deutsche Männer in meine Wohnung, um einen Wasserschaden zu begutachten. Bei jedem einzelnen dieser Termine war ich nervös und ängstlich, dass ein Rassist in meine Wohnung kommt und denkt, das dumme ausländische Mädchen hat die Wohnung zerstört.

Jedes Mal stand ich so deutsch, wie ich konnte, an meiner Tür und wartete. Jedes Mal begann ich sofort, auf Hessisch das Übel zu erklären, und jedes Mal wurde ich eines Besseren belehrt. Keiner von ihnen gab mir die Schuld an dem Wasserschaden und keiner von ihnen trat mit seinen Schuhen auf meinen Teppich. Es rührte mich fast zu Tränen.

von ihnen trat mit seinen Schuhen auf meinen Teppich. Es rührte mich fast zu Tränen.

Wir sollten alle wieder lernen, nicht auf den schönen Teppich zu treten. Alles, was man dafür braucht, ist nur ein bisschen Bewusstsein und ein bisschen Respekt.

Seit dem 19. Februar kamen viele Menschen mit Migrationshintergrund zu Wort. Jeder hatte mindestens eine Geschichte zu erzählen. Es macht mich wütend, dass wir erst zu Wort kommen dürfen, wenn wir uns zu der *Opferrolle* bekennen. Aus Menschen mit Migrationshintergrund werden Menschen mit Opferhintergrund. Dass man uns nur nach unseren Rassismus-Erfahrungen fragt – und das erst, nachdem Menschen sterben mussten. Wie gerne würde ich über andere Dinge schreiben. Über die Erfolge im Umgang mit Depression, das Glück, Tante zu sein, meine desaströsen Jahre in Berlin. Doch das alles rückt in den Hintergrund, stellt sich in eine Reihe mit meiner Migrationsgeschichte.

In letzter Zeit wurden immer mehr Bücher zu dem Thema veröffentlicht. Autobiografisches und Workbook-ähnliche Bücher für Menschen ohne Hintergrund, um sich mal mit dem „eigenen Rassismus“ auseinanderzusetzen. Und auch hier stellt sich der weiße Mensch wieder in den Mittelpunkt, macht sich selbst zum Opfer und gleichzeitig zum Helden der Nation, weil er nun ein Buch über die Probleme liest, die nicht sein, sondern unser Leben bestimmen. Damit schaffen wir Rassismus-Erfahrungen lediglich ein weiteres Regal in der Rubrik „Bücher für weiße Menschen“ – jetzt auch von uns geschrieben.

Statt unsere Lebensgeschichte zu lesen, die mehr sind, als zu einer marginalisierten Gruppe zu gehören, liest der weiße Mensch nur unsere Geschichten der Diskriminierung. Es gibt nur einen Punkt auf der Liste, wie man Rassismus bekämpft: Lerne uns kennen.

Geht einfach raus und lerne uns kennen. Weicht mit uns auf, kommt uns besuchen und zieht eure Schuhe vor der Tür aus. Fragt uns nicht, wo wir herkommen und ob unsere Eltern die „etwas anderen Türken“ sind, wieso wir kein Kopftuch tragen müssen, wie viele Geschwister wir haben und ob wir einen Freund haben dürfen. Fragt uns, welche Netflix-Serie wir gerade gucken, wo wir am Wochenende feiern waren und seit wie vielen Monaten wir schon keinen Sex mehr hatten.

Wir sind genau wie ihr. Der einzige Unterschied ist, dass wir unsere Rechnungen nie getrennt zahlen.

Seda Ardal, 1989 in Hanau geboren, lebt heute ganz in der Nähe, in Offenbach. Diesen Text hatte sie zuerst in der Community auf Freitag.de publiziert.

Trauer statt Wahlkampfabschluss

An einer Kundgebung für die Opfer der Bluttat von Hanau haben am Donnerstag in Hamburg nach Polizeiangaben 600 Menschen teilgenommen. Bischöfin Kirsten Fehrs sagte in einer Rede: „Mit Abscheu schauen wir auf diesen Terrorakt, bei dem ein Mann zehn Menschen aus dem Leben gerissen hat.“ Hamburgs DGB-Chefin Katja Karger sagte auf der Kundgebung, dass Parteien, die Angst, Wut und Hass schürten, den Boden für solche Taten bereiteten. Zu der Kundgebung auf dem Rathausmarkt hatte auch Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) aufgerufen. Unter den Teilnehmern waren auch Senatoren und fast alle Fraktionsvorsitzenden der Bürgerschaft. Auch Grünen-Chef Robert Habeck, Bundesarbeitsminister Hubertus Heil und die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (beide SPD) waren anwesend. Sie hatten an Wahlkampfveranstaltungen ihrer Parteien teilnehmen wollen, die abgesagt wurden. (dpa)

Lernt ihr unsere Namen

Hanau Es tut weh, wenn sich Trauer mit Wut mischt. Doch in unserer Stadt bauen wir an etwas Neuem: an Gemeinsamkeit

■ Newroz Duman

Die Tage hier in Hanau sind von Schmerz und Verunsicherung geprägt. Von Beerdigungen. Von Trauerfeiern. Eltern und Geschwister, Nachbarn, Freund*innen und Bekannte reden über ihren Verlust, den Verlust eines geliebten Menschen, eines Freundes, einer Mutter. Sie suchen einen Weg, diese Verluste zu betrauern. Doch das ist sehr schwer in den Tagen nach einer solchen Tat. Denn die Wut ist ebenso stark wie die Trauer. Die Wut darüber, dass die nächsten rechten Morde geschehen sind, dass wieder einmal passiert ist, was immer wieder passiert – trotz aller Warnungen.

„Mein Sohn soll nicht umsonst gestorben sein“, sagt die Mutter des getöteten Ferhat Ünvar auf seiner Beerdigung. Ihr Sohn sei Opfer eines rassistischen Anschlags geworden, wir seien alle dafür verantwortlich, dass keinem weiteren Menschen zustoße, was ihrem Sohn zugestoßen ist. Es muss die letzte Mutter sein, die diesen Satz sagt. So viele haben ihn schon gesagt in den letzten Jahrzehnten, doch es passierte nichts. Geschützt wurden die Täter, nicht die Opfer.

Wir dürfen nicht zulassen, dass sich diese Geschichte wiederholt. Das klingt so leer. Und doch geht es jetzt genau darum. Wir wollen nicht nur wissen, was am 19. Februar in Hanau passiert ist, sondern endlich auch, was in den letzten 20 Jahren passiert ist. Die Geschichte der Opfer des NSU, die Geschichte ihrer Angehörigen, muss wieder auf den Tisch und lückenlos aufgearbeitet werden. Wir müssen erfahren, wer die Akten vernichtet hat, wer vertuscht hat. Wir müssen auch wissen, was mit Oury Jalloh in Dessau, mit Jaja Diabi in Hamburg passiert ist, mit Burak Bektaş in Berlin.

Denn schon heute, obwohl die Tat noch lange nicht aufgeklärt ist und wir wieder nicht wissen, ob sie es jemals sein wird, ist eines klar: Der Tod dieser Menschen steht in direktem Zusammenhang mit der staatlichen und gesellschaftlichen Verharmlosung rechter Gewalt, mit der Ignoranz der Stimme der Betroffenen von Rassismus und einer politischen Kultur, die eine neue faschistische Massenbewegung zum Gesprächspartner macht. Wer den täglichen Rassismus kennt und den Hass spürt, der uns entgegenschlägt, der weiß schon lange, dass es nur eine Frage der Zeit war, bis der erste faschistische Wutbürger zur Waffe greift. Wir wussten das. Und nicht nur wir. Die Mordphantasien von Tausenden neu-

Ferhats Opa baute die Straßen, auf denen der Täter fuhr

en Nazis sind in öffentlichen Briefen und Internetkommentaren dokumentiert, sie sind nicht in geheimen oder verschlüsselten Chats zu finden. Es passiert: Nichts. Seit Jahren, seit Jahrzehnten. Wie soll ein Mensch trauern, der das weiß? Und wie sollen Familien Abschied nehmen, die nicht wissen, wem sie vertrauen können?

Die Menschen hier in Hanau, Hessen, kennen alle die Geschichte des NSU. Freunde und Familien misstrauen der Polizei und dem Staat zutiefst. Wer sagt die Wahrheit über das, was passiert ist? Das ist schwer, sehr schwer. Und wir kennen nicht nur den NSU, wir kennen auch einen Hans-Georg Maaßen, der bis vor einem Jahr den Verfassungsschutz leitete. Wessen Schutz kann man von solch einer Behörde und von solchen Apparaten erwarten? Wohl kaum den der Opfer. Im Gegenteil: Die explizit gewollte Nicht-Aufklärung von Gewalttaten ist eine offene Einladung zu wei-

terer rechter Gewalt. Schon im Jahr 2006 demonstrierte die Familie des NSU-Opfers Halit Yozgat in Kassel unter dem Motto „Kein zehntes Opfer“ für die Aufklärung der Nazimorde. Sie fand nicht statt, nicht in der Polizei, nicht im Verfassungsschutz. Wir brauchen ein Programm der Entnazifizierung: in den Behörden, in Schulen, Ämtern, Parteien, Parlamenten.

Aber es gibt nicht nur Trauer und Wut. Da ist auch etwas im Umgang der letzten Tage, das unglaublich wichtig ist, gerade in Hanau, Stadt der Migration, unserer Stadt, in der wir lange ohne Angst lebten. Der Versuch des Täters, Menschen fremd, zu Nicht-Deutschen zu machen, Menschen mit Migrationsbiografie in ihren Rechten zu schwächen, wird zurückgewiesen – besonders von den Familien selbst.

In ihren Ansprachen und Trauerreden betonen sie es unermüdlich: Dass ihre Kinder, Brüder und Schwestern Hanauer waren, dass es ihre Stadt war und ihr Leben, das der Täter attackierte. Sie bestehen darauf, dass die Tat die Opfer nicht nachträglich zu Fremden macht, die sie nie gewesen sind. Ferhat Ünvars Familie sagte am Samstag auf unserer Kundgebung: „Ferhats Opa kam als Gastarbeiter nach Hanau und baute die Straßen, auf denen der Täter von einem Tatort zum anderen fuhr.“ Und Candan Özer Yılmaz, die Witwe von Atilla Özer, der 2004 beim Nagelbombenanschlag des NSU in seinem Friseurladen in der Kölner Keupstraße schwer verletzt wurde und 2017 verstarb, war noch deutlicher: „Lernt ihr erstmal unsere Namen und Geschichten, wenn ihr Deutsche sein wollt.“

Wir müssen diese Solidarität ohne Ideologie bauen. Ausgehend von der gemeinsamen Erfahrung der Ausgrenzung, des Schmerzes, der Klage um die Toten und der Forderung nach einer Stadtgesellschaft, die niemanden fremd macht. Wir lassen uns nicht trennen durch Profilierungsbestrebungen von Parteipolitikern, von Schirmherrschaften oder religiösen Verbänden. Sondern wir bauen die Beziehungen mit den Menschen vor Ort. Und unter uns.

Newroz Duman ist Hanauerin und engagiert sich im Aktionsbündnis „We'll come united“

► **Kommentar**
von Christian Unger



Zu lange weggeschaut

Der Staat ist nicht blind auf dem rechten Auge. Jedenfalls nicht mehr. In der Zeit des rechtsterroristischen „Nationalsozialistischen Untergrunds“ mit Morden an Menschen aus türkischen und griechischen Familien war der Staat blind. Er unterschätzte die rechte Gefahr.

Heute reißt der Staat das rechte Auge auf. Erschrocken. Verschämt. Politiker stehen auf Gedenkfeiern und suchen genauso nach Worten wie Freunde der Toten.

Nach dem Attentat von Hanau nennt der Bundesinnenminister den Rechtsextremismus die „größte Gefahr“. Die Sicherheitsbehörden bekommen Hunderte neue Beamte. Das ist richtig.

Denn sie müssen Internetscreens überwachen, Szenen beobachten, Haftbefehle gegen abgetauchte Neonazis verfolgen.

Mit einem neuen Gesetz setzt die Bundesregierung Netzwerke wie Facebook unter Druck. Die sozialen Medien sind zu Katalysatoren des Hasses geworden.

Hetzer hocken zuhause vor ihren Computern, verirren sich in Verschwörungstheorien und Frauenfeindlichkeit. Vernetzen sich mit anderen Rassistin.

Doch Regierung und Sicherheitsbehörden haben bisher kein Konzept gegen diese Radikalisierung gefunden – auch weil sie zu sehr auf Überwachung setzen. Und zu wenig auf Prävention.

Durch Jugendarbeit. Durch Pädagogen und Psychologen, die für junge Menschen im Internet ansprechbar sind wie die Sozialarbeiter in Schulen.

Die Hetzer sitzen auch in Parlamenten. Die AfD hat sich seit Jahren immer weiter radikalisiert. Mit der Partei darf es keine Zusammenarbeit geben. Und auch der Verfassungsschutz muss sie endlich als das beobachten, was sie ist: Teil einer neurechten Szene.

Denn die Politik von Gauland und Höcke ist nicht bürgerlich. Ihre Parolen sind Munition für Hetzer im Internet. Munition auch für rassistische Gewalttäter.

► **Pressestimmen**

„Frankfurter Allgemeine Zeitung“ zur Rolle der AfD bei Hanau: Wer die AfD wählt, stärkt radikalen, völkischen Wahn in den Parlamenten und auf den Straßen. Ersolte auch nicht überrascht sein, wenn leicht verführbare Menschen das exekutieren, was Volksverhetzer wie Höcke vordenken. Die AfD muss als das entlarvt werden, was sie ist. Dazu kann die Beobachtung durch den Verfassungsschutz beitragen. Doch am Ende ist nicht dessen Urteil entscheidend, sondern das des mündigen Wählers.

„Heilbronner Stimme“ zum Umgang mit Rechtsextremismus: Die Union muss sich auch deutlicher abgrenzen von der dubiosen Vereinigung, die sich selbst „Wertunion“ nennt und deren Gedankenwelt dem der AfD erschreckend ähnelt. Das kategorische Verbot einer Kooperation mit der Linken muss ebenso fallen. Man muss deren Politik wegedrücken noch sie unterstützen. Doch fest steht: Die Linke ist keine Partei, die permanent daran arbeitet, unsere demokratische Grundordnung zu unterhöhlen.

► **Zitat des Tages**



„Wir haben uns mit den Taliban auf eine signifikante Reduzierung der Gewalt in ganz Afghanistan geeinigt.“

Mike Pompeo, US-Außenminister, über ein Abkommen, das am 29. Februar unterzeichnet werden soll

► **Stichwort Attentat**

Ein Attentat ist eine Gewalttat, die auf die Tötung oder Verletzung einer Person oder einer Gruppe abzielt. In den meisten Fällen ist das Attentat politisch, ideologisch oder religiös motiviert, in manchen Fällen stehen auch wirtschaftliche Interessen oder eine psychische Störung hinter einer Tat. Oft ist das Attentat verbunden mit

öffentlichkeitswirksamen Begleitumständen (öffentlicher Tatort, herausragende Persönlichkeit, Geständnis), die dem Anliegen des Attentäters Nachdruck und öffentliche Bekanntheit verleihen sollen. Bis auf wenige Ausnahmen gelten Attentate mit Todesfolge als Mord und deren Durchführung als Mordanschlag. anz

Verantwortlicher Redakteur für

Die Verzweiflung der Muslime

MIGRANTEN wurden zur Zielscheibe des Attentäters – Wie sollen sie damit umgehen?

Von Christian Unger

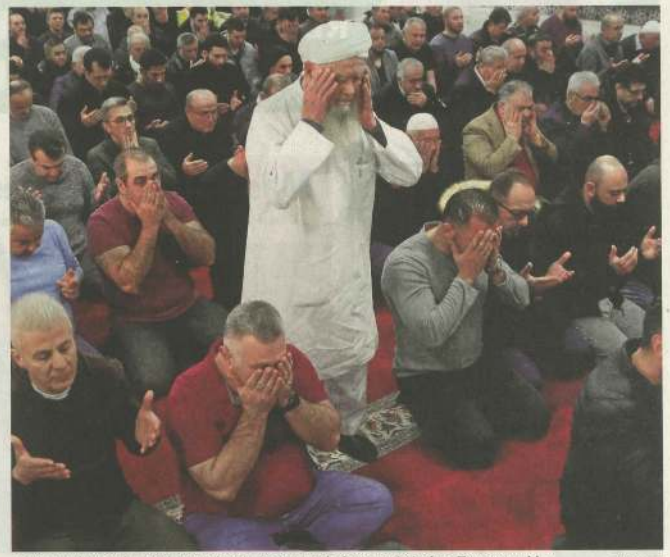
Hanau. Am Morgen nach der Tat hockt Evin Unvar in der Turnhalle der Polizeiwache in Hanau. Seit Stunden warten sie hier, harren aus mit anderen Familien. Eltern, Geschwister, Cousins und Tanten. „Es war kalt“, sagt Unvar. „Und ich hab die Polizisten immer wieder gebeten, dass sie doch wenigstens den Eltern etwas sagen müssen.“ Geht hatten sie es zu diesem Zeitpunkt alle schon. Um sieben Uhr am Donnerstagmorgen sei ein Polizist zu den Familien in die Turnhalle gekommen. Er hatte eine Liste dabei. Dann verliest der Polizist die Namen. „Ferhat war der Vorletzte auf der Liste“, sagt Evin Unvar. Dann bricht ihre Stimme weg. Ferhat Unvar, der Cousin von Evin Unvar, wurde 23 Jahre alt. Am Mittwochabend saß er in der „Arena Bar“ im Hanauer Stadtteil Kesselstadt. Freunde hatten sich dort getroffen, guckten Fußball im Fernsehen, bestellten Pizza in der Halbeitz. Als sie aßen, kam der Schütze durch die Tür.

Es ist Tag zwei nach dem rassistischen Attentat in Hanau, Freitagmittag. Evin Unvar sitzt im kurdischen Kulturzentrum im Norden der Stadt. Vorne in dem Saal haben sie einen Tisch aufgebaut, mit Teelichtern und Rosen. Und Bildern von Ferhat.

Der Täter wählte seine Opfer offenbar gezielt aus. Ferhat hatte eine Ausbildung als Heizungsinstallateur abgeschlossen, sagt Aydin Yilmaz. Auch er ist Ferhats Cousin. „Er wollte Wärme in die Wohnungen der Menschen tragen.“ Ferhat ist tot. Auch Gökhan Hamza, Said Bilal, Sedat. Und andere. Neun Menschen erschoss der Attentäter in der Nacht, später mutmaßlich sich selbst und seine Mutter.

Es sei ein Anschlag auf „uns alle“ gewesen, sagen Politiker nach terroristischen Taten oft. Das stimmt, einerseits. Alle Demokraten trifft die Tat in Hanau. Andererseits wählte der Täter seine Opfer gezielt aus. Das zeigen die Videos und das Bekennerschreiben, das Tobias R. vor der Tat im Internet verbreitet hatte.

„Ausländer“ waren sein Ziel. Menschen, die nicht „zum deutschen Volk“ gehören. Oder jedenfalls das, was Tobias R. in seinem rassistischen Wahn unter „Volk“ verstand.



Freitagsgebet in der Diti-Moschee in Hanau nach dem rassistischen Terroranschlag.

FOTO: AFP

Menschen wie Ferhat sind seine Opfer. In Deutschland geboren, in Hanau aufgewachsen, zur Schule gegangen, eine Ausbildung gemacht. Er hatte zwei Brüder und eine Schwester. Auch sie sind in Deutschland geboren. Ferhat war der Älteste.

Wer mit Angehörigen spricht, der hört immer wieder Sätze wie: „Wir sind doch ganz normal. Wir leben wie Deutsche.“ Es klingt so, als müssten sich die Opfer für den Terror entschuldigen. Auch jetzt noch – 60 Jahre nachdem die ersten „Gastarbeiter“ nach Deutschland kamen. Nun müssen die Familien den Schock verarbeiten. Es wird eine juristische Aufarbeitung geben, Kriminaltechniker mit weißen Anzügen durchsuchen zwei Tage nach der Tat die Wohnung des mutmaßlichen Attentäters.

In Deutschland stellen Menschen wie Evin Unvar jetzt Fragen: Sind Menschen wie sie in diesem Land noch sicher? Im Sommer erschoss ein Rechtsextremist den CDU-Politiker Walter Lübcke. In Halle tötete ein Neonazi zwei Menschen bei einem Angriff auf eine Synagoge und einen Döner-Imbiss. Immer wieder Meldungen über rechte Terrornetze.

„Ich habe mehr Angst, allein

auf die Straße zu gehen.“ Weil sie keine Haarfarbe habe wie Deutsche, sagt Unvar. Weil sie eine andere Hautfarbe habe. „Dabei ist Deutschland meine Heimat. Ich kenne nichts anderes.“ Unvar ist 1997 in Hanau geboren, sie arbeitet als Eventmanagerin. Das Geburtsland ihrer Eltern, eine türkische Stadt an der Grenze zu Syrien, besucht sie nur im Urlaub.

Spaltet der rechte Terror die Gesellschaft? Erreicht er sein Ziel? Nach der Tat besuchen Spitzenpolitiker Hanau. Der Bundespräsident, der Bundesinnenminister, Integrationsbeauftragte. Mit ihren Worten wollen sie den Spalt kitzeln, das Vertrauen wiederherstellen. „Wir stehen bei ihnen.“ Tausende Menschen demonstrieren in der Hanauer Innenstadt, das Denkmal der Gebrüder Grimm auf dem Marktplatz ist gekleidet in Kerzen und Blumen. An den Tatorten haben Menschen Botschaften hinterlassen: „Liebe für alle! Hass für keinen!“

Die Eingangstür zu Shisha-Bar und Kiosk ist versiegelt, eine Marke der Polizei klebt an der Tür. Doch in den Griff hat jemand eine rote Rose geklemmt. Ess sind Gesten wie diese, die Menschen wie Evin Unvar und Aydin Yilmaz Mut ma-

chen. Gesten gegen die Spaltung.

Doch auch andere Fragen haben die Angehörigen. Viele Indizien sprechen dafür, dass Tobias R. in einer Wahnwelt lebte, gemischt aus Verschwörungstheorien, Frauenhass und Rassismus. „Wieso hat der eine Waffe“, fragt Unvar. Auch Edgar Franke kann das nicht beantworten. Er ist Opferbeauftragter der Bundesregierung für Menschen, die Angehörige bei Terroranschlägen verloren haben. Franke ist der Arm, den der Staat Ferhats Familie reichen will. Gerade kommt er aus der Schule, die nur ein paar Meter entfernt liegt vom Tatort. Er erzählt, dass er sich mit zwei der Familien getroffen habe. Zwei Stunden hätten sie gesprochen. Es sei auch darum gegangen, wer nun die Kostenträger, für die Beerdigung.

30.000 Euro „Soforthilfe“ bekomme ein Mensch, wenn seine Vater oder seine Mutter bei einem Anschlag stirbt, sagt Franke. 15.000 Euro für Geschwister. Mit ein wenig Geld will der Staat die Risse nach einem Attentat flicken. Vor allem eine Frage aber sei es, die Angehörige immer wieder stellen würden, sagt Franke. „Warum ausgerechnet mein Kind?“ Er kann sie nicht beantworten.

Mehr Schutz für Moscheen und Bahnhöfe

INNENMINISTER SEEHOFER stuft die Tat von Hanau als Terroranschlag ein

Von Tobias Kising

Berlin. Zwei Tage nach der Blutspur in Hanau hat Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) die Alarmbereitschaft der Sicherheitskräfte in Deutschland erhöht. Vor allem Moscheen und andere „sensible Einrichtungen“ sollen verstärkt überwacht werden, sagte er. Die Bundespolizei werde zudem verstärkt an Bahnhöfen, Flughäfen und an den Grenzen präsent sein.

Die Tat von Tobias R., die neun Menschen mit Migrationshintergrund das Leben kostete, bezeichnete Seehofer



Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU). FOTO: DPA

seler Regierungspräsidenten Walter Lübcke und dem Anschlag auf die Synagoge in Halle sei Hanau nun der dritte rechtsterroristische Anschlag in Deutschland binnen weni-

ger Tage. „Die Tat von Hanau ist ein Terroranschlag“, sagte Seehofer.

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Annette Widmann-Mauz (CDU), forderte mehr staatlichen Einsatz gegen Muslimefeindlichkeit. „Ich werde mit allen betroffenen Ministerkollegen sprechen, ob wir genug gegen Rechtsextremismus und Hasskriminalität tun. Wir müssen prüfen, wie wir das Maßnahmenpaket stärker gezielt gegen Rassismus und Muslimefeindlichkeit ausrichten können“, sagte die CDU-Politikerin.

mer stärker in den Fokus. SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil forderte eine Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz. Die Partei habe das gesellschaftliche Klima in den vergangenen Monaten und Jahren vergiftet, sagte Klingbeil. Auch seitens der Grünen, Linken und FDP gab es massive Kritik an der Rechtsaußen-Partei. Horst Seehofer, gegen den die AfD derzeit vor dem Bundesverfassungsgericht klagt, bezeichnete die Partei als „staatszersetzend“ und bezeichnete sie als „äußere sich wegen des laufenden Verfahrens zurückhaltend und ver-

Halbherzig gegen rechts

Nach Massaker in Hanau: Mehr Polizeipräsenz, aber keine Verschärfung des Waffenrechts. Versäumnisse bei Enttarnung von Neonaziterrorzelle. **Von Michael Merz**

Tausende Menschen haben am Donnerstagabend und am Freitag republikweit mit Demonstrationen und Mahnwachen der Opfer der Anschläge von Hanau gedacht und ihrem Abscheu gegenüber faschistischer Hetze Ausdruck verliehen. Am Wochenende sollen weitere Gedenkveranstaltungen stattfinden.

Der 43jährige Tobias Rathjen hatte am Mittwochabend zunächst in einer Shishabar im Zentrum Hanaus vier Menschen gezielt erschossen. Kurze Zeit später griff er im Stadtteil Kesselstadt einen Kiosk und auf der Fahrt dahin zwei Autofahrer an. Er ermordete fünf weitere Menschen – alle mit migrantischem Hintergrund –, bevor er in einer Wohnung seine 72jährige Mutter und sich selbst tötete. Rathjen war nach Aussage von Ermittlern Sportschütze und besaß einen Waffenschein. Welche Waffen er für das Massaker benutzte, ist unklar. Bereits vor mindestens einem Monat war auf der Homepage Rathjens ein rassistisches »Manifest« eingestellt, in dem er auf 24 Seiten seine Weltanschauung offenbarte. Am 22. Januar sei das Dokument zuletzt bearbeitet worden, sagte BKA-Chef Holger Münch am Freitag in Berlin. Wann genau es ins Internet hochgeladen worden war, sei bisher unbekannt. Münch bezeichnete Rathjen, der unter einer »schweren psychischen Krankheit« gelitten habe, als »blinden Fleck«. Weitere Details zum zeitlichen Ablauf der Tat gab der BKA-Chef am Freitag nicht preis. Ebenso ist unbekannt, wann der erste Notruf bei der Polizei eingegangen ist.

Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) sagte am Freitag in Berlin, der »rassistische Hintergrund« sei »vollkommen unbestritten«. Es sei der »dritte rechtsterroristische Anschlag«



Trauer und Wut in Hanau: Menschen gedenken der Opfer der Mordanschläge (20. Februar)

in wenigen Monaten. Der »höchsten Bedrohung für die Sicherheit im Land« will Seehofer mit mehr Polizeipräsenz begegnen. Der Unionsvizefraktionschef Thorsten Frei forderte, darüber hinaus laut AFP erweiterte Befugnisse für den Verfassungsschutz. Eine Verschärfung des Waffenrechts lehnte der Deutsche Schützenbund ab. Sprecher Thilo von Hagen erklärte am Freitag im SWR, er halte nichts von dem Vorschlag, dass Sportschützen ihre Waffen nur noch in Vereinsräumen lagern sollten. Im Nationalen Waffenregister waren zum Jahresende 5.444.029 Schusswaffen in Privatbesitz verzeichnet.

Seehofer rühmte zudem die Maß-

nahmen der Behörden. »Wir haben in den letzten Tagen an mehreren Orten in Deutschland Durchsuchungen bei mutmaßlichen Rechtsextremisten durchgeführt, wo wir Sprengstoff und Handgranaten in großer Zahl sowie automatische Waffen sichergestellt haben.« Damit seien weitere Anschläge verhindert worden. Er meinte damit die Enttarnung der »Gruppe S.«. Im Fall der vor einer Woche aufgeflogenen mutmaßlichen Terrorzelle hat die Polizei in Hamm allerdings Fehler eingeräumt. Bei dem zu den zwölf Verdächtigen zählenden Verwaltungsbeamten des Polizeipräsidiums Hamm seien Hinweise wie zwei gehisste Reichskriegsflaggen

auf seinem Balkon nicht zu einem Bild zusammengefügt worden, sagte Polizeipräsident Erich Sievert am Freitag. Nach einem Bericht des Spiegel war der Tatverdächtige früher für die Ausstellung von Waffenscheinen zuständig.

Wie real die Gefahr von rechts ist, verdeutlichen zwei weitere Fälle: Unbekannte haben das Gebäude einer Moschee in Emmendingen bei Freiburg mit Hakenkreuzen und rechten Parolen beschmiert. Und: Wie erst am Donnerstagabend bekannt wurde, ist am 19. Januar vor der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora ein laut Polizei »zündfähiger Sprengkörper« gefunden worden.

■ Siehe Seite 4

Langer Lernprozess

Bei der Berichterstattung über rassistische Gewalt haben Journalist:innen schon vieles falsch gemacht. Einige haben dazugelernt, andere bedienen immer noch Klischees

Von **Carolina Schwarz**

Zehn Menschen wurden am Mittwochabend in Hanau getötet. Gegen 22 Uhr fielen die ersten Schüsse, kurz darauf gab es erste Medienberichte. Dass die Gesellschaft schnell informiert werden will, und Medien diesem Wunsch folgen, ist verständlich. Doch eine teils widersprüchliche Nachrichtenlage und die Priorisierung von Geschwindigkeit fördern eine fehleranfällige Berichterstattung. Das zeigt sich auch in den ersten Stunden nach Hanau.

Wie man es nicht machen sollte, hat Mittwochnacht beispielsweise die *Bild* gezeigt. Obwohl sie in ihrer Videoberichterstattung von Bild Live häufig von „unbestätigten Informationen“ sprechen, verbreiten die Reporter vielerlei Spekulationen, die sich später als falsch herausstellten.

Ein *Bild*-Reporter vor Ort sagt in einem Videointerview: „Ich habe aus relativ gut unterrichteten Quellen hier in Hanau erfahren, aber ich muss dazu sagen, das sind nur Spekulationen, dass es sich bei dem Täterumfeld um Russen handeln könnte.“ Später fügt er hinzu, dass es zu früh sei, um eine Tat aus einem „rechtsradikalen Milieu“ zu vermuten. Ein weiterer *Bild*-Reporter sagt, dass es gut möglich sei, dass es

sich um organisierte Kriminalität handele. Falsche Behauptungen kamen jedoch nicht nur von der *Bild*. Ein Sprecher der Polizei sagt am frühen Morgen, es könne sich um „eine Beziehungstat oder eine wahllos begangene Tat“ handeln. Katja Leikert (CDU), eine Bundestagsabgeordnete aus dem Wahlkreis Hanau, wurde am Morgen vom Deutschlandfunk auf die Ge-

Die Morde in Hanau waren nicht ausländerfeindlich, sondern rassistisch motiviert

rüchte bezüglich eines rechtsradikalen Hintergrund angesprochen. Darauf erwiderte sie, man könne auch nicht ausschließen, dass der Vorfall linksradikal motiviert sei.

Organisierte Kriminalität, Beziehungstat, Linksextremismus – die Spekulationen waren vielfältig. Wenig später verbreitet sich dann die Nachricht: Der weiße deutsche Tatverdächtige wird tot aufgefunden, er hat rechtsextremes Bekenner schreiben und -video hinterlassen, die sein rassistisches und verschwörungsthe-

oretisches Weltbild offenbaren. Noch immer sind viele Fragen offen, doch die Motivation des Täters ist klar.

Vielen in der Medienbranche ist die Problematik der Behauptungen bewusst. So entwickelte *Zeit Online* vor einigen Jahren ein Format mit dem Titel „Was wir wissen – und was nicht“. Viele Medien haben das Prinzip mittlerweile übernommen und konzentrierten sich dabei auf bestätigte Fakten anstatt auf Spekulationen. Es tut sich also etwas.

Auch in den nächsten Tagen, werden viele Fragen zu Hanau noch nicht geklärt sein. Doch gerade bei rechtem Terror und rechtsextremistisch motivierten Taten ist es wichtig, präzise Begriffe zu verwenden und die Dinge beim Namen zu nennen. Also Rassismus und Terrorist statt „Fremdenfeindlichkeit“ und „verwirrter Einzeltäter“ – Letztere sind Bezeichnungen, die die Wirklichkeit verzerren.

Das Negativbeispiel der vergangenen Jahre schlechthin, für das sich fast alle deutsche Medien als Beleg anführen lassen können, ist der Begriff „Döner-Morde“. Jahre lang wurde das Morden des NSU so bezeichnet. Erstmals 2005 von der *Nürnberger Zeitung* benutzt, übernahmen später fast alle diese Bezeichnung. Der Begriff ist

ein Beispiel für die Verharmlosung rechtsextremer Gewalt in Deutschland und der rassistischen Vorurteile in der Berichterstattung 2011, das Jahr in dem sich das rechtsextreme Netzwerk selbst enttarnte, wurde „Döner-Morde“ zum Unwort des Jahres gewählt.

Neun Jahre sind seitdem vergangen. Ein Teil der Berichterstatte:innen ist heute sensibler für rechte Gewalt. Trotzdem ist noch viel zu tun. Denn Deutschland hat nicht nur ein Problem mit Rechtsextremismus, sondern auch mit der Berichterstattung über diese. So schrieb *Focus.de* am Morgen nach dem Anschlag „Hanau unter Schock: Erste Bilder nach den Shisha-Morden“. Mittlerweile haben sie es durch „Bluttat“ ersetzt.

Tagesschau.de titelte zeitgleich „11 Tote in Hanau – Fremdenfeindliches Motiv vermutet“, ebenso der Deutschlandfunk, die *Süddeutsche* oder der *Merkur*. Sie beziehen sich dabei auf die Bundesanwaltschaft, die „Anhaltspunkte für eine fremdenfeindliche Motivation“ sieht. Das ZDF schreibt bei Twitter über ein Videobild eines Reporters vor Ort: „Eine Shisha-Bar und ein Kiosk mit einem hohen Anteil ausländischer Besucher“, der Reporter nutzt darin selbst den Begriff „ausländerfeindlich“.

Doch die Morde in Hanau waren nicht fremden- oder ausländerfeindlich, sondern rassistisch motiviert. Sie nutzen also einen Begriff, der die Perspektive des Täters wiedergibt und dadurch Rassismus fördert. Denn alle Opfer aus Hanau, abgesehen von der Mutter des Täters, haben laut jetzigem Kenntnisstand eine Migrationsgeschichte, das macht sie jedoch nicht zu Fremden in Deutschland.

Fehler können im Journalismus passieren, keine Journalist:in ist davor geschützt. Und das ist okay. Doch auch bei schnellem Arbeiten und schwieriger Nachrichtenlage müssen sie im Hinterkopf haben, welche Konsequenzen ihre Berichterstattung haben kann. Wünschenswert ist eine Berichterstattung, die Betroffene vor den Täter stellt, Recherche vor Geschwindigkeit und Fakten vor Stereotype.



Am Mittwochabend sichert ein Polizist ein Wohngebiet im hessischen Hanau ab. Foto: Michael Probst/ap

die drei Fragezeichen

„Die Kontinuität rechten Terrors wird oft verdrängt“

Sebastian Wehrhahn ist wissenschaftlicher Mitarbeiter von Martina Renner (MdB, Die Linke) mit einem Schwerpunkt auf Rechtsterrorismus

taz: Herr Wehrhahn, gestern wurde in Hanau der zweitgrößte rechtsterroristische Anschlag in der Geschichte der Bundesrepublik verübt. Welche Kontinuität hat rechter Terror in der Bundesrepublik?

Sebastian Wehrhahn: Rechter Terror hat hier eine lange Geschichte. Bereits in den 1950er Jahren fand man Waffen, Sprengstoff und Feindeslisten bei Rechtsextremen. 1968 wurde Rudi Dutschke Opfer eines Attentates, 1980 ermordeten

die „Deutschen Aktionsgruppen“ Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân. Kurz danach gab es das Oktoberfestattentat. So weit nur ein kleiner Auszug. Diese Kontinuität rechten Terrors wird oft verdrängt. Das hat viel mit der Auswahl der Opfer zu tun und mit dem Selbstbild unserer Gesellschaft sowie der Frage, wer eigentlich dazugehört. Rechter Terror wird oft nicht als Bedrohung für die gesamte Gesellschaft und gemeinsame Werte wahrgenommen, im Gegensatz zu anderen Formen des Terrorismus. Diese Leerstelle in der Wahrnehmung wiederholt die Ausgrenzung der Opfer.

Wo passt da der mutmaßliche Täter von Hanau rein?

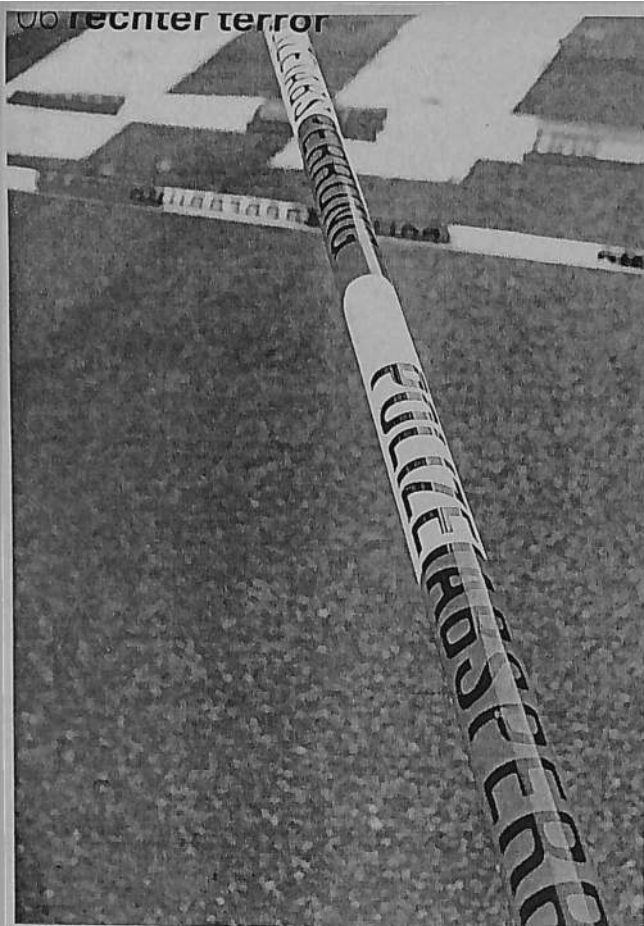
Über den mutmaßlichen Täter und seine Hintergründe ist im Augenblick noch nicht viel bekannt. Aus dem Bekennerbrief ist allerdings klar ersichtlich, dass er ein klassisch rassistisches Weltbild vertrat, das keineswegs nur für die Extreme Rechte wichtig ist, sondern viele Überschneidungen und Berührungspunkte mit einem gesellschaftlich weit verbreiteten Rassismus hat. Ein weiterer Punkt, der diesen Anschlag auszeichnet und der typisch für rechten Terror ist: die Auswahl der Opfer. Shisha-Bars werden seit einiger Zeit als vermeintliche Hotspots krimineller Machenschaften migrantischer Clans aufgebaut. Wenn an solchen Orten

Menschen erschossen werden, ist das kein Zufall.

Zurzeit wird geprüft, ob der mutmaßliche Täter von Hanau psychisch krank war. Also doch nur ein verwirrter Mann?

Verwirrung und Rassismus schließen sich nicht aus. Es drängt sich die Frage auf, warum bei rechten Anschlägen die geistige Verfassung des Täters gegen den ideologischen Hintergrund aufgerechnet wird. Und unabhängig davon, wie verwirrt der Täter war, bleibt doch die Frage, warum wählte er genau diese Opfer und genau diese Tatorte aus. Diese Frage lässt sich ohne das Phänomen Rassismus nicht beantworten.

Interview: Patrick Wagner



Gefährdet
mitten in
Deutschland:
am Tatort
Midnight Bar
in Hanau
Foto: Bernd
Hartung

Was hilft gegen den Hass?

Nach Hanau fragen sich viele, was man gegen den rechtsextremen Terror unternehmen kann. Acht Punkte, die derzeit diskutiert werden und die tatsächlich etwas verbessern könnten

Von Konrad Litschko

1 Problem benennen: Rassismus
„Die Opfer waren keine Fremden“, erklärte Hanauer Bürgermeister Claus Kaminsky (SPD) nach dem Anschlag in seiner Stadt. Eine Selbstverständlichkeit, eigentlich. Aber auch Hessens Innenminister Peter Beuth (CDU) sprach nach der Tat von einem „fremdenfeindlichen Hintergrund“. Dabei ist Sprache jetzt wichtig: Die Hanauer Opfer waren hier aufgewachsene, Teil dieser Gesellschaft. Es geht um Rassismus.

Und der begann weit vor Hanau. Er traf in den 60er Jahren die Gastarbeiterfamilien, er traf die NSU-Mordopfer – als ihre Familien von Rassismus sprachen, glaubten die Ermittler ihnen nicht. Und die Ausgrenzung frisst sich auch tief in den Alltag. Bei der Suche nach Wohnungen, Jobs oder bei Polizeikontrollen. Betroffene und PolitikerInnen wie Sawan Chebli von der SPD (siehe Seite 4) fordern, diesen Rassismus endlich klar zu benennen und anzugehen.

Die Grünen plädieren auch für einen Antirassismusbefragung der Bundesregierung – analog zum seit 1018 existierenden Antisemitismusbefragung. Das Signal: Das Problem ist auf höchster Ebene angekommen, die Maßnahmen werden hier gebündelt. Annette Widmann-Mauz, Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, schlägt Ähnliches vor: eine Experten-

Rassismus. Die wollen auch Islamverbände.

Brandenburg ging noch einen Schritt weiter: Dort schrieb man bereits 2013 den Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus in die Verfassung. Eine Expertengruppe um den Soziologen Matthias Quent, den Thüringer Verfassungsschutzchef Stephan Kramer und Farhad Dilmaghani vom Verein DeutschPlus fordert dies nun auch für den Bund.

2 Gegen die Diskursvergifter
Als „Gift“ bezeichnete Kanzlerin Angela Merkel nach Hanau den Hass und Rassismus im Land. Es sei Schuld an schon viel zu vielen Verbrechen. Tatsächlich sind es rechtsextreme Narrative, die Opfergruppen markieren und rechtsextreme Täter motivieren, weil sie sich so legitimiert sehen. Der Lübcke-Mordverdächtige besuchte AfD-Veranstaltungen. In Dresden war ein Pegida-Redner Brandstätte auf eine Moschee.

Im Fokus jetzt vor allem: die AfD, SPD und Grüne fordern eine Komplettbeobachtung der Rechtsaußenpartei durch den Verfassungsschutz. Bisher werden nur das rechtsextreme Sammelbecken „Der Flügel“ um Björn Höcke und der Parteizuwachs als Verdachtsfall geführt. Wenn man hier anfängt, müssen indes auch Pegida oder neurechte Einzelzer wie das Institut für Staatspo-

beobachtet werden. Bundesinnenminister Horst Seehofer bekundet, dies entscheide der Geheimdienst allein.

Der CSU-Mann will aber etwas anderes: Der Verfassungsschutz soll künftig auch verschlüsselte Handynachrichten lesen und Online-Durchsuchungen auf PCs durchführen dürfen. In einem Gesetzesentwurf wird dies explizit mit der Gefahr des Rechtsterrorismus begründet. Das Justizministerium lenkte zuletzt ein, will aber mehr parlamentarische Kontrolle. Allein: Um milizen zu können, muss der Geheimdienst Extremisten überhaupt erst kennen – in Hanau und Halle war das nicht der Fall. Und einmal eingeführt, dürfte das Instrument sicher nicht nur gegen Rechtsextremisten eingesetzt werden.

Die Frage ist auch: Ist der Verfassungsschutz im Kampf gegen Rechtsextremismus überhaupt der Richtige? Auch seine V-Leute bauten die Szene mit auf, er deckte den NSU-Terror nicht auf, schredderte Akten und ist nur schwer zu kontrollieren. Die Linke fordert deshalb den Aufbau eines alternativen wissenschaftlichen Instituts, das die Szene im Blick behält, die Grünen ebenso, allerdings mit einem Rumpfgeheimdienst. In Thüringen wird mit dem Institut von Quent bereits eine Alternative aufgebaut. Bei konspirativ agierenden Rechtsterroristen stößt man dort an Grenzen.

Gefordert sind ohnehin alle. Wie oft

Talkshows verbreiten? In welche Gremien sollten ihre Vertreter gewählt werden – oder gerade nicht? Diskutiert wird nun auch wieder, ob AfD-Anhänger in den öffentlichen Dienst gehören. Die rechtlichen Hürden sind hier hoch: Entscheidend ist das konkrete Verhalten der Beamten. Und das Terrain ist heikel – der Radikalenerlass von 1972 lässt grüßen.

3 Zivilgesellschaft stärken
Mehr als 120 Initiativen protestierten zuletzt gegen Kürzungen im Bundesprogramm „Demokratie leben“, das Projekte gegen Extremismus und für Demokratie fördert. 8 Millionen Euro sollte es weniger geben, insgesamt dann 107 Millionen Euro. Die Kürzung wurde nach dem Protest wieder zurückgenommen. Die Initiativen fordern indes weiter mehr Geld für ihre Arbeit: 200 Millionen Euro jährlich.

Der NSU-Untersuchungsausschuss im Bundestag forderte 2013 noch mehr ein Demokratiefördergesetz. Denn bisher gibt es Geld für die Projekte nur befristet. Das Gesetz könnte diese dauerhaft absichern. Auch Familienministerin Franziska Giffey (SPD) ist nun dafür, die Union aber blockt. Zuletzt aber zeigte sich Seehofer gesprächsbereit.

Demokratieförderung und Bildungsangebote aber sind entscheidend: Denn die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus muss am Ende vor Ort geführt werden, in Vereinen, Schulen und Kommunalparlamenten. Hier entscheidet sich, wie viel Raum der Hass bekommt – oder eben nicht.

4 Mehr Härte des Rechtsstaats
Vor einer Woche erst beschloss das Bundeskabinett ein Gesetz: Provider sollen nun Hasspostings dem BKA melden, damit diese konsequenter verfolgt werden. Auch werden Gewaltandrohungen und Beleidigungen im Internet härter bestraft, mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe. Tatsächlich könnten Verurteilungen hier Exempel statuieren. Offen ist indes, was die Plattformbetreiber tatsächlich dem BKA melden – und wie dort die Datenflut verarbeitet wird.

Zuletzt hat das BKA umgesteuert: Die Abteilung gegen Rechtsextremismus wird ausgebaut, die Szene strukturierter durchleuchtet, auch auf Onlineportalen. Doch immer noch zählt die Polizei nur 60 rechtsextreme Gefährder – bei 12700 als gewaltbereiten geltenden Rechtsextremen und 660 islamistischen Gefährdern. Dazu wurden zuletzt 482 Neonazis mit offenen Haftbefehlen gesucht. Da geht also noch mehr.

Bei all dem muss auch die Justiz mitziehen. Der Richterbund fordert bereits 400 neue Stellen, allein um die BKA-Meldungen zu verarbeiten, gefordert werden auch mehr Schwerpunktsstaatsanwaltschaften gegen den Rechtsextremismus. Bund und Länder einigten sich zuletzt auf 2.000 neue Justizstellen. Justizministerin Christine Lambrecht (SPD) sieht die Länder in der Pflicht: Sei dies immer noch zu wenig, müssten diese „darauf angemessen reagieren“.

5 Waffenrecht verschärfen
Kürzlich erst wurde das Waffenrecht verschärft: Große Magazine sind nun verboten, bei Langwaffen sind zehn Schuss erlaubt, bei Kurzwaffen zwanzig Schuss. Dazu müssen sich BewerberInnen für Waffenscheine einer Regelabfrage beim Verfassungsschutz unterziehen, um so Extremisten auszuschließen. Wie der Geheimdienst mit der Masse an Prüffungen umgehen soll, ist noch ungeklärt.

Nun, da der Hanauer Attentäter Mitglied eines Schützenvereins war, ist die Debatte wieder da: Die Grünen fordern, die Lagerung von Munition zu beschränken: nicht mehr zu Hause, sondern nur noch in den Schützenvereinen, wo auch geschossen wird. So hortete etwa der Schweriner Ex-Illetpolitai Marko G., der sich auf einen TagX vorbereitet haben soll, zu Hause zehntausende Schuss Munition und knapp zehn Waffen – vieles davon legal. Die gesamte rechtsextreme Szene ist waffenaffin. Zuletzt sollten deshalb bekannte Reichsbürger konzentriert entwaffnet werden – bis heute ist dies aber

Seehofer brachte zudem psychologische Tests für auffällige Inhaber eines Waffenscheins ins Spiel. Aber auch hier müssen Auffälligkeiten erst mal zutage treten. Im Schützenverein des Hanau-Attentäters wird beteuert, man habe nichts gemerkt. Und die Bundesanwaltschaft, die schon im November einen wahnhaften Brief des Mannes erhielt, gibt an, keinen Zugriff auf Waffenregister außerhalb von Ermittlungen zu haben. Hier hätte womöglich eine Meldung an ein Gesundheitsamt helfen können.

Bei allen Verschärfungsideen: Der Attentäter am Münchner OEZ-Einkaufszentrum mit neun Toten 2016 besorgte sich seine Waffe aus dem Darknet, der Halle-Attentäter baute sich seine Waffe mithilfe eines 3D-Druckers selbst. Hier fehlen bisher Gegenkonzepte.

6 Aufmerksamkeit im direkten Umfeld schärfen

Im Fall der sich im Stillen radikalisierten Attentäter von Halle und Hanau hätten wohl am ehesten ihre Familien und Bekannten etwas mitbekommen können. Komme einem etwas komisch vor, lieber einmal mehr nachfragen, als einmal zu wenig, raten Experten. Wichtig aber seien dann niedrigschwellige Angebote – nicht bei der Polizei, die für Strafverfolgung zuständig sei, sondern etwa bei Gesundheitsämtern oder unabhängigen Beratungsstellen. Letztere gibt es aber gerade im Westen nicht flächendeckend. Zentral deshalb auch hier: Punkt 3.

Aufmerksam sein bedeutet aber auch offenes Widersprechen, wenn im Alltag Rassistisches geäußert wird. Dort eingreifen, wo sich Ressentiments ausbreiten.

7 Selbstermächtigung

„Keine Forderung mehr an die Politik“, rief ein Redner auf einer Gedenkundgebung in Hanau. „Migrantische Selbstorganisation!“ in einem Aufruf hieß es. „Wir nehmen uns das Recht, uns selbst zu verteidigen. Es ist Zeit für Migration.“ Solche Aufrufe gab es schon einmal: Anfang der 90er Jahre, nach den tödlichen Brandanschlägen in Solingen oder Mölln. Nun sehen einige dafür offenbar wieder eine Notwendigkeit.

Es geht aber auch einen Schritt darunter. Diskutiert wird in der Community derzeit auch ein Streik von Rassistusbetroffenen. Migranten könnten dann ihre Arbeit niederlegen, ihre Geschäfte schließen – und so sichtbar machen, wo überall die Gesellschaft längst auf sie angewiesen ist. „Ich mache mich jetzt noch breiter, lasse mir keine Räume nehmen“, sagt die Grünen-Politikerin Canan Bayram (siehe Seite 5). Selbstermächtigung im Alltag, in der Politik, im Job – auch das ist ein Weg.

8 Solidarität & Repräsentation

Als Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in Hanau sprach, war sein dringlichster Appell der nach Solidarität: für die Opferangehörigen, aber auch darüber hinaus. „Wir wollen zusammenleben, und wir zeigen es, wieder und wieder. Es ist unser stärkstes Mittel gegen den Hass.“ Die Mahnwachen in Hanau und bundesweit waren hier ein wichtiges Zeichen. Die Frage berührt aber letztlich den Alltag: Noch mehr mit Nachbarn ins Gespräch kommen, ihnen Hilfe anbieten. Für den Staat bedeutet sie auch: Die Opfer nun nicht allein lassen, der Staat sollte sie schnell und unbürokratisch entschädigen. Bis zu 30.000 Euro stellt die Bundesrepublik dazu Angehörigen zur Verfügung. Islamverbände fordern zudem einen besseren Schutz ihrer Einrichtungen. Zumindest kurzfristig erfolgt dies nun.

Politisch gilt es nun aber auch, Teilhabe zu ermöglichen: Menschen mit Migrationshintergrund Ämter und Mandate übertragen, sie in den öffentlichen Dienst und die Sicherheitsbehörden holen. Quent, Kramer und Dilmaghani fordern verpflichtende Antidiskriminierungsbeauftragte in allen Behörden, quотиerte Bürgerrechte und ein klares Bekenntnis Deutschlands als Einwanderungsland. Die Vielfalt der Gesellschaft muss sichtbar sein und ihren Einfluss ausüben können: schrei-

die steile these

Nach Hanau: Psychologen zur Gefahrenabwehr in die Behörden jetzt

Von Benno Stieber

Hätte es eine Chance gegeben, die schreckliche Tat von Hanau zu verhindern, wenn man vorher erkannt hätte, wie gefährlich der Sportschütze Tobias R. ist?

Wer kann das schon mit Gewissheit sagen. Aber es lässt natürlich aufhorchen, dass die Bundesanwaltschaft diese Woche bestätigt hat, dass sie bereits im November einen Brief erhalten hatte, in dem Tobias R. seine wahnhaften Ideen über seine angebliche Überwachung durch fremde Geheimdienste ausbreitete.

Es ist unklar, ob sich aus dem Schreiben schon eine Gefahr herauslesen ließ. Es bestand wohl nur zum Teil aus dem sogenannten Manifest, jenem von Rassismus und Wahn durchsetzten Konvolut, das nach dem Tod des Attentäters gefunden wurde. Und all jene, die der Bundesanwaltschaft da jetzt eine Mitverantwortung zuweisen, machen es sich nach heutigem Stand zu einfach.

Für die Juristen in Karlsruhe wird R. damals nur einer von Hunderten gewesen sein, die sich jeden Tag mit zum Teil abstrusen Klagen an deutsche Gerichte, Behörden und auch Redaktionen wenden. Menschen schreiben von Verschwörungen oder – ähnlich wie Tobias R. – von Außerirdischen, die ihnen Chips eingepflanzt hätten. Sie schicken Steuerunterlagen in Kartons, um eine Staatsverschwörung gegen sie zu beweisen. Auch haben viele Rechtspfleger und Richter schon vor Jahren Bekanntschaft mit Reichsbürgern gemacht, als dieses Phänomen noch wenig beachtet wurde.

Die sinnlosen Eingaben verstopfen den ohnehin zähen Aktenfluss. Beim Bundesverfassungsgericht zum Beispiel sorgen offensichtlich unbegründete Verfassungsklagen für hohen Arbeitsaufwand, weil jeder Bürger erst einmal ohne jede formale Voraussetzung Klage einreichen kann. Es kommen so viele Beschwerden, dass schon mal eine Strafgebühr für offensichtlich unbegründete Verfassungsbeschwerden im Gespräch war.

Querulanten heißen solche Leute unter Juristen. Es gibt eine regelrechte Szene, die sich in Internetforen über die richtigen juristischen Wendungen austauscht, mit denen sie erreichen können, dass sich ein Gericht mit ihrer Klage beschäftigen muss. Es gibt auch pensionierte Richter, die die Querulanten beraten, um ihren ehemaligen Kollegen etwas heimzuzahlen. Die Diagnose für dieses Verhalten lautet „krankhafter Queru-

lantenvahn“, auch wenn sie unter Experten umstritten ist.

Die wenigsten Querulanten greifen später zur Waffe. In dem roten Band „Querulanz in Gericht und Verwaltung“, einem der wenigen Bücher, in dem sich Psychologen mit dem Phänomen anhand empirischer Daten beschäftigen, kann man nachlesen, dass ein wesentliches Bedürfnis vieler darin liegt, Aufmerksamkeit zu gewinnen. Und es gebe nur ein Rezept, das hilft: „Erfahrene Juristen berichten, dass durch ausführliche Gespräche hartnäckige juristische Auseinandersetzungen beendet werden konnten“, schreiben die Autoren.

Menschen helfen, wo sie auffällig werden

Dafür ist im Alltag von Behörden allerdings wenig Zeit, und Juristen sind dafür auch nicht qualifiziert. Deshalb wäre es geboten, dass Behörden bei solchen Fällen mit Psychologen oder Sozialarbeitern zusammenarbeiten, statt die Briefe der nervigen Beschwerdeführer mit einem Aktenzeichen im Archiv zu entsorgen. Aber dazu müssten erst einmal rechtliche Voraussetzungen geschaffen werden. Denn Behörden dürfen Anzeigen oder Eingaben nicht einfach an den Psychologischen Sozialdienst weitergeben. Das verhindert der Datenschutz. Nur wenn offensichtliche Gefahr droht oder eine Straftat angekündigt wird, müssen die Behörden handeln.

Der Fall von Tobias R. zeigt, dass vielleicht Schlimmstes hätte verhindert werden können, wenn qualifiziertes Personal dieses Dokument des Wahnsinns nicht nur unter juristischen, sondern auch unter psychologischen Gesichtspunkten geprüft und mit dem Absender Kontakt aufgenommen hätte.

Man sollte Menschen da helfen, wo sie auffällig werden. Gerichte und Behörden sind ein Magnet für Querulanten – und übrigens auch Journalisten. Vor einigen Jahren stand ein Mann mit einem Rollkoffer voller Papiere vor meiner Tür. Nachdem er bei der Bundesanwaltschaft abgeblitzt war, wollte er nun einem Journalisten Beweise dafür vorlegen, dass ihn eine Stadtparkasse im Schwäbischen um sein Haus gebracht hatte. Aus den Dokumenten konnte man das nicht so einfach herauslesen. Kopien wollte er mir nicht überlassen. Nach zweieinhalb Stunden zog er weiter. Er war zornig, aber wahrscheinlich nicht gefährlich. Psychologische Betreuung hätte er mit Sicherheit gebrauchen können.

DOSSIER Eine Woche nach Hanau

Editorial von Barbara Junge

Offene Grenzen

Rassisten und Rechtsextreme morden in Deutschland. Das hat nicht mit dem NSU angefangen und wird nicht in Hanau enden.

Sie morden in der Regel nicht ziellos. Der Terror richtet sich zuallererst und zuerst gegen diejenigen, die eine andere Hautfarbe haben oder andere Vorfahren als selbsternannten Vollstrecker des völkischen Gedankens, andere religiöse Bindungen, vielleicht einen anderen Namen. Viele haben jetzt Angst, um sich, um ihre Freundinnen oder ihre Kinder, viele haben Wut. Eine Woche nach den Morden von Hanau kommen in der taz Menschen zu Wort, die betroffen sind, die wütend sind, andere sind resigniert. Wir wollen, dass das gesehen wird, vielleicht sogar begriffen.

Auch gegen andere richtet sich der Terror. Politiker:innen wie Walter Lübcke, die im Hass entgegnetreten, Menschen und Institutionen, die seit Jahren gegen den lächerlich werdenden Rechtsextremismus, Antisemitismus und Antislawismus kämpfen, Aktivist:innen von Fridays for Future, Unschuld von Herkunft oder Nachname, sie alle werden bedroht und sind reelle oder potenzielle Ziele. Die Bedrohungslage ist dabei indes nicht die gleiche. Es stehen nicht alle gleich im Fokus.

Jetzt wird mit altbekannten Rezepten reagiert, zu Recht. Jetzt drücken wir unsere Entsetzen und unsere Trauer aus, zugleich. Jetzt verweisen wir auf den offenen und versteckten Rassismus in Deutschland, terecht. Alles was danach kommt, ist Ratslosigkeit. Dabei hätte man all das seit Jahren wissen können und handeln.

Wir müssen über offene Grenzen reden. Nicht Angela Merkel hat 2015 die Grenzen geöffnet. Es war eine unheilvolle Allianz aus Wutbürgern und rechten Ideologen, die 2015 die Grenzen geöffnet hat, für bis dahin in Deutschland nicht Sagbares und nicht Denkbare.

Heute stehen wir an einer kritischen Schwelle. In Chemnitz war zum ersten Mal zu sehen, wie Wutbürger:innen und Rechtsextreme offen gemeinsam aufgetreten sind. Später marschierten sie. Seit 1. Sept. in Berlin. Diese Mischung ist zu einer Bedrohung seit Jahrzehnten nicht gemessenen Ausmaßes herangewachsen. Ein rechtsradikaler Rassist fühlt sich heute als legitimer Vollstrecker einer Geisteshaltung, der selbst die Nazispüche eines Björn Enckel ihren Platz haben.

Wir wollen und wir können nach dem NSU, nach Kassel, nach Halle, nach Hanau nicht zur Tagesordnung übergehen. Wir, die taz, können Rassismus, rassistischen Mord und Mord nicht als deutsche Normalität im Jahr 2020 hinnehmen. Wir brauchen jetzt Ideen, Taten, Gesetze, all das und eine gesellschaftliche Umkehr. Nicht weniger.

„Jetzt erst recht: Wir überlassen den Hatern dieses Land nicht“

Sawsan Chebli, Staatssekretärin in der Berliner Senatskanzlei



Protest und Sorge: Bei einem Trauermarsch in Hanau nach dem rassistischen Terroranschlag am vergangenen

„Wir halten zusammen“:
Hanau im Ausnahmezustand
3

Was hilft gegen den
rassistischen Hass?
6, 16

Ausgabe Hamburg
Nr. 12173
€ 2,30 Ausland

Die taz wird ermöglicht durch
19.745

Genoss:innen, die in die Pressevielfalt investieren.
Infos unter geno@taz.de
oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90
fax 030 | 25 90 26 80
abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 902-130 / -325
anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: 030 | 25 90 22 22

Hätte man die Tat verhindern können?

ERMITTLUNGEN Mutmaßlicher Täter war Behörden bekannt – Tobias R. hatte selbst Strafanzeige erstattet

Von M. Backfisch, T. Kisling,
T. Martus und C. Unger

Berlin. Das Attentat von Hanau hat die ganze Welt erschütterter. Hätte das Blutbad verhindert werden können? Haben die Behörden Fehler gemacht? Welche Rolle spielte die Familie des mutmaßlichen Täters Tobias R.? Die wichtigsten Fragen und Antworten rund um den schwarzen Mittwoch.

Haben die Sicherheitsbehörden Fehler gemacht?

Tobias R. war den Behörden bekannt – weil er selbst auf sie zugeht. Laut seinem Bekenner schreiben ging er 2002 und 2004 zu verschiedenen Polizeistationen, um Anzeige zu erstatten. 2019 habe er zudem Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Hanau und bei der Generalbundesanwaltschaft gestellt. Letzteres bestätigte Generalbundesanwalt Peter Frank: „Er erstattete Strafanzeige gegen eine unbekannte geheimdienstliche Organisation.“

Der mutmaßliche Täter habe darin behauptet, dass es eine national unabhängige Organisation gebe, die sich in die Gehirne der Menschen schalte. Solche kruden Anzeigen kämen allerdings häufig vor, so Frank. „Was in der Strafanzeige aber nicht enthalten war, waren diese rassistischen und rechtsextremistischen Ausführungen zur Vernichtung bestimmter Volksgruppen und Völker.“ Daher habe seine Behörde kein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Hakte es bei der Kommunikation zwischen den Behörden? Holger Münch, Präsident des Bundeskriminalamtes, will genau das untersuchen. Es stellt sich die Frage, welche Behördenkontakte es zu Tobias R. gab. Und ob es möglich gewesen wäre, die Informationen untereinander auszutauschen. Fest steht auch, dass das Bekenner schreiben von Tobias R. bereits seit Längerem im Netz einsehbar war. Laut BKA-Chef Münch hat Tobias R. eine eigene Webseite geführt, auf der er das Bekenner schreiben zuletzt am 22. Januar aktualisiert habe.

Welche neuen Informationen gibt es über den Täter?

Die Ermittler gehen davon aus, dass Tobias R. psychisch krank war. BKA-Präsident Münch sprach am Freitag auf Grundlage erster Einschätzungen von einer offensichtlich „schweren psychotischen Krankheit“. Nach Ansicht des



Tatort der Bluttat: Eine Polizistin markiert den Eingang zur Shisha-Bar „La votre“ in Hanau, in der Tobias R. am Donnerstagabend mehrere Menschen erschossen hatte.

FOTO: AFP

Terrorismusforschers Peter Neumann handelt es sich bei Tobias R. um einen Einzeltäter. „Er passt genau in das Muster, das wir in den vergangenen Jahren immer häufiger gesehen haben: sozial isolierte Männer, die sich im Internet aus verschiedenen Versatzstücken eine eigene rechtsextreme Ideologie zurechtzimmern“, sagte Neumann. Er habe „passiv Verschwörungstheorien und rechtsextreme Videos konsumiert“ und sich daraus seine eigene Ideologie gebastelt. Die „Vernichtungsfantasien“ von Tobias R., wonach ganze Völker ausgelöscht werden sollten, deuteten auf einen neuartigen Tätertyp, sagte Karolin Schwarz, Expertin für Rechtsextremismus. Bereits in Teenager-Jahren scheint Tobias R. unausgeglichen gewesen zu sein. Im Abitur-Jahrbuch der Hohen Landesschule Hanau, aus dem „Bild“ zitiert, schrieben ehemalige Klassenkameraden über ihn: „Schwankt zwischen lieb und hyperaggressiv.“

Wie kann es sein, dass Tobias R. Waffen besaß?

Tobias R. war Mitglied in einem Schützenverein und kam so in den legalen Besitz von Waffen. Unklar ist allerdings, wie er eine Waffenbesitzkarte erhielt. Diese wird nur nach geprüfter Eignung der Person ausgegeben. „Wie kann jemand, der offensichtlich sehr viele Fragen offenlässt in Bezug auf sein Verhalten, Waffen führen“, fragte

auch Justizministerin Christine Lambrecht (SPD). Die Behörden werden dieser Frage nun nachgehen.

Welche Rolle spielte die Familie – besonders der Vater – des Täters?

Aus offiziellen Quellen ist bisher sehr wenig bekannt. Fest steht, dass die 72-jährige Mutter zu den Todesopfern zählt. Die „Süddeutsche Zeitung“ zitiert eine Passantin, die die Mutter von Tobias R. als bettlägerig und dement beschreibt. Sie habe sich zudem oft ausländerfeindlich geäußert. Der 72-Jährige Vater, Hans-Gerd R., sei von den Einsatzkräften in derselben Wohnung angetroffen worden, in der sich die tote Mutter und Tobias R. befunden hätten, teilte Generalbundesanwalt Peter Frank mit. Er sei aber „kein Beschuldigter des Ermittlungsverfahrens“. Er habe Zeugenstatus. Sein Verhältnis zur Nachbarschaft beschreiben Anwohner als problematisch. Er sei ein „Querulant“ gewesen, sagte eine Anwohnerin unserer Redaktion. Der „Hanauer Anzeiger“ zitiert Anwohner, wonach Hans-Gerd R. auf den Parkplätzen der Nachbarn Müll verteilt habe. 2011 kandidierte er auf einer Grünen-Liste für die Wahl des Ortsbeirats. Dies bestätigte eine Sprecherin der Grünen unserer Redaktion. Er sei allerdings weder Mitglied der Partei gewesen, noch sei er in den Ortsbeirat eingezogen.

Wie könnten derartige Taten verhindert werden?

Die Rechtsextremismus-Expertin Karolin Schwarz mahnt generell, bei Verdacht auf Rechtsextremismus genauer hinzuschauen. „Erste Anzeichen, dass jemand in so eine Richtung abrutscht, ist das, was auf den Social-Media-Kanälen der Person geteilt wird. Was für Quellen, was für Inhalte verbreitet diese Person? Extrem kritisch wird es, wenn Gewaltfantasien geäußert werden. Das sollte man überle-

ben.“ Da die meisten Attentäter aber in den rechtsextremen Subkulturen im Netz unterwegs seien, fordert Terrorismusforscher Peter Neumann, „In diesen virtuellen Räumen müssen die Sicherheitsbehörden genauso präsent sein wie in real existierenden Räumen.“ Bei den Islamisten hätten die Sicherheitsbehörden das gut in den Griff bekommen, so Neumann. „In der rechtsextremen Szene fangen wir gerade erst damit an. Das muss deutlich besser werden.“

RECHTSTERRORISMUS

Netzwerk: Polizei räumt Fehler ein

Düsseldorf. In seiner Stellungnahme nach dem Terroranschlag von Hanau war NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) wichtig: Der „gefährlichere Vorgang“ sei die Bildung eines rechtsterroristischen Netzwerkes gewesen, das gezielt Morde an Muslimen und Politikern geplant haben soll. Diese Gruppe war in der vergangenen Woche von den Sicherheitsbehörden ausgehoben worden.

Klar ist nun: Der Hammer Polizeiverwaltungsmitarbeiter Thorsten W., der zu den zwölf Terrorverdächtigen in Untersuchungshaft gehört, hatte offenbar keinen Hehl aus seiner rechtsradikalen Gesinnung gemacht. Die Kriminalpolizei soll vieles dokumentiert haben, aber zu dem Schluss gekommen sein, dass es sich um kein strafbares Verhalten handele. Es seien Fehler unterlaufen, räumte Polizeipräsident Erich Sievert ein.

Der Verwaltungsmitarbeiter war zuletzt in der Direktion Verkehr eingesetzt. Laut „Spiegel“ soll der Mann in den Jahren 2013 und 2014 auch im Bereich „waffenrechtliche Erlaubnisse“ eingesetzt worden sein. Polizeipräsident Sievert betonte jedoch: „Zum jetzigen Zeitpunkt kann ich ausschließen, dass er auch Waffenscheine ausgestellt hat.“ Warum der Polizeimitarbeiter seit 2003 unbefähigt einen kleinen Waffenschein führen und somit Schreckschusspistolen besitzen durfte, wird ebenfalls ermittelt. zrb

Klare Haltung gefordert

VERBÄNDE „Islamfeindlichkeit als Problem benennen“

Berlin. Vertreter der Islamverbände haben deutsche Politiker nach der Bluttat in Hanau aufgerufen, Islamfeindlichkeit klar als Problem zu benennen. Er habe von den Politikern auch nach dem Anschlag „diese klare Haltung vermisst“, sagte der Sprecher des Koordinationsrates der Muslime, Zekeriya Altug, am Freitag in Berlin.

Er hätte sich gewünscht, dass bei den Gedenkveranstaltungen

Es sei zwar gesagt worden, „dass man zusammenstehen möchte, aber nicht mit wem“.

Die migrationspolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, Filiz Polat, sagte: „Es ist Aufgabe der Politik, aber vor allem dieser Bundesregierung, ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, in der die Einwanderungsgesellschaft als Bereicherung anerkannt wird.“

Zur Frage der Sicherheit

men für Moscheen seien jetzt notwendig.

Auch der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) verlangte vor dem Hintergrund der akuten Bedrohungssituation, dass es vor den Moscheegemeinden „sichtbaren Schutz“ gebe, etwa durch einen Polizeiwagen, wie der Vorsitzende Aiman Mazyek sagte. Dies sei vor allem zu den wichtigsten Gebetszeiten und vor Moscheen

»Bürgerliche Medien bagatellisieren Morde«

In Hanau existiert seit Jahren eine aktive rechte Szene – DGB war mehrmals Ziel von Angriffen. **Ein Gespräch mit Tobias Huth**

Nach der Ermordung von zehn Menschen mit meist migrantischem Hintergrund in Hanau in der Nacht auf Donnerstag sagte der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier, CDU, in einer ersten Reaktion am Donnerstag morgen: »Ob Rechts- oder Linksextremismus«, all das sei furchtbar. Wie bewerten Sie das?

Bei all dem, was man über den Täter und seine rassistische Ideologie zu dem Zeitpunkt wusste, ist das absurd. Die widersinnige Gleichsetzung von rechts und links, die von bürgerlichen Parteien immer wieder bemüht wird, muss aufhören. Gerade nach den extrem rechten Anschlägen, die es 2019 in Hessen gegeben hatte: dem Mord am Regierungspräsidenten Walter Lübcke am 2. Juni in Kassel und dem Attentat auf einen 26jährigen Eritreer am 22. Juli in Wächtersbach. In Hessen ist Rechtsterrorismus ein großes Problem. Bouffier hat schon beim NSU-Mord an Halit Yozgat im Frühjahr 2006 in Kassel eine fragwürdige Rolle gespielt, indem er den Quellenschutz des Verfassungsschutzes über die Mordermittlung stellte.

Schnell verbreiteten »Experten« und politisch Verantwortliche die Mär vom Einzeltäter in Hanau. So, als sei der braune Terror geradezu vom Himmel gefallen ...

Es gibt eine bedenkliche Entwicklungsgeschichte und Parallelen zum Umgang mit den Taten des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrundes, NSU. Bürgerliche Medien bagatellisieren wieder. Im *Focus* ist aktuell die Rede von »Shishamorden«, damals war von »Dönermorden« zu lesen.



Tobias Huth ist Gewerkschaftssekretär beim DGB Südosthessen, Büro Offenbach

Der Diskurs in unserer Gesellschaft verschiebt sich nach rechts. Was einst tabu war, wird wieder gesagt: »Hitler und die Nazis« seien nur »ein Vogelschiss der Geschichte«, wie der AfD-Ehrevorsitzende Alexander Gauland meinte. Wahlkampfparolen von CDU/CSU und AfD gleichen sich zunehmend an. Wenn Bundesinnenminister Horst Seehofer, CSU, die Migration als »Mutter aller Probleme« bezeichnet, fühlen sich möglicherweise Menschen aufgefordert, sich so zu äußern oder Taten folgen zu lassen.

Gewerkschafter in Hanau werden von Angehörigen einer erstarkten rechten Szene schon lange bedroht: Drohmails, Aufmärsche von Rechten vor dem Gewerkschaftshaus, und im Juli 2018 wurde ein Gewerkschafter bei einer Kundgebung gegen die AfD bewusstlos gewürgt. Wie wirkt sich das auf Ihre Arbeit aus?

Ja, es kam zu verbalen und tätlichen Angriffen auf Gewerkschafter. Bei einer Kundgebung gegen einen Auf-

tritt der AfD-Politikerin Beatrix von Storch fand die besagte Attacke auf einen Gewerkschaftsordner statt. Die Ermittlungsbehörden haben die Sache eingestellt, nicht weiterverfolgt. Vor unserem Gewerkschaftshaus gab es jene »Mahnwache« gegen angebliche »linksextreme Umtriebe«. Das Ziel ist offenbar, bei aktiven Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, die sich gegen rechts und Rassismus engagieren, Furcht zu erzeugen. Wie sich der neuerliche Rechtsterror und die Morde auf die Stadtgesellschaft auswirken werden, kann man noch nicht absehen. Selbst wenn es nur ein einzelner Täter gewesen sein sollte, der möglicherweise kein Netzwerk hinter sich hatte, muss nach den geistigen Brandstiftern gefragt werden.

Der hessische AfD-Fraktionsvorsitzende Robert Lambrou äußerte sich »schockiert« ...

Er gehört einer Partei an, deren Hanauer Ortsverband Andreas Kalbitz, einen der führenden Vertreter des völkischen »Flügels«, eingeladen hatte. Kalbitz tritt unverhohlen für den gewaltsamen Umsturz ein. Was sollen also die Krokodilstränen?

Was ist zu tun, um den braunen Sumpf trockenenzulegen?

Die großen, ungelösten sozialpolitischen Probleme in unserem reichen Land schaffen den Nährboden für gesellschaftliche Ausgrenzungen und andere undemokratische Lösungen, die rechte und extrem rechte Parteien anbieten. Wir müssen gegen Niedriglöhne in den Betrieben, gegen »Hartz IV« und zu hohe Mieten kämpfen, uns gleichfalls für eine demokratische politische Bildung einsetzen.

Interview: Gitta Düperthal

[PM SPONTI IN SALZWEDEL]

<https://de.indymedia.org/node/67433>

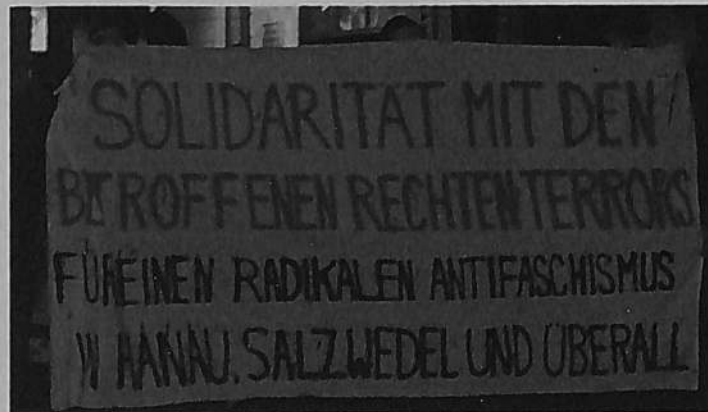
von: anonym am: 21.02.2020

Solidarität mit den Betroffenen rechten Terrors – Für einen radikalen Antifaschismus in Hanau, Salzwedel und überall

Heute, am 21.02.2020, sind wir mit knapp 100 Menschen unter dem Motto „Solidarität mit den Betroffenen rechten Terrors – Für einen radikalen Antifaschismus in Hanau, Salzwedel und überall“ spontan auf die Straße gegangen, um uns solidarisch zu zeigen, zu trauern und angestaute Wut rauszulassen. Mit einem lautstarken Demonstrationzug sind wir durch Salzwedels Innenstadt gelaufen. Dabei sind wir explizit an Läden von Migrant*innen vorbei gegangen, um zu zeigen, dass sie nicht allein sind, denn Hanau kann überall sein. Auf halber Strecke wurden zwei Redebeiträge gehalten, die unser Mitgefühl mit allen Betroffenen von rechtem Terror und Rassismus deutlich gemacht und dieses Massaker in eine Reihe rechter Anschläge und Morde der letzten Jahre eingeordnet haben. Dazu müssen wir nur auf den 09. Oktober 2019 in Halle schauen, wo bei einem antisemitischen und rassistischen Attentat auf eine Synagoge 2 Menschen erschossen wurden. Am 02. Juni 2019 wurde der CDU-Politiker Walter Lübcke, der sich offen gegen Fremdenfeindlichkeit aussprach, ebenfalls erschossen. Zudem wurde erst am 14. Februar 2020 eine rechte Terrorzelle durch Razzien aufgedeckt, die bereits Anschläge geplant hatte. Diese Taten geschehen im Zuge einer gesellschaftlichen Normalisierung und medialer Verharmlosung menschenverachtender Hetze, die gerade durch die AfD angetrieben und verbreitet wird. Deshalb ist es jetzt wichtig sich dem Ganzen entgegenzustellen und konsequent zu zeigen, dass wir diese Zustände nicht akzeptieren!

Unsere Solidarität gegen rechten Terror!

Alle zusammen gegen den Faschismus



LEITARTIKEL

Zu lange weggeschaut

Der Staat muss im Kampf gegen Rechtsextremismus viel nachholen

Der Staat ist nicht blind auf dem rechten Auge. Jedenfalls nicht mehr. In der Zeit des rechtsterroristischen „Nationalsozialistischen Untergrunds“ mit neun Morden an Menschen aus türkischen und griechischen Familien war der Staat blind. Er unterschätzte die rechte Gefahr, er ignorierte sie. Und manche Beamte im Verfassungsschutz wollten gar nicht genau hinsehen. Heute, fast zehn Jahre nach dem Auffliegen der Mordserie, reißt der Staat das rechte Auge auf. Erschrocken. Verschämt. Politiker wie der Bundespräsident stehen auf Gedenkfeiern und suchen genauso nach Worten wie die Freunde der Toten.

Nach dem Attentat von Hanau mit zehn Opfern nennt der Bundesinnenminister den Rechtsextremismus die „größte Gefahr“. Man kann der Bundesregierung nicht vorwerfen, sie würde nichts tun. Deutschland ignoriert den rechten Terror nicht mehr. Wie könnten wir auch – nach dem Mord an dem CDU-Politiker Walter Lübcke im Juli vergangenen Jahres. Nach dem Sturm eines Attentäters auf die Synagoge in Halle. Nach dem Anschlag eines wahnhaften Rassistin in Hanau, der gezielt Menschen aus türkischen Familien erschoss.

Die Politik unternimmt viel: Die Sicherheitsbehörden bekommen Hunderte neue Beamte. Das ist richtig. Denn sie müssen Internetforen überwachen, Szenen beobachten, Haftbefehle gegen abgetauchte Neonazis verfolgen. Was lange

versäumt wurde, muss nachgearbeitet werden. Mit einem neuen Gesetz setzt die Regierung Netzwerke wie Facebook unter Druck. Die sozialen Medien sind zu Katalysatoren des Hasses geworden. Dort herrscht Anarchie, rechte Hetzer agieren gezielt gegen Minderheiten. Der Staat verpflichtet die Betreiber jetzt, Drohungen und Volksverhetzung an die Polizei zu melden. Längst überfällig.

Und doch kann die Politik die Lächer nicht stopfen, die sie hinterlassen hat. Horst Seehofer selbst hatte die Migration zur „Mutter aller Probleme“ erkoren. Es sind auch diese Worte, die ein Klima schaffen, in denen Menschen aus türkischen oder arabischen Familien zu Zielen von Anfeindungen werden.

Seehofer ist umgeschwenkt. Doch die Hetzer bleiben. Sie tragen keine Springerstiefel mehr wie die Neonazis der 90er-Jahre. Sie hocken zu Hause vor ihren Computern, verirren sich in Verschwörungstheorien und Frauenfeindlichkeit. Vernetzen sich mit anderen Rassistin. Der Pegel des Hasses steigt.



Christian Unger,
Politik-
Korrespondent

Und es ist Teil der Taktik eines globalen „weißen Dschihad“, dass einzelne Täter aus dem Netzwerk irgendwann zu schlagen. Regierung und Sicherheitsbehörden haben bisher kein Konzept gegen diese Radikalisierung gefunden – auch weil sie zu sehr auf Überwachung setzen. Und zu wenig auf Prävention. Durch Jugendarbeit, Pädagogen und Psychologen, die für junge Menschen im Internet ansprechbar sind wie die Sozialarbeiter in Schulen.

Die Hetzer sitzen auch in den Landesparlamenten. In Thüringen, in Brandenburg. Sogar im Bundestag. Die AfD hat sich seit Jahren immer weiter radikalisiert. Ihr Geschäft ist das Ressentiment. Im Parlament und auf Protestzügen bringen ihre Anführer völkische Ideologie in die Welt.

Und auch nach dem Attentat von Hanau verweigert die Spitze der Partei eine Auseinandersetzung mit der Gefahr durch den Rechtsterrorismus. Vor allem Union und FDP müssen jetzt klare Kante zeigen. Mit der Partei darf es keine Zusammenarbeit geben. Und auch der Verfassungsschutz muss sie endlich als das beobachten, was sie ist: Teil einer neu-rechten Szene. Denn die Politik von Gauland und Höcke ist nicht bürgerlich. Ihre Parolen sind Munition für Hetzer im Internet. Munition auch für rassistische Gewalttäter.

Seite 3 und 4 Berichte

„STIMMUNGSMACHE“

**AfD Hamburg sagt ihre
Wahlabschluss-Veranstaltung ab**

HAMBURG :: Die AfD hat ihre für Freitag geplante Wahlabschluss-Veranstaltung im Bürgerhaus Henstedt-Ulzburg abgesagt. Aufgrund der „politisch-medialen Stimmungsmache“ und der zu erwartenden massiven Gegenproteste könne die Sicherheit der Bürger vor Ort nicht garantiert werden, teilte die rechtspopulistische Partei mit. Außerdem wolle sich die AfD Hamburg nicht vorwerfen lassen, dass man pietätlos gehandelt habe. In Hamburg hatte sie keinen Veranstaltungsort gefunden.



Bevor die Teilnehmer die Menschenkette bildeten, versammelten sie sich zunächst an der Klosterbergenstraße.

FOTOS: ROHDE

450 Reinbeker gedenken der neun Ermordeten von Hanau

MENSCHENKETTE von der Feuerwehr bis zum Rathaus - Tenor: „Reinbek ist bunt!“

Von Carsten Neff

Reinbek. Neun Trommelschläge hallten am Sonnabend durch die Klosterbergenstraße – ein Schlag für jedes der neun Opfer der fremdenfeindlichen Morde von Hanau. 450 Reinbeker waren dem Aufruf der Flüchtlingsinitiative gefolgt, um der Opfern zu gedenken und mit einer Menschenkette vor rassistischem Gedankengut zu warnen.

„Wir können es nicht zulassen, dass ein rechter Mörder unsere Mitmenschen ermordet. Dieser Mensch war kein Einzeltäter. Er wurde beeinflusst durch rechtes Gedankengut, das man an ihn herantragen hat“, sprach Organisator Roderich Ziehm sichtlich bewegt in sein rotes Megafon: „Wir möchten allen

Menschen in unserem Land, in unserer Stadt – egal welcher Herkunft und Religion – das Gefühl geben: sie sind bei uns sicher und willkommen.“ Und der 69-jährige Bürgerpreisträger ergänzte: „Wir leben hier seit über 70 Jahren in Frieden. Ein rechter Mob und rechter Terror haben in unserem Land keinen Platz. Wehret den Anfängen! Rassismus und Antisemitismus sowie Hass und Hetze dürfen wir nicht dulden. Reinbek ist nicht braun, Reinbek ist bunt!“

Das demonstrierten die Reinbeker dann auch eindrucksvoll, indem sie eine Menschenkette bildeten. Diese reichte vom Feuerwehrhaus, die gesamte Bergstraße hinunter in die Hamburger Straße bis über das Rathaus hinaus. Die mehr als 450 Teil-

nehmer waren dem spontanen Aufruf der Flüchtlingsinitiative über soziale Medien und unsere Zeitung gefolgt. Die Reinbeker Grünen hatten noch schnell ein Plakat entworfen und im Netz geteilt.



Roderich Ziehm (69) bei seiner mahnenden Ansprache am Startpunkt der Menschenkette vor dem Feuerwehrhaus.

Aber auch Politiker der SPD und CDU nahmen an der Menschenkette teil – zudem Bürgermeister Björn Warmer und Bürgervorsteher Christoph Kölsch. Einige Spaziergänger gliederten sich ganz unvorbereitet in die Kette ein.

Eindrucksvoll: Eine Gruppe in der Bergstraße stimmte plötzlich Beethovens „Ode an die Freude“ an: „Alle Menschen werden Brüder...“ – angesichts der Taten in Hanau ein besonderer Gänsehaut-Moment. Transparente und Plakate gab es nur vereinzelt. „Das Gedenken und die Anteilnahme am Leid auch der Angehörigen steht im Mittelpunkt“, so die Reinbekerin Johanna Siems (48). Als die Menschenkette geschlossen war, hielten die Teilnehmer zwei Gedenkminuten in Stille ab.

24. FEB. 2020



Demonstration in Hanau: Eine Frau trägt das Bild von dem ermordeten Ferhat Unvar

Hanauer Junge

Ferhat Unvar ist tot. „Wir sind deutsch“, sagt Cousin Ali Unvar. „Unser Deutsch ist besser als unser Kurdisch“, sagt seine Schwester Mizgin Unvar. Und Agit Unvar sagt: „Wir dürfen uns nicht separieren“

Aus Hanau Jasmin Kalirickal, Volkan Ađar (Text) und Bernd Hartung (Fotos)

Am Heumarkt flattert am Freitag das rot-weiße Polizeiband, das die Midnight Bar weiträumig abspernt. In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag hat Tobias R. neun Menschen erschossen, die nicht in sein rassistisches Weltbild passten. Sein Angriff begann hier, gegen 22 Uhr. Jetzt liegen am Tatort Rosen, rote und weiße, Tulpen, in Gelb und Rosa, weiße Lilien, rote Grablichter und Bilder von den Toten. Seit dem Terroranschlag in der Shishabar sichern die Polizei den Tatort. Seitdem stehen hier Trauernde. Morgens, mittags, abends, nachts – wie stumme Beobachter*innen des Geschehens.

Ferhat Unvar, Mercedes K., Sedat G., Gökhan G., Hamza K., Kalojan W., Vili Viorel P., Said Nesar H., Fatih S. Das sind die Namen der Opfer.

Newroz Duman vom Bündnis „Solidarität statt Spaltung“ hat am Freitagnachmittag zu einer Kundgebung aufgerufen, bei der die Tatorte gemeinsam mit Freund*innen und Angehörigen besucht werden sollen. Am Tag zuvor haben Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) und Oberbürgermeister Claus Kaminsky (SPD) am Marktplatz Blumen niedergelegt und ihr Beileid ausgesprochen. Politiker*innen sind heute nicht dabei.

Newroz Duman, 30 Jahre alt, schiebt sich durch die Menge. Die kleine Frau mit den dunklen lockigen Haaren ist immer in Bewegung, sie spricht mal hier und dort mit Menschen, auf Deutsch, auf Kurdisch, auf Türkisch. Sie telefoniert, gleich geht die Kundgebung los. Auf ihrem Smartphone klebt ein Sticker mit der Aufschrift Yalla, Yalla, Migrantifa – Auf geht's, Migrantifa, ein Wort, zusammengesetzt aus Migrant und Antifa. Seit dem Anschlag versucht sie mit ihren Mitstreiter*innen, Angehörige zu treffen, versucht diese Kundgebung und die Demonstration auf die Beine zu stellen. Newroz Duman in ihrer olivfarbenen Funktionsjacke hat kaum geschlafen, aber sie funktioniert.

Hanau, das ist auch ihre Stadt. Und was sie bewegt, das ist vielleicht auch ihre eigene Geschichte und die ihrer Eltern, die vor Jahrzehnten als Kurden aus der Türkei geflohen sind. Seit Jahren ist Duman politisch aktiv, setzt sich für Geflüchtete ein. „Wir wissen: Das alles ist nicht vom Himmel gefallen“, sagt sie. „Wir haben einen Innenminister, der die Migration die Mutter aller Probleme genannt hat. Wir hatten den NSU, Lübecke, Halle, Thüringen.“

Es gibt immer diesen Punkt. Etwas passiert. Der Name einer Stadt wird zu einem Synonym. Hoyerswerda, Rostock, Mölln, Solingen stehen für Höhepunkte rassistischer Gewalt in den neunziger Jahren. Und nun, im 21. Jahrhundert schrei-

ben neue Städtenamen die Geschichte des Rassismus der Bundesrepublik fort. Heidenau, Chemnitz, Kassel, Halle – und Hanau.

„Hanau ist die Stadt der Migration“, sagt Newroz Duman, „dass so eine Tat in dieser Stadt passiert ist, macht uns alle unfassbar wütend, unfassbar traurig.“ In Hanau leben rund 96.000 Menschen, 26 Prozent der Bürger*innen haben keine deutsche Staatsangehörigkeit und 50 Prozent einen sogenannten Migrationshintergrund. Migrantisch zu sein ist keine Ausnahme, es gehört zur Normalität in dieser Industriestadt, die im Zweiten Weltkrieg in großen Teilen zerstört wurde.

Manchmal schlägt sich Bitterkeit in der Stimme von Duman nieder. Manchmal muss auch sie um Fassung ringen. „Betroffen sind wir jetzt vielleicht alle, ermordet werden am Ende aber die Migranten und diejenigen, die als nicht zugehörig gesehen werden“, sagt sie vor den vielen Kamerazug.

Wir, ihr, sie. Wie lange bleibt ein Mensch ein Migrant? Oder ein Flüchtling? Wer ist deutsch und wer nicht? Eigentlich soll es nicht zählen, ob man blonde oder schwarze Haare hat. Woran wir glauben oder nicht, wen wir lieben oder nicht. Aber Hanau zeigt, dass die Realität eine andere ist.

Vom Heumarkt aus braucht man mit dem Auto knapp zehn Minuten bis zum Gebäude des kurdischen Kulturvereins. Das ist ein vergleichsweise langer Weg in einer Stadt von der Größe Hanaus. Trotzdem ist dies der Ort, zu dem die Familie von Ferhat Unvar am Donnerstagmorgen kommt, nachdem ihnen der Tod ihres Verwandten bestätigt wird. Ferhat Unvar, das ist der 23-jährige bullige Hanauer Junge, dessen Foto überall in der Stadt hängt, das Foto, auf dem er eine schwarze Schiebermütze und ein lachsfarbenes Shirt trägt.

Warum ins kurdische Vereinsheim? „Rückzugsort“, antwortet der Cousin Ali Unvar am Samstagnachmittag. Der 27-jährige Bauingenieur hat kaum ein Auge zugezogen in den letzten Tagen, aber er sieht sortiert aus: weißes Hemd unter weinrotem Pullover, die Haare akkurat zurückgeleitet.

Als er am späten Donnerstagabend von dem Anschlag erfahren hat, habe er vergeblich versucht, Ferhat zu erreichen, erzählt er. Auch dessen Eltern und Geschwister seien nicht ans Telefon gegangen. Dann sei er einfach losgefahren, aus Butzbach, 50 Kilometer von Hanau entfernt. Dort mussten die Angehörigen mehrere Stunden lang in einer Polizeiwache warten – bis sie Gewissheit hatten.

Hätte es einen gemeinsamen Ort mit und für die anderen Opferangehörigen gegeben, mit Seelsorgern, man wäre dorthin gegangen. So etwas habe man ihnen in der Wache aber nicht angeboten, sagt Ali Unvar.

Jetzt trauert Familie Unvar im kurdischen Vereinsheim. Sie sitzen zusammen, trinken Tee, sprechen, weinen. Ali Unvar hat für die Familie das Wort übernommen, weil die Geschwister und Eltern selbst nicht sprechen können. Sie sind zu sehr gefangen in ihrer Trauer.

An den weißen Wänden des Vereinsheims hängt die kurdische Flagge, es sind dort Porträts des Gründers der kurdischen Arbeiterpartei PKK.

„Er war wie ein Bruder für uns. Eigentlich waren wir gestern verabredet“

Ali Unvar, Cousin des ermordeten Ferhat Unvar

Abdullah Öcalan, zu sehen, und Bilder verstorbener PKK-Mitglieder. Darunter hängt ein schwarzes Transparent mit den Fotos der Hanauer Opfer, das die Angehörigen tags zuvor beim Trauermarsch vom Stadtteil Kesselstadt zu Ferhat Unvars Todesort getragen haben. Bei der Demonstration am Nachmittag werden Angehörige in der ersten Reihe mitlaufen und dieses Transparent tragen.

Auf einem Tisch sind Teelichter zu einem Vornamen geordnet: Ferhat. Ein Bild von ihm zeigt ihn im Profil, in der Hocke, die Arme verschränkt, sein Blick zwischen hart und melancholisch. Angehörige gehen hier in die Knie, sie weinen, manchmal so laut, dass es schwer ist, sich am anderen Ende des Raumes zu unterhalten.

Neben Ali Unvar sitzen sein älterer Bruder Agit, ein Anlagenmechaniker von Beruf, und seine jüngere Schwester Mizgin Unvar, die Zahnarzthelferin. Obwohl die drei Geschwister in Butzbach wohnen, haben sie ihren Cousin oft gesehen. „Er war wie ein Bruder für uns. Eigentlich waren wir gestern, Freitag, verabredet“, sagt Ali Unvar. „Wir hätten einfach gegessen, geredet, gelacht. Wir wären abends vielleicht rausgegangen. Wahrscheinlich in eine Shishabar“, sagt Ali Unvar.

Wenn die drei Geschwister von Ferhat Unvar erzählen, lächeln sie, auch wenn an diesem Ort gerade nichts entfernter sein könnte als ein Lächeln. Ferhat habe alle zum Lachen gebracht. Er sei ein ehrgeiziger Lehrling gewesen, der an seinen freien Tagen seinen Cousin Agit zu Aufträgen begleitet habe, um zu lernen. Erst vor zwei Wochen hatte Unvar seine Ausbildung zum Heizungsinstallateur abgeschlossen. Mizgin sagt: „Ich habe mit ihm oft über Politik gestritten, ich bin



Gemeinsame Trauer um den Cousin: Agit, Mizgin und Ali Unvar (von links)

27. FEB. 2020

24. FEB. 2020

Protest von Tator zu Tator: Demonstration am Samstag in Hanau

Protest von Schwerin bis Stuttgart

Nach dem Mordanschlag von Hanau haben am Wochenende bundesweit Tausende Menschen gegen Rassismus und Rechtsextremismus demonstriert. In Hanau selbst beteiligten sich am Samstag mehr als 3.000 Menschen an der Demonstration durch die Stadt.

Weitere Demonstrationen fanden in Hessen in Marburg und Idstein statt. In den bayerischen Städten Würzburg und Aschaffenburg kam es zu Solidaritätskundgebungen mit den Opfern. Im rheinland-pfälzischen Koblenz protestierten etwa 800 Menschen unter dem Motto „Rechten Terror stoppen!“ Auch in Stuttgart und Heilbronn (Baden-Württemberg) kamen jeweils mehrere Hundert Menschen zusammen. Weitere Protestkundgebungen fanden in Bremen und Hamburg statt. In Berlin versammelten sich etwa 500 Menschen zu einer Mahnwache am Brandenburger Tor, etwa 3.000 protestierten im Stadtteil Neukölln. Auch in Leipzig, Halle, Magdeburg, Schwerin und Potsdam gab es Proteste gegen die rassistisch motivierten Mordtaten, ebenso wie in Thüringen. Dort gingen in Nordhausen, Ilmenau, Weimar und weiteren Städten Menschen auf die Straße.

In Nordrhein-Westfalen kamen in Köln und Düsseldorf jeweils mehr als tausend Menschen zusammen, weitere Demonstrationen fanden unter anderem in Dortmund, Bielefeld und Bonn statt.

In Hannover demonstrierten rund 3.000 Menschen gegen Rassismus und Rechtsextremismus. In Braunschweig protestierten etwa 700 Menschen, in Wolfsburg fand eine Mahnwache statt. (epd, dpa, taz)



sehr politisch, er nicht, weil er denkt, das würde die Menschen spalten.“

Ferhat Unvars Tod und der Mord an acht weiteren, mehrheitlich jungen migrantischen Menschen öffnet nun aber einen Spalt – eine Kluft zwischen jenen, die aufgrund ihrer Herkunft potenzielle Ziele rassistischer Gewalt sind, und jenen, auf die dies nicht zutrifft. Ohne eigenes Zutun fühlen viele Menschen mit Migrationshintergrund jetzt diese Spaltung. Auch Ferhats Familie. Sie ist schmerzhaft. Deshalb gibt es auch für Ali, Agit und Mizgin Unvar ein Leben vor Hanau und eines danach. Aber sie kämpfen dagegen an.

„Wir sind deutsch“, sagt Ali Unvar. „Unser Deutsch ist besser als unser Kurdisch“, sagt Mizgin Unvar. Agit Unvar sagt: „Wir dürfen uns nicht separieren.“ Die Geschwister wiederholen immer wieder, dass es keinen Unterschied mache, ob die Gewalt nun von rechts oder von links ausgehe. Der Anschlag von Hanau sei vor allem ein Akt gegen die Menschlichkeit. Warum diese Gleichsetzung, obwohl in den letzten Jahrzehnten ausschließlich von rechts so viele Menschen getötet wurden?

„Wir trennen uns von den Deutschen, wenn wir so etwas sagen“, sagt Ali Unvar. „Dann machen wir das, was von denen gewollt ist, dass wir uns abkapseln, abtrennen, dass wir uns anders sehen.“ Man dürfe jetzt nicht fragen, ob Deutsche genauso trauern wie Migranten. Bei diesen Worten klopft Ali Unvar auf den Tisch. Dann sagt er, dass es vielleicht „hart“ klinge, aber er aber Hoffnung habe, dass sein Cousin nicht umsonst gestorben sei. „Ich hoffe, dass wir zusammenwachsen.“ Über dem Bild von Ferhat Unvar hängt ein Transparent mit einem Satz, auf Kurdisch und auf Türkisch: „Für große Ziele zu sterben bedeutet, für immer zu leben.“

Wie man weiterlebt nach dem Tod eines geliebten Menschen, das ist eine Frage, die viele in dieser Stadt beschäftigt. Am Freitag lesen die Trauernden am Heumarkt die Namen der Ermordeten vor. Immer wieder. Damit die Opfer nicht vergessen werden. Damit ihre Namen in Erinnerung bleiben und nicht der des Täters. Aber zwei Tage nach dem Anschlag ist vieles noch unklar. Die Behörden haben zu diesem Zeitpunkt die Identität der Ermordeten noch nicht offiziell bekannt gegeben. Ein Name, der auf der Kundgebung genau wird, stellt sich am Tag darauf als falsch heraus. Dafür fehlt ein anderer.

Eigentlich wollten bei der Kundgebung auch die Eltern und Geschwister von Ferhat Unvar sprechen. Sie sagen ab. Sie sind psychisch nicht in der Lage. Aber die Cousins Ali, Mizgin und Agit sind gekommen, und seine Freunde und Freundinnen. Sie halten Bilder von Ferhat in den Händen.

Der falsche Name

Bilal G. lebt Die Auflistung der neun Todesopfer des Anschlags von Hanau auf der taz-Titelseite vom Samstag enthielt einen Fehler. Bilal G. befindet sich nicht unter den Todesopfern. Dies haben die taz und mehrere andere Medien falsch berichtet. Die Quelle der taz war einer der Organisatoren der Trauerfeier in Hanau, der uns sagte, er habe mit der Familie gesprochen. Aus Sicherheitskreisen wurde der taz am Samstag bestätigt, dass Bilal G. nicht unter den Ermordeten ist. Für den Fehler bitten wir um Entschuldigung.

Vili Viorel P. ist tot Unter den Opfern befindet sich stattdessen Vili Viorel P., wie die Nachrichtenagentur AP und die rumänische Zeitung *Libertatea* berichten. Auch für diese Information sowie die anderen acht Ermordeten haben wir mittlerweile die Bestätigung aus Sicherheitskreisen. Wir nennen hier die Nachnamen der Opfer in der Regel nicht, solange unklar ist, ob die Hinterbliebenen mit der Namensnennung einverstanden sind. (taz)

Nach der Kundgebung zieht ein Trauermarsch vom ersten zum zweiten Tatort, vom Heumarkt in Richtung Kesselstadt. Die Menschen gehen leise. Manche unterhalten sich über die Mordtaten. Auf dem Weg kommen immer mehr Menschen dazu. Ein älterer weißer Mann mit Tränen in den Augen, ein Kind mit türkischem Name, eine schwarze Studentin. Nach Polizeiangaben sind es sechshundert, die da unterwegs sind nach Kesselstadt, vorbei an Spielhallen, Bäckern und Imbissen, am Main entlang, vorbei an prachtvollen alten Wohnhäusern und dem Barockschloss Philippsruhe.

Kesselstadt hat knapp 11.000 Einwohner*innen. Der Stadtteil teilt sich auf. In Alt-Kesselstadt, wo Gründerzeithäuser stehen, und in die Weststadt, wo der Kurt-Schumacher-Platz liegt. Die Weststadt ist migrantisch und prekär, die Arbeitslosenquote ist hoch, junge Menschen haben hier wenige Möglichkeiten. Auch Ferhat Unvar hat in Kesselstadt gewohnt.

Der Trauermarsch dorthin verläuft ohne Parolen. Die Flugzeuge, die vom Frankfurter Airport über Hanau langsam an Höhe gewinnen, bestimmen das Grundrauschen. Die Sonne geht hinter dem Schloss unter, und sie färbt den Himmel orange.

Anders als am Heumarkt in der Innenstadt ist der zweite Tatort am Kurt-Schumacher-Platz nicht abgesperrt. Die Blumen, Kerzen und Bilder, die in einem kleinen Durchgang neben der Eingangstür der Arena bar stehen, erinnern an die Toten. Die Bar befindet sich im Untergeschoss eines Hochhauses, von denen es hier viele gibt, umgeben von einem türkischen Supermarkt, einem Imbiss und einem Freiseur. Die Bar gilt als beliebter Treffpunkt für die Menschen im Viertel. Jetzt klebt ein Zettel an der Tür: Es ist eine Siegelmarke des Bundeskriminalamts. Wie schon am ersten Tatort werden hier die Namen der Opfer vorgetragen, die Menge wiederholt sie und schreit sie in die Dämmerung. Nur wenige Hundert Meter von hier entfernt befindet sich das Juz, das Jugendzentrum von Kesselstadt. Auf dem Weg vom zweiten Tatort in diese Richtung hat der mutmaßliche Täter Tobias R. den Namen seiner Homepage auf den Boden gesprüht.

Im Juz gibt es abgeseessene Sofas, einen Billardtisch, Tischtennisplatten und ein Kicker. Braune Kacheln auf dem Boden, Pokale und Fotos von gemeinsamen Freizeiten an den Wänden. Es ist kein schicker, aber ein gemütlicher Ort. Go bis 80 Kinder und Jugendliche kommen hier täglich vorbei. Am Samstagabend eilt der Sozialarbeiter Günter Kugler zum Tresen, holt Schokolade und Fantä, lässt sich kurz in eines der Sofas sinken. „Alle, die in der Arena bar gestorben sind, waren auch mal hier. Manche vor Jahren. Ferhat Unvar bis zuletzt jeden Tag“, sagt er. Am Tag des Anschlags, berichtet Kugler, sei Ferhat Unvar als Letzter gegangen, um kurz nach zehn Uhr am Abend. „Ich habe ihm noch eine Wurst in die Hand gedrückt, bevor er hier losgegangen ist. Wäre er zehn Minuten später gegangen, hätte es jemand anderen getroffen. Ich konnte es nicht glauben, als ein Anruf kam, dass er tot sein soll.“

An diesem Abend ist es ruhig im Juz: Jugendliche sitzen in Ecken und unterhalten sich. Sie reden über den Terroranschlag. Sie umarmen sich. Niemand spielt, niemand lacht. „Hamza ist hier quasi

groß geworden. Nesar hat hier einen Schwimmkurs gemacht“, sagt Kugler über zwei weitere Opfer des Anschlags.

Kugler und eine Kollegin sind für die Kinder und Jugendlichen da, aber sie scheinen den Mord selbst noch nicht wirklich realisiert zu haben. Die Tat bringt die Mitarbeiter*innen an ihre Grenzen. Trotzdem sagt Kugler: „Ich bin lieber hier als zu Hause.“ Mehr Unterstützung von der Stadt hätte er sich gewünscht, sagt er, auch wenn diese Einrichtung einen kirchlichen Träger hat. Er arbeitet schon seit 1999 im Juz und berichtet, wie schlecht es um diese Jugendarbeit in Hanau bestellt sei.

Seine Kollegin Antje Heigel, 51, lehnt sich an den Billardtisch, sie sieht erschöpft aus und nestelt nervös an den Kugeln herum. „Ich war mit zwölf Jahren selbst hier im Jugendzentrum.“ Heute arbeitet sie als Sozialarbeiterin, mit den Kindern macht sie sozialpädagogisch betreutes Boxen. Beim Boxen lerne man viel, über sich selbst, über Respekt, über seine Grenzen, erzählt sie. Gerade würde nicht so viel gespielt, manche wollen reden, manche schweigen. „Nächste Woche könnten

„Dass die Tat hier passiert ist, macht uns unfassbar wütend und traurig“

Newroz Duman, Organisatorin einer Demonstration

wir vielleicht wieder Boxen, oder?“, fragt sie einen der Jugendlichen. „Lieber Boxen als Yoga“, lautet die Antwort. Kämpfen – das tun gerade viele hier.

Am Freitagabend, in der zweiten Nacht nach der Tat, um halb elf Uhr nachts, stehen junge Männer am Brüder-Grimm-Nationaldenkmal auf dem Hanauer Marktplatz. „Den Brüdern Grimm Das Deutsche Volk“ steht auf dem Bronzsockel, der hier 1896 enthüllt wurde. 2020 ist still die Frage: Wer ist dieses Deutsche Volk? Am Donnerstagabend hat der Bundespräsident hier einen Kranz niedergelegt, Hanauerinnen und Hanauer haben die Stufen am Denkmal mit Blumen, Botschaften und Kerzen geschmückt. Hier haben am Freitagmittag 200 Menschen eine Menschenkette gebildet. Und jetzt um halb elf nachts stehen am Marktplatz vier junge Männer, die türkisch sprechen. Zwei von ihnen beugen sich nieder und zünden diejenigen Kerzen an, die erloschen sind. Einer der Männer sagt zu dem anderen, dass er sich schlecht fühle. Ein anderer antwortet, dass man nicht ungeschehen machen könne, was passiert ist. Der dritte geht und sagt: „Passt auf, ja“

Auf die Straße

Hamburg: Kundgebung gegen faschistischen Terror nach Morden in Hanau. Demonstration auch dort. **Von Kristian Stemmler**

In Sichtweite des Hamburger Rathauses schreit ein afghanischer Flüchtling über die Anlage des Lautsprecherwagens seine Wut heraus. Fast bricht seine Stimme. »Ihr träumt davon, Menschen zu entsorgen«, ruft er und meint die AfD, deren Bürgerschaftsfraktion eine Straße weiter ihre Büros hat. Der Afghane ist nicht der einzige Redner, der an diesem Samstag, einen Tag vor der Wahl zur neuen Bürgerschaft, der protofaschistischen Partei eine Mitschuld am rassistischen Anschlag von Hanau am Mittwochabend gibt. »Ganz Hamburg hasst die AfD!«, skandieren die Demonstranten, als sie durch die Mönckebergstraße ziehen.

In der Hansestadt demonstrierten am Samstag rund 1.000 Menschen unter der Losung »Gegen rechten Terror!« Zur Demo aufgerufen hatten unter anderem der Dachverband der kurdischen Vereine in Deutschland und der kurdische Frauenrat »Rojbin«. In Hanau kamen am Samstag etwa 6.000 Menschen zusammen, um der neun Opfer des Anschlags zu gedenken, auch in anderen Städten gab es Kundgebungen.

Mit einer Schweigeminute am Hauptbahnhof hatte die Demo in Hamburg begonnen. Dann verlas eine Sprecherin des Frauenrates die Namen der neun Opfer von Hanau und berichtete, was bisher über sie bekannt ist. Unter den Opfern ist Ferhat Üner, der kurdische Wurzeln hatte, aber in der BRD geboren wurde. In der Türkei sei er nie gewesen. Ferhat habe viele Pläne und Träume gehabt, sagte die Rednerin, hatte gerade seine Lehre zum Heizungs- und Gasinstallateur abgeschlossen und wollte sich selbstständig machen. Am Mittwochabend hatte er sich wie so oft in der Arena-Bar im Hanauer Stadtteil Kesselstadt mit Freunden getroffen. Ferhat Üner wurde nur 22 Jahre alt.

Auch Mercedes Kierpacz wurde in der Arena-Bar von dem Täter erschossen. Sie hatte dort gearbeitet. Sie war deutsche Staatsbürgerin und war eine Romni, also eine Angehörige der Minderheit der Roma. Mercedes Kierpacz hinterlässt zwei Kinder, einen 16 Jahre alten Jungen und eine neun Jahre alte Tochter. Als der Demonstrationszug in Hamburg sich in Bewegung setzte, trugen Teilnehmer Schilder mit den Namen sämtlicher neun Opfer des Terroranschlags voran.

Die Gewalt sei für Migranten und ihre Familien nichts Neues, sagte Yavuz Fersoglu, Anmelder der Demonstration, bei seiner Rede. Auch nicht, dass sie vom Staat nicht geschützt werden. »Das kennen wir von den NSU-Morden«, rief Fersoglu aus. Das milde Urteil im NSU-Prozess sei eine Aufforderung an alle Nazis gewesen, »weiter-

zumorden«. Seitdem habe es unzählige weitere Anschläge auf Migranten und Juden gegeben. Es sei klar, »dass wir nicht auf die bauen können, die damals von Döner-Morden und heute von Shisha-Morden reden und von Fremdenfeindlichkeit statt Rassismus«. Für »Wehret den Anfängen!« sei es schon zu spät, sagte Fersoglu: »Wir nehmen uns das Recht, uns selbst zu verteidigen.«

Eine Rednerin richtete Grüße an die Demonstranten in Hanau und verlas einen Text mit klaren Forderungen an die Politik, der auch in der hessischen Stadt und bei einer Demo in Berlin vorgetragen wurde. So forderte sie die »Entwaffnung aller Nazis«, die »Entnazifizierung des Verfassungsschutzes« und die Einrichtung eines angemessenen Fonds für Opfer rechten Terrors. Die »Pathologisierung der Täter« müsse

aufhören, umgehend ein Aktionsplan gegen rechts aufgestellt werden.

In Hanau hatten die Organisatoren nur mit 2.000 Demonstranten gerechnet; es kamen aber mehr, viele waren auch aus anderen Orten angereist. Sie trugen Plakate mit Aufschriften wie »Muss erst getötet werden, damit ihr empört seid?« und Fotos der Opfer durch die Stadt. »Wir sind in tiefer Trauer und wir sind wütend«, sagte die Sprecherin des Bündnisses »Solidarität statt Spaltung«, Newroz Duman. Der Grünen-Politiker Cem Özdemir legte zusammen mit Vertretern der Kurdischen Gemeinde am Heumarkt, dem ersten Tatort vom Mittwoch, einen Kranz nieder. Er hoffe, dass »dieses Jahr in die Geschichte eingeht als das Jahr, in dem die Republik Ernst macht gegen Rechtsradikalismus«, sagte Özdemir.



Den Opfern ein Gesicht geben: Teilnehmer der antifaschistischen Demonstration am Samstag in Hamburg

Reaktionen der Leser*innen nach Hanau

Soll die AfD durch den Verfassungsschutz beobachtet werden oder muss das Waffengesetz verschärft werden? Warum dieses „Ihr“ und „Wir“? Und woher kommt der „Fremdenhass“?



Beerdigung von Mercedes K. in Hanau Foto: Boris Rössler/dpa

Hanau, Halle, Kassel

„Im Terrorwahn“, taz vom 21. 2. 20

Hanau, Halle, Kassel, NSU ... Wie soll nun die Antwort lauten: Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz und mehr Polizei? Nein.

Wenn wir in Deutschland keine amerikanischen Verhältnisse bekommen wollen, muss das Waffengesetz verschärft werden. Ich fühle mich nicht sicher, wenn meine Nachbarn Waffen bei sich zu Hause halten dürfen – egal welche Partei sie wählen. Ich fühle mich ebenso nicht sicher, wenn selbst in den Institutionen, die für die Sicherheit zuständig sein sollten (Polizei, Verfassungsschutz, BND, Bundeswehr), die rechte bis rechtsextremistische Denke so verbreitet ist. Gerade ein Bundesland wie Hessen ist davon stark betroffen.

Ich hätte gerne, dass die NSU-Akten des hessischen Verfassungsschutzes sofort veröffentlicht werden und nicht 120 Jahren unter Verschluss bleiben. Ich hätte gerne, dass der Verfassungsschutzmitarbeiter Andreas Temme, der den NSU-Mord in Kassel unmittelbar mitbekommen hat, endlich angeklagt wird. Schließlich: Es braucht ein klares politisches Bekenntnis zur Würde und Gleichberechtigung der Menschen.

Parteien, die die Würde des Menschen negieren, haben in demokratischen Parlamenten nichts zu suchen – gerade in Deutschland nicht. Zu viele Menschen werden in diesem Land immer noch als Menschen zweiter oder dritter Klasse behandelt.

Davide Brocchi, Köln

Konkrete Maßnahmen

„Im Terrorwahn“, taz vom 21. 2. 20

Ich kann die Trauerreden unserer Politiker nicht mehr hören, weil sie allesamt nicht bereit sind, konkrete Maßnahmen gegen Sportschützen, zu denen der Mörder von Hanau gehörte, zu ergreifen. Seit 1990 haben Sportschützen 270 Menschen auf dem Gewissen. Nach dem Schulmassaker in Erfurt und Winnenden durch Sportschützen wurde nicht dafür gesorgt, dass diese ihre Wettkämpfe nur noch mit Druckluft- und Lichtpunkt Waffen, wie sie bei den Olympischen Spielen üblich sind, ausüben dürfen. Nach dem Schulmassaker in Dunblane ist in Großbritannien ein entsprechendes Gesetz verabschiedet worden. Wie lange können in Deutschland Vorbestrafte, Alkoholiker, Drogenkonsumenten, Islamisten in einen Sportschützenverein eintreten? Nach den Trauerreden wird außer leeren Versprechungen nichts, aber auch nichts getan werden, um weitere Morde zumindest zu erschweren.

Ludger Schiffer, Berlin

Mutter vergessen

Titelseite mit Namen der Ermordeten, taz vom 22. 2. 20

Leider habt ihr auf der Liste der Ermordeten die Mutter des Attentäters vergessen. Sie gehört auch zu den Opfern. Vielleicht war sie mit den Aktivitäten ihres Sohns nicht einverstanden, hat ihm gegen seinen Rassismus die Stirn geboten, auch wenn nicht, so schlimm auch das wäre,

sie ist tot und auch ein Opfer rassistischer Gewalt, einfach so, weil sie die Mutter war, Objekt von Projektionen, erweiterter Suizid? Gibt es da einen Grund, einen Unterschied zu machen? Ich spreche aus meiner Perspektive der eigenen Mutterrolle, Sippenhaftung. Wir wissen auch nicht, welche Gesinnung die Getöteten, die anderen Toten hatten? Es sind alles unschuldige Menschen, die getötet wurden. Ihr wolltet die Opfer sichtbar machen, die Mutter habt ihr vergessen.

Ulrike Burzlaff Bielefeld

Gift des Rassismus

„Entsetzen nach dem Terroranschlag in Hanau“, taz vom 21. 2. 20

Zur Betroffenheitslyrik vieler Politiker möchte ich Folgendes hinzufügen: Politiker haben angekündigt, das „Gift des Rassismus“ zu bekämpfen – aber bitte nicht wieder bloß mit Globuli! Es genügt schon längst nicht mehr, die Polizeipräsenz zu erhöhen und sensible Einrichtungen stärker zu überwachen. Die zuständigen Sicherheitsbehörden müssen endlich aus ihrer Gleichgültigkeit und Passivität aufwachen. Warum ist eine Staatsanwaltschaft erst jetzt auf die dubiosen Machenschaften des Vereins Uniter aufmerksam geworden, während kritische Medien (nicht zuletzt die taz) schon seit Langem ihre Recherchen veröffentlicht haben? Politiker und Behörden sollten nicht nur das Ausblenden des Rechtsterrorismus beenden, sondern auch aufhören, Antifaschisten zu diffamieren und deren Arbeit zu behindern, zum Beispiel durch den Entzug von Gemeinnützigkeit.

Marlies Beltz, Burgholz

Die und Wir

„Ihr Rückzugsraum“, taz vom 22. 2. 20

Ausschleßeritis auch in der taz. Ich kann dieses Unterteilen in „Die“ und „Wir“ von Menschen mit Migrationshintergrund nicht mehr hören. Es sind Menschen. Mitmenschen. Mitbürger. Von mir redet auch niemand als einem Menschen mit Frühverrentungshintergrund.

Ulrich Stromberg, Soest

Kampf gegen Rassismus

„Kerzen im Wind“, taz vom 22. 2. 20

Der Kampf gegen den sich in Deutschland immer mehr ausbreitenden mörderischen Rassismus und Muslimhass lässt sich nur gewinnen durch den konsequenten Kampf gegen den politisch-parlamentarischen Arm der Nazi-Terroristen, die rechte Verschwörungslügen vom „großen Bevölkerungsaustausch“ verbreitende, seit Jahren rassistisch hetzende AfD. Schon eine Kurzforschung im Internet zeigt, dass die blauen Rassisten seit Monaten in ganz Deutschland gegen Schischabars hetzen. Die AfD muss von einem reformierten, eigene Verstrickungen aufarbeitenden und parlamentarisch sehr viel effektiver kontrollierten Verfassungsschutz mit allen Mitteln beobachtet werden, um die dort wachsenden Gefahren für unsere Demokratie aufdecken und wirksam bekämpfen zu können.

Gerald Lindenberg, Kassel



Rechtsterror stoppen

Meine ersten Gefühle nach Hanau? Angst, Ohnmacht, Wut. Was passiert, wenn Deutschland kippt? Wohin gehen wir? Es reicht, dass Rassismus kleingeredet und immer wieder von Fremdenfeindlichkeit gesprochen wird. Es reicht, dass ein Ali es schwerer hat als Thomas, eine Wohnung zu bekommen. Es reicht, dass eine Fatma mit Kopftuch sich viermal mehr als eine Anna bewerben muss, um bei gleicher Qualifikation zum Bewerbungsgespräch eingeladen zu werden. Es reicht, dass wir bei Angriffen auf Schwarze, auf Sinti und Roma direkt zur Tagesordnung übergehen. Ich selbst erhalte immer wieder Morddrohungen, stehe auf Todeslisten, bekomme Polizeischutz, erlebe Hass und Hetze von rechts wie nie zuvor in meinem Leben.

Rassismus ist in unserem Land heute keine Ausnahme, Rassismus ist für viele Menschen Alltag. Manch eine Kopftuch- oder Leitkulturdebatte, manch eine Äußerung über Migration und Flüchtlinge, über Clans und Shishabars – und damit meine ich insbesondere, aber nicht nur die AfD – haben den Boden dafür bereitet, indem sie Deutschland in ein „Wir“ und ein „Die“ eingeteilt haben. Spaltung beginnt in den Köpfen und setzt sich in Bestsellern, Kommentarspalten und Tweets fort. Und wer nur noch mit Gleichgesinnten in der eigenen Blase kommuniziert, da ist es kein großer Schritt mehr hin zur Radikalisierung. Und dann können aus dem Hass auf Migranten, auf Muslime, auf Flüchtlinge auch schreckliche Taten werden. Hanau steht dafür beispielhaft.

Fakt ist aber auch: Wir können nicht bei Ohnmacht, Wut und Angst stehenbleiben. Mein Plädoyer: Jetzt erst recht. Wir überlassen den Hatern dieses Land nicht. Und Berlin geht hier mit vielen positiven Beispielen voran. Als Staatssekretärin für bürgerschaftliches Engagement im Berliner Senat setze ich mich dafür ein, die Zivilgesellschaft in ihrem Einsatz gegen Rechts und für Demokratie zu stärken, Strukturen zu schaffen, damit dieses Engagement sich besser entfalten kann. Wir setzen uns dafür ein, dass Antisemitismus und Rassismus nicht immer weiter um sich greifen. Endlich steht das Thema antisemitischer Rassismus auf der Agenda. Auch in puncto Sicherheit ist vieles geschehen. Moscheen und Synagogen, Kultureinrichtungen und größere Veranstaltungen werden verstärkt von der Polizei geschützt. Für bauliche Maßnahmen, wie Sicherheitstüren stehen jährlich fünf Millionen Euro zur Verfügung. Es gibt ein neues Bewusstsein dafür, dass wir tiefgreifende Maßnahmen brauchen, um den Vormarsch der Rechtsterroristen zu stoppen. Ich bin zuversichtlich. Viele sind in den letzten Monaten aufgestanden. Und das ist gut.

Hanau, 20. Februar: Auf dem Marktplatz am Tag eins nach dem Anschlag
Foto: Christian Jungeblodt

Sawsan Chebli, Staatssekretärin in der Berliner Staatskanzlei



Wut. Trauer. Mut.

Eine Woche nach dem rassistischen Terroranschlag von Hanau bleibt die Frage: Was können wir tun? Acht Protokolle

Wie viel Staat soll es sein?

Um rechte Gewalt zu stoppen, müssen wir über konkrete Maßnahmen sprechen. Die könnten auch für Linke unangenehm werden

Nach Ereignissen wie dem Mord an CDU-Regierungspräsident Walter Lübcke, den Anschlägen von Halle und Hanau, aber auch den letzten Wahlen in Ostdeutschland gab es die weitverbreitete Forderung danach, eine Zäsur zu erkennen: Deutschlands Problem mit Nazis und rechtem Terror dürfe „endlich nicht mehr verharmlost“, „nicht länger ge- leugnet“ werden.

Dieser Reflex kommt aus einer Zeit, in der es flächendeckende Verharmlosung und Verleugnung gab. Diese Zeit ist aber vorbei. Sie endete irgendwann zwischen dem Lübcke-Mord und dem Anschlag von Halle. Es gibt Ausnahmen, aber die Spitzen der konservativen Parteien und die großen Medien, ebenso Wirtschaftsverbände, Kirchen und Gewerkschaften erkennen heute klar an, dass es rechten Terror gibt und dass mit der AfD Rechtsextreme Macht bekommen haben. Die Frage ist, was daraus folgt.

Soll der Staat angesichts des rechten Terrors Dinge tun, die er bislang nicht getan hat – oder nicht tun durfte?

Der Appell, nicht länger zu verleugnen, hatte meist den Charakter einer moralischen Anrufung. Nur selten waren mit ihm konkrete Forderungen verbunden. Wenn doch, dann zielten sie auf die persönliche oder diskursive Ebene: Man möge „den eigenen Rassismus reflektieren“, „Betroffenen zuhören“, „Ängste ernst nehmen“, der AfD keinen Raum mehr geben. Man möge aufhören, „fremdenfeindlich“ zu sagen, wenn es sich um Rassismus handele.

Das ist alles richtig. Aber es wird nicht ausreichen, um die rechte Gewalt zu stoppen. Wenn unbestritten ist, dass es lange übersehene, militante rechte Netzwerke gibt – wie sollen diese konkret unschädlich gemacht werden? Darüber wurde zu wenig geredet. Stattdessen wurden vage Bekenntnisformeln wiederholt. Erst in den letzten Tagen sind konkrete Vorschläge öffentlich diskutiert worden.

Eine Gruppe um den Jenaer Professor Matthias Quent und den Thüringer Verfassungsschutz-Chef Stephan Kramer etwa hat einen „Masterplan“ vorgelegt. Sie wollen richtigerweise vor allem die Zivilgesellschaft stärken, um die Normalisierung extrem rechter Positionen in der Gesellschaft zurückzudrängen. Denn den Kampf um die Köpfe kann kein Justizministerium und kein BKA gewinnen, sondern nur die Freiwillige Feuerwehr, der SPD-Ortsverein, der Jugendclub, die Kirchengemeinde, der Kegelerverein.

Eine Antwort auf rechte Gewalt aus linken Kreisen lautet „antifaschistischer Selbstschutz“. Nicht erst nach Hanau gibt es, daran angelehnt, die Parole vom „migrantischen Selbstschutz“. Die Antifa hat ihre unbestreitbaren Verdienste im Kampf gegen Nazi-Strukturen. Aber gegen rechtsextreme SEKler, die 10.000 Schuss Munition beiseite schafften und dann hunderte Leichensäcke für zu er-

mordende Flüchtlingshelfer bestellen wollen, wird sie kaum etwas ausrichten.

Einem Ausspruch des SPD-Europaministers Michael Roth folgend haben viele im politischen Betrieb die AfD zuletzt als „politischen Arm des Rechtsterrorismus“ bezeichnet. Wenn man das ernst meint – und dafür gibt es gute Gründe –, muss dieser Befund auch Folgen haben. SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil hat verlangt, die Partei vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen. Ein gangbarer Vorschlag. Aber er würde nichts daran ändern, dass die AfD weiter erhebliche staatliche Gelder für völkische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit bekommt. Wie wäre das zu verhindern? Über das Parteienrecht? Gar mit einem juristisch überaus heiklen Verbot? Und: Ist der Verfassungsschutz, nach allem, was man von ihm weiß, überhaupt der richtige Akteur? Wenn nicht – wer dann?

Nach Hanau gab es für Wortmeldungen wie diese auf Twitter viel Beifall: „Ich will keine Trauerbekundungen mehr. Ich will Verhaftungen.“ Wer wollte da widersprechen? Aber der implizite Ruf nach einem stärkeren Staat wirft Fragen auf, über die zu reden ist. Soll der Staat angesichts des rechten Terrors Dinge tun, die er bislang nicht getan hat – oder nicht tun durfte?

Die Innenminister wollen den Nazis mit den Sicherheitsbehörden zu Leibe rücken. Was so viel heißt wie: Diese Behörden sollen mehr Befugnisse bekommen. Aktuell etwa soll das Verfassungsschutzgesetz geändert werden. Der VS soll verschlüsselte Chats auslesen dürfen. Das umstrittene Anti-Hatespeech-Gesetz wird gerade überarbeitet. Es dürften nicht die einzigen solcher Reformen bleiben. Doch wie verhält sich eine Linke dazu, wenn sie in Zukunft womöglich von einem AfD-Landesinnenminister gegen alle eingesetzt werden könnten, die ihm nicht passen?

Viele sagen, Polizei und VS seien zu sehr von Rechten durchsetzt, ihnen sei ohnehin nicht mehr zu trauen. Es ist inständig zu hoffen, dass darüber noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Gleichwohl ist die Frage offen, wie man mit einem Fall wie kürzlich in Hamm umgehen soll: Da posierte ein Polizist, der Waffenscheine ausgibt, bei Facebook als germanischer Krieger und hielt auch am Arbeitsplatz nie mit seiner Gesinnung hinterm Berg. Er fiel erst auf, als er mit anderen konkret plante, Politiker und Muslime zu ermorden.

Wie also sollen Rechtsextreme erkannt und aus dem Dienst entfernt werden? Denkbar wäre eine Regelabfrage beim Verfassungsschutz bei der Einstellung. Viele der später enttarnten Nazis im Polizeidienst hätte das allerdings nicht erfasst. Müsste die Eingreifschwelle des Staates also noch weiter abgesenkt werden?

Einige Bundespolitiker wollen eine AfD-Mitgliedschaft für unvereinbar mit der Beschäftigung im öffentlichen Dienst erklären. An den Radikalenerlass in den 1970er Jahren haben viele Linke noch ungene Erinnerungen. Will man das trotzdem wiederholen? Oder ist die Situation vielleicht so, dass es dazu gar keine vernünftige Alternative mehr gibt?

Antworten auf all diese Fragen werden der Zivilgesellschaft nicht leicht fallen. Umso wichtiger, dass die Diskussion anfängt.

das thema 3-5



Christian Jakob
40, ist taz-Redakteur und Mitautor des Buchs „Angriff auf Europa. Die Internationale des Rechtspopulismus“, 18 Euro, Ch. Links Verlag, 2019.

taz ♦♦♦♦♦ donnerstag, 27. februar 2020 ♦♦♦♦♦

Gesellschaftliche Aufgabe

Nach Hanau: Migrantenorganisationen wenden sich an Bundesregierung. Debatte im Innenausschuss

Nach den faschistischen Morden in Hanau überboten sich Politiker in ihren Verurteilungen rechter Gewalt. Der Bundeskonferenz der Migrantenorganisationen (BKMO) reicht das nicht. »Deutliche Worte nach Gewalttaten alleine helfen nicht, weitere Opfer zu verhindern«, schrieben die Vertreter des Netzwerkes, dem 40 Migrantenorganisationen angehören, in einem Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), der am Donnerstag veröffentlicht wurde. Ein großer Teil der Bevölkerung habe einen Migrationshintergrund und fürchte »um seine Unversehrtheit, um seine Zukunft und die seiner Kinder«.



Kundgebung am 23. Februar in Hanau

Im gesamten Kabinett gebe es nicht eine Person, die Erfahrung habe mit Rassismus, kritisieren die Absender. »Man stelle sich ein Kabinett vor, das nicht einen einzigen Ostdeutschen umfasst oder keine einzige Frau.« Die BKMO fordert einen »ständigen Partizipationsrat Einwanderungsgesellschaft« aus Wissenschaftlern und Vertretern von Migrantenorganisationen, der beim

Bundestag angesiedelt sein und für eine dauerhafte Auseinandersetzung mit dem Thema sorgen solle. Beim nächsten Integrationsgipfel am kommenden Montag sollten »substantielle, zählbare Verbesserungen« auf den Weg gebracht werden. Der Brief nimmt auch auf die kürzlich aufgeflogene Neonaziterrorzelle »Gruppe S.« Bezug, die Anschläge auf Moscheen geplant haben soll.

Auch im Innenausschuss des Bundestages war die Tat von Hanau ein Thema. Auf der nicht öffentlichen Sitzung am Donnerstag sprach Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) von einer »Blutspur« des Rechtsterrorismus seit den NSU-Morden. Er habe sich vor den Abgeordneten dagegen gewandt, das Thema »Rechtsextremismus« durch einen Vergleich mit dem »Linksextremismus« zu relativieren, hieß es danach aus Teilnehmerkreisen. Die »Reichsbürger«-Szene wollte der Minister diesen Berichten zufolge ausdrücklich nicht dem »Rechtsextremismus« zuordnen.

Vor Beginn der Befragung hatte die Ausschussvorsitzende Andrea Lindholz (CSU) auf offene Fragen hingewiesen. In der Sitzung solle es um die Person des Täters, seine Radikalisierungsgeschichte, den Tathergang und mögliche Versäumnisse der Behörden im Vorfeld gehen, betonte Lindholz. Bevor es um mögliche Konsequenzen gehe, »müssen wir uns erst einmal den Ermittlungsstand anhören«, sagte sie. Filiz Polat, Vertreterin von Bündnis 90/Die Grünen, erklärte, eine Antwort auf den Anschlag von Hanau müsse die Stärkung der Sicherheitsbehörden sein, zugleich müsse die Zivilgesellschaft gegen den Rassismus mobilisieren. Sie erwarte einen »Aufstand gegen den Rassismus«, so Polat. Der FDP-Innenexperte Benjamin Strasser forderte, die Analysefähigkeit der Behörden zu stärken. Die Abgeordnete Martina Renner (Die Linke) sagte dagegen, das Problem sei »mit mehr Personal, mehr Überwachung, mehr Geheimdienst« nicht zu lösen. Es handle sich um eine »gesellschaftliche Aufgabe«. »Wir müssen sagen, dass AfD und Pegida ein Teil des Problems sind – sie haben die Opfer markiert«, so Renner.

Kristian Stemmler

Zwei Schüsse trafen die Mutter des Hanau-Attentäters

Im Innenausschuss werden neue Details bekannt – Tobias R. wurde kurz vor der Tat wegen Falschparkens kontrolliert

Eine Stunde, bevor er die ersten Schüsse in Hanau abgab, war Attentäter Tobias R. von der Polizei in der Nähe des ersten Tatorts wegen Falschparkens kontrolliert worden. Das erfuh WELT von Teilnehmern einer Sondersitzung des Innenausschusses des Bundestages am Donnerstagmorgen.

VON IBRAHIM NABER UND ALEXEJ HOCK

Demnach hatte er bei der Polizeikontrolle nicht auffällig reagiert. Darum durfte er weiterfahren. Um 21.58 Uhr am 19. Februar tötete R. sein erstes Opfer. Generalbundesanwalt Peter Frank und der Präsident des Bundeskriminalamts schilderten den Abgesandten den Tatablauf. Demnach erschoss R. bereits vor Eintreffen an der ersten Shisha-Bar zwei Menschen auf

der Straße: Als er dann an der Bar „Midnight“ ankam, schoss er viermal durch die Tür. Eine Person kam dabei ums Leben.

Seine Todesfahrt setzte R. in Richtung Hanau-Kesselstadt fort. Dort erschoss er sechs Menschen: einen offenbar aus dem Fahrzeug heraus, vier im Vorraum eines Kiosks und einen weiteren in einer Bar im Innern. Zudem verletzte er zahlreiche Menschen.

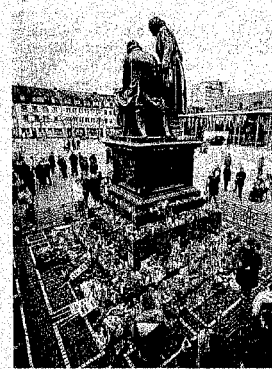
Für seine Tat brauchte R. insgesamt zwölf Minuten. Um 22.10 Uhr brach er schließlich zur Flucht zu seiner Wohnung auf. Bis zum Zugriff durch die Polizei dauerte es deutlich länger. Erst gegen 3.03 Uhr stürmten Kräfte eines Spezialeinsatzkommandos die Wohnung.

Was genau in der Wohnung abließ, ist noch ein zentrales Rätsel. Im Innenausschuss berichteten die Ermittler,

dass man R. an der Treppe zum Keller aufgefunden habe – unweit seiner Sig-Sauer-Pistole. Die Mutter des Attentäters fanden die Beamten im Bett des Wohnzimmers auf, ebenfalls leblos. Zwei Kopfschüsse hatten sie getroffen.

Ob tatsächlich R. diese Schüsse abgab und wann genau, wissen die Ermittler offenbar noch nicht. Der Vater von R. wurde von den Beamten in der Wohnung „äußerlich unverletzt“ aufgefunden, wie Generalbundesanwalt Frank bereits kurz nach der Tat bekannt gegeben hatte.

Am Donnerstagmorgen hieß es, es liege kein aktueller Tatverdacht gegen Hans-Gerd R. vor. Der Vater könne derzeit aus Sicherheitsbedenken nicht zurück in das Wohnhaus der Familie, erfuhr WELT aus Ermittlerkreisen. Auch eine Vernehmung konnte bislang noch nicht durchgeführt werden.



Am Brüder-Grimm-Denkmal in Hanau liegen Blumen für die Opfer

Im Innenausschuss machte der Generalbundesanwalt auch Angaben zu den Waffen des Attentäters. Demnach wurden bei Tobias R. drei Pistolen gefunden: Eine davon lag im Auto des 43-Jährigen; ein tschechisches Modell, Leihgabe eines Hanauer Waffengeschäfts. Zwei weitere Pistolen fanden die Einsatzkräfte in der Wohnung.

R. soll diese Waffen alle legal besessen haben. Seit August 2019 war er im Besitz eines europäischen Waffenscheins, womit er berechtigt war, Waffen auch ins Ausland mitzunehmen.

BKA-Präsident Holger Münch bestätigte im Innenausschuss, dass R. im November 2018 in die USA gereist war, wie die „Zeit“ berichtete. Zu dieser Reise laufe aktuell auch ein Ermittlungsverfahren in den USA beim FBI.

MITARBEIT: CHRISTIAN SCHWEPPE

DIE WELT | FREITAG, 28. FEBRUAR 2020

Vor der Tat kontrolliert

Innenausschuss beriet über Neonazianschlag von Hanau. Debatte über Waffenrecht.

Von Ulla Jelpke

Nähezu fraktionübergreifend fordern Abgeordnete des Bundestages von der Bundesregierung ein verstärktes Engagement gegen die extreme Rechte. Die Bundeskanzlerin müsse Antirassismus zur »Chefsache« machen, forderte unter anderem der SPD-Politiker Helge Lindh. Nach einer Sitzung des Innenausschusses am Donnerstag sprachen sich zudem Abgeordnete von Linken und Grünen dafür aus, zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Neonazismus künftig langfristig zu finanzieren, anstatt wie bislang nur kurze Projektzeiträume zu bewilligen.

Im Innenausschuss wurden die Abgeordneten von den Chefs der Sicherheitsbehörden über Details zu den Morden in Hanau und den bisherigen Ermittlungsstand unterrichtet. Demzufolge hatte sich der Täter Tobias Rathjen intensiv auf den Anschlag vorbereitet. BKA-Chef Holger Münch berichtete, Rathjen habe in den Wochen vor der Bluttat wesentlich häufiger im Sportschützenverein trainiert; zudem habe er die Bars, die er Mitte voriger Woche überfiel, ausgespäht. Die ersten neun Morde habe Rathjen innerhalb von nur zwölf Minuten begangen: Zunächst habe er auf offener Straße zwei Menschen ermordet, bevor er durch Schüsse durch die Tür einer Bar einen weiteren Menschen erschoss. Auf dem Weg zu einem Kiosk habe er eine weitere Person, am Kiosk selbst dann vier Personen getötet, und eine weitere in einer benachbarten Bar. Danach fuhr Rathjen zur Wohnung seiner Eltern, wo er mutmaßlich seine Mutter und sich selbst erschoss. Nähere Aufschlüsse zum Radikalisierungsverlauf von Rathjen und zur Frage, ob er Mitwisser oder gar Mittäter hatte, gab es bei der Ausschusssitzung nicht.



Ermittlungen an einem der Tatorte in Hanau (20.2.2020)

Nach der Sitzung zeichnete sich eine Debatte über eine Verschärfung des Waffenrechts ab. Die Polizei solle künftig nicht nur zur Strafverfolgung, sondern auch präventiv bei Personenkontrollen das Waffenregister abfragen dürfen, forderten Abgeordnete der Unionsfraktion. Zudem sollen die zuständigen Ordnungsämter informiert werden, wenn die Polizei von psychischen Auffälligkeiten legaler Waffenbesitzer erfährt. Hintergrund ist, dass Rathjen eine Stunde vor der Tat von der Polizei kontrolliert wurde, weil sein Wagen auf einem Behindertenparkplatz stand. Bei der Kontrolle soll Rathjen zwar nervös, aber nicht aggressiv gewirkt haben. Zudem habe Rathjen in einer Anzeige, die er im November vorigen Jahres an den Generalbundesanwalt geschickt hatte, klare Anzeichen von Verfolgungswahn – wenn auch nicht seiner rassistischen Gesinnung – gezeigt. In der

Anzeige beklagte sich Rathjen über einen angeblichen Geheimdienst, der sich in die Gehirne der Menschen eininkle. »Wenn ein Waffenbesitzer offensichtlich psychisch auffällig wird, muss bei den Waffenbehörden die rote Lampe angehen«, wurde die Vorsitzende des Innenausschusses, Andrea Lindholz (ESU) in der FAZ zitiert. Auch Seehofer sagte, man müsse klären, ob man Personen bei »begründeten Zweifeln« an ihrer psychischen Stabilität den Waffenschein abnehmen könne. Angesprochen wurde in der Sitzung auch, dass auf Bundesebene niemand wisse, wie gründlich die Kontrollen von Waffenbesitzern durch die zuständigen örtlichen Behörden eigentlich durchgeführt werden.

Der Landesvorsitzende der saarländischen Gewerkschaft der Polizei (GdP), David Maaß, sieht sich derweil massiven Anfeindungen im Internet

ausgesetzt, weil er in einem Facebook-Post die AfD als »eine der geistigen Brandstifterinnen des Rechtsextremismus« bezeichnet hatte. Das saarländische Innenministerium prüft ein Disziplinarverfahren gegen den Polizisten, weil sich Polizeibeamte im Dienst nicht politisch betätigen dürfen. Der GdP-Bundesvorsitzende solidarisierte sich mit Maaß.

Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang hat derweil eingeräumt, seine Behörde habe in der Vergangenheit bei der Bekämpfung des Neonazismus »nicht immer glänzt.« Hinsichtlich der V-Leute-Thematik und des Aktenschredderns bei den NSU-Morden gebe es immer noch Aufklärungsbedarf, sagte Haldenwang vorgestern bei einer Podiumsdiskussion in Wuppertal. Vor dem Veranstaltungsbauwerk demonstrierten rund 100 Personen gegen die fragwürdige Rolle des Inlandsgeheimdienstes.

Seehofer will Überlebende von Hanau treffen

BERLIN :: Innenminister Horst Seehofer (CSU) will sich zeitnah mit den Opfern der Anschläge von Hanau und Halle und ihren Angehörigen treffen. Außerdem plant Seehofer die Einrichtung eines „Unabhängigen Expertenkreis Islamfeindlichkeit“. Wenige Tage vor dem Migrationsgipfel am Montag in Berlin reagiert er damit auf eine Forderung der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Annette Widmann-Mauz (CDU). Seehofer will am Montag den Dialog mit den Vertretern der Migrantenorganisationen suchen.

Der Expertenkreis ist nach den Plänen des Innenministeriums auf mehrere Jahre angelegt. Er soll Erscheinungsformen von Muslim- und Islamfeindlichkeit analysieren, mit antisemitischen Haltungen vergleichen und der Bundesregierung Empfehlungen für den Kampf gegen antimuslimischen Hass und islamfeindliche Ausgrenzung abgeben. Nach dem Anschlag von Hanau hat Widmann-Mauz gefordert, das Maßnahmenpaket der Bundesregierung gegen Hasskriminalität zu verschärfen. Sie will, dass die Islamfeindlichkeit genauso bekämpft und hervorgehoben wird wie der Antisemitismus.

Derweil meldet der „Spiegel“, einer der bei der Aufdeckung der rechtsextremen Terrorzelle „Gruppe S.“ festgenommenen zwölf Verdächtigen habe zugegeben, dass die Gruppe Pläne zum Angriff auf Moscheen besprochen habe. *san*



Totengebet in Hanau. Nach dem rassistischen Anschlag in Hanau hat die Trauerfeier für zwei weitere Ermordete stattgefunden. Am Freitag nachmittag begann das Gedenken auf dem Marktplatz vor dem Rathaus mit einem Totengebet. Anschließend sollten die Opfer – nach Angaben der Stadt ein 22-jähriger gebürtiger Hanauer mit der Staatsangehörigkeit von Bosnien-Herzegowina und ein 21-jähriger Deutsch-Afghane – in einem Trauerzug zum muslimischen Gräberfeld des Hauptfriedhofs gebracht und beigesetzt werden. Laut Polizei versammelten sich auf dem Marktplatz rund 3.000 Menschen. (dpa/W)

■ Siehe Seiten 4 und 8

So will die Regierung gegen Rechtsextremismus kämpfen

Nach Integrationsgipfel ordnet Kanzlerin Merkel an, dass das Gremium Informationen sammeln, analysieren und Empfehlungen

MIGUEL SANCHES

BERLIN :: Sie haben Angst. „Wir fragen uns“, sagt Silvie Nantscha, „ob wir in unserem Deutschland noch sicher sind.“ Nantscha spricht für das African Network of Germany, für rund 800.000 Menschen in Deutschland mit afrikanischen Wurzeln. Relativ spontan hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auf solche Klagen beim elften Integrationsgipfel reagiert und am Montag einen Vorschlag aus der Runde aufgegriffen. Künftig soll sich ein Ausschuss im Kabinett eigens mit Rechtsextremismus und Rassismus befassen. Er soll Informationen sammeln, analysieren und Empfehlungen abgeben. Merkels Koalitionspartner, die SPD, war zufrieden. Das sei „ein wichtiges Signal“, lobte Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD). „Es geht die gesamte Regierung an.“

Der künftige Ausschuss ist eine mittelbare Konsequenz aus dem Anschlag

von Hanau, der bereits der dritte Vorfall dieser Art – nach Halle und Chemnitz – binnen kürzester Zeit war, wie Innenminister Horst Seehofer (CSU) aufzählte. Seehofer verließ das Treffen schon kurz

nach Beginn. Er hatte allerdings schon im Vorfeld angekündigt, eine unabhängige Expertengruppe gegen Islamfeindlichkeit ins Leben zu rufen. „Hassprävention und Förderung der Demokratie“

sollen gestärkt werden. „Es beginnt weit vor der Anwendung von Gewalt, dass wir aufmerksam sein müssen“, so Merkel.

Für die Kanzlerin war es nach dem dreistündigen Gipfeltreffen mit Vertretern von Ländern, Kommunen, Wirtschaft und Verbänden nicht überraschend, dass sie sowohl zu den jüngsten Anschlägen als auch zur drohenden Flüchtlingskrise an der Grenze zur Türkei gefragt wurde. Gleichzeitig war sie darauf bedacht, die Probleme auseinanderzuhalten und über das eigentliche Anliegen des Gipfels zu sprechen: die Integration, ein Thema, das für sich stehe.

Arbeitsminister Heil warnte, es gebe einen „handfesten Fachkräftemangel“. Heil befand, die Bundesregierung und die Wirtschaft bräuchten eine gemeinsame Anwerbestrategie. Dazu gehören bessere Angebote für Sprachkurse und zur Anerkennung von Berufsabschlüssen schon in den Herkunftsländern – also bevor sich jemand auf den Weg nach

abgeben soll



Kein Hand-schlag wegen Corona-Infektionsgefahr: Kanzlerin Merkel und Innenminister Seehofer. FOTO: BERND VON JUTRICHENKA/DPA

Deutschland macht. Die Auswanderer sollen besser wissen, „worauf sie sich einlassen“, erläuterte Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU).

Am Ende blieb es dabei, dass die Regierung mit einem Nationalen Integrationsplan bloß Ziele formulierte. Die Frage ist allerdings, wie verbindlich sie sind. Wie weit daraus Arbeitsaufträge abgeleitet und umgesetzt werden, ist offen und steht vor allem nicht in der Macht der Integrationsbeauftragten Annette Widmann-Mauz (CDU), die zum Treffen eingeladen hatte. Aus eigener Zuständigkeit kann sie wenig bewegen. Am Ende steht und fällt der Plan damit, dass ihre Kabinettskollegen ihn umsetzen und finanzieren. Die noch konkreteste Ankün-

digung von gestern betraf die Einrichtung einer zentralen Servicestelle in Bonn, die Zuwanderern bei der Anerkennung ihrer Abschlüsse helfen soll.

Die Migranten analysieren den Gipfel womöglich nicht so ergebnisorientiert. Silvie Nantscha war schon dankbar dafür, dass die Regierung „sehr schnell und sehr spontan“ den Vorschlag eines Kabinettsausschusses aufgriff. Es gefiel ihr auch, dass an die 75 Migrantenorganisationen am Aktionsplan mitgearbeitet haben. „Es wird nicht über uns geredet, es wird mit uns gesprochen.“ Das ist auch ein Ergebnis. „Wir sind hier, weil wir bereit sind zuzumachen.“

Es ist womöglich kein Zufall, dass diesmal sie und die Vertreterin der Serben in Deutschland an Merkels Seite über den Gipfel berichteten. Denn vor allem die Muslime im Land sind noch nicht bereit, zur politischen Tagesordnung überzugehen. Nach dem Anschlag von Hanau ist die Wut groß. Es war davon die Rede, dass rechte Gewalt keine Ausnahmeerscheinung sei und es in den deutschen Sicherheits- und Ermittlungsbehörden einen „institutionellen Rassismus“ gebe – das wäre so ein Thema für den künftigen Kabinettsausschuss.

Dienstag, 3. März 2020

Hamburger Abendblatt

taz: Frau Duman, am Dienstag eröffnet in Hanau eine Begegnungsstätte in Erinnerung an den Mordanschlag am 19. Februar. Wie muss man sich diesen Ort vorstellen?

Newroz Duman: Der Laden ist ein Projekt der Initiative 19. Februar. Die ist in den Tagen nach dem Mordanschlag entstanden. Damals herrschte vor allem Chaos. Schon vor dem Anschlag gab es in Hanau die Gruppe Solidarität statt Spaltung. Aus diesem Kreis heraus waren wir ab dem 19. an unterschiedlichen Stellen unterwegs, etwa auf Demos und Mahnwachen. Wir haben uns jeden Abend getroffen und zusammengetragen: Was ist passiert, wer weiß was, was muss getan werden, was ist morgen dran? In dieser Zeit sind auch FreundInnen aus Frankfurt, Hamburg und Berlin gekommen. Bald ging es dann nicht mehr nur darum, Infos zu beschaffen, sondern auch Unterstützung zu leisten.

Welche Unterstützung zum Beispiel?

Etwa AnwältInnen zu beschaffen, Kontakt zu Beratungsstellen vermitteln, oder zu schauen, wer eine Psychotherapie braucht, zu suchen, wo es dafür freie Plätze gibt, wer trotz Corona weiter Therapien anbietet. Bürokratie war ein großer Teil der Arbeit. Opferfamilien haben Anspruch auf finanzielle Unterstützung, es war aber für sie oft nur schwer zu durchschauen, wie sie die bekommen können. Da war wochenlang sehr viel unklar. Wir haben die ganzen Informationen zusammengetragen und geholfen, Formulare auszufüllen, das bieten wir auch immer noch an. Es war schnell klar, dass das Ganze, was seit dem Anschlag passiert ist, längerfristig einen Raum braucht, einen Ort, an dem das alles zusammenkommen kann, an dem wir jeden Tag erreichbar sind. Denn hinzu kam ja, dass durch Corona viele offizielle Unterstützungsangebote auf Eis gelegt wurden, weil öffentliche Orte zugemacht haben. Trotzdem war es natürlich wichtig, weiter den Kontakt zu halten. Deswegen eröffnen wir jetzt die Anlaufstelle.

Das Café liegt in der Krä-

merstraße, direkt am Heumarkt, einem der beiden Tatorte. Wie konnten Sie so schnell ein solches Lokal finden? In dem Raum war früher ein Geschäft, er steht aber seit zwei Jahren leer. Deshalb konnten wir den direkt anmieten. Allerdings kostet er 2.500 Euro im Monat Miete und der Vertrag laufen drei Jahre, weshalb wir gerade Spenden sammeln.

Inwieweit sind Angehörige der Opfer beteiligt?

Zwei Familien von Ermordeten bezeichnen sich als Teil unserer Initiative, einige Angehörige arbeiten im Laden mit. Mit einem Großteil der Familien von Ermordeten stehen wir in Kontakt. Hinzukommen Verletzte, unverletzt Überlebende und deren Angehörige. In den Shisha-Bars und drum herum waren an jenem Abend ja viele Menschen. Ich kann es nicht genau sagen, aber seitdem wir den Laden aufbauen, hatte ich persönlichen Kontakt zu etwa 50 Menschen aus diesen Gruppen. Manche habe ich bislang nur einmal gesehen, manche sind jeden Tag hier.

Der Laden ist also schon offen?

Die offizielle Eröffnung ist am Dienstag. Aber wir haben schon vor Wochen mit der Renovierung begonnen und parallel dazu gibt es die ganze Zeit schon Treffen.

Trotz Corona?

Mit Freund_innen aus anderen Städten, die uns unterstützen, haben wir Telefonkonferenzen gemacht. Die AktivistInnen aus der Region haben sich weiter getroffen, um gemeinsam den Raum aufzubauen – mit Abstand zueinander. Was auch trotz Corona weitergelaufen ist, waren die Besuche an den Gedenkort in Hanau-Kesselstadt und am Heumarkt, jeweils mittwochs und samstags. Es hat sich schon im Februar so entwickelt, dass Menschen an diesen Tagen dort zusammenkommen sind, aufgeräumt und neue Blumen dorthin gebracht haben. Das ist so weitergelaufen, das waren auch wichtige Gelegenheiten zum Austausch, unter anderem mit NachbarInnen.

Die Anlaufstelle wird auch als „Denkmal“ angekündigt. Inwiefern?

In unserer Selbstdarstellung haben wir es so formuliert, bes-

ser kann ich es auch nicht ausdrücken: „Unsere Erinnerung wird nicht in Stein gegossen, sondern bleibt lebendig.“ Die Angehörigen müssen hier keine Termine machen. Dieser Ort steht ihnen immer offen. Wenn sie reden wollen, wenn sie Fragen haben, wenn sie Hilfe brauchen, wenn sie etwas unternehmen wollen. Dann kommen sie einfach vorbei, sind nicht allein.

Es soll bei der Anlaufstelle auch um Erinnerung gehen. Was glauben Sie, droht in Vergessenheit zu geraten, wenn Sie die Erinnerung daran nicht wach halten?

„Man muss ständig daran erinnern, was hier passiert ist und dass das nicht verhindert wurde“

Die Namen der Toten zu nennen, ist für die Angehörigen total wichtig, und zwar nicht nur einmal im Jahr. Aber das genügt nicht. Man muss ständig daran erinnern, was in dieser Stadt passiert ist, dass das nicht verhindert wurde und es wieder passieren kann. Das ist wichtig für Hanau und auch für die Angehörigen. Deshalb müssen Menschen politisch aktiv bleiben. Wir wollen für Aufklärung sorgen und dafür laut bleiben. Unsere Angst ist auch, dass es diese Aufklärung am Ende nicht geben könnte. Es gibt immer noch Tausende offene Fragen und keiner weiß, wann wir Antworten kriegen und ob die dann auch stimmen.

Die Antworten auf welche Fragen interessieren Sie besonders?

Ob der Typ schon vorher auffällig gewesen ist und ob man den Anschlag hätte verhindern können.

Die Initiative fordert, dass Rassismus von der Politik endlich als Problem benannt wird. Das ist nach den Anschlägen von Halle und Hanau viel umfangreicher geschehen, als das in der Vergangenheit der Fall war. Lässt sich daran anknüpfen?

Ja, viele PolitikerInnen haben in den letzten Monaten Rassismus klar beim Namen genannt. Die Frage ist, ob sie letztlich auch danach handeln.

Welches konkrete Handeln würden Sie erwarten?

Es endet nicht damit, zum Beispiel Combat 18 zu verbieten. Gegen solche Nazi-Gruppierungen vorzugehen ist wichtig, aber das Problem ist viel größer. Uns ist klar, dass es einen Nährboden für Rassismus an sehr vielen Stellen in der Gesellschaft gibt. Veränderung heißt nicht nur, gegen die Nazis vorzugehen, sondern eben auch gegen den Rassismus in den Institutionen und im Alltag, vom Kindergarten bis zum Verfassungsschutz und Parlament. Es muss bedeuten, dass wir nicht länger dulden, wenn Menschen, die als fremd angesehen oder zu Fremden gemacht werden, deshalb schlechter behandelt werden.

Sehen Sie im Umgang mit dem Attentat von Hanau Parallelen zum Umgang mit den NSU-Morden?

Eine Parallele ist sicherlich die Tendenz, nach Schuld auch bei den Opfern zu suchen. Von einem Teil der Ermordeten etwa sind die Handys immer noch beschlagnahmt – als wollten die Ermittler bei denen auch irgendwas finden. Wir fragen uns, warum.

Gibt es Kontakte zu Angehörigen der NSU-Opfer?

Die Anwälte der Ermordeten aus Hanau sind teils die gleichen, wie die der Opfer im NSU-Verfahren. Darüber gibt es also schon einen Austausch. Die Idee, eine persönliche Begegnung im kleinen Kreis zu organisieren steht im Raum. So etwas braucht aber Zeit.

Informationen der Hanauer „Initiative 19. Februar“:
<http://19feb-hanau.org>



Foto: Boris Roessler/epa

Newroz Duman

2002 ist die 31-jährige Kurdin über das Mittelmeer nach Deutschland geflüchtet und lebt seitdem in Hanau. Seit 2008 ist sie bei Jugendliche ohne Grenzen aktiv und Sprecherin der Hanauer Initiative 19. Februar.

„Wir sind nicht alleine, wir sind stark und halten zusammen“

Zwei Wochen nach dem rassistischen Terroranschlag in Hanau: Was Angehörige und Freunde der Opfer auf der Trauerfeier sagten
2-3



Saida Hashemi, Schwester des Opfers Said Nesar Hashemi

„Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde, Familie und Trauernde, zunächst einmal möchte ich mich bei der Stadt Hanau und ihren wunderbaren Mitbürgerinnen und Mitbürgern bedanken, die uns Opferfamilien in den letzten Tagen tatkräftig zur Seite gestanden und uns das Gefühl gegeben haben, nicht alleine zu sein. Sie haben Zusammenhalt gezeigt. Die Hanauer Bürgerinnen und Bürger haben Stärke bewiesen und demonstriert, dass es in unserer Stadt keinen Platz für Hass und Rassismus gibt. Wir danken euch vielmals.“

Am 19. 2. 2020 schien die Welt in Hanau stillzustehen. Mein Bruder, Said Nesar Hashemi, sowie acht weitere junge Menschen wurden Opfer eines Mannes, der ihre Leben und ihre Liebe zu Hanau nicht respektiert hat. Aber Hanau hat an diesem Tag nicht nur Menschen verloren, die ihre Stadt sehr geliebt haben, sie waren Teil dieser Stadt. Mein Bruder Said Nesar wurde in Hanau geboren, er ist hier aufgewachsen, zur Schule gegangen, hatte hier Familie und Freunde. Er war im Moment dabei, seine Weiterbildung zum staatlich geprüften Techniker abzuschließen. Den anderen Opfern ging es ähnlich: Viele haben in Hanau ihre Heimat gesehen. Sie haben hier gearbeitet und hatten hier Familie und Freunde. Die Opfer waren keine Fremden.

In der Tatnacht wurden alle am Tatort anwesenden Angehörigen von Kesselstadt in die Polizeihalle nach Lamboy gefahren. Wir haben mehrere Stunden gewartet, bis wir Gewissheit hatten, wo unsere vermissten Brüder, Schwestern, unsere vermissten Kinder waren. Gegen sechs Uhr morgens bestätigten sich unsere schlimmsten Befürchtungen. Jeder Anwesende hatte mindestens ein Todesopfer zu beklagen. In dem Moment, als die Namen der Opfer vorgelesen wurden, hörte ich das Schreien trauernder Eltern, ich sah die Tränen trauernder Freunde und für mich hat es sich so angehört, als würden nicht nur die Menschen in der Halle weinen. Nein, in diesem Moment hat ganz Hanau geweint.

Trotz allem war die tiefe Trauer nicht das einzige Gefühl, das uns begleitete. Wir waren auch sehr enttäuscht. Enttäuscht darüber, dass die Medien und Nachrichtenportale unsere Trauer durch Falschmeldungen und Gerüchte störten. Dazu gehört die Behauptung, mein Bruder Said Nesar sei ein afghanischer Bürger gewesen. Er war schon immer ein deutscher Bürger, um genauer zu sein, ein Hanauer. Auch sein Autokennzeichen widmete er seiner Heimatstadt mit den Ziffern 454, die letzten drei Ziffern der Postleitzahl von Hanau-Kesselstadt. Damit wollte er seiner Verbundenheit zu seiner Heimatstadt Ausdruck verleihen. Das war nur eine seiner Liebeserklärungen an unsere, an seine Stadt Hanau. Denn das ist es, was er getan hat, er hat die Stadt, in der er geboren wurde, und die Menschen, mit denen er aufgewachsen ist, sehr geliebt. Er war stolz, ein Hanauer zu sein.

Die vorhin angesprochenen Falschmeldungen betrafen jedoch nicht nur seine Herkunft. Selbst der Name meines verstorbenen Bruders wurde oft falsch angegeben. Said Nesar Hashemi, das war sein Name. Wie oft habe ich den Namen falsch gelesen? Wie oft habe ich falsche Biografien der Opfer zu Gesicht bekommen? An dieser Stelle möchte ich an die Menschen appellieren, Informationen nicht einfach hinzunehmen, sondern diese immer kritisch zu betrachten und zu hinterfragen. Glaubt nicht alles, was euch vorgesetzt wird.

Und auch, wenn wir heute die Opfer dieser grausamen Tat in den Mittelpunkt stellen wollen, stellt sich mir die Frage, wie es sein kann, dass ein Mensch so viel Hass in sich trägt. Hass, der letztendlich dafür gesorgt hat, unschuldigen Menschen das Leben zu nehmen. Was motiviert diese Menschen zu solchen Taten? Wie lange sollen wir diesen Hass tolerieren? Rassisten soll keine Plattform geboten werden. Alle Menschen sind gleich und haben es verdient, in einem Land ohne Angst zu leben. Wir möchten nicht in unserer Heimat in Angst leben. Es wird Generationen geben, die nach uns kommen, die nach meinem Bruder kommen und denselben Weg einschlagen werden wie er. Auch sie werden hier zur Schule gehen, und auch sie werden hier ihre Ausbildung machen und arbeiten gehen. Und diese Menschen haben es nicht verdient, in Angst zu leben. Diese Tat ändert nichts daran, wer wir sind und woran wir glauben.

Das ist nicht der erste Anschlag hier in Deutschland. Aber wir hoffen und beten dafür, dass es der letzte war. An dieser Stelle geht mein Mitgefühl an alle Opferfamilien dieser schrecklichen Tat. Und auch an alle Opferfamilien vergangener Anschläge. Wir sind nicht alleine, wir sind stark und halten zusammen. Mein Hoffnungsschimmer während dieser schweren Zeit sitzt in der ersten Reihe und ist mein Bruder Said Idris Hashemi. Er hat die schreckliche Tat am 19. 2. schwer verletzt überlebt und ist auf gutem Wege, wieder vollständig gesund zu werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.“

„Diese Tat ändert nichts daran, wer wir sind und woran wir glauben“

Eine Stadt in Trauer. Auf der Gedenkfeier zu dem rassistischen Anschlag in Hanau sprechen Angehörige und Freunde der Ermordeten. Die taz dokumentiert ihre Reden

„Alle Menschen haben es verdient, in einem Land ohne Angst zu leben. Es wird Generationen geben, die nach uns kommen, die nach meinem Bruder kommen und denselben Weg einschlagen werden wie er“

Ajla Kurtović, Schwester des Opfers Hamza Kenan Kurtović

„Liebe Trauernde, zunächst möchte ich mich bedanken, dass Sie alle heute erschienen sind, um gemeinsam um die Ermordeten Fatih, Ferhat, Gökhan, Hamza, Kalojan, Mercedes, Said Nesar, Sedat und Vili zu trauern und ihrer zu gedenken. Ebenfalls möchte ich mich bei der Stadt Hanau für die große Anteilnahme und Hilfe bedanken.“

Ich wurde gefragt, ob ich Hass spüre. Nein, ich empfinde keinen Hass. Ich möchte an dieser Stelle deutlich machen, dass Hass den Täter zu seiner rassistischen Tat getrieben hat. Damit liegen Hass und Rassismus sehr nah beieinander. Ich will, dass wir uns alle von Hass abgrenzen. Deutschland ist unsere Heimat, das Land des sozialen Wohlstands und der Gleichberechtigung. Miteinander und füreinander und nicht nebeneinander und gegeneinander.

Mein Bruder Hamza wurde völlig unerwartet aus der Mitte unserer Familie gerissen. Zurückgeblieben ist grenzenloser Schmerz, eine unfassbare Leere und Fassungslosigkeit. Der Schmerz ist grenzenlos aufgrund des Verlustes meines geliebten Bruders. Es bleibt eine unfassbare Leere, weil mein Bruder das Leben meiner ganzen Familie mit Freude, Herzlichkeit und Liebe erfüllt hat. Mein Bruder hat uns immer zum Lachen gebracht, war hilfsbereit und einfühlsam. Wenn er helfen konnte, hat er ohne Erwartung einer Gegenleistung geholfen. Ihm war wichtig, dass es uns, seinen Liebsten, gut geht. Aber auch Menschen, die er nicht kannte, waren ihm wichtig.

So hat er sein erstes Azubi-Gehalt für Menschen in Not gespendet. Mein Bruder war stets gut gelaunt und hat uns auch in schweren Stunden mit seiner Heiterkeit geholfen. Fassungslos bin ich darüber, dass mein Bruder aufgrund dieses schrecklichen Verbrechens nie wieder lachend und fröhlich zu unserer Haustür hereinkommen wird. Fassungslosigkeit herrscht darüber, dass nach so einer schrecklichen Tat Hass und Rassismus in unserer Gesellschaft und im Netz nicht aufgehört haben. Ich möchte hier keine einzelnen Beispiele nennen, um dem Hass keine Plattform zu geben.

Deswegen habe ich eine Bitte an Sie alle: Sorgen Sie, sehr geehrte Politiker, dafür, dass die Umstände dieses schrecklichen Verbrechens restlos aufgeklärt und die entsprechenden Lehren daraus gezogen werden. Damit sich so eine schreckliche Tat nicht wiederholen kann. Helfen Sie, liebe Trauernde, dass wir den Hass und das Gift namens Rassismus, so wie Sie es genannt haben, Frau Bundeskanzlerin, aus unserer Gesellschaft restlos verbannen und wir alle, auch wenn wir verschiedenen Glaubensrichtungen angehören, friedlich und glücklich in unserem Land gemeinsam leben können. Dies sind wir den Ermordeten schuldig. Und das ist das Mindeste, was wir tun können. Danke.“

„Sorgen Sie, sehr geehrte Politiker, dafür, dass die Umstände dieses schrecklichen Verbrechens restlos aufgeklärt und die entsprechenden Lehren daraus gezogen werden. Damit sich so eine schreckliche Tat nicht wiederholen kann“

Kemal Koçak, Betreiber eines Kiosks, in dem mehrere Opfer erschossen wurden

„Erstmal hallo an alle. Ich habe versucht, etwas vorzubereiten, das ich gerne vortragen möchte. Aber vorab möchte ich einiges loswerden. Das, was vorgefallen ist, tut mir so in der Seele weh. Mein Herz blutet dermaßen. Ich kann es nicht in Worten beschreiben, was passiert ist. Ihr müsst euch einfach mal vorstellen, jemand von euren Angehörigen, euren Freunden ist gerade irgendwo und hat noch so viele Ziele für den nächsten Tag, und einer kommt, der nicht so denkt wie wir, und der nicht so ist wie wir, und nimmt das Leben dieser Brüder oder Schwestern. Ich verstehe das nicht. Wie so was passieren kann in unserer Stadt. Dennoch will ich weitermachen.“

Ich will erst mal ein Dankeschön sagen an den Ausländerbeirat, Robert Erkan, Mustafa Kaynak, an die muslimische Gemeinde, Behlül Yılmaz, an den Weißen Ring, Herrn Habermann, an den Oberbürgermeister Herrn Kaminski, der uns, wie ich das persönlich sehe, unterstützt bei der schwierigen Zeit gerade. Ich möchte auch ein herzliches Willkommen sagen der Bundeskanzlerin Frau Merkel, dem Bundespräsidenten Herrn Steinmeier, Herrn Ministerpräsident Bouffier.

Zu meiner Person. Ich bin seit 45 Jahren in Hanau. Ich bin am 4. 8. 1974 im St.-Vinzenz-Krankenhaus in Hanau geboren, habe die ganzen Schulen besucht, habe sie beendet mit einem Realschulabschluss. Und heute bin ich verheiratet, habe vier Kinder. Ich muss ganz ehrlich sagen, seit dem 19. 2. habe ich Angst, rauszugehen mit meinen Kindern. Ich habe Angst, dass ihnen etwas zustößt. Oder unseren Kindern allgemein hier in Hanau. Ich habe hier in Hanau Familie, Freunde, deutsche Freunde, ausländische Freunde, viele Bekannte, weil ich ein Hanauer bin. Deshalb bin ich mehr als schockiert, was in der Mittwochnacht, 19. 2., passiert ist.

Einer der Tatorte in Kesselstadt war der Laden meines eigenen Sohnes, den ich seit einem Jahr unterstütze. Dieser Kiosk, den wir geführt haben, war kein normaler Kiosk, wo ihr reingehet und eine Zigarette kauft und ihn danach nie wieder betretet. Dieser Kiosk war ein Ort der Familie, diese Menschen kamen jeden Tag, nicht um was zu kau-

fen, sondern um hallo zu sagen, um mich zu umarmen, oder ich umarmte sie. Und jetzt sind die alle nicht mehr da. Und ich und die Angehörigen müssen damit leben.

Mercedes. Sie hat immer ihre Meinung gesagt. Sie hat sich nie was gefallen lassen. Aber sie hatte ein Herz aus Gold. Sie lächelte immer, hörte laute Musik. Immer wenn ich kam, drehte sie die Musik leiser. Und jetzt? Ist es ganz leise.

Ein junger, selbstbewusster Mann: Ferhat Unvar. Wenn man ihn sieht, bekommt man vielleicht Angst, weil er gut gebaut ist, groß ist. Aber er hatte ein Herz, einer, der keiner Fliege etwas antun konnte. Der ist nicht mehr da. Ich kann sein Lächeln nicht mehr sehen.

Said Nesar. Ich kannte ihn nicht so lange. Aber immer wenn er reinkam, lächelte er. Ich weiß, jedes Mal, wenn er kam, wollte er drei Capri-Sonnen und zwei Naschtüten haben.

Hamza Kurtović. Der hat schon Zeit mit meinem eigenen Sohn im Bett verbracht. Der Sohn eines meiner besten Freunde ist weg. Der war fast nie im Kiosk, aber an dem Tag war er da, zufällig. Jetzt ist er auch nicht mehr da.

Gökhan Gültekin. Die letzte Zeit mein Lebensbegleiter. Wir nannten ihn alle Gogo. Jedes Treffen und jedes Telefonat hat er mir gesagt, möge dich Gott beschützen. Er hatte die tiefe Erkenntnis, dass das Schicksal kommt, wie es kommen muss. Der hat es nicht verdient, einfach zu gehen. Doch er ist nicht da. Aber ich vermisse ihn so sehr. Und ich weiß, dass er morgen nicht wiederkommt. Ich bin durcheinander, weil ich denke, dass das alles ein Traum ist. Dass ich morgen wieder aufstehe und die sind alle wieder da.

Kalojan Welkow, ein Nachbar, den wir immer begrüßt hatten. Er hat auch eine Riesensücke hinterlassen.

Sedat Gürbüz. Von ihm erzählt man, dass dieser junge Mann jedem Hilfsbedürftigen geholfen hat. Und jetzt ist er auch nicht mehr da.

Vili-Viorel. Einer, der immer zum Kiosk kam zum Einkaufen. Jedes Treffen mit ihm war ein süßes Lächeln. Das wird jetzt auch niemand mehr sehen.

Fatih Saraçoğlu. Die liebsten und engsten Menschen erzählen von einem freundlichen, anständigen und höflichen Mitmenschen.

Diese Opfer sind nicht mehr unter uns. Der Mensch vergisst schnell. Aber diese jungen Menschen, die Opfer geworden sind, dürfen wir nicht vergessen. Wir dürfen auch Rassismus, Hass und Gewalt nicht zulassen, in diesen Tagen und auch in der Zukunft nicht. Wir müssen aufstehen und unsere Stimme erheben. Jeder steht hier in der Verantwortung, jeder Einzelne, die Politik, der Bund, das Land Hessen, die Stadt Hanau, jeder einzelne Mitbewohner, egal wer es ist. Dass so etwas niemals wieder zugelassen wird. So was darf in unserer Stadt und in Deutschland niemals passieren. Wir alle hier in dieser Stadt sind Menschen und gehören zu dieser Welt, zu Europa, zu Deutschland, zu Hessen, auch zu Hanau. Lasst uns bitte gemeinsam gegen Hetze und Hass vorgehen.

Denn die Menschen haben seit dem 19. 2. Angst, Sorge, wie sie weiterleben sollen. Jede Religion, ob es Christentum, Judentum oder der Islam ist, strahlt eines aus: die Nächstenliebe und Barmherzigkeit zu den Menschen.

Besonders die Worte, die ich jetzt sage, sind für die da oben, die am größeren Hebel sitzen. Ich möchte, genauso wie die Angehörigen, nicht mehr viele Wörter hören, sondern wir wollen Taten sehen. Dass etwas passiert. Dass so was nie wieder zustande kommt.

Ich erzähle ein Ereignis von mir selber. Gestern Abend war ich zu Hause. Es war spät, meine Kinder haben geschlafen, meine Frau auch. Ich saß im Wohnzimmer, ich habe Angst gehabt, in meiner eigenen Wohnung vom Wohnzimmer ins Schlafzimmer zu gehen. Ich habe Angst gehabt. Aber ich möchte keine Angst haben.

Ich bedanke mich, dass ihr zugehört habt.“

„Wir alle hier in dieser Stadt sind Menschen und gehören zu dieser Welt, zu Europa, zu Deutschland, zu Hessen, auch zu Hanau. Lasst uns bitte gemeinsam gegen Hetze und Hass vorgehen“

Einer redet nur vom Täter

Der Bundestag diskutiert die Gefahr durch rechtsextremen Terror. Fast alle Redner sind sich einig darin, wer Mitschuld trägt an rassistischen Gewalttaten wie jüngst in Hanau. Wie dringlich dieses Thema ist, zeigt schon der Blick auf die Besuchertribüne

Aus Berlin **Daniel Godeck**

Am Donnerstagmorgen hat auch der sonst so geduldige Wolfgang Schäuble irgendwann genug. Die Debatte zu rechter Gewalt läuft gerade erst wenige Minuten, es spricht Roland Hartwig für die AfD. Hartwig wirft dabei den anderen Parteien vor, eine „brandgefährliche Atmosphäre“ geschaffen zu haben, die das Land spalten und extremistische Taten wie jene in Hanau ermöglicht hätten. Hier reicht es Schäuble. Er schüttelt den Kopf. Nur kurz zwar, aber deutlich. Starker Tobak, der Widerspruch verlangt – so ist die Geste des sonst zur Neutralität angehaltenen Parlamentspräsidenten zu deuten.

Gut zwei Wochen sind seit dem rassistischen Anschlag von Hanau vergangen. Er reiht sich ein in eine Serie rechter Gewalttaten und der Aufdeckung rechtsextremer Gruppen, die ähnlich dem NSU Morde planten. Das ist die Ausgangslage, als sich die Parlamentarier am Donnerstag rund anderthalb Stunden mit der Bedrohung durch Rechtsterrorismus und der Gefahr von Rassismus im Land befassen. Sogar Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier verfolgt die Debatte von der Besuchertribüne aus. Noch so eine Geste, die die Dringlichkeit dieses Themas unterstreicht.

Zum Auftakt spricht der Bundestagspräsident selbst. Er mahnt, nach den jüngsten rechten Gewalttaten nicht zur ge-

wohnt Tagesordnung zurückzukehren. Vielmehr brauche es eine „Aufrichtigkeit vom Staat“, der sich eingestehen muss, die rechtsextremistische Gefahr zu lange unterschätzt zu haben. Notwendig sei mehr Entschlossenheit im Kampf gegen rechtsextreme Netzwerke und Vereinigungen, mahnt Schäuble. Auch die Debattenkultur erwähnt er. Gewalttaten wie in Hanau entstünden nicht im luftleeren Raum. Sie wachsen in einem vergifteten gesellschaftlichen Klima, in dem das Ressentiment gegenüber dem Fremden und abwegigste Verschwörungstheorien geschürt werden. „Dass damit vor allem die AfD gemeint ist, ist bei den übrigen Rednern mal mehr, mal weniger stark herauszuhören.“

Ein Vorwurf, den die AfD-Redner zurückweisen. „Sie spannen ermordete Menschen vor den Karren Ihrer Parteipolitik“, erwidert Gottfried Curio. Er ist es auch, der nicht ein Wort zu den Opfern verliert, aber ausführlich aus dem Manifest des Täters zitiert, um festzustellen: „Er war verrückt, und der AfD soll es in die Schuhe geschoben werden.“ Innenminister Horst Seehofer (CSU) wiederholt in der Debatte, dass „die höchste Bedrohung in unserem Lande“ vom Rechtsextremismus ausgehe. Das beginne mit der Verrohung der Sprache. Zur richtigen Wortwahl sagt an die AfD gerichtet: „Das hätten Sie übrigens heute praktizieren können.“

Annette Widmann-Mauz, die Staatsministerin für Integra-

tion, wird noch deutlicher: „Ich schäme mich heute“, sagt die CDU-Politikerin, was sie aus den Reihen der AfD wieder gehört habe. „Mit den Worten fängt es an, mit dem Schweigen nimmt es seinen Lauf.“

Einen nachdenklicheren Ton schlägt der Grünen-Politiker Omid Nouripour an. Er spannt einen Bogen von dem rassistischen Anschlag auf ein Wohnhaus in Solingen 1993 bis heute. „Wann hört dieser Wahnsinn auf?“, fragt Nouripour. „Rassismus tötet, und vorher grenzt er aus.“ Er verliest Namen, von den rund 200 Menschen, die seit 1990 von Rechtsextremen ermordet wurden. Darunter Walter Lübcke, Halit Yozgat und Amadeu Antonio Nouripour bekommt dafür viel Beifall.

»Anschlag zeigt, dass Hass gegen Minderheiten tödlich ist«

Auch Sinti und Roma wurden in Hanau von Rechtsterroristen ermordet. Antiziganismus ist weit verbreitet. **Ein Gespräch mit Herbert Heuß**

Nach dem rechten Terroranschlag im hessischen Hanau am 19. Februar lag das Augenmerk auf den Opfern mit türkischem oder kurdischem Hintergrund. Doch es waren auch Roma und Sinti darunter. Um wen handelt es sich?

Drei der bei dem Anschlag getöteten Menschen waren Roma, ein deutscher Sinto wurde schwer verletzt. Romani Rose, der Vorsitzende des Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, hat unmittelbar nach dem Anschlag erklärt: »Der Zentralrat und alle Sinti und Roma in Deutschland trauern mit den Hinterbliebenen alle Opfer dieses rechtsterroristischen Anschlags.« Die Attacke zeige, dass der Hass gegen Minderheiten, den Rechtsextremisten und deren politische Vertreter seit langem säen und der in den rassistischen Internetforen sich immer mehr verstärkt, tödlich ist.

Können Sie etwas zum biographischen Hintergrund dieser Menschen sagen?

Alle drei ermordeten Menschen arbeiteten in Deutschland. Vili Viorel P. stammte aus Rumänien und bereitete sich auf sein Studium der Informatik vor. Kalojan V. unterstützte seine Familie in Bulgarien, er arbeitete ebenfalls in Hanau. Mercedes K. arbeitete in dem Kiosk, in dem sie erschossen wurde.

Wissen Sie etwas über die Angehörigen?

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und auch unser Landesverband in Hessen stehen in Kontakt mit den Familien, wir bieten Unterstützung an. Auch der Beauftragte der Bundesregierung für die Anliegen von Opfern und Hinterbliebenen von terroristischen



PRIVAT

Herbert Heuß ist wissenschaftlicher Leiter des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma

Straftaten im Inland, Edgar Franke, steht mit uns in Kontakt.

Rassismus scheint sich in diesem Land immer mehr Bahn zu brechen. Wo sehen Sie die Ursachen solcher Taten?

Es sind zwei Dimensionen: Zum einen gibt es in der Bundesrepublik Deutschland seit Jahrzehnten einen rechtsextremistischen Untergrund, der sich sehr lange schon sehr gut vernetzt hat und der von den Staatsorganen weitgehend ignoriert wurde. Zum andern gibt es seit einigen Jahren rechtsradikale Parteien, die sehr geschickt die Grenze zur Strafbarkeit oder zur Überwachung durch den Verfassungsschutz immer wieder verschieben wollen und die so den tiefverwurzelten Rassismus und Antiziganismus, der genauso auch in der Mitte der Gesellschaft zumindest latent vorhanden ist, gesellschaftsfähig gemacht haben.

Die AfD wird von vielen als geistiger Wegbereiter von Gewalttaten gesehen. Teilen Sie diese Einschätzung?

Es gibt eine Vielzahl von Wegberei-

tern. Wir müssen sehr viel genauer hinschauen, welche Botschaften von welchen Politikern verbreitet werden. In der AfD gibt es immer wieder Vertreter, die erst den Schusswaffengebrauch gegen Flüchtlinge, auch gegen Frauen und Kinder, legitimieren, und die dann zu Hanau meinen, es sei ein psychisch kranker Einzeltäter. In ähnlicher Weise wird ein gesellschaftlicher Diskurs geprägt und strukturiert, wenn etwa für den CDU-Mann Friedrich Merz die Antwort auf Rechtsradikalismus die Bekämpfung von Clankriminalität und stärkere Grenzkontrollen sind. Dann funktioniert hier die Logik des Rechtsextremismus offenbar direkt: So werden die Opfer zur Ursache für Rechtsterrorismus erklärt.

Was muss jetzt geschehen, um rechtem Terror und rassistischer Hetze Einhalt zu gebieten? Braucht es schärfere Gesetze?

Es scheint, als sei das Bewusstsein für die Gefahr des Rechtsextremismus bei der Bundesregierung deutlich gewachsen. Die bestehenden Gesetze müssen konsequent angewendet werden. Es kann nicht sein, dass rechtsextreme Netzwerke in der Regel als Versammlungen von Einzeltätern verfolgt werden – und nicht als terroristische Vereinigungen, was sie tatsächlich sind. Alle Institutionen müssen Rechtsextremismus ernst nehmen als das, was er ist: Terror gegen Minderheiten, der im Kern auf die Abschaffung von Demokratie und Rechtsstaat zielt. Die Zivilgesellschaft muss weiter gestärkt werden – ein hervorragendes Programm wie »Demokratie leben«, das auch die Bekämpfung von Antiziganismus zur Aufgabe hat, darf nicht gekürzt werden, sondern muss dauerhaft gesichert sein. **Interview: Kristian Stemmler**



taz nord | Stresemannstraße 23 | 22769 Hamburg | briefe@taz-nord.de | www.taz.de

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von Leserbriefen vor.

Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

wochenrückblick

Terror von rechts

Nach den Anschlägen von Halle und Hanau stellt sich die Frage: Wie kommt es dazu, dass Bevölkerungsgruppen wie Juden oder Muslime zu Hassobjekten werden?

Einzig mögliche Lösung

Nein, die Mitte ist nicht Teil des Problems, sondern die einzig mögliche Lösung. Denn die Sozialdemokratie, die Konservativen, die Liberalen und auch ein Teil der Grünen grenzen an diesen Ansichten. Wenn ganz Deutschland von einer Spaltung spricht, so kann diese nur irgendwo in der Mitte sein. Wenn links oder rechts etwas verlorengelassen ist, so ist es eine „Absplittterung“. Und wenn über die „dumpfe“ Mitte schwadroniert wird, die über Gruppen pauschal ihre Meinung äußert, so ist dieser Artikel in gleichem Maße schwach, denn hier wird über die Gruppe der „Mitte“ pauschal geurteilt.

Puky, taz.de

Aus der Zeit gefallen

@Puky Kommt drauf an, wo man Mitte verordnet. Neue Mitte, in Ihrem Sinne, oder eben Mitte im Sinne von CSU und weiten Teilen der CDU. Der moderne Großstäd-

ter erlebt diese Leute aber nicht mehr als Mitte sondern als irgendwas aus der Zeit gefallen.

Gunnar Grannis, taz.de

Manchmal schädlich

@Gunnar Grannis Da gebe ich Ihnen recht, aber dann ist der Artikel schon beliebig, wenn dort von der „Mitte“ als Teil des Problems gesprochen wird und jeder Mensch die „Mitte“ für sich persönlich verortet. Im übrigen halte ich Großstädter nicht für moderner als andere Bewohner des Landes. Sie leben nur mit einer größeren Anzahl von Menschen zusammen, was der Selbstreflexion schon mal schädlich sein kann.

Puky, taz.de

Bald fremd im eigenen Land

... dabei sagt doch der Slogan alles aus: „Heute sind wir tolerant,

morgen fremd im eigenen Land“, man muss ihn nur von der richtigen Seite aus lesen.

Wenn die Demokraten – unabhängig von ihren sonstigen Meinungsverschiedenheiten und ihrem sonstigen Streit – in der Frage der Demokratie und ihrer Verteidigung nicht zusammenstehen und zusammenhalten, wird es so sein, dass wir bald Fremde sind im eigenen Land, und dann auch so behandelt werden.

Damals war es doch so, dass die Nazis alle verfolgt, diskriminierten, schlugen, verschleppten und ermordeten, die nicht ihrer Vorstellung vom Germanen entsprachen.

Der Allgäuer, taz.de

Deutsche TV-Sender

Die eindeutige Diskursverschiebung nach rechts liegt auch an der „Merkel muss weg“-Haltung der deutschen TV-Sender, die immer wieder die AfD gehypt haben. Ich erinnere mich, wie gut sich Petry und Wagenknecht bei Maischberger tummelten und ihr



Die beliebtesten rechten Slogans auf einem Plakat: AfD-Demo in Erfurt, 2016. Foto: Michael Kappeler

abstruses Weltbild zum Besten gaben. Das wiederholt sich ständig. Wieso wird ein Nazi wie Gauland eingeladen oder andere Scherger???

conny costa, taz.de

Bildungsferne Zuschauer

@conny costa Nun, das liegt daran, dass die Sender Quote machen wollen. Um das zu erreichen, versucht man, bildungsferne Zuschauer und genau das sind die Wähler der AfD, von den Privatsendern zurückzugewinnen.

Aus diesem und keinem anderen Grund werden Leute wie

Gauland oder der Bernd eingeladen. Weidel und Storch sind mit ihren Ansichten immerhin noch unterhaltsame Pausenclowns.

Hugo Rune, taz.de

Konservative Mehrheit

@Hugo Rune Es geht nicht nur um Quote, sondern auch um die Zusammensetzung der Rundfunkkräfte. Die konservative Mehrheit will dran bleiben, also denkt sie, die AfD bloßstellen zu können – bei gleichzeitigem „Merkel weg“-Verhalten... Aber das funktioniert nicht.

conny costa, taz.de

Weiter wie bisher

Hessisches Verfassungsschutzamt löschte und sperrte massenhaft Datenbestände über extreme Rechte. **Von Markus Bernhardt**

Das hessische Landesamt für Verfassungsschutz hat offenbar massenhaft Datensätze über Faschisten gelöscht. Wie Ende letzter Woche aufgrund einer parlamentarischen Anfrage der hessischen Linksfraktion bekannt wurde, sollen von der Behörde zwischen 2006 und 2018 insgesamt 1.475 Datensätze über Neonazis und andere extreme Rechte gelöscht oder gesperrt worden sein. Auch nach dem sogenannten Löschmoratorium von 2012 seien bis Ende 2018 insgesamt 679 Personenakten gesperrt worden, teilte Hessens Innenminister Peter Beuth (CDU) in seiner Antwort an die Linksfraktion mit. Die besagten Dokumente sind somit immer noch vorhanden, aber für die »aktive Bearbeitung im Verfassungsschutzverbund« gesperrt. Das »Löschmoratorium« war am 24. Juli 2012 vom hessischen Innenministerium in Abstimmung mit dem Landesdatenschutzbeauftragten erlassen worden. Es war eine Reaktion auf das massenhafte Schreddern in einer Reihe von Behörden nach der Selbstenttarnung des faschistischen Terrornetzwerks »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU).

Wie Hermann Schaus, innenpolitischer Sprecher der hessischen Linksfraktion, erklärte, seien »zahlreiche Akten von Rechtsextremen« nur dank der Anfrage seiner Partei aufgetaucht, »obwohl die Behörden seit Auffliegen des NSU-Rechtsterrors im Jahr 2011 angeblich alle Akten mehrfach geprüft und die rechte Szene intensiv in den Blick genommen haben«. In den Dokumenten befänden sich Informationen über 20 Personen, die fälschlich als »abgekühlt« bewertet worden seien, davon 15 mit Bezügen zur nordhessischen Neonaziszene. Unter ihnen seien auch der mutmaßliche Mörder des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU), Stephan Ernst, sowie sein Helfer Markus H. Als »abgekühlt« gelten



Immer wieder Hessen: Während die Neonaziszene ihr Unwesen treibt, üben sich Behörden im Vernichten von Beweismitteln (Demonstration in Hanau, 23.2.2020)

dem Inlandsgeheimdienst Personen, die seit fünf Jahren nicht mehr »extremistisch in Erscheinung« getreten seien.

Unabhängig von der »Causa Stephan Ernst« werfen die »Dimensionen der Aktenlöschungen und Fehleinschätzungen« laut Schaus noch »viele weitere Fragen auf«. So werde bei mindestens 150 weiteren Personen derzeit noch geprüft, ob sie vor, während und nach der Aktensperrung weiter in der Neonaziszene aktiv geblieben seien. »Bei sage und schreibe ca. 1.400 Personen sei dies nicht mehr überprüfbar, weil die Akten vor Juli 2012 gänzlich gelöscht und geschreddert worden seien«, kritisierte der Linke-Innenpolitiker.

Schaus verwies in diesem Zusammenhang auch auf den Umstand, dass es bereits im NSU-Untersuchungsausschuss um gelöschte Akten gegangen war. Als Beispiel nannte er die Akte von Corynna G., die selbst angegeben hatte, vor dem Mord an Halit Yozgat mehrfach in dessen Kasseler Internet-Café gewesen zu sein. Auch G. galt den Behörden als »abgekühlt«, ihre Akte soll angeblich bereits im Jahr 2009 gelöscht worden sein. Zugleich verwies Schaus darauf, dass nach dem ursprünglich für 120 Jahre gesperrten internen Geheimbericht mehr als 500 Aktenstücke aus dem Bereich »Rechtsextremismus« angeblich nicht mehr auffindbar seien.

Für den Innenpolitiker stellen sich

nunmehr eine Reihe von weiteren Fragen. So will Schaus unter anderem in Erfahrung bringen, wer die Verantwortung dafür trägt, dass »auch nach Auffliegen des NSU die von Neonazis ausgehende Gefahr und der Rechtsterror dauerhaft völlig falsch bewertet und heruntergespielt wurde«. Außerdem wolle er wissen, wie eng die Zusammenhänge zwischen NSU-Umfeld und der Kasseler Neonaziszene wirklich, insbesondere mit Blick auf die mutmaßlichen Mörder und Helfer beim Mord an Walter Lübcke und weiteren rechtsradikalen Straftaten, wirklich gewesen seien. Dass der Linke-Politiker ehrliche Antworten auf seine Fragen erhalten wird, kann bezweifelt werden.

alk

alk extrafett: 40 Seiten!

Coronakrise

Am Krankenbett: Kapitalismus, Solidarität und Rassismus in Zeiten des sich ausbreitenden Covid-19-Virus **Seiten 6-9**

EU-Grenze

Am Ende: Hunderttausende Geflüchtete müssen auf den Agals-Inseln, an der türkisch-griechischen & türkisch-syrischen Grenze ausharren **Seiten 3-5**

»Superbusen« 35

Paula Irmischers erster Roman über Chemnitz, Musik, Freundinnenschaft und Demos räumt ab.



Hanau ist überall

MIGRANTIFA

Selbstorganisation, Selbstverteidigung, Streik: Nach den rassistischen Morden braucht es neue (und alte) Strategien

Schwerpunktthema auf den Seiten 14-19

Hanau Monologe (Fortsetzung)

Von Nadire Y. Biskin

Ich wiederhole mich.
Ich wiederhole mich ungen.
Aber was soll ich machen?
Außer permanent an Thomas Brasch denken.
Die nennen das Schreiben
Gesammelte Gedächtnisse
Lied Stille
Was ich habe, will ich nicht verlieren, aber
Wo ich bin, will ich nicht bleiben, aber
Die ich liebe, will ich nicht verlassen, aber
Wo ich lebe, da will ich nicht sterben, aber
Wo ich sterbe, da will ich nicht hin.
Bleiben will ich, wo ich nie gewesen bin

Ein Bremspunkt ist da, wo es die Polizei gibt Punkt

Mein Trotz und Widerstand legen sich hin.
Trauer übernimmt die Nachtschicht.

Ich verschließe mich und meine Augen,
es fühlt sich falsch an.
Ich öffne meine Augen, es schmerzt.
Der Brunnen füllt sich mit Wasser und läuft über
Ich gehe mein Bestes.

Aber was soll ich machen?
Außer mir, mich wiederholen.
Der Appell, die Anklage, die Anprangerung
Bis es sich nicht mehr wiederholt
Das, wofür ich kein passendes Wort habe
Das, was es im Plural gab und gibt
Was nichts gibt, sondern nur nimmt
Guten Morgen, Guten Tag, Gute Nacht, schlaf schon,
träumt du sind meine Faschingskostüme

Christchurch habe ich am Morgen erfahren
Wie saßen im Klassenrat danach
Ahnten Demokratie im Kreis nach
Gingen Problemen nach
Ich fragte mich, spreche ich es an?
Sprechen sie es an?
Oder schweigen wir uns an, in dem wir
nicht darüber sprechen?

Hanau erfuhr ich nach dem letzten Klassenrat
Vor Hanau ist nach Hanau
Vor Hanau ist nach Solingen, Mölln,
Rostock, Lichtenhagen, Halle
Und was ist nach Hanau?
Wird die vergangene Geschichte sich von
der gegenwärtigen Geschichte in die
zukünftige wiederholen?

Ich wiederhole mich:
Mehmet, geh nicht in die Moschee.
Mehmet, geh nicht in die Shisha Bar
In eure Clubs darf er nicht rein.
In euren Bibliotheken höchstens zu eurer Sicherheit.
Wo soll dieser Junge hin?
In eure Clubs darf er nicht
In euren Bibliotheken darf er nicht

Es kamen Fragen zur Bibliothek
Gläserne Grenzen und Mauern,
in mir die Splitter und Steine
sie wissen, was sie tun.
Ich wiederhole mich:
Es kamen Fragen, deren Antworten ich nicht in den
Büchern fand.
Ich wusste, ich schreibe von mir, aus
Ich wollte einen Monolog und keinen Dialog,
der aus zwei Monologen besteht.
Eins plus eins ergibt nicht immer zwei.
Man kann das nicht umrechnen.
Die Worte finden.

Ich fragte mich, dich und uns
Darf ich darüber schreiben?
Bin ich die Betroffene?
Oder sind es nur die Angehörige?
Oder sollte es eine Trauerzeit von
vierzig Tagen geben?
Oder sollte ich Carepaket mit Halva und
Reis schicken?
Statt zu schreiben?
Oder schrieben dann andere?
Andere, die es nicht kommen sahen und
mit Sprache schreiben?

Nach Klassenrat kommt das Wochenende mit Mutter.
Sie spricht nicht darüber.
Sie sagt, schreib nicht darüber.
Sie sagt, sie geht Brot und Masken kaufen.
Ich sage, die Masken sind gefallen, habe mehr Angst
vor Deutschland als vor Corona.
Sie sagt, rede nicht drüber, vierzig Mal gesagt
und dann kommt es.
Aber Mutter, sage ich, wares jemals weg oder
nur hinter einer schlechten sitzenden
-Maske versteckt?
Aber Mutter, sage ich und denke an all die Mütter,
An das Ende, was kein Ende nimmt.

Wie soll es weitergehen?
Und für wen?
Soll es weitergehen?
Wiederholt sich die Geschichte?
Trifft sie jeden Tag in neuem Gewand auf?
Ciban sagt, Rassismus ist der Vater aller Probleme.
Mütter wissen das.
Sie sind nicht blind.
Es kommen immer Fragen und während sich
alle Fragen stellen
Schließen sie Pläne mit Hass, Eisen und Blut
Ich habe eine Wunde, du auch.
Wessen Wunde versorge ich zuerst?
Zwei Hände reichen nicht für unsere Wunden.
Wir sind hier.
Aber wie sind wir hier? Warum sind wir hier?
Wo ist das hier? Wer ist das wir?
Eine Frage gebärt mir keine Antworten,
sondern nur Fragen.
Deren Antworten ergeben sich aus Worten,
Gesetzen und Schritten
Vielleicht nicht.

editorial

bleibt solidarisch

Seit so eine beklemmende ak-Produktion erlebt. Die Woche begann schon damit, dass eine Redaktionskollegin Symptome beschrieb, wie sie auch beim Coronavirus berichtet werden. Sie hütet seitdem das Haus, hat aber, während wir das Editorial schreiben (Freitag), noch keine Chance bekommen, einen Test zu machen. Ziemlich verrückt eigentlich.

Am Wochenanfang verständigte sich auch das linke Social Media darauf, dass es vielleicht doch langsam Zeit für Panik sei. Viele, die sich eine Woche zuvor noch über Hamsterkauf-Trottel und Grippe-Hysterie lustig gemacht hatten, waren nun empört, wie man den Gefahren der Epidemie für ältere und kranke Menschen gegenüber so gleichgültig sein konnte. Härten wir früher gewusst, wie viele Hundert linke Seuchenexperten es gibt, hätten wir die Ausgabe tatsächlich etwas langfristiger planen können.

Mittwoch war aus »Wascht euch verdammt nochmal die Hände« schon »StayTheFuckHome geworden. Erste Konzerte, Partys, Veranstaltungen wurden abgesagt. Kurz nach Mitternacht erzählte uns ein Taxifahrer, dass wir erst seine zweite Passagiertour an diesem Arbeitstag waren. »Hotels leer, Restaurants leer, niemand fliegt mehr, niemand fährt Bahn. Schaut mal raus: nur Taxis auf der Straße.« Acht Stunden war er da schon unterwegs.

Donnerstag Mittag waren endgültig alle Corona-Witze gemacht. Wir erfuhren, dass Springer seine Mitarbeiter*innen nach Hause schickte. Auch andere Zeitungen produzierten nur noch in Notbesetzung. Den Rest des Tages wechselten sich Mutmaßungen, Schulen und Kitas könnten bald schließen, mit erwartungsvollen Meldungen ab, dass sich Brasiliens rechtsradikaler Präsident Jair Bolsonaro mit dem Virus infiziert haben könnte. Freitag bestätigten sich beide Meldungen. Ätzen bei den drei Redakteur*innen mit Kindern. Aus ersten linken Politgruppen im Umfeld wurden Corona-Fälle berichtet. Die Bundesliga setzte den Spielbetrieb aus. Das ist vermutlich der Moment, ab dem man sagen kann: Covid-19 ist in Deutschland angekommen.

Was an den Meldungen rund um Corona - unter anderem - so verstört, ist, wie offenkundig in jeder neuen Krise die Unfähigkeit des Marktes zu Tage tritt, sinnvoll und menschlich auf sie zu reagieren. Die Erlösorientierung hat die Krankenhäuser ausgeblutet, das Fallpauschalensystem die Pflege demontiert. Konkurrenz und kapitalistischer Wachstumszwang machen nicht nur die Beschäftigten und das Klima kaputt, sondern verhindern auch adäquate Seuchenprävention. Das Merkwürdige ist, dass das alle wissen, sogar die Unternehmen, die im Krisenfall - auch jetzt - beherrschtes Eingreifen des Staates bis hin zur Verstaatlichung fordern, gegen das sie sich vor und nach jeder Krise mit Händen und Füßen wehren. Währenddessen ist immer noch nicht klar, wie Hartz-IV-Behüter*innen eigentlich ihre Anträge verlängern oder erwerbsfähige Eltern ihre Kinder betreuen sollen, wenn sie dafür nicht mal frei bekommen. Auch die sicher sinnvollen Absagen von Großveranstaltungen oder Appelle, möglichst wenig aus dem Haus zu gehen, haben einen ziemlich schalen

Beigeschmack, wenn jeder weiß, dass man nur dann ein Zuhause hat, in dem man ausharren kann, wenn man regelmäßig rausgeht, um das Geld für die Miete zu verdienen. Arbeit und Mietzahlungen sind komischerweise noch nicht abgesagt worden.

Krass ist der Corona-Strudel auch, weil er sich vor alle anderen Themen schiebt, die ebenfalls unsere Aufmerksamkeit erfordern. Vor den Terror von Hanau und seine Folgen zum Beispiel. Auch das Grauen an den EU-Außengrenzen ist am Ende der ak-Woche aus den Nachrichten verschwunden. Die Aussetzung des Asylrechts in Griechenland, die zwei vermutlich von griechischen Grenzpolizist*innen (oder ihren rechten Helfer*innen) Erschossen, die völlig überfüllten Lager auf den Agäis-Inseln, die dringend evakuiert werden müssen, die abgedrängten Boote mit Schutzsuchenden, die Ertrunkenen - man könnte meinen, dass die grassierende Corona-Angst jeden Gedanken an Solidarität erstickt.

Aber muss das so sein? Seit einigen Tagen kursieren in vielen Städten Listen, in denen man Kranken Hilfe anbieten oder selbst um Unterstützung bitten kann, zum Beispiel beim Einkaufen, falls man selbst erkrankt ist oder wegen gesundheitlicher Belastungen keine Risiken eingehen kann. Die Listen erinnern ein wenig an den Herbst 2015, als sich spontan Leute zusammenfanden, um Solidarität zu organisieren und eine besondere Situation zu bewältigen.

In den letzten Jahren haben wir schon mehrfach gehört, dass es wenn dann die Sorge umeinander ist, von der Impulse gegen die kapitalistische Krise ausgehen können. Versuchen wir also vielleicht, auch in den nächsten Wochen Erfahrungen von Solidarität zusammen zu machen, und versuchen wir, sie mit denen zu teilen, die etwas weiter weg zu sein scheinen: an den Grenzen oder allein in ihren Wohnungen. Und sprechen wir auch darüber, dass ein System, das permanent neue Krisen produziert, Klimakrisen, Armutskrisen, Seuchenkrisen, Menschlichkeitskrisen, und ihre Bewältigung verweigert, abgeschafft gehört. Und dass wir uns nicht länger eine Politik leisten können, die ganz normales menschliches Verhalten, zum Beispiel die Sorge um- und Neugier auf-, kurz: Solidarität miteinander mit Slogans wie »2015 darf sich nicht wiederholen« als halbkriminell hinstellt.

Apropos Neugier: Neugierig dürft ihr nicht nur auf die Artikel dieser extra dicken 40-Seiten-Ausgabe sein, sondern auch auf unsere neue Redakteurin: Bilke Schmitz, die manche schon vom Ficko Magazin oder aus der letzten ak-Ausgabe (oder aus dem Internet!) kennen, verstärkt ab sofort die ak-Redaktion. Die erste gemeinsame Produktion war auf jeden Fall toll - gerne wieder!

Wir wünschen unserer kranken Redakteurin gute Besserung und unseren beiden Projektkollegen, die Operationen vor beziehungsweise hinter sich haben, alles Gute. Allen Leser*innen, das sie gesund bleiben oder das Virus nicht so schlimm zuschlägt. Wir hoffen, ihr könnt da sein für eure Eltern, Freund*innen und Bekannten. Passt gut auf euch auf und bleibt wütend und solidarisch! ☺

Eure ak-Redaktion

Spendenaufruf: Solidarität mit den Betroffenen von Hanau

Bei einem rassistisch motivierten Anschlag in Hanau am 19. Februar 2020 wurden neun Menschen getötet und mehrere schwer verletzt. Neun Menschen, die Teil der Hanauer Stadtgesellschaft waren. Der Täter wählte gezielt Orte und Menschen aus, die nicht in sein rassistisches Weltbild passten. Er löschte damit Leben aus, erschütterte Familien, verursachte tiefgreifenden Schmerz, endlose Trauer und Wut.

Das Attentat in Hanau steht in einer Kontinuität rassistischer Gewalt und Rechtsterrorismus in Hessen und bundesweit. Diese Gewalt passiert mitten, in unserer Gesellschaft. Wir alle sind nun gefragt, die Hinterbliebenen und Verletzten zu unterstützen und damit ihr Leid anzuerkennen.

Viele Menschen haben ihre Trauer, ihr Entsetzen, ihre Wut und Solidarität gezeigt: bei Kundgebungen und Demonstrationen in vielen Städten, bei Veranstaltungen oder in den Social Media. Diese Vielfalt der Solidarität ist ein wichtiges Zeichen der Anteilnahme für die Hinterbliebenen und für alle Betroffenen von Rassismus und Rechtsterrorismus. Jetzt benötigen die Hin-

netzwerke konkrete materielle und finanzielle Hilfe, um die ökonomischen Folgen des rassistischen Anschlags auch nur annähernd bewältigen zu können.

Mit Ihrer Spende leisten Sie einen wichtigen Beitrag für dringend benötigte Soforthilfe, beispielsweise für Trauerfeiern, Akutversorgung und unmittelbare finanzielle Schäden. Und für eine langfristige Unterstützung Betroffener und Hinterbliebener. Für die Eltern und Geschwister, für Kinder und Freund*innen gab es ein Leben vor diesem Tag - und es muss ein Leben danach geben.

Die Bildungsstätte Anne Frank, der Verband der Beratungsstellen für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, die Initiative 19. Februar Hanau, der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und die Amadeu Antonio Stiftung rufen gemeinsam zu Spenden auf. ☺

Kontoverbindung des Opferfonds CURA:

Amadeu Antonio Stiftung, GLS Bank Bochum,
IBAN: DE75 4306 0967 6005 0000 02,
BIC: GENODEM33GLS

politik

- Fortsetzung der Hanauer Monologe. Von Nadire Y. Biskin 1
- Politisches Spiel mit scharfer Munition. Rechtsfreie Zone an der türkisch-griechischen Grenze. Von Sainia Stroux und Chrissi Wilkens . 3
- Es trifft jene, die nicht am Verhandlungstisch sitzen. Die Türkei hat sich in Idlib verrannt. Von Anselm Schindler 4
- Kollektive Angriffe von innen. Nur den Humanismus zu verteidigen führt in einen Teufelskreis. Von Carina Book 5
- Für ein neues 2015. Unser Teil der Geschichte darf nicht durch rechte Narrative enteignet werden. Von Christoph Kleine 5
- Soziale Ansteckung. Mikrobiologischer Klassenkampf in China. Von Chuàng 6
- Coronavirus, Hanau und ein abgesagter Besuch. Mit Covid-19 breitet sich auch Rassismus aus. Von Ongoo Bayanfarjad 7
- Vor dem Virus sind nicht alle gleich. Sozialer Status und Gesundheit hängen zusammen. Von Nelli Tügel 8
- A bisserl Schwund is immer. Wie passen Corona und die Grenzverbrechen in einen Topf? Von Frédéric Valin 8
- Lehman-Moment. Angesichts der drohenden Rezession bringen sich marktwirtschaftliche Akteure in Stellung. Von Lene Kempe 9
- Italien: Pandemie und Klassenkampf. Von Jens Renner 9
- FAQ. Noch Fragen? Was sind Pandemie-Anleihen? Von Guido Speckmann 9
- Die Liberalisierung geht weiter. Europa und die Afrika-Karibik-Pazifik-Staaten ringen um ein neues Abkommen. Von Simone Claar 10
- Vom Ölfeld zum Problemfeld. Ein riesiger Fund vor Guyana wird zur Quelle von Konflikten. Von Paul Dziedzie 11
- Kassiber. Neues vom Rechtsstaat. 11
- Die Plage heißt imperiale Lebensweise. Heuschreckenschwärme vernichten Ostafrikas Ernte. Von Anna Jung und Hendrik Stusarenka 12
- Antifa Nachrichten. 12
- Kämpfen und siegen. Mit Tempo in den neuen Kalten Krieg: das Manöver Defender 2020. Von Jürgen Wagner 13

thema

- Grenzen des deutschen Antifaschismus. Selbstorganisierten migrantischen Widerstand gab es schon immer. Von Aysha Khan 14
- Migrant*in jetzt! We'll come united Forderungskatalog. 14
- Initiative 19. Februar Hanau. 14
- Wie politisches Racial Profiling Rassismus anheizt. Das Framing von Shishabars und der Hanauer Terroranschlag. Von Bayla Sarbo 15
- Verleugnung über den Tod hinaus. Während Nazis ihre Netzwerke erweitern, werden Kurd*innen kriminalisiert. Von Dilan Karucadag 16
- Toxische Rhetorik. Das Feindbild »Muslim« als rassistisches Konstrukt wird seit Jahren aufgebaut. Von Sabar-Nur Cheema 16
- »Wir Roma wollen uns nicht mehr verstecken!« Maya Adzovic und Njake Sejdovic über Gedanken nach Hanau. Von Madeleine Does 17
- Ich fordere vollständige Aufklärung. Von Serpil Temiz 17
- Was können wir vom migrantischen Selbstschutz der 1990er lernen? Garip Bali über die Jahre nach der Wende. Von Ceren Türkmen 18
- »Wir müssen den Alltag stören.« Bin Aktivist*in der Ramazan-Avca-Initiative fordert einen Streik gegen Rassismus. Von Nelli Tügel 19
- Meinung. Von welcher Demokratie spricht er? Von Hannah Eberle 20
- Thüringen: drei Schritte vorwärts und fünf zurück. Von Anna Stiede 20
- Briefe. Impressum. 20

bewegung

- Keine Flecken auf dem Iddi-Shirt. In Sri Lanka und Myanmar wird versucht, »Näher*innen zu organisieren. Von Helene Buchholz 21
- »Wir konzentrieren uns auf die Frauen.« Feminismus und Antirassismus in Südsudan. Von Carmen Cruz und Martina Helmeke 23
- Natur & Gesellschaft. Neues aus der Umwelt. 23
- Bleibt informieren strafbar? Kristina Hänel über die Folgen des §219a und wie sie ihn vor Gericht kippen will. Von Anne Meerpohl 24
- Linke Männerfantasien. Auf Social Media lassen Antifas ihre Männlichkeit an Nazis raus. Von Jena Klein und Bilke Schmitz 25
- Nine to Five. Aus der Welt der Arbeit. 25
- Schwarz gekleidet und vermommt. Staatsschutzmedien warnen vor »Linksterrorismus«. Von Jens Renner 26
- Keine Emanzipation ohne Recht. Der Rechtsstaat ist nicht bloß ein Verbindungsinstrument. Von Philip Bergspermann und Georg Spo 27
- Gespielte Empathie. Das Verfahren gegen die kurdische Feministin Yildiz Aktay vor dem Kammergericht Berlin. Von Paul Dziedzie 28
- Mit aller Gewalt gegen Linke. Misshandlungen und Haft sind feste Bestandteile von Russlands »Antiterrorkampf«. Von Ute Weinmann 29
- Interkontinental. Aus allen Himmelsrichtungen. 29
- Hier wird gestreikt! Im österreichischen Sozialbereich wird für eine 35-Stunden-Woche gestreikt. Von Hanna Lichtenberger 30
- Sinn Fein will regieren. Nach den Wahlen ist in der Republik Irland auch eine Linkskoalition möglich. Von Dietrich Schulze-Marmeling 31
- Nicht jeder Gig ist geil. Die Gig Economy steht für die Schattenseiten des digitalen Kapitalismus. Von Janis Ewen 32

gesellschaft

- Die Abschiebung des Herrn H. Warum die Abschiebepraxis abgeschafft werden muss. Von AK Asyl Göttingen und Witzenhäusern 33
- Leben im Absents. Gefächerten wird die soziale Teilhabe verwehrt - mit schwerwiegenden Folgen für die Betroffenen. Von Nikolai Huke 34
- Antifaschismus und Freund*innenschaft. Paula Irmschers Roman »Superbusen« ist feministisch und antifaschistisch. Von Bilke Schmitz. 35
- Revolutionäre Uhrmacher. Florian Rittels Studie zeigt die Anarchist*innen im Schweizer Jura. Von Philippe Bernhard Hürbin 35
- Der große Bluff vom grünen Wachstum. Ökologische Nachhaltigkeit bedarf der industriellen Abrüstung. Von Bruno Kern 36
- Mit Plan gegen die Klimakrise: Bürgerliche Wissenschaft*innen über die destruktiven Folgen des Marktes. Von Philip Broisstedt und Christian Hofmann 37
- Der vergangene Aufstand. Die Märzrevolution von 1920 und die Rote Ruhrarmee. Von Klaus Ronneberger 38
- Veitcheil der Erinnerung. Christian Dürr verknüpft die Geschichte von Shoah-Überlebenden mit der von Opfern der lateinamerikanischen Diktaturen. Von Jens Kastner 39
- Die lieben Kolleg*innen. Torten & Tabletten. Von Frédéric Valin 39
- Ihr Affen! Die Regisseurin Anta Helena Recke stellt die fiktive Ordnung des alten weißen Mannes infrage. Von Carina Book 40
- Antifaschist* 40

MIGRANTIFA

Grenzen DES DEUTSCHEN Antifaschismus

Selbstorganisierten migrantischen Widerstand gab es schon immer – bei der Solidarität der weißen Linken hapert es noch

Von Ayesha Khan

Am 19. Februar 2020 ermordete ein rechtsextremes Terrorist aus rassistischen Motiven neun Menschen in Hanau. In Gedenken an Ferhat Unvar, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz, Kalayan Velkov, Fatih Saraçoğlu und Vili Viorel Păun. Dieser Text ist für sie, ihre Familien – und für uns.

Viele von uns kennen die Attentate, Pogrome und Brandanschläge von Mölln, Solingen, Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda aus den Erzählungen unserer Eltern oder älteren Geschwister. Es gibt eine Kontinuität rechten Terrors und rassistischer Gewalt in Deutschland, und das nicht erst seit den NSU-Morden der 2000er. Und schon 1993, nach den rassistischen Morden von Mölln und Solingen, gab es Streikaufrufe von selbstorganisierten Initiativen, wie am 2. Juni 1993 in Hamburg. (Seite 19)

Ende der 1980er wurde in Berlin die Antifaschist Genclik (Antifaschistische Jugend) gegründet. Schnell bildeten sich deutschlandweit weitere Gruppen. Sie verstanden sich als Schnittstelle von migrantischen, zumeist türkischer und kurdischer Vereinskultur, Jugendbänden und linker und antifaschistischer Politik. (Seite 18) Nur wenige Jahre später mussten sich die Strukturen aufgrund von staatlicher Repression auflösen. Ähnliche Bestrebungen gab es mit Kanak Aktak (oder in Hamburg mit PeMigra und Café Morgenland). Selbstorganisierten migrantischen Widerstand gab es schon immer in Deutschland, aber besonders in den 1990ern war er sehr präsent und kraftvoll.

Widerstand im virtuellen Raum

Die Solidarität deutscher Linker findet oft ihre Grenzen, wenn Kritik an Strukturen sie persönlich trifft und dann so richtig weh tut. Dies lässt sich besonders in den sozialen Netzwerken wie Twitter, Facebook oder Instagram beobachten: Forderungen migrantischer Gruppen werden entweder nicht ernst genommen oder gar umgedeutet. Wer das Wort »Alman« benutzt, sieht sich plötzlich dem Vorwurf »Rassismus gegen Deutsche« ausgesetzt. Als die ersten BiPoC-Netzaktivist*innen 2015 den Slogan »AfD bleibt Haram« nutzen, warfen ihnen

come« in ihre Profile schreiben, *tone policing* dann von Rassismus betroffene Menschen. *Tone Policing* – das ist, wenn der Fokus vom Inhalt des Gesagten auf den Ausdruck verschoben wird. Eine gängige Ablenkungsstrategie von Menschen, die sich nicht mit der eigentlichen Kritik befassen wollen und deshalb eine andere Diskussion beginnen.

Dass Machthierarchien aus dem realen Leben auch online existieren, wird von vielen Menschen, die nicht davon betroffen sind, einfach ausgeblendet. Auch in virtuellen Räumen müssen marginalisierte Menschen für Sichtbarkeit kämpfen. Für viele dieser Menschen ist das Netz, Facebook, Instagram, Twitter und Co., die einzige Möglichkeit, an Diskurs und Debatten teilzunehmen. Für marginalisierte Menschen, für Frauen, BiPoC, LGTBQ und behinderte Menschen ist jede Diskussion über ihre Lebensrealität verbunden mit Trauma, Schmerz und der Gefahr, dass ihnen Gewaltandrohungen abgesprochen werden.

Die widerständige Praxis ist Teil unserer Existenzen geworden, da wir Unterstützung nicht einfach hinnehmen und die Solidarität untereinander das ist, was uns bleibt, wenn wir uns auf den Rest der Gesellschaft nicht verlassen können.

Nicht erst seit dem 19. Februar 2020 ist migrantischen, Schwarzen, muslimischen und jüdischen Menschen in Deutschland bewusst, dass jetzt Kräfte gebündelt werden müssen. Doch noch immer stehen die Organisator*innen, Aktivist*innen und Gruppenmitglieder vor den gleichen Hindernissen: Repressionen durch den Staatsapparat, Gefahr durch Rechts, Heterogenität und Konflikte innerhalb der Gruppen und eine weißdeutsche Linke, die damals wie heute internalisierten Rassismus nicht reflektiert. Dies erschwert abermals eine Zusammenarbeit, auch wenn allen bewusst ist, dass antifaschistischer Widerstand ohne Solidarität nicht funktioniert.

Solidaritätsbekundungen reichen nicht

Doch Solidaritätsbekundungen allein, Lichterketten und Mahnwachen reichen nicht aus. Jede Form von Solidarität, Aktivismus und Gedenken ohne Einbeziehung von Opfern, Betroffenen, deren Nachkommen und Angehörigen, ist Selbstdarstellung und Profilierung – und ist abzulehnen.

Spätestens nach Hanau müsste ein Umdenken stattfinden: Perspektiven. Ein

Mittelpunkt von antifaschistischem Aktivismus und antifaschistischer Politik stehen.

Besonders die deutsche Linke sollte aus dem NSU-Komplex gelernt haben. Es sei daran erinnert, dass die Angehörigen von Halit Yozgat bereits im Mai und Juni 2006 Schweigemärsche in Kassel und Dortmund organisierten. Unter dem Motto »Kein 10. Opfer« gingen 4.000 Menschen aus, überwiegend migrantischen Communities auf die Straßen. Auch anwesend waren die Angehörigen von Enver Şimşek und Mehmet Kubajak. Schon 2006 lautete die Forderung: Aufklärung der Mordserie. Denn damals standen immer noch Angehörige der Opfer im Mittelpunkt der Ermittlungen, obwohl es Hinweise auf den NSU gab. Das Schweigen und die Abwesenheit der deutschen Linken bei den Schweigemärschen hat sich für immer in die Köpfe der Betroffenen eingebrannt.

Ob #unteilbar oder #wirsindmehr – Lippenbekenntnisse der Mitte reichen schon lange nicht mehr. Schon viel zu lange beklagen und warnen Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, vor rassistischer und antisemitischer Gewalt und Terror. Doch bis heute folgen keine politischen Konsequenzen. Bis heute müssen Menschen in Angst und Trauer leben, weil weder der Staat, noch die Zivilgesellschaft es schaffen, ihnen eine gleichberechtigte Existenz in Würde in Deutschland zu garantieren.

Gleichberechtigt bedeutet auch, dass die deutsche Linke migrantische Selbstorganisationen und Aktivist*innen, Organisationen Schwarzer Menschen und Geflüchteter und ihre Forderungen als ebenbürtigen Teil des Widerstandes im Kampf gegen die Faschisierung Deutschlands betrachtet, sich mit ihnen solidarisiert, die nötige Infrastruktur bereitstellt und sich nicht von ihnen abwendet, weil ihnen der Ton ihrer Forderungen nicht gefällt. Antifaschistische Arbeit erfordert Selbstorganisation und Selbstverteidigung marginalisierter Menschen. Es muss antifaschistischer Konsens sein, dass migrantische Perspektiven elementarer Bestandteil antifaschistischer Politik sind. Vor allem muss die deutsche Linke raus aus den Hörsälen und Lesekreisen und sich nicht nur theoretisch dem proletarischen Internationalismus verpflichten, sondern auch in ihrer politischen Praxis. Seid solidarisch und unterstützt migrantische Kämpfe, wo immer ihr auf sie trifft. ☺

MIGRANTIFA JETZT!

Am Morgen des 22. Februar, des Tages der bislang größten Demonstration nach dem Hanauer Terrorakt, veröffentlichte das Netzwerk We'll come united auf Facebook eine Sammlung von Forderungen, die wir hier dokumentieren.

Wir trauern um

Ferhat Unvar
 Gökhan Gültekin
 Hamza Kurtović
 Said Nesar Hashemi
 Mercedes Kierpacz
 Sedat Gürbüz
 Kalayan Velkov
 Vili Viorel Păun
 Fatih Saraçoğlu
 zehntes Todesopfer (Frau R.)

#SayTheirNames

Wir fordern

- endlich die Perspektive der Angegriffenen und Bedrohten, ihre Forderungen und Erfahrungen in den Mittelpunkt zu stellen! Hört den Betroffenen zu!
- ein würdevolles Gedenken! Say their names!
- von allen politisch Verantwortlichen, die Gesellschaft der Vielen zu verteidigen und Migrant*innen zu schützen, statt sie zu Problemen zu erklären. Handeln statt folgenloser Betroffenheit!

Wir fordern

- die sofortige Aufklärung aller nicht aufgeklärten Todesfälle mit Rassismusverdacht, auch bei Polizeibehörden. Dafür braucht es unabhängige Untersuchungsausschüsse!
- statt von verhängten Einzelhäftern zu reden, endlich bewaffnete Neonazinetzwerke zu benennen. Keine Pathologisierung der Täter, keine Waffenscheine für Rassisten!
- die sofortige und vollständige Entwaffnung aller Neonazis sowie die Vollstreckung aller Haftbefehle gegen untergetauchte rechte Straftäter. Der NSU war nicht zu dritt!
- von der hessischen Landesregierung, von Volker Bouffier, die sofortige Freigabe der NSU-Akten. Der Verschluss schützt die Täter von gestern und heute!
- dass Behörden, Schulen, Ämter, Parteien und Parlamente von Rassisten und Nazis entkernt werden. Entnazifizierung jetzt. Verfassungsschutz auflösen!

Wir fordern

- ein Ende von Racial Profiling und der Kriminalisierung von migrantischen Jugendlichen und Erwachsenen und den Orten, an denen sie ihre Freizeit verbringen. Wir leben hier, und die Städte gehören uns!
- ein Ende der migrationsfeindlichen Politik und Rhetorik gegen Geflüchtete und Migranten, hier und überall in Europa. Ein Leben ohne Angst gibt es nur in einer Gesellschaft ohne Abschiebungen! Migration ist kein Verbrechen!
- das Ende der Kriminalisierung von antifaschistischen und migrantischen Vereinen und Strukturen. Antifaschismus ist kein Verbrechen!

Wir fordern von der Bundesregierung

- einen großen und angemessenen Fonds für Angehörige und Verletzte von rechtem Terror. Einen Fonds, der nicht nur symbolische Entschädigungen zahlt!
- dauerhafte finanzielle Unterstützung antirassistischer, solidarischer Projekte, Aktionsplan Antirassismus jetzt!

Wir fordern eine klare politische Antwort. Aber wir wissen, dass wir uns nur auf uns verlassen können. Wir rufen auf zu migrantischer Selbstverteidigung und gesellschaftlicher, alltäglicher Solidarität. Migrantifa jetzt!

INITIATIVE

19. FEBRUAR HANAU

In der Gründungserklärung der kürzlich gegründeten Initiative heißt es: »Nach den rassistischen Morden haben wir uns (...) ein Versprechen gegeben: Dass die Namen der Opfer nicht vergessen werden. Dass wir uns nicht allein lassen. Dass es nicht bei folgenloser Betroffenheit bleibt. Die Kameras und Politiker*innen verlassen jetzt wieder die Stadt. Wir bleiben. Wir gründen eine Initiative, um der Solidarität und den Forderungen nach Aufklärung und poli-

Gegen den deutschnationalen Rausch und die rassistische Gewaltwelle Anfang der 1990er gab es auch Gegenwehr von den bedrohten migrantischen Communities. Garip Bali, der damals aktiv war, sieht Parallelen zur Situation heute. Ein Gespräch über Militanz und migrantische Selbstorganisation.

Ich kenne viele Menschen aus der migrantischen Community, für die das Attentat in Hanau ein Einschnitt ist. Auch wenn kaum jemand verwundert über den rassistischen Terror war, scheint es so, als gäbe es ein vor und ein nach Hanau. Was hat das rechtsterroristische Attentat mit dir gemacht?

Garip Bali: Als ich am Morgen davon erfahren habe, hat mich eine ungläubliche Wut ergriffen. Die Zunahme rassistischer Übergriffe und Anschläge insbesondere seit Chemnitz 2018, die mediale und parlamentarische Hetze und das gesellschaftliche Klima gegen Migration und Migrantinnen und dann schließlich Hanau haben mich an die Zeit Anfang der 1990er erinnert. Neben der Wut war ich aber auch schockiert, weil das seit langem Befürchtete passiert ist und so viele junge Erwachsene aus dem Leben gerissen wurden. Andererseits denkt man als Migrant aber auch daran, dass man die nächste Person sein kann, schließlich gibt es auch in Berlin Nazinetzwerke, die seit Jahren Brandanschläge verüben, ohne dass die Polizei sie aufklären konnte.

Wir sind alle sehr in Trauer um die Ermordeten. Das Gefühl von Zäsur hat aber nicht nur mit der hohen Opferzahl zu tun. Die Zäsur, die Hanau darstellt kann, ist auch eine politische Situation antirassistischer, antifaschistischer, grenzübergreifender und feministischer Solidarität, die wir heute noch organisieren müssten als Antwort auf Hanau.

Ja, wir sind keine Opfer! Das waren wir noch nie. Und wir sollten unsere Kämpfe und unseren Selbstschutz organisieren. Deshalb war es motivierend, dass direkt am Tag nach dem Attentat in über 50 Städten große Demonstrationen stattfanden. Aber es darf nicht bei einer Demo bleiben, es sollte zu einer langfristigen politischen Organisation kommen. Auch wenn sich die Politik nach Hanau nicht verändern wird, sollten wir marginalisierte Gruppen, von Rassismus Betroffene und solidarische Linke aus auf weitere Attentate und politische Bedrohungen von rechts einstellen.

Du hast die Brandanschläge der 1990er erwähnt. Ich war damals erst elf, zwölf Jahre alt, erinnere mich aber daran, dass wir als migrantische Kids als Lebensgefühl mitgenommen haben, dass wir so sehr als Menschen zweiter Klasse diskriminiert werden, dass diese Neonazis uns das Lebensrecht nehmen wollen. Du warst damals schon älter und mitten in der Organisation in Berlin.

Damals war ich im Verein Ada organisiert. Schwerpunktmäßig haben wir uns mit der Realität von Migrantinnen und Geflüchteten in Deutschland auseinandergesetzt. Wir waren mehrheitlich türkeistämmige Migrantinnen und politische Geflüchtete, die Anfang der 1980er hierher migriert waren. In den Pogromen nach der Wiedervereinigung hat sich das kanalisiert, was wir schon vor der Wendezeit beobachtet hatten: Ein neuer deutscher Nationalismus und ein Wiedererstarken der Nazis kamen zusammen. Die Anschläge in den 1990ern waren der Höhepunkt dieser Entwicklung. Vor den Pogromen hatte sich aber schon eine Antiflüchtlingshetze entwickelt. »Das Boot ist voll«, titelte der Spiegel, die Springerpresse netzte gegen Asylsuchende. Und Bundeskanzler Helmut Kohl sagte 1992, dass wenn man zwei Millionen Türken abschickt, die Zahl der Arbeitslosen sich halbiert würde. Wir waren also auch damals nicht überrascht, sondern wussten von der rechten Gefahr.

Wie sahen eure Aktivitäten aus?

großen antifaschistischen Massenprotesten aufgerufen und einerseits quasi »Unteilbarkeit« erklärt. Andererseits haben wir uns gezielt mit Migrantinnen in unseren Stadtteilen organisiert: Wir organisierten antifaschistische Nachbarschaftstreffen, um breit über die Frage zu diskutieren, wie wir uns gegen Brandanschläge und rechte Gewalt schützen können. Ein Resultat war, dass wir als Ada 1993 eine Demonstration in Berlin organisierten, auf der wir Waffenscheine für Migrantinnen forderten, als Selbstschutzmaßnahme. Das hatte große Resonanz in den Medien.

Rassismus und rassistische Gewalt prägen das Leben von Migrantinnen, Schwarzen Deutschen und anderen schon vor den Pogromjahren. Schon Ende der 1980er gründeten sich Gangs von jungen Männern, nicht nur in Berlin, auch in Westdeutschland. Warum?

Ja, Mitte, Ende der 1980er gründeten sich die Jugendgangs: »36 Boys« hießen sie in Kreuzberg, in Schöneberg »Die Barbaren« und im Wedding »Panthers«. Die Gangs waren jugendkulturelle Gemeinschaften, die eine Lebensform von migrantischen Kids repräsentierten, die als zweite Generation in den westdeutschen Arbeiterstädten aufwuchsen und ihr Leben lang nur Ausgrenzung und Entrechtung erfahren hatten. Sie sind in Kiezen und Stadtteilen aufgewachsen, in denen zeitweise Sondergesetze gegen Migrantinnen galten, etwa die »Zuzugssperre« von 1975, in der eine »soziale Belastungsgrenze« – durch Migrantinnen – für einige Wohngebiete deklariert wurde. Die Gesetze stigmatisierten das migrantische Leben in den Stadtteilen und ganze migrantische Bevölkerungsgruppen als Belastung und Problem.

Was machten die Jugendgangs dagegen?

Die Jugendlichen hingen in den Gangs ab und teilten dort den Alltag. Ein zentraler Punkt waren Selbstschutz und Gegenwehr gegen Nazis, jenseits dessen waren die Gangs »unpolitisch« und auch hierarchisch und patriarchal strukturiert. Das Motto der Gangs war, Nazis von der Straße zu fegen. Wenn man mitbekam, dass Nazis sich am Alexanderplatz treffen, dann fuhr man hin und verprügelte sie. Man konnte geschlossen als Gruppe reagieren, weil man ja ohnehin immer zusammen war.

1988 oder 1989 entwickelte sich auch eine explizite migrantisch-antifaschistische Organisation, die sogenannte Antifasist Gençlik (Antifaschistische Jugend) in Berlin. Wie kam es dazu?

Die Antifasist Gençlik war eine

rassistisch-faschistische Bedrohung. Es gibt auch ein Gründungsereignis. Für den 20. April 1989, den Geburtstag von Adolf Hitler, hatten Nazis angekündigt, Migrantinnen in Berlin anzugreifen. Diese Drohung wurde von den migrantischen Communities sehr ernst genommen. Eltern schickten ihre Kinder an diesem Tag in Kreuzberg nicht in die Schulen und Kitas. Man hatte Angst. Die Gangs und weitere Jugendliche besetzten an diesem Tag kollektiv die Straßen. Sie erklärten klipp und klar, dass sie ihre Existenz und die ihrer Freunde und Familien verteidigen werden. Gangs in 50er Gruppen gingen in ganz Berlin in den Kiezen auf die Straßen. Am Ende blieben die Nazis weg. Die Mitglieder von Antifasist Gençlik wollten die Jugendgangs politisieren und arbeiteten mit ihnen zusammen. Sie haben antifaschistische Mobilisierung vorangetrieben, Nazis gejagt und Verteidigung organisiert, aber auch ein – wenn auch kurzlebiges – Infoblatt Antifasist Haber Blüten herausgegeben, das dem Antifa Infoblatt beigelegt wurde. Es gab eine enge Zusammenarbeit mit der autonomen Antifaszene. Einige orthodoxere Linke haben uns hingegen als »Lumpenjugend« bezeichnet.

Wie hat sich das politische Bewusstsein unter migrantischen Jugendlichen durch Antifasist Gençlik verändert?

Die Antifasist Gençlik hat zu einer Militanz des Denkens bei migrantischen Jugendlichen gegen Nazis und die herrschende Politik geführt. Die Antifa Gençlik kam genau richtig, um eine Handlungsmöglichkeit gegen die Ohnmacht durch den rechten Ton in allen Parteien und die Entrechtung, etwa die Asylrechtsverschärfung 1993, zu bieten und ein Gefühl von Würde zu erkämpfen. Nach den Brandanschlägen in Rostock und Hoyerswerda gab es eine Reihe neuer Organisationen und Sprachformen, die Selbstermächtigung organisierten. Die Antifasist Gençlik war Teil dieser Dynamik.

Warum hat sich die Antifasist Gençlik dann zur Hochzeit der Brandanschläge 1994 aufgelöst?

GARIP BALI

lebt seit 1971 in Berlin. Seine Eltern migrierten Ende der 1960er als kurdisch-alevtische (Gast-)Arbeiter*innen nach Berlin. Garip ist seit Anfang der 1980er Jahre in migrantischen Selbstorganisationen aktiv, Anfang der 1990er im Verein Ada (türkisch: »Insele«), der die Zeitschrift inisiyatif – gegen Faschismus und Rassismus auf Türkisch/Deutsch herausgab.



WAS KÖNNEN WIR VOM MIGRANTISCHEN SELBSTSCHUTZ der 1990er lernen?

17. MRZ. 2020

Garip Bali über die Pogromjahre nach der Wende, migrantische Jugendgangs und die Geschichte der Antifasist Gençlik

MIGRANTIFIA

Ausschlaggebend war der Tod eines Nazifunktionsars, Gerhard Katndl von der Deutschen Liga für Volk und Heimat, bei einer Auseinandersetzung in einem Restaurant in Kreuzberg. Die darauf folgende staatliche Repression traf die Antifasist Gençlik hart. Die Masse derer, die in den Jugendgangs organisiert waren, wollten sich nicht mit den Angeklagten, die mit dem Tod von Katndl in Verbindung gebracht wurden, solidarisieren. Nach dem Tod von Katndl kam es nicht nur zur Kriminalisierung der Gangs und der Jugendlichen, es wurden auch sozialarbeiterische Disziplinierungsprogramme aufgelegt. In Schöneberg wurde im Wohnbereich der Gang »Die Barbaren« eine Jugendeinrichtung gebaut, in die Mitglieder der »Barbaren« eingebunden wurden. Man zielte vordergründig darauf, dass die Jugendlichen die Gangs verlassen. Das antifaschistische Moment brach damit auch weg, und die Politisierungsdynamik war beendet.

Was kann man aus der Geschichte von Antifasist Gençlik lernen nach Hanau?

Die Idee der unabhängigen, militanten Selbstorganisation von Migrantinnen ist möglich und machbar. Selbstorganisation bedeutet, dass Rassismusbetroffene sich unabhängig organisieren, auch unabhängig von staatlichen Strukturen und Parteien. Was nicht heißt, dass man in Abgrenzung zur deutschen Linke geht, sondern unabhängig und auf Augenhöhe miteinander politisch in Beziehung tritt! Dafür müssen neue Plattformen geschaffen werden, neue Sprachen, neue Beziehungen. Wir sind in den letzten Jahren durch identitätspolitische Haltungen auf allen Seiten – auch die deutsche Linke ist identitätspolitisch – zu sehr isoliert voneinander. Wir brauchen Solidarität. Alleine entsteht aber keine Solidarität. Wir müssen zusammenkommen und lernen, intersektional und auf Augenhöhe Politik zu machen.

Infolge von Hanau haben sich neue Gruppen gegründet, die explizit auf antirassistische und antifaschistische Kämpfe, Selbstorganisation, Solidaritätsarbeit ausgerichtet sind. Was denkst du über »Migrantifia«?

Dass nach Hanau neue »Migrantifias« entstehen, ist wichtig. Wenn Migrantifia bedeutet, dass Migration und Antifaschismus zusammen gedacht werden, dann ist das eine wichtige Antwort auf das Grenzregime, die Morde im Mittelmeer, die Angriffe der Faschisten und Rassisten heute und für den Kampf um Würde, soziale Gerechtigkeit und Gleich

» WIR MÜSSEN DIN ALLTAG STÜREN «

17. MRZ. 2020

Interview: Nelli Tügel

Nach Hanau steht die Frage im Raum, was getan werden kann, um den Nazis und Rassisten endlich Wirksames entgegenzusetzen. Migrant*innen dürfen nicht mehr hinnehmen, dass Politiker*innen das Geschehen bestimmen und wieder zum Alltag zurückkehren, sagt Gürsel Yildirim von der Hamburger Ramadan-Avci-Initiative. Und: Auf die Straße gehen reicht nicht aus. Der Alltag, die Routinen in Deutschland müssen gestört werden.

Es kursiert ein Aufruf für einen Generalstreik am 8. Mai. Was ist der Hintergrund?

Gürsel Yildirim: Es geht um einen Aufruf, der angelehnt ist an eine Rede, die ich im Namen der Ramadan-Avci-Initiative in Hanau bei einer Kundgebung nach den rassistischen Morden vom 19. Februar am Samstag, den 22.02.20, gehalten habe. Wir als RAI haben dort den Vorschlag eines Tag des Streiks gemacht, und das wurde dann aufgegriffen und verbreitet sich jetzt. Wenn es so viele Klimastreiks gibt, warum soll dann nicht ein Generalstreik gegen Rassismus möglich sein, an dem alles stillgelegt wird?

Du hast in dieser Rede auf Erfahrungen aus den frühen 1990er Jahren verwiesen, etwa auf die Hamburger Widerstandsinitiative gegen Rassismus, damals gab es als Reaktion auf die rassistischen Morde in Mölln 1992 und Solingen 1993 selbstorganisierte Streikinitiativen. Was habt ihr genau gemacht?

Nach den rassistischen Anschlägen in Mölln und Solingen hat die Widerstandsinitiative gegen Rassismus – İrkçılığa Karşı Mücadele Girişimi – Aktionen organisiert. Nach dem rassistischen Anschlag in Solingen haben wir für den 2. Juni 1993 zu einem Tag des Streiks aufgerufen und eine Kundgebung mit ca. 10.000 Menschen vor dem Hamburger Rathaus organisiert. Zu der Initiative gehörten nicht nur linksorientierte migrantische Vereine von Menschen aus der Türkei oder Kurdistan, sondern auch Studenten, Arbeiterinnen, Schüler, Selbstständige, gerade aus dem Bereich der Gastronomie. Sie haben nicht nur mit aufgerufen, sondern sich auch selbst organisiert und den Streik durchgeführt. Das war eine einmalige Sache: Während damals in Solingen über Differenzen, türkische Fahnen und so weiter diskutiert wurde, haben wir es in Hamburg geschafft, alle, die von Rassismus betroffen sind, anzusprechen und an den Aktionen zu beteiligen.

Mein Vorschlag, den ich in der Hanauer Rede gemacht habe, kommt also nicht aus heiterem Himmel. Wir haben diese Erfahrung gemacht, auch wenn viele sich heute nicht daran erinnern oder gar nicht wissen, dass es das gab 1993.

Warum glaubst du, dass es gerade jetzt notwendig ist, daran anzuknüpfen?
Vor allem nachdem; Rot-Grün 1998 an die Regierung gekommen war, war

MIGRANTIFA

Ein Aktivist der Hamburger Ramadan-Avci-Initiative erklärt, warum ein Streik gegen Rassismus notwendig ist



Freitag und Samstag sind Protesttage der rassistischen Gewalt von Mölln!

ImmigrantInnen und Flüchtlinge halten wir unsere Läden geschlossen, verweigern wir unsere Arbeitskraft, gehen wir nicht in die Schulen, bringen wir unsere Kinder nicht in die Kindergärten! (27. 11. 1992)

Treffen wir uns am Freitag Abend um 19.00 Uhr am Flughafen um uns von unseren toten zu verabschieden und gegen die rassistische Gewalt zu protestieren. (28. 11. 1992)

Beteiligen wir uns an der Demonstration am Samstag um 11 Uhr in Mölln! (Busses um 9.00 am ZOB am Hauptbahnhof).

Demonstration sowie Aufruf zum antirassistischen Streik in Hamburg nach den rassistischen Morden in Mölln, 1992.

die antirassistische Szene vermehrt tritt sich selbst beschäftigt. Es sind in dieser Zeit auch neue Gruppen entstanden – Kanak Attak beispielsweise, die gesagt haben, der Kampf gegen Rassismus auf der Straße bringt nicht mehr viel, wir müssen ihn auf die Bühne tragen. Kultur und Kunst wurden wichtiger. Kanak Attak haben ihr Manifest damals in der taz veröffentlicht, einer linksliberalen Zeitung, auch das war kein Zufall. Sie haben auch viel getan, was ich sehr schätze, aber der selbstorganisierte Widerstand von Migrant*innen, People of Color, Schwarzen, all diese Bemühungen sind im Laufe der Zeit vergessen worden, und es waren eher akademisch orientierte, kunst- und kulturorientierte Veranstaltungen in geschlossenen Räumen, die an diese Stelle traten. Diese Strategie hat die ganz normalen Menschen auf der Straße aber nicht angesprochen. Und dann war da noch die sogenannte Integrationskraft der Schröder-Fischer-Regierung, die antirassistische Aktivist*innen auch teilweise eingebunden hat und ihnen den Weg in die Institutionen geebnet hat. Das hat viele Aktivist*innen auf der Grundlage der Selbstorganisie-

rung und Selbstverteidigung unterwegs waren, im Laufe der Zeit »integriert«.

Und was braucht es jetzt?

Ich sehe das ganz pragmatisch: In Mölln sind drei Menschen von uns ermordet worden, in Solingen fünf, dann war Lübeck, NSU, zuletzt Halle und nun Hanau ... Die völkische Bewegung hat es geschafft, in den vergangenen Jahren sich mit der AfD eine Struktur, eine Partei zu schaffen, die ohne Hemmung rassistische und antisemitische Hetze verbreitet. Wir hingegen sind nur damit beschäftigt zu reagieren, und die Reaktionen bleiben zu schwach. In Chemnitz etwa haben die Rechten ver-



GÜRSEL YILDIRIM

Ist studierter Soziologe, langjähriger Aktivist der Initiative zum Gedenken an Ramadan Avci (gegründet 2010) sowie Mitbegründer der Initiative zur Aufklärung des Mordes an Süleyman Taşköprü und der Initiative in Gedenken an Semra Erten.

gangenes Jahr ihre Macht demonstriert. Was passierte dann: Es wurde ein Konzert organisiert mit 50.000 Menschen und behauptet: Wir sind mehr als die, wir sind die Gesellschaft der Vielen und so weiter. Ich glaube, darüber lachen die Nazis! Sie haben eine Strategie, sie machen einen Schritt nach dem anderen. Die Morde hören nicht auf. In Hanau sind nun neun Menschen von uns ermordet worden und deswegen müssen wir jetzt über das Gewöhnliche hinausgehen, den Alltag stören. Es reicht nicht, in geschlossenen Räumen Veranstaltungen zu machen nach dem Motto: »Lass uns über Rassismus reden«, oder Konzerte oder die gleichen Reaktionen wie in den vergangenen Jahren abzuspielen – nein. Migrant*innen und Migrant*innen sind der schlafende Riese, und der muss jetzt geweckt werden.

Aber es gab ja durchaus auch Initiativen in den vergangenen Jahren, die auf die Straße mobilisiert haben: Unteilbar beispielsweise ...

Wir möchten gerne unteilbar sein, aber wir sind es nicht! Natürlich sind wir mehr, aber wieviele sind dann auch tatsächlich auf der Straße, wenn es darauf ankommt, sich an die Seite der Betroffenen zu stellen? Was bringt es, wenn wir zu solchen Events gehen, dann nach Hause fahren und unsere Seele gereinigt haben? Nichts. Moralische Reinwaschung reicht nicht aus. Es braucht vielmehr eine ernsthafte langfristige antirassistische Strategie. Selbstverständlich gehen wir dabei mit den Angehörigen gemeinsam vor und reden nicht nur davon, wir müssten die Angehörigen »in den Mittelpunkt« stellen. Und wie gesagt: Über das bisher Gewöhnliche hinausgehen, deshalb der Streik. Darüber sind wir im Austausch mit den Angehörigen in Hamburg und so weit wie möglich auch in Hanau.

In Deutschland einen Generalstreik auszurufen, ist tatsächlich ziemlich ungewöhnlich – politische Streiks sind formal und de facto verboten. Haben sich Gewerkschaften schon bei euch gemeldet, seit der Aufruf kursiert?

Von den Gewerkschaften gab es ja die zehnmündige Arbeitspause am 4. März, wer weiß, vielleicht war das schon eine indirekte Reaktion auf unsere Initiative. Darüberhinaus: Nein, sie haben sich noch nicht gemeldet, aber sie werden es tun, wenn Betroffene anfangen, sich auf der Straße zu bewegen, geschlossen Stärke zu demonstrieren und Druck auf ihre Organisationen zu machen. Nicht nur auf die Gewerkschaften, auch auf die bundesweit organisierten türkeistämmigen Dachverbände, damit auch diese sich anschließen und es endlich eine wirkliche Reaktion gibt auf das Treiben der Nazis. Der Bruder von Gökhan Gültekin hat in Hanau gesagt: »Passt bitte auf euch auf, wir sind im Stich gelassen worden. Gebt auf euch Acht, es wird nicht aufhören. Es wird noch schlimmer«. So denken viele von uns, und wir können nicht einfach weiter warten, bis es die nächsten Angriffe gibt. Das »Passt auf euch auf« habe ich als Appell an die von Rassismus Betroffenen verstanden, sich selbst zu verteidigen. ☺

» Wir ROMA WOLLEN UNS NICHT MEHR verstecken! «

MIGRANTIFA

Maya Adzovic und Njake Sejdovic über ihre Gedanken und Gefühle nach Hanau und darüber, was sich eigentlich ändern müsste

17. MRZ. 2020

Interview: Madeleine Does

Der Anschlag in Hanau hat auch die Roma-Community stark verunsichert und wütend gemacht. Wütend, weil rassistische und ausgrenzende Handlungen gegen Sinti und Roma immer noch zum Alltag gehören. Wütend aber auch, weil Sinti und Roma bei den offiziellen Trauerveranstaltungen nicht sichtbar sein konnten. Im Romani Kafava, einem Begegnungsort im Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg, sprachen Njake Sejdovic und Maya Adzovic auch über ihre Sicht auf Hanau und rassistische Angriffe im Alltag.

Wie geht es euch nach dem Anschlag in Hanau?

Njake Sejdovic: Mir geht es schlecht – ich bin sehr traurig und mache mir große Sorgen. Als wir gehört haben, was passiert ist, war das ein Schock für uns. Maya Adzovic: Das ist ein komisches Gefühl und ich habe Angst. Wir Roma wollen nur ein normales Leben leben und nicht ständig Angst haben müssen. Njake Sejdovic: Mich hat sehr interessiert wer Mercedes Kierpacz war und was sie gemacht hat. Sie war unter den Opfern, eine deutsche Romni. Und sie war auch eine Aktivistin, so wie ich. Sie hat ebenfalls andere Menschen unterstützt, so wie ich. Meine Kinder haben mir nach Hanau gesagt, dass ich aufpassen soll, was ich mache. Ich denke allerdings nicht, dass ich jetzt vorsichtiger werden oder nicht mehr Aktivistin sein sollte. Wenn ich so sterben sollte wie Mercedes, dann kann ich das nicht verhindern. Sie hat ja nichts Falsches getan.

Bei den offiziellen Trauerveranstaltungen mit Politikern kam gar nicht zur Sprache, dass auch Roma unter den Opfern waren.

Maya Adzovic: Wir haben auch mehr erwartet. Wir dachten, wir werden auch dahin eingeladen. Wir wären gerne dort gewesen, um beispielsweise die Familien zu fragen, wie es ihnen geht und wie es

nun weiter gehen soll. Am Ende haben wir die Trauerkundgebung nur auf dem Handy und im Fernsehen verfolgt. Die Gefühle aber, die sind da. Und wir sind es den Familien schuldig, jetzt auf die Straße zu gehen. Dabei müssen wir auch unsere bundesweite Vernetzung mobilisieren. Ein Teil der Familie von Mercedes Kierpacz wurde vom NS-Faschismus verfolgt und ermordet, so wie auch viele andere Sinti und Roma. Es hat aber wahnwitzig lange gedauert, bis Sinti und Roma überhaupt als verfolgte Gruppe des NS anerkannt worden sind.

Njake Sejdovic: Es ist ziemlich genau 40 Jahre her, dass die ehemaligen KZ-Häftlinge Franz Wirbel, Jakob Bamberger und Hans Braun gemeinsam mit neun weiteren Sinti auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau in Bayern in einen Hungerstreik getreten sind. Sie wollten Anerkennung dafür schaffen, dass Sinti und Roma zu den verfolgten Gruppen während Nazi-Regimes gehört haben. Ich war damals selbst bei der Demo in Dachau dabei und auch in München. Und ich war hier in Hamburg im Hungerstreik. Das war vor 28 Jahren. Wir haben so einen Streik auch direkt in Neugamme gemacht. Es ging uns auch darum dagegen zu protestieren, dass sich die rassistischen Denkmäler und Handlungsmuster gegen Roma und Sinti auch nach 1945 fortgesetzt haben. Wir wollen in die Zukunft gucken, aber wir wollen auch wissen, was mit unseren Verwandten passiert ist. Unsere Opas und Omias sind hier gestorben. Und heute sterben wieder Roma. Das reicht mir! Wir müssen auf die Straße gehen und unsere Gesichter zeigen.

Es hat sich ja auch asylrechtlich in den letzten 30 Jahren ganz viel verändert.

Njake Sejdovic: Für uns, die wir schon lange in Deutschland sind, ist es eigentlich besser geworden – weil wir kämpfen und es auch solidarische Menschen gibt.

Maya Adzovic: Aber für neu angekommene ist es schlechter geworden. Sie können nicht lange in Deutschland

bleiben. Wenn Leute neu hierher kommen und Asyl beantragen, werden sie wenig später wieder abgeschoben. Viele von denen, die aus Deutschland abgeschoben werden, leben danach auf der Straße. Sie finden keine Arbeit. Und wenn man auf dem Balkan eine Arbeit findet, dann muss man sehr viel arbeiten für sehr kleines Geld. Deshalb brauchen wir auch Aktionen, die das Ende von Abschiebungen fordern. Und zwar nicht nur für Leute, die vom Balkan kommen, sondern mit allen zusammen, egal woher sie kommen. Wir müssen die Abschiebungen stoppen!

Nach Hanau haben viele von Rassistismus betroffene Menschen darauf hingewiesen, dass Anfeindungen in Deutschland Alltag sind und vielfach auch zugenommen haben. Wie sind dahingehend eure Erfahrungen?

Njake Sejdovic: Oh ja, das erleben wir auch. Am schlimmsten war es, als ich bei der Hamburger Tafel war. Da warten viele Menschen drei, vier Stunden in einer langen Schlange. Eine Frau und ihre zwei Kinder waren hinter mir. Vor mir stand ein Mann, zwei Meter groß. Ich habe für die Frau übersetzt, dass sie eine Nummer ziehen muss. Und er sagte: »Halt deine Fresse.« Und die Frau lachte. Er war wütend und hatte ein rotes Gesicht. »Hier gibt's nichts mehr zu lachen in Deutschland!«, hat er gesagt, aber die Frau hat gar nichts verstanden und weiter gelacht. Der Mann dachte, dass sie ihn auslacht und dann hat er so viele schlimme Wörter gesagt, dass man es nicht glauben kann. Ich habe zu ihm gesagt: »Bitte rede nicht über diese Frau, sie spricht doch kein deutsch.« Und er sagte: »Was? Sie kann nicht mal deutsch und Sie können es auch nicht. Geht raus aus meinem Land. Es ist mein Land. Oder ich nehme ein Messer und schneide euch die Köpfe ab.«

Maya Adzovic: Ich mache auch solche Erfahrungen. Einmal in der U-Bahn beispielsweise. Da saß ein Mann, und meine Kinder und ich haben uns auch hingestellt. Der Mann hat zuerst mit sich selbst geredet. Und dann hat er zu uns

gesagt: »Seid ihr Zigeuner? Ihr müsst raus aus unserem Land! Man muss euch alle anzünden.« Dann bin ich aufgestanden und habe gesagt: »Halt! Ruh! Halt deine Kläppe!« Er ist dann auch aufgestanden, und die Leute in der U-Bahn waren auf seiner Seite. Sie haben gesagt dass ich den Mann in Ruhe lassen sollte dass er alt sei und nicht wüsste, was er sagt. Ich habe gesagt: »Er soll nicht wissen, was er sagt, aber er kann klar sagen dass er uns alle verbrennen will? So wie damals Hitler oder was?« Ich war in dieser Situation ganz allein mit meinen Kindern. Zwar waren da mehrere Leute, aber die waren eben auf seiner Seite. Dabei bin ja nur aufgestanden und habe gesagt: »Halt!«

Was muss aus eurer Sicht jetzt – nach Hanau – geschehen?

Njake Sejdovic: Als ich gehört habe, was in Hanau passiert ist und mich an die letzten dreißig Jahre erinnert habe, ist mir klar geworden: Wir sind noch nie so richtig auf die Straße gegangen. Viel Roma verstecken sich. Das muss jetzt aufhören. Und wir müssen auch in die Ausländerbehörden und in die Jobcenter und mit den Leuten reden. Keine Angst mehr zu haben, sondern den Mut zu haben, zu reden, das ist wichtig. Wir fordern unsere Rechte! Wir wollen, dass unsere Enkelkinder nicht mehr erleben müssen, ausgeschimpft und beleidigt zu werden. Das ist mein großer Wunsch. Maya Adzovic: Meine Kinder, meine Enkelkinder und alle anderen Roma sollen keine Angst mehr haben müssen vor Nazis. Sie sollen sich nicht mehr verstecken müssen. Ich möchte, dass alle freie Menschen sein können, genau wie andere Menschen auch. Das ist mein Wunsch. ●

Madeleine Does ist aktiv in der Politiklini Veddel und in der Interventionistischen Linken.

MAYA ADZOVIC UND NJAKE SEJDOVIC

leben mit ihren Familien seit über 30 Jahren in Hamburg. Sie haben hier die rassistischen Pogrome in den 1990er Jahren erlebt und sich für eine Erinnerungs- und Gedenkkultur an die Opfer des Nationalsozialismus eingesetzt. Sie und ihre Familien waren an den Besetzungen und Hungerstreiks in den KZ Dachau/ Neugamme beteiligt. Sie sind staatenlos und leben hier ohne festen Aufenthaltstitel, ebenso wie ihre in Deutschland geborenen Kinder. Seit drei Jahren beraten, begleiten, vernetzen sie Rom'nijas und Sinti'zze im Romani Kafava zu Fragen der Erziehung, des Asylrechts und zu gesundheitlichen Themen. Aktuell beteiligen sie sich an den Vorbereitungen für eine »Antiabschiebungsdemo« in Hamburg am 18. April 2020 (organisiert vom Network against all deportations) und laden alle Menschen ein, sich zu beteiligen.

ICH FORDERE VOLLSTÄNDIGE AUFKLÄRUNG

Bei der zentralen Trauerfeier in Hanau, die am 4. März stattfand, übergab Serpil Temiz, Mutter des ermordeten Ferhat Unwar, einen Brief an die Bundeskanzlerin, den wir hier dokumentieren:

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel, ich schreibe Ihnen heute als Mutter eines Ermordeten vom 19. Februar, als Mutter von Ferhat Unwar. Ferhat wurde, wie acht weitere junge Menschen, am 19. Februar von einem Rassistin ermordet. Der Täter hat seinen Wunsch nach dieser Tat nie verheimlicht, hat in den sozialen Netzwerken seine Absicht, ein Massaker zu begehen, bekundet und seine rassistische Gedankenwelt in Briefen den Behörden mitgeteilt. Seltsamerweise wurden seine Absichten nicht ernst genommen, wie schon so oft zuvor.

Diese grausame Tat muss Sie als Bundeskanzlerin dazu bringen, endlich zu reagieren und die Gesellschaft gegen Rassismus zu erwecken. Das gilt auch für die Blind-

heit der Verfolgungsbehörden. Es war nicht das erste Mal und ich fürchte, es wird nicht das letzte Mal sein, wenn sich nicht schnell etwas ändert.

Deshalb stellen wir als Familie eines der Ermordeten heute Forderungen an Sie als Bundeskanzlerin. – Ich fordere eine vollständige Aufklärung der Tat. Es dürfen nicht die gleichen Fehler gemacht werden wie beim NSU-Komplex, wo Familienmitgliedern eine vollständige Untersuchung versprochen wurde, die leider nie stattfand, ganz zu schweigen davon, dass sie jahrelang selbst zu Tätern gemacht wurden. Wenn es keine lückenlose Aufklärung gibt, ist es, als würde mein Sohn ein zweites Mal ermordet. Ich bitte Sie daher, uns einen offiziellen Ansprechpartner zu nennen, der sicherstellt, dass unsere

Sorgen ernst genommen werden und dass dieser Fall verfolgt wird.

– Die Familien der Opfer brauchen lebenslange Unterstützung für ihren dauerhaften Verlust, der durch nichts kompensiert werden kann. Die Lebenschancen der Angehörigen dürfen nicht verschlechtert werden. Wir bitten die Bundesregierung, uns in diesem geschädigten Leben zu begleiten, sei es durch ehrenamtliche Patenschaften des Bundespräsidenten oder Geschwister-Stipendien. – Ich fordere die Gründung einer staatlich geförderten Stiftung, deren Mitglied und führender Akteur ich mit anderen Angehörigen sein kann. Sie soll Aufklärungsbereitschaft gegen Hass und Rassismus leisten und das gemeinsame, friedliche Zusammenleben aller Einwohner dieses Landes leisten.

Die Opfer von Hanau dürfen nie vergessen werden. Die Namen müssen in der Schule gelehrt werden und auf den Straßen lesbar sein.

Hochachtungsvoll und in tiefer Trauer,
Serpil Temiz, Hanau, 4. März 2020

VERLEUGNUNG ÜBER DEN TOD hinaus

MIGRANTIFIA

17. MRZ. 2020

Während Nazis wie auch AKP-nahe Institutionen ihre Netzwerke erweitern können, werden Kurd*innen in Deutschland kriminalisiert

Von Dilan Karacadağ

Am 19. Februar 2020 sind neun junge Menschen in Hanau aus zutiefst rassistischen Gründen niedergeschossen wurden. Zwei der Opfer, Ferhat Unvar und Gökhan Gültekin, waren Kurden. Doch auch nach ihrem Tod wird diese Identität in Frage gestellt. Die Deutschen haben Ferhat wegen seiner deutschen Staatsbürgerschaft als Deutschen bezeichnet. Derselbe Ferhat wurde wegen der Herkunft seiner Eltern – für Kurd*innen kommen sie aus Nordkurdisten, für Türk*innen aus der Osttürkei – von türkischer Seite als Türke bezeichnet. Ferhat ist kurdischstämmiger Hanauer. Gökhan war kurdischstämmiger Hanauer, der die türkische Staatsbürgerschaft besaß. Auch er durfte nicht als Kurde sterben.

Der türkische Staat versucht seit Jahrzehnten, die Existenz der Kurd*innen und ihre Kultur auszulöschen. Dabei werden Politiker*innen verfolgt, verhaftet und gefoltert, Zwangsverwalter an Stelle gewählter Bürgermeister*innen eingesetzt. Wenn man das aus Deutschland betrachtet, klingt es »recht krass«. »Krasser« ist es allerdings, dass die türkische Repressionspolitik in Deutschland widerspiegelt.

Wenn es um Rassismus und Diskriminierung in der Bundesrepublik geht,

können sich Kurd*innen so gut wie immer angesprochen fühlen. Sie müssen nicht nur gegen Rassismus und Nazigewalt kämpfen, sondern auch gegen die Verfolgung durch deutsche Behörden und um die Anerkennung ihrer Identität. In Deutschland leben heute weit über eine Million Kurd*innen. Die deutschen Behörden agieren vielfach auf Wunsch Ankaras und so werden Kurd*innen immer wieder verfolgt und kriminalisiert.

Polizeigewalt und Symbolverbote

Von Kurd*innen friedlich geführte Demonstrationen eskalieren regelmäßig mit Polizeibüßergreifen, weil einige Flaggen, Symbole und Parolen nicht erlaubt sind. Am brutalsten ging die Polizei im Februar 2019 gegen einen jungen Aktivist*innen vor, der bis zur Bewusstlosigkeit geprügelt wurde, als der jährliche Lange Marsch die Stadt Karlsruhe erreichte. Der Grund: eine Abbildung von Abdullah Öcalan sei verboten, was ein Paradox ist, da der Lange Marsch für die Freiheit Öcalans organisiert wird.

Die Bundesregierung erweitert jährliche Flaggen-, Demo- und Parolenverbote. Kurd*innen werden politisch verfolgt, weil die Bundesregierung in ihrer Interessenpolitik gegenüber der Türkei mit Grundrechten von in Deutschland lebenden Kurd*innen handelt. Thomas de Maizière hat sich als Bundesinnen-

minister mit der Kriminalisierung der kurdischen Bewegung besonders hervorgetan. So richtete er am 2. März 2017 ein Rundschreiben an die Bundesländer und Strafverfolgungsbehörden, das die Erweiterung verbotener Symbole zum Inhalt hatte.

Diese Beispiele sind im Gegensatz zum Fall von Zozan Gül noch »harmlos«. Die fünfjährige Mutter wurde im Januar dieses Jahres mit einem Entzug des Sorgerechts bedroht. Zozan Gül ist von Seiten des Staatsschutzes Düsseldorf vorgeworfen worden, das Kindeswohl zu gefährden, da eine der Töchter an verschiedenen Demonstrationen der kurdischen Bewegung teilgenommen hatte. Daraufhin sah die Behörde sich veranlasst, eine Meldung beim Jugendamt zu machen, offenkundig in dem Versuch, die Familie einzuschüchtern und von politischen Aktivitäten abzubringen. Obwohl das Jugendamt ausdrücklich keine Kindeswohlgefährdung feststellte, wurde ein Verfahren angestrengt.

Weg mit dem PKK-Verbot

Seit Jahren werden kurdische Aktivist*innen überdies zu Gefängnisstrafen verurteilt. Derzeit befinden sich sechs Personen in Untersuchungshaft und zwei im Gefängnis. Seit 1993 wurden mehr als 180 Gerichtsverfahren gegen mutmaßliche PKK-Aktivist*innen geführt und seit 2010 wurden mehr als 30 Personen wegen Mitgliedschaft in der PKK nach Paragraph 129b StGB zu mehreren Jahren Haft verurteilt.

Doch die Kriminalisierung von kurdischen Bewegungen, Parteien, Flaggen, Persönlichkeiten und Aktivist*innen in Deutschland beschränkt sich nicht auf Demonstrationen und Aktivitäten. Ähnlich wie in der Türkei und Nordkurdisten (Osttürkei) hat die jahrelange Einschüchterungspolitik eine neue Dimension angenommen. Neben Dutzenden verbotener Demos, wie zuletzt der Lange Marsch am 10. Februar 2020, und Veranstaltungen wie die kulturelle Newroz-Feier, kommt hinzu, dass kurdische Verlage verboten werden. Am 9. März 2018 fand in Neuss im kurdischen Mesopotamien

Verlag und der MIR Multimedia GmbH eine Razzia statt.

Während die Existenz von Kurd*innen in Deutschland ignoriert und »Erregungschaos« bedroht werden, verbreitet sich das AKP-Netzwerk in Deutschland, und die Einflussnahme der türkischen Regierung auf Kurd*innen in der BRD nimmt zu. Der Verfassungsschutz, der seit Jahren Kurd*innen beobachtet, macht sich durch die geheimdienstliche Zusammenarbeit mit der türkischen MIT (Geheimdienst) zum Komplizen. Als Folge werden Kurd*innen oft zweifach ausgepäpelt. Die türkische Generalstaatsanwaltschaft in Ankara soll inzwischen mindestens 400 Ermittlungsverfahren gegen Mitglieder kurdischer Organisationen aus Deutschland wegen »Mitgliedschaft einer terroristischen Vereinigung« eröffnet haben. Viele Türkei-Reisen enden in letzter Zeit mit Verhaftungen; so etwa im Fall der deutschen Staatsbürgerin und kurdischen Sängerin Hozan Çarê, die am 23. Juni 2018 in der Türkei festgenommen und zu sechs Jahren und drei Monaten Haft verurteilt wurde.

Die Verfolgung kurdischer Aktivist*innen und deren Genoss*innen muss ein Ende haben. Die einfachste Lösung hierzu wäre die längst überfällige Aufhebung des PKK-Verbots. Der Kassationshof in Brüssel hat im Januar die Entscheidung des Revisionsgerichts vom März 2019 bestätigt, wonach die PKK keine »terroristische« Organisation, sondern eine Partei in einem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt ist. Der nächste Schritt wäre, dass die Bundesregierung dies anerkennt und die Repression gegen Kurd*innen endet, die politischen Gefangenen freigelassen werden und dies dann auch Folgen in der Türkei hat, wie zum Beispiel durch ein Waffenembargo, da seit Jahren mit deutschen Waffen und Panzern gegen die Kurd*innen in Nordkurdistan und der Türkei vorgegangen wird. ☹

Dilan Karacadağ ist Redakteurin der Tageszeitung Yeni Özgür Politika, die in Deutschland erscheint und dreisprachig – türkisch, kurdisch und deutsch – berichtet.

TOXISCHE RHETORIK

MIGRANTIFIA

Von Saba-Nur Cheema

Nach dem rassistischen Attentat in Hanau gab es bald Kritik an der deutschen Politik: Bei der Einladung zur zentralen Trauerfeier für die Opfer vergaß diese zunächst, auch die kurdischen Gemeinden einzuladen. Man dachte nur an türkische und islamische Verbände, obwohl nicht nur türkischstämmige Sunniten unter den Opfern waren, sondern auch zwei kurdischstämmige Deutsche.

Die pauschalisierende Sichtweise auf die vermeintlich türkisch-muslimischen Opfer von Hanau zeigt auch, wie in Deutschland generell über »die Muslime« gesprochen wird. Alles dasselbe: Türk*innen, Kurd*innen, Araber*innen oder platt gesagt: »Schwarzköpfe«, »Kanaken«, die »Anderen« halt. Und wenn es in aktuellen Debatten um Migration und Integration nur noch um »die Muslime« geht, ist dies das Resultat einer Wahrnehmungsverchiebung: Aus den Menschen, die zunächst als »Gastarbeiter«, »Ausländer« oder »Migranten« wahrgenommen

Das Feindbild »Muslim« wird seit Jahren aufgebaut – auch Nicht-muslim*innen werden Opfer dieses rassistischen Konstrukts

dass Menschen physisch oder verbal angegriffen werden, weil sie vom Täter als Muslim*in identifiziert werden. Dabei sind es fremdbestimmte Merkmale einer Person, die das Muslimsein (vermeintlich) ausdrücken: Haut- oder Haarfarbe, Kleidung oder Name. So funktioniert Rassismus: Menschen werden durch die willkürliche Markierung von Differenz als »anders« und minderwertig klassifiziert.

Dabei wird gegenwärtig weniger biologisch zwischen »Rassen«, als vielmehr zwischen »höher- oder minderwertigen« Kulturen unterschieden und beide werden für grundsätzlich unveränderbar erklärt. Dieser neuere Kulturrassismus basiert auf der Verabsolutierung und Naturalisierung eines »kulturellen Erbes«. Antimuslimisch-rassistische Argumentationen richten sich in diesem Sinne gegen eine als homogen imaginierte »Islamische Kultur und Lebensweise«. »Die Muslime« gelten als das Kollektiv »der« islamischen Kultur. Ihnen werden gewisse Wesenseigenschaften zugeschrieben.

Ob die betroffenen Menschen tatsächlich der islamischen Religion angehören, ist dafür vollkommen irrelevant. So sind auch Sikh-Männer, die ein Dastar (Turban) tragen, jüdisch-orthodoxe Frauen, die ein Tichel (Kopftuch) tragen, christlich-syrische Menschen, die arabisch sprechen oder nichtmuslimische Menschen, die sich an als migrantisch wahrgenommenen Orten aufhalten, und – im Sinne der obigen Logik – gleichzeitig als muslimisch wahrgenommen werden, von antimuslimischem Rassismus betroffen. Auch mit Blick auf die Anschläge von Hanau geht es also nicht darum, ob die Opfer tatsächlich Muslim*innen wa-

gegriffen wird und auch heterosexuelle Menschen ermordet werden, ist dies trans- und homosexuellenfeindlich motiviert.

Antimuslimischer Rassismus hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten immer stärker in den öffentlichen Diskurs eingeschrieben. Ein entscheidender Akteur war der SPD-Politiker Thilo Sarrazin, der antimuslimischen Rassismus erst salonfähig gemacht hat. 2010 schrieb er über die »unveränderliche« und »rückständigen« Kultur der Muslim*innen. 2018 befeuerte er in einem neuen Buch Islamisierungsfantasien, indem er eine überdurchschnittliche Geburtenrate bei Muslim*innen als Bedrohung imaginierte und ähnlich wie die ethnopluralistischen Konzeptionen der Neuen Rechten argumentierte.

Schon vor zwei Jahrzehnten stritten sich Politiker*innen aller Parteien über »Parallelgesellschaften« und darüber, ob der Islam zu Deutschland gehört, ob das muslimische Kopftuch im öffentlichen Dienst getragen werden darf oder nicht. Und mindestens ebenso lang werden Moscheen und andere Themen rund um den Islam mehrheitlich negativ in deutschen Medien dargestellt. Anlässe gibt es genug, den Islam als Problem darzustellen: Terror, Zwang und Gewalt »im Namen des Islam«. Jedoch zeichneten sich anstatt einer aufgeklärten Religionskritik viel eher rassistische Muster ab. Ein völkisch definiertes »Wir« scheint dabei von Muslim*innen bedroht, überfremdet und hinteres Licht geführt.

Die AfD schließlich präsentiert ihren antimuslimischen Hass in rassistischer Weise. Alice Weidel, die Co-Vorsitzende der Bundestagsfraktion, polemisierte in einer Bundestagsdebatte im Mai 2018

den Sozialstaat nicht sichern« würden. Überdies brandmarken AfD-Politiker*innen Shishabars als weitere migrantische Orte und »Kriminalitätsschwerpunkte«.

Derlei toxische Rhetorik wurde über Jahre hinweg weiter zuspitzt – mit allen Konsequenzen für die Betroffenen. Antimuslimischer Rassismus ist eine Realität und für viele Menschen eine alltägliche Erfahrung. Das Attentat in Hanau ist der gewaltvollste Ausdruck dieses Hasses – aber mit Blick auf die rassistische Zerstörungswut des Täters längst kein »Einzelfall«. Eine Woche vor dem Attentat in Hanau wurde die rechtsterroristische Gruppe Teutonico (besser bekannt als Gruppe 5) festgenommen, die zehn Anschläge auf Moscheen in Deutschland plante – inspiriert vom Täter aus Christchurch, der im März 2019 über 50 Menschen in zwei Moscheen tötete.

Antimuslimischen Rassismus als solchen zu verstehen, zu benennen und als Tatmotiv anzuerkennen, ist notwendig für seine Bekämpfung. Aber auch um die Instrumentalisierung dieses Begriffs, etwa durch türkische Nationalist*innen, zu verhindern, die auf den Gebungen nach Hanau türkische Nationalflaggen schwengen und islamistische Parolen riefen. Es ist zudem unglücklich, wie viel Energie, auch und gerade in linken Zusammenhängen investiert wird, um die Realität des antimuslimischen Rassismus zu leugnen. Die Forderung, solchen als Religionskritik getarnten Rassismus zu benennen und zu entlarven, ist so banal, dass man sich fast schämt, es immer wieder betonen zu müssen. ☹

Saba-Nur Cheema ist pädagogische

Wie polizeiliches RACIAL PROFILING Rassismus anheizt

MIGRANTIFA

17. MRZ. 2020

Der Hanauer Terroranschlag war nur durch das Framing von Shishabars als gefährliche Orte möglich

Von Bafta Sarbo

Als Racial Profiling werden rassistische Polizeikontrollen bezeichnet, bei denen Menschen anhand von phänotypischen Merkmalen, insbesondere der Hautfarbe, polizeilichen Maßnahmen unterzogen werden. Den Begriff und die Diskussion kennen viele vor allem aus den USA, aber auch in Deutschland und allen anderen europäischen Ländern gibt es das. Allerdings hat Racial Profiling in Deutschland eine andere Grundlage als in den USA. Hier geht es seltener darum, Drogendelikte festzustellen, sondern in der Regel um Migrationskontrolle, also darum illegale Einreisen, unerlaubte Grenzübertritte festzustellen. Eine zentrale Rechtsgrundlage sind dabei die §§ 22 und 23 des Bundespolizeigesetzes (BPolG), die es der Bundespolizei erlauben, nicht nur an Grenzen, sondern insbesondere an Bahnhöfen, Flughäfen und in Zügen Menschen zu kontrollieren. (1)

Die genannten Paragraphen erlauben eigentlich zunächst nur, bei einem ersten Verdacht diese Menschen zu befragen, erst wenn sich durch die Befragung – wie auch immer – dieser erste Verdacht erhärtet, dürfen weitere Maßnahmen ergriffen werden. Insbesondere kann die Identität festgestellt werden. In der Regel treten die Polizist*innen jedoch direkt an die Betroffenen heran und verlangen den Ausweis. Da die meisten Menschen in dieser Situation verunsichert und sich über ihre Rechte nicht im Klaren sind, händigen sie oftmals ohne weitere Nachfrage oder Gegenwehr ihre Papiere aus.

Racial Profiling ist offiziell natürlich illegal. Es widerspricht dem Grundgesetz und auch völkerrechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik, Menschen nicht anhand ihrer äußeren phänotypischen Merkmale einzuordnen und aufgrund eines derartigen Profils zu kontrollieren. Dies aber findet beim Racial Profiling als gängiger Polizeipraktik trotzdem statt, da die Beamt*innen in aller Regel das Äußere als zentralen Anhaltspunkt nehmen, um Menschen einer derartigen Kontrolle zu unterziehen.

Gefährliche Orte

Im Polizeirecht der Länder gibt es weitere Bestimmungen, die die polizeiliche Befugnis zur Identitätsfeststellung und Durchsichtung nicht an einen Verdacht oder eine konkrete Gefahr, sondern an einen »Ort« binden. In einigen Bundesländern ist von »gefährlichen«, in ande-

»Gefahrengeländen« die Rede. In Berlin findet sich die Regelung über »kriminalitätsbelastete Orte« in § 21 des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes. An Orten, an denen nach Ansicht der Polizei besonders viele Straftaten geschehen und sich insbesondere Betäubungsmittelkriminalität ereignen soll oder sich viele illegalisierte Menschen aufhalten, darf die Polizei verdachtsunabhängig die Identität von Personen einfach feststellen und deren Sachen durchsuchen, ohne dass sich zuvor durch eine Befragung ein konkreter Verdacht auf eine Straftat ergeben hätte.

Das erhöhte Niveau statistisch registrierter Kriminalität an diesen Orten ergibt eine Selffulfilling Prophecy, denn durch vermehrte Kontrollen werden selbstverständlich auch mehr Straftaten festgestellt, die zur weiteren Stigmatisierung des Ortes als »kriminalitätsbelastet« dienen. So kann die Polizei im Grunde fast jeden Ort als »kriminalitätsbelastet« stigmatisieren, insbesondere da eine derartige Festlegung einer Überprüfung weitgehend entzogen ist.

Bereits bei einer oberflächlichen Betrachtung lässt sich feststellen, dass es sich bei diesen Orten zumeist um sehr migrantisch geprägte Gegenden handelt und dass die hier anfallenden Straftaten oftmals einen gewissen Klassenhintergrund haben. Es sind Orte, an denen die üblichen Straftaten nicht unbedingt Steuerhinterziehung und Subventionsbetrug sind. Eine zentrale Ebene ist dabei, dass Menschen, die illegalisiert sind und denen alle Rechte vorenthalten werden, auch keine Möglichkeit haben, erlaubt und regulär zu arbeiten. Sie sehen sich vielfach dazu gedrängt, durch bestimmte illegale Tätigkeiten, oftmals eben durch den Straßenverkauf von Betäubungsmitteln, ihre Existenz zu sichern. Menschen werden in eine bestimmte soziale Position gedrängt und dann dafür sanktioniert, dass sie sich dort aufhalten.

Stigmatisierung und Ohnmacht

Diese Polizeipraktik ist für die Betroffenen zumeist sehr demütigend, da sie in der Öffentlichkeit stattfindet und gerade dadurch noch einmal rassistische Bilder reproduziert, insbesondere da die Polizei diese Kontrollen auch sehr öffentlichkeitswirksam inszeniert. Bei Passant*innen und Zuschauer*innen hinterlässt dies das Bild des »kriminellen Ausländers«, der ja nicht zu Unrecht von der Polizei kontrolliert würde. Wenig beachtet wird aber, was es mit dem Sicherheitsgefühl der Betroffenen macht, also

Polizei und ihrer Sicherheit, sich an bestimmten Orten aufhalten zu können. In Berlin trauen sich nicht wenige Menschen aufgrund der demütigenden und teilweise traumatisierenden Erfahrungen nicht mehr, Orte wie den Görlitzer Park, den Alexanderplatz oder das Kottbusser Tor aufzusuchen.

Neben der Ohnmacht, die viele Betroffene teilweise auch deshalb verspüren, weil sie ihre eigenen Rechte nicht kennen, ist also besonders problematisch, dass das Bewusstsein darüber, was diese Polizeipraktik für die Betroffenen bedeutet, wenig verbreitet ist. Die Wenigsten setzen sich tatsächlich damit auseinander, was für die Betroffenen diese rassistischen Kontrollen tatsächlich bedeuten. Die gängige Kritik orientiert sich (zum Teil zu Recht) zumeist am Vorgehen der Polizeibehörden und nicht an seinen Folgen für die Betroffenen. Dabei wären viele Menschen gerne solidarisch, empfinden aber in der konkreten Situation oftmals eine Lähmung und wissen nicht, wie sie sich verhalten sollen.

Sinnvoll ist es, Betroffene in der Situation nach ihren Namen zu fragen und der Polizei explizite Fragen stellen, etwa warum ausgerechnet diese Person kontrolliert wird. So kann auch deutlich gemacht werden, dass die Beamt*innen nicht so einfach mit einer derartigen rassistischen Praxis davonkommen. Auch die Dokumentation solcher Fälle, etwa durch die Kampagne für die Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP) ist wichtig. Gruppen wie KOP sind auf die Beobachtungen und Erfahrungen Betroffener wie auch solidarischer Menschen angewiesen.

Struktureller Rassismus

Zentral ist, dass Racial Profiling nicht das Ergebnis individueller rassistischer Einstellungen von Polizist*innen ist, bei denen etwa interkulturelle Schulungen oder eine bessere Repräsentation migrantischer Bevölkerung unter den Beamt*innen Abhilfe schaffen könnten. Solche Maßnahmen mögen im Einzelfall durchaus sinnvoll sein, aber sie lösen nicht das grundsätzliche Problem, dass verdachtsunabhängige Kontrollen notwendigerweise Racial Profiling mit sich bringen (2) und deshalb diese polizeilichen Befugnisse abzuschaffen sind.

Dass das Problem immer wieder bei den Individuellen Beamt*innen verortet wird, ist bezeichnend. Zum einen ist anzumerken, dass die Möglichkeit verdachtsunabhängiger Kontrollen bzw. von Kontrollen mit äußerst niedriger Eingriffsschwelle individuelles Fehlverhalten bestärkt, da es den handelnden

gungsdruck zu handeln. Auch mehr migrantische Beamt*innen helfen da nicht weiter, da ausgerechnet diese nicht selten vorgeschickt werden und unter besonderem Druck stehen, das Handeln der Polizei im Ganzen mitzutragen.

Vor allem aber wird durch den Verweis auf interkulturelle Kompetenz etc. vermieden, Rassismus als ein strukturelles Problem zu erkennen. Aus dem Blick gerät insbesondere das umfassendere ökonomische soziale Verhältnis, in dem Menschen grundlegende Rechte vorenthalten werden und sie gezwungen sind, bestimmten Tätigkeiten nachzugehen, um dann aufgrund phänotypischer Merkmale einer engen Kontrolle ausgesetzt zu sein, in der sie massiv kriminalisiert und sanktioniert werden. Der deutschen Öffentlichkeit ist – anders als den Betroffenen – zumeist gar nicht klar, dass auf der ökonomischen Ebene zwischen den Herkunftsländern der Betroffenen und der Bundesrepublik bis heute (neo-)koloniale Verhältnisse bestehen, die die Menschen nicht nur in die Flucht, sondern auch hier noch in wirtschaftliche Verhältnisse zwingt, die sie ins Visier der Polizei rücken.

Wenn in Deutschland aber alles Wissen über strukturellen Rassismus, über die Strukturen organisierter Nazis und ihre Verbindungen in die staatlichen Institutionen nur wenig Beachtung findet und diese Verhältnisse nicht als der Skandal wahrgenommen werden, den sie eigentlich darstellen, dann liegt das auch daran, dass es sich hier um einen gesellschaftlichen Normalzustand handelt.

Wenn in Deutschland überhaupt über Rassismus und rassistische Gewalt gesprochen wird, dann ist zumeist die Rede von Nazis und Rechten. Dabei ist die Gewalt, die Nazis und offene Rassisten anwenden, oftmals die Spiegelung jener Gewalt, die auch der Staat gegen Menschen anwendet. Und die Akzeptanz dieser Gewalt hat zugenommen: Während noch vor einigen Jahren das Racial Profiling bis weit in eine bürgerliche Öffentlichkeit als ein riesiges Problem gesehen wurde, wurden an Silvester 2016 in Köln hunderte Menschen einzig aufgrund ihrer vermeintlichen Herkunft stundenlang in der Kälte festgehalten und Kontrollen unterzogen. Doch statt Empörung und Kritik zu äußern, hieß es selbst bei SPD und Grünen, dass das notwendig sei und die Polizei gar nicht anders arbeiten könne. (3)

Auch der Terroranschlag Hanau lässt sich nicht denken ohne das Framing von Shishabars als gefährliche Orte krimineller Vereinigungen im Kontext der Debatte um »MultiKulti«, Integration und »der Clandebatte«. Die in der Konsequenz massiv zugenommenen unangekündigten Razzien und die Schikane gegen Shishabars und andere migrantische Geschäfte markierten diese als außer Kontrolle geratene Orte, auf die der Staat nur begrenzten Zugriff hat. Bundesweit wurde der zum Großteil migrantisch geprägte Bezirk Berlin-Neukölln vor allem durch die SPD-Berzirksbürgermeister, und diverse Tageszeitungen immer wieder als sozialer Brennpunkt und »Hochburg arabisch geprägter Clankriminalität« bekannt. Dass rechte Terroristen nun auf die Idee kommen, dass dies die Orte sind, an denen sie ansetzen, ist in diesem Kontext nicht weiter überraschend.

Bernd Kasperek und Juliane Karakayal haben die Morde des NSU als »Ausbürgerung durch Mord« bezeichnet. Während es dem Staat bei Migrationskontrolle vor allem um Verwaltung von Arbeitskräften auf dem kapitalistischen Weltmarkt und die Organisation der Einreise nach für ihn nützlichen Kriterien geht, wollen Rechte die Schaffung oder die vermeintliche Wahrung einer ethnisch homogenen Bevölkerung. Das führt zwar zu einer Verengung der Kategorien von dem was »Deutsch« ist bei Rechten, doch die Opfer und die Gewalt bleiben weitestgehend die gleichen. ●

Bafta Sarbo arbeitet zu Marxismus und Antirassismus und ist aktiv in der Initia-

Anmerkungen:

- 1) Hendrik Cremer: Racial Profiling – Menschenrechtswidrige Personenkontrollen nach § 23 Abs. 1a Bundespolizeigesetz. Empfehlungen an den Gesetzgeber, Gerichte und Polizei, Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin 2013.
- 2) AKJ Berlin: Die gesetzliche Diskriminierungsfrage. Diskriminierende Kontrollen und Aufenthaltsgesetzgebung. In: Bürgerrechte & Polizei/CILIP 104, Dezember 2013, S. 12-19.
- 3) Schon wieder kein frohes Neues Jahr. Zur Sylvesternacht in Köln. Kommentar v. 31.12.2017. www.grundrechtkomitee.de/

Briefe

ak – analyse & kritik, Rombergstraße 10
20255 Hamburg, redaktion@akweb.de

Maßnahmen statt Zählung!

→ *Betr.: Zählen allein hilft nicht, ak 657*

Leider gehört dieser Artikel weder im Bereich der Analyse noch im Bereich der Kritik zu einem ak-Highlight. Das beginnt mit einem ganz offensichtlich falschen Titel: Die Obdachlosenzählung in Berlin ist weder die erste noch die einzige Zählung obdachloser Menschen in Deutschland. Bereits 2008 sind Obdachlose in Hamburg gezählt worden, ein weiteres Mal 2018. Die Untersuchungen sind 2009 und 2019 veröffentlicht worden. Zum zweiten werden die Berliner Zahlen in dem Text nicht hinterfragt. Das wäre aber bitter nötig: Mit 1.967 gezählten Obdachlosen liegt die Zahl in Berlin ziemlich genau auf demselben Niveau wie die Hamburger Zahl – und das obwohl Berlin gut doppelt so groß ist wie die Hansestadt. In Relation sind in Berlin also nur halb so viele Menschen gezählt worden wie in Hamburg. Das ist gelinde gesagt unplausibel und wirft erhebliche Fragen zur Methodik auf. Am meisten vermisse ich an dem Text aber eine kritische Auseinandersetzung mit dem politischen Sinn und Zweck einer solchen Zählung.

Zumindest in Hamburg ist das immer damit begründet worden, dass man gutes Datenmaterial brauche, um die richtigen politischen Maßnahmen einzuleiten. Faktisch haben Politik und Verwaltung in Hamburg nach der Zählung 2008/2009 sieben Jahre gebraucht, um das Parlament überhaupt über »Wege aus der Obdachlosigkeit« zu informieren. In der Zwischenzeit ist jede Maßnahme, jeder Vorschlag aus der Freien Wohlfahrtspflege in einer zermürbenden Hinhaltetaktik in einer Unzahl von Arbeitsgruppen- und Unterechtsgruppenzusitzungen ausgediskutiert und bis zur Unkenntlichkeit kaputtgeredet worden. Umgesetzt worden ist nichts, zumindest nichts, was substanziell die Situation obdachloser Menschen verbessert hätte. In der Konsequenz waren Träger und Verbände 2018 auch wenig überzeugt von der Sinnhaftigkeit einer erneuten Zählung: Die Problemlagen und die Handlungsnotwendigkeiten liegen in Hamburg – und ich vermute auch in Berlin – dermaßen eklatant und offensichtlich auf dem Tisch bzw. auf der Straße, dass es für die Umsetzung konkreter Maßnahmen keiner Zählung bedarf!

Dirk Hauer

Exklusive Schutzräume

→ *Betr.: Was eine Frau ist, bestimmen wir, ak 657*

Was der Artikel leider nicht beleuchtet ist, warum in manchen Zusammenhängen auf eine (vermeintliche) biologische Geschlechterzugehörigkeit verwiesen wird. In der Praxis geht es dabei oft auch darum, weiblich sozialisierten Menschen exklusive Schutzräume vor männlich sozialisierten Menschen zu bieten, gerade wenn diese aufgrund von Gewalterfahrungen durch männlich sozialisierte Menschen traumatisiert sind. Dieses Bedürfnis als Transfeindlichkeit zu deklarieren und das Aussprechen dieses Bedürfnisses auf AfD-Niveau zu heben, halte ich für verkurzt und nicht im Sinne der Auseinandersetzung.

Maria Meer via Facebook

Wieso transfeindlich?

Im Artikel wird Feministinnen vorgeworfen: »Als Maßstab dient ihnen der Diskurs der Zweigeschlechtlichkeit.« Welchen Maßstab haben denn Transpersonen, wenn nicht die »Zweigeschlechtlichkeit«? Geht es nicht gerade in der Trans-Debatte um die Frage, welche Rolle das biologische Geschlecht überhaupt spielen sollte? Und sind es nicht Feministinnen, die immer schon für eine Überwindung der Geschlechterstereotypisierung – und damit auch für die Überwindung von Geschlechterrollen gekämpft haben? Und die sich jetzt dafür als »transfeindlich« diffamieren lassen müssen?

Luisa Liberta via Facebook

Eigene Verantwortung herausarbeiten

→ *Betr.: Aber bei uns kommt sowas doch nicht vor, ak 657*

Der Ausschluss der Betroffenen ist zudem anmaßend. Diese müssen für sich selbst entscheiden, welcher Weg der adäquate ist und wenn dies der Weg vor Gericht bedeutet ... und hinter jedem individuellen Handeln die Strukturen analysieren zu wollen ist im zweiten Schritt wichtig ... trotzdem kann man den auch so reflektierten »linken« Männern durchaus im ersten Schritt zutrauen, ihre eigene Verantwortung herauszuarbeiten und diese auch zu übernehmen...

Thomas Schneider via Facebook

meinung

Von welcher Demokratie spricht er?

17. MRZ. 2020

Bodo Ramelow hat in seiner Erklärung »Demokratie ist keine Einbahnstraße« gerechtfertigt, weshalb er für einen AfD-Abgeordneten als Vizepräsident des Thüringischen Landtags gestimmt hat – nämlich als Demokrat, so schreibt er. Eines seiner zentralen Argumente zur Verteidigung dieser vielfach kritisierten Entscheidung lautet: Die Wahl sei notwendig gewesen, um die Handlungsfähigkeit im Richterausschuss wiederherzustellen. Die AfD habe diese Arbeit 14 Monate lang blockiert, da sie erst Kandidaten benennen wollte, wenn ihr AfD-Mann auch Vizepräsident des Landtags werde. Dieser Erpressung ist Ramelow nachgegangen – ohne Absprache mit seiner Partei. Was die formal-rechtliche Einschätzung angeht, schließt ich mich den Linkskanax an: Ja, das Thüringer Richterrecht sieht vor, dass alle Fraktionen im Richterausschuss vertreten sein müssen. Wenn jedoch die AfD durch Nichtbenennung den Richterausschuss blockiert, hat sie dieses Recht selbst verweigert.

Ein weiteres Argument aus Ramelow's Erklärung: Man müsse Widerspruch aushalten können, um die »Verantwortung für die Handlungsfähigkeit demokratischer Institutionen zu übernehmen«. Sein Demokratieverständnis ist also ein zutiefst bürgerliches, staatsdemokratisches, der linke Ramelow ein überzeugter Verteidiger jener Demokratie, die in ihrer Funktion und ihrer Form den Machterhalt der Klasse organisiert. Die ein Interesse daran hat, dass Mieter*innen, Erwerbslose, radikale Klimaschützer*innen und von Rassismus Betroffene niemals das Ruder übernehmen werden. Man muss nicht einmal aus einer linken Position heraus argumentieren, um darauf hinzuweisen, sondern kann sich auf Studien beziehen, die darlegen, dass von Armut und/oder Rassismus Betroffene nicht nur weniger vertreten sind in der repräsentativen Demokratie, sondern ihre Forderungen auch keine besondere Beachtung etwa im Deutschen Bundestag finden.

Ramelow's Beschwerde, seine antifaschistische Grundlage werde nach der Stimme für den AfD-Mann in Frage gestellt, kann uns nur kalt lassen. Seine Schlüsselfrage – »Führt das nicht eher dazu, all jene zu stärken, die uns immer wieder vorwerfen, wir würden alles so hinbiegen, dass die AfD draußen bleibt?« – beantwortet ich gerne: Nein, ein solches Agieren stärkt all jene, die in dieser Demokratie munter töten, weil sie sicher sein können, dass sie einen Arm im Parlament

haben und diese Demokratie sie schützt. Ramelow's Argumentation erklärt den von Rassismus Betroffenen, sie müssen die AfD und den Rassismus in einer Demokratie eben aushalten. Auf diese Weise hat er ohne Anstand ausgerechnet auch diejenigen verraten, die sich an den (Stamm-)tischen Thüringens trauten, ihm den Rücken zu stärken. Denen die thüringische Linkspartei in den vergangenen Wochen zunächst Rückhalt gegeben hat. Mit dem unabgesprochenen Handeln ist das Oberwasser nun wieder auf der Seite der rechts-konservativen Kräfte.

Ich bin froh über die schnellen Reaktionen auf Halle, Erfurt, Hanau, Griechenland – sei es von Unteilbar, Wann-WennNichtJetzt, den Vielen und erst recht bin ich froh über die Reaktionen einer neuen MigrantIna. Ich bin froh, dass wir uns versammeln. Doch die Gefahr ist, dass wir selbst zu »Verteidiger*innen dieser Demokratie« werden, wenn wir Demonstrationen und Kundgebungen organisieren und sich diejenigen gerne bei uns zeigen, die diese Politik der Verachtung organisieren. Ramelow's Handeln hat uns – als radikale Linke – vor Augen geführt, wie wir uns durch diese Reaktionen, statt Aktionen, im Zweifel zu Verteidiger*innen einer Demokratie machen, die nicht unsere ist. Ich nehme mich von der Kritik, die ich hier formuliere, selbst nicht aus. Auch weil ich ohne Umschweife sage: Ja, mit mir ist es lieber, wenn eine Koalition links von Schwarz-Blau regiert. Weil es noch trostloser und brutaler wäre, wenn es keine gesellschaftlich breite Antwort auf die Morde in Hanau, Halle oder an der griechischen Grenze gäbe. Doch Ramelow's Missachtung des gesellschaftlichen Antifaschismus hat gerade vor Augen geführt, dass »Mitgehängen, mitgefesseln« gilt, wenn unsere Politik dabei stehen bleibt. Die Lehre aus Thüringen muss sein, diese Demokratie von unseren Bewegungen heraus anzuzählen. Eine Demokratie, in der Frauen, von Rassismus Betroffene, Geflüchtete und ökonomisch Arme lernen sollen, die ihnen entgegen gebrachte Verachtung als Teil der Demokratie zu verstehen. Diese Demokratie möchte ich bekämpfen – zutiefst demokratisch. Sich auf Demokratie berufende Experimente in den Parlamenten erweisen sich in diesem Sinne leider als Hirngespinnst, demokratische Experimente bei Welcome United, Ende Gelände oder Mieter*innenräten halte ich für die Zukunft.

Hannah Eberle

Thüringen: drei Schritte vorwärts und fünf zurück

Nirgendwo sonst scheitern die Möglichkeiten für generationenübergreifendes zivilgesellschaftliches Handeln so schön, wie aktuell am Beispiel der Erfurter Umzingelung der Staatskanzlei vom 5. und 6. Februar. Es waren FridaysForFuture, die impulsiv dorthin mobilisierten. Die Älteren hätten womöglich nicht den Mut gehabt. Es war die Jugend, die die richtige Entscheidung traf, Ideen mitbrachte und umsetzte.

Diese Zeilen verfasste ich Ende Februar, nach den gesellschaftlichen und antifaschistischen Reaktionen auf den Thüringer Dambruch. Einen Höhepunkt der Reaktionen stellten die 18.000 Menschen dar, die dem Aufruf aus Thüringen und von Unteilbar am 15. Februar folgten und ihre Wut und Enttäuschung über CDU und FDP deutlich machten. Neben Erschütterung zeigte sich vor allem eines: Die bundesrepublikanische Politik der letzten dreißig Jahre im Osten ist in einer tiefen Krise. Die alten Volksparteien haben ihre Mehrheiten verloren. Ein politisches Fenster im schmutzigen Osten war aufgegangen. Wer Fan eines rot-rot-grünen Projekts oder zumindest aus antifaschistischer Perspektive Interesse an solch einem Milieu hat (das man im Westen linksliberales Bürgerum nennt), sollte ohne Frage ganz besonders interessiert nach Thüringen schauen.

Und wer noch an die Idee einer Mosaklinken glaubt, hoffe in Thüringen durch die Standhaftigkeit von RZG auf einen Lernraum der Zukunft. Bewegungen als auch Partei hätten neue Praxen erproben können. Doch die aktuellen Entwicklungen und Entscheidungen des Barons Bodo Ramelow sind leider unterirdisch. Dass der nun knapp gewählte Ministerpräsident einen AfD-Vizepräsidenten präsidenten mitwählte, muss verurteilt werden – auch und gerade durch Bewegungslinke.

Die Realpolitik ist ein schmutziges Geschäft – erst Recht im Osten. Eine Linke muss sich – ob außerparlamentarisch oder Partei – ordentlich die Hände schmutzig machen; sie muss aushalten können; sie darf nicht dogmatisch sein. Welche Haltungen muss eine linke Politik in dieser sicher schwierigen Lage einhalten? Bewegungslinke können und müssen hier

Druck auf die Partei beziehungsweise solidarische Unterstützung für die progressiven Kräfte in der Partei bieten können. Meckern allein wird nicht reichen. Sie müssen progressive Kräfte dabei unterstützen, Stimme und Raum im Öffentlichem einzunehmen, um gegen die Gewalt und den Hass rechter Kräfte vorzugehen. Sie müssen aber auch die Scheiternserfahrung einer breiten Gesellschaft am kapitalistischen Normalbetrieb für solidarisches Zukunfts politisieren. Ramelow hat in Thüringen, trotz und wegen seiner Westbiografie, Erfolg, eben weil er sich bisher als verlässlicher Politiker erwiesen hat, der mit Unternehmer*innen, Katholik*innen und Bauern und Bäuerinnen genauso spricht wie mit Gewerkschafter*innen und das Land führt, wie es noch immer viele Menschen von der Realpolitik erwarten.

Doch nun ist es nicht nur die Wahl des AfD-Politikers, die zurecht Ärger auslöst. 2019 hatte die rot-rot-grüne Landesregierung in Thüringen ein Partitütsgesetz durchgebracht, nach dem die Wahllisten der Parteien in Zukunft zu gleichen Anteilen mit Männern und Frauen besetzt sein müssen. Dies will Ramelow nun aussetzen. Es ist bedauerlich und rückschrittlich, wenn sicher nicht revolutionäre, aber doch richtungweisende reformistische Schritte, mit der eine linke Partei grundlegend am Fundament eines androzentrischen Politikbetriebs rütteln kann, schon in den ersten Tagen der Regierungsverantwortung den konservativen und reaktionären Kräften zum Fraß vorgeworfen wird. Das ist ein heftiger Rückschlag und spielt der CDU, FDP und AfD in die Hände.

Die aktuelle Lage macht eine bundesdeutsche Kollektivierung der »Thüringen Krise« noch dringender als zuvor. Die Thüringer Linkspartei hatte sich mit dem Slogan »Bodo oder Barbarei« für einen Personewahlkampf entschieden. Möglicherweise war dies taktisch klug, wenn auch politisch feige, da nicht starke linke Inhalte, sondern eine Führungsgestalt in das Zentrum gerückt wurde. Die Wahlen 2021 dürfen nicht hinter eine klare Kante gegen die AfD, und zwar auf allen Ebenen, zurückfallen.

Anna Stiede

Impressum

Herausgeber: Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V. Druck und Verlag: ak – analyse & kritik, Rombergstraße 10, 20255 Hamburg. Redaktion: Jan Ole Arps, Carina Book, Hotip Diche, Paul Driedaig, Lena Kempe, Jens Renner, Bilke Schinba, Theo Schuster, Guido Speckmann, Nelli Tügel, Malte Zimmermann. Redaktion, Verlag (049) 40 17 01 74, redaktion@akweb.de. Abo, Vertrieb (049) 40 17 01 75, Vertrieb@akweb.de. Fax (049) 40 17 01 75. V.i.S.d.P. Jan Ole Arps für diese Ausgabe. Verlagsanmeldung: Auflage dieser Ausgabe, 5500. Erscheinungsdatum: 17.3.2020. Einem Teil der Auflage ist eine Beilage beigelegt. Redaktionsschluss für ak 659 ist der 10. April 2020. Eigentumsverhältnis: Nach diesem Eigentumsverhältnis ist die Zeitung so lange Eigentum des Abensenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Nachnahme« ist keine Zuständigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Abensender mit dem Grund der Nichtzuständigung zurückzusenden. Nachdruck von Artikeln nur nach Absprache mit der Redaktion und dem Hinweis: »Nachdruck aus ak – analyse & kritik Nr. xxx.«

Montag, 30. März 2020, Nr. 76 

Hanau: Attentäter laut BKA kein »Rechtsextremist«



Berlin. Für das Bundeskriminalamt ist der Attentäter von Hanau einem Medienbericht zufolge kein Anhänger einer »rechtsextremistischen« Ideologie. Tobias Rathjen, der am 19. Februar neun Menschen mit Migrationshintergrund erschossen und zuvor ein mehrseitiges rassistisches Pamphlet im Internet veröffentlicht hatte, habe seine Opfer vielmehr ausgewählt, um größtmögliche Aufmerksamkeit für seine Verschwörungstheorien zu erlangen. Das stehe nach Recherchen von *NDR*, *WDR* und *Süddeutscher Zeitung* im Abschlussbericht des BKA.

Die »Initiative 19. Februar Hanau« kritisierte in einer Mitteilung vom Sonnabend, das BKA wende wie auch andere Behörden »schlicht falsche Kategorien« an. Vielmehr kennzeichneten »Verschwörungstheorien, irrationaler Hass, Frauenfeindlichkeit und auch »psychische Auffälligkeit« das Milieu heutiger Faschisten. (jw)

Bergedorfer Zeitung DIENSTAG
31. MÄRZ 2020

HANAU BKA: Anschlag nicht rechtsextrem

Karlsruhe. Ermittler des Bundeskriminalamtes (BKA) stufen den Anschlag von Hanau nicht als Tat eines Rechtsextremisten ein. Tobias R. habe seine Opfer ausgewählt, um größtmögliche Aufmerksamkeit für seinen Verschwörungsmythos von der Überwachung durch einen Geheimdienst zu erlangen. Ein Sprecher der Bundesanwaltschaft wollte dies nicht kommentieren. Tobias R. war am 19. Februar durch Hanau gezogen und hatte neun Menschen mit ausländischen Wurzeln erschossen. Später wurden der 43-Jährige und seine Mutter tot in ihrer Wohnung gefunden. dpa

Angehörige in Unsicherheit

Familien der Todesopfer und Überlebende des Terroranschlags von Hanau fordern ihre Rechte ein. **Von Markus Bernhardt**

Mehrere Rechtsanwälte der Überlebenden und Angehörigen der Opfer des rassistischen Terroranschlags von Hanau haben sich Ende vergangener Woche an die Öffentlichkeit gewandt und die bisherige Arbeit der Behörden kritisiert. Am 19. Februar hatte der Rassist Tobias Rathjen, der auch unter einer psychischen Erkrankung gelitten haben soll, neun Menschen mit Migrationshintergrund und seine Mutter Gabriele erschossen und sich danach selbst getötet.

Die bisherige Politik der Intransparenz von Seiten der Polizei und des Generalbundesanwalts führe zu einer weiteren Belastung der Überlebenden und Angehörigen, warnten die Juristen. Sie forderten im Namen der Betroffenen Einsicht in die Ermittlungsakten des Generalbundesanwalts oder zumindest Informationsgespräche mit ihnen. Schließlich warteten viele Angehörige von Ermordeten sowie Überlebende seit mehr als zwei Monaten auf Antworten. Sie wollen etwa wissen, wann Rathjen vor der Tat jeweils Kontakt mit Polizeibehörden hatte und was dies für Konsequenzen hatte. Ebenso, welche Behörden welche Kenntnisse über den Täter hatten und warum er noch einen Waffenschein besaß. Auch die Frage, warum Überlebende von den Tatorten ohne weitere Betreuung weggeschickt wurden und warum die Mobiltelefone der Opfer sichergestellt und zum Teil bis heute nicht herausgegeben worden sind, treibt die Familien um.

»Der Mangel an Informationen durch den Generalbundesanwalt führt dazu, dass die Unsicherheit der Überlebenden und der Angehörigen der Mordopfer vergrößert wird. Es werden Spekulationen darüber ausgelöst, warum diese Infor-



Gedenkdemonstration für die Opfer des Hanauer Terroranschlags am 21. Februar

mationen nicht herausgegeben werden. Es werden Spekulationen darüber ausgelöst, ob es vorliegend etwas zu vertuschen gibt«, bemängeln die Anwälte.

Solche Mutmaßungen würden auch dadurch befördert, dass das Bundeskriminalamt (BKA) nach Medienberichten zu dem vorläufigen Ergebnis gekommen war, dass der Täter kein rassistisches Motiv gehabt habe. »Fast zeitgleich hatte die hessische Polizei nach der Entlassung des Vaters von Rathjen und dessen Rückkehr nach Hanau-Kesselstadt eine Art »Gefährderansprachen« bei den Angehörigen durchgeführt – als wären sie

die Gefährder, als ginge von ihnen die Gefahr aus. Damit verstärkt sich bei den Überlebenden und Angehörigen die Unsicherheit, ob ihre Fragen und Bedürfnisse bei den Behörden überhaupt Berücksichtigung finden werden«, warnten die Anwälte.

In Hanau arbeitet mittlerweile ein »Institut für Toleranz und Zivilcourage – 19. Februar Hanau e. V.«. Rund 30 Mitglieder soll der Verein, der unter anderem von Mitgliedern des örtlichen Ausländerbeirats mitgegründet worden sei, bisher haben. »Der größte gemeinsame Nenner aller Familien ist eindeu-

tig der Wunsch, dass diese Untat und deren Opfer niemals in Vergessenheit geraten und dass sich so etwas nicht wiederholt«, betonen die Gründer auf der Internetseite ihres Projekts. Außerdem müssten »spätestens aus diesem schrecklichen Terrorakt Lehren gezogen werden, damit sich eine Zivilcourage und ein gesellschaftliches Bewusstsein entwickelt, das sich für ein engagiertes, kraftvolles und vereintes Auftreten gegen Rechtsextremismus und Rassismus einsetzt.«

■ 19februar-hanau.de



»Tag des Zorns« gegen rechte Gewalt. Zu einem »Tag des Zorns« hatten antirassistische Gruppen und migrantische Selbstorganisationen den 8. Mai 2020 ausgerufen. Auf dem Hermannplatz in Berlin-Neukölln protestierten unter anderem Aktive der »Migrantifa Berlin« gegen rassistische Gewalt. Eine Entnazifizierung habe in Deutschland nie stattgefunden, erklärten sie. Rechter Terror sei wieder Alltag. Viele Menschen hätten zudem Angst davor, dass in einer solch chaotischen Situation wie der Coronakrise militante Rechte versuchen würden, ihre Umsturzpläne zu verwirklichen. (IW)



Armin Kurtovic (46), seine Tochter Ajla (25) und Ehefrau Dijana (47) zeigen Bilder von Hamza. Der 22-Jährige wurde in Deutschland geboren, hatte eine abgeschlossene Ausbildung als Lagerist, liebte Autos. Seine Familie stammt aus Bosnien-Herzegowina

Beim Terror-Anschlag von Hanau tötete der rechtsextreme Tobias Rathjen neun Menschen mit ausländischen Wurzeln. Zurück blieben trauernde Eltern, Geschwister, Partner. In BamS sprechen die Angehörigen

„Dann kam ein Polizist und sagte: ‚Es gibt keine Überlebenden‘“

Hamzas Schwester Ajla war die Erste in der Familie, die am Abend des 19. Februar von den Schüssen in Hanau hörte. Sie schickte ihrem Vater eine SMS, der sofort die drei Brüder anschrub. Zwei meldeten sich. Hamza nicht.

VON DANIELA PFAD
FOTOS SVEN MOSCHITZ

Hamza Kurtovic war in der „Arena Bar“ in Hanau-Kesselstadt, als

Terrorist Tobias Rathjen dort das Feuer eröffnete (siehe Kasten). Der 22-Jährige starb durch einen Kopfschuss. In BamS spricht sein Vater Armin Kurtovic.

„Meine Tochter hat mir geschrieben, dass in der Stadt eine Schießerei ist. Aus dem Fenster habe ich den Hubschrauber gesehen, bin sofort losgelaufen.“

Kurtovic sprach einen Polizisten an, beschrieb seinen Sohn. Dunkelblond, blaue Augen. „Nein, so einer ist nicht drin“ sagte der Polizist. Dann

sah Kurtovic, wie Sanitäter jemanden aus der Bar trugen.

„Das war mein Sohn. Er war der Einzige, der um diese Uhrzeit rausgetragen wurde. Aber ich habe ihn nicht erkannt, weil der ganze Körper und das Gesicht hinter Sichtschutz waren! Später habe ich einen Freund von Hamza getroffen, der kurz vor dem Anschlag raus ist. Er guckte auf den Boden und sagte: ‚Er ist drin.‘“

Dann haben sie uns in einen Bus gesetzt und in eine Halle gebracht.

Das war so gegen 0.30 Uhr. Sie haben unsere Daten aufgenommen und wir mussten warten, stundenlang. Gegen 6.15 Uhr kam ein Polizist und sagte vor allen: ‚Ich muss Ihnen leider mitteilen: Es gibt keine Überlebenden!‘

Als der Obduktionsbericht kam, habe ich gesehen, dass die Polizei bereits um 1.15 Uhr wusste, dass Hamza tot ist. Sein Aussehen haben sie als orientalisches, südländisches angegeben. Sie haben praktisch seinen Namen beschrieben. Dunkelblond,

blauäugig, hellhäutig ist für die Polizei orientalisches, südländisches? Wir haben in Deutschland ein Rassenmus-Problem, selbst in den Behörden. Im Bericht stand auch, dass zur Zeit der Obduktion kein Widerspruchsberechtigter bekannt war. Aber ich war doch die ganze Zeit vor Ort. Eine Obduktion ist in meinen Augen Leichenschändung.

Der Täter hat aus seiner rassistischen Haltung kein Geheimnis gemacht. Er hätte nie einen Waffenschein bekommen dürfen.“

Der Terrorist stellte Hass-Videos ins Internet



Terrorist Tobias Rathjen (43) in einem selbst gedrehten Video

Um 21.58 Uhr fielen am 19. Februar plötzlich Schüsse in der Innenstadt von Hanau (Hessen). Der rechtsextreme Terrorist Tobias Rathjen hatte sein erstes Opfer getötet. In den folgenden Minuten erschoss er acht weitere Menschen, erst am Hanauer

Heumarkt, dann am Kurt-Schumacher-Platz in Hanau-Kesselstadt. Um 3.03 Uhr stürmte ein Spezialeinsatzkommando die Wohnung von Rathjens Eltern. Hier hatte der Täter seine Mutter getötet und sich danach selbst erschossen. Das Motiv

für das Blutbad: Fremdenhass. Vor der Tat hatte Rathjen Pamphlete und Videos mit Verschwörungstheorien und rassistischen Ansichten im Internet veröffentlicht. Er war Mitglied im Schützenverein, besaß die Waffen, mit denen er zum

Massenmörder wurde, ganz legal. In seinem Rucksack fanden die Ermittler noch 350 Schuss Munition. Insgesamt tötete Rathjen zehn Menschen und dann sich selbst. Der Generalbundesanwalt übernahm noch in der Nacht die Ermittlungen.



Spurensicherung am Auto von Vili Viorel Paun. Der 22-Jährige wurde in seinem Wagen erschossen

FOTO: REUTERS



Filip Goman (57, l.) mit seinem Sohn David (34) und dessen Frau Dilara (20). Die Familie gehört zur Minderheit der Roma. Mercedes wurde in Deutschland geboren und hinterließ zwei Kinder (9 und 17)

„Ich habe 20 Stunden am Tatort gewartet, um meine Tochter zu sehen“

Am Abend des Anschlags hatte Mercedes Kierpacz frei, sie hätte nicht an ihrem Arbeitsplatz, der „Arena Bar“, sein müssen. Doch die alleinerziehende Mutter wollte noch eine Pizza für ihre Kinder holen. Und wurde erschossen.

Ihr Vater Filip Goman:

„Ich habe 20 Stunden am Tatort gewartet – 25 Meter von meiner toten Tochter entfernt. Ich habe zur Polizei gesagt: ‚Ich möchte meine Tochter sehen, ich kann nicht glauben, dass sie da drin ist, und ich möchte nicht ihre Untersuchungen kaputt machen.‘ Dann wurde mir versprochen: ‚Herr Goman, wenn die Ermittlungen und der Tatort gesichert sind, kommen Sie rein und Sie dürfen sie sehen.‘ Es war Winter, kalt. Mercedes hat in einem Sarg ge-

legen, und ich habe sie angesehen, ihre Augen waren auf. Es sah so aus, als ob sie mir sagen würde: Vater, ich wollte hier nicht sterben. Ich wollte hier nicht sein. Es ist so passiert, verzeih mir. Ich habe ihr dann gesagt: Gott hat dich zu sich genommen, du bist jetzt bei Gott, im Himmelreich.

Dieser Schmerz, den können nur Leute verstehen, denen auch so etwas passiert ist. Eltern, die ihre Kinder zu Grabe tragen mussten. Ich schlafe nicht mehr, esse kaum etwas, habe 30 Kilo abgenommen.

Hier in Hanau, in einer 100.000-Einwohner-Stadt, hat unter uns ein Terrorist gelebt. Und er hat sich preisgegeben und die Regierung hat nichts gemacht. Das schmerzt!“

„Er hat nicht nur meinen Bruder umgebracht, sondern auch meinen Vater“

„Gökhan war ein Mensch, der Menschen am Leben gehalten hat“, sagt Cetin Gültekin über seinen kleinen Bruder. Der 37-Jährige kümmerte sich um den krebserkrankten Vater, wurde dann in Kesselstadt erschossen. 38 Tage später starb auch sein Vater.

Gökhans Bruder Cetin Gültekin: „Mein Vater hatte Krebs. Die Ärzte meinten, dass sein Körper die Chemo höchstens ein Jahr aushalten würde. Aber er hat zweieinhalb Jahre damit gelebt. Und der Grund war Gökhan. 38 Tage nach dem 19. Februar ist mein Vater gestorben. Rathjen hat nicht nur meinen Bruder umge-

bracht, sondern auch meinen Vater, indem er den Grund und Halt, wofür er gelebt hat, weggenommen hat.

In der Tatnacht hat die Polizei einen Linienbus für die Angehörigen organisiert, damit wir irgendwo untergebracht werden. Wir waren in einer Halle, doch auch dort gab es keine Informationen. Erst gegen 6 Uhr kam ein Mann mit einem Blatt Papier in der Hand. Emotionslos. Hat gesagt, diese zwei Namen, das sind Schwerverletzte. Die Namen, die ich jetzt aufzähle, haben es nicht geschafft, sind alle tot. Und dann hat er die neun Namen aufgezählt. Der dritte oder vierte Name war Gökhan Gültekin.“



Cetin Gültekin (46) mit seinem Sohn Mert (25). Die beiden trauern um Cetins Bruder Gökhan (37). Er wurde in Deutschland geboren, seine Eltern stammen aus der Türkei

„Mit jedem Namen haben immer mehr Menschen angefangen zu weinen“

Said Nesars Autokennzeichen war eine Liebeserklärung an seine Heimatstadt. 454, die letzten drei Ziffern der Postleitzahl von Hanau-Kesselstadt. Jenem Stadtteil, in dem der 21-Jährige ermordet und sein großer Bruder schwer verletzt wurde.

Seine Schwester Saida Hashemi: „Meine Mutter kam am Tatabend ins Zimmer, hat mich geweckt, meinte: ‚Saida, draußen wurde geschossen und deine Brüder sind nicht zu Hause.‘ Der Tatort befand sich 100 Meter von unserem Haus entfernt. Wir waren also ganz schnell da. Überall war Polizei, überall waren Menschen.

Meine Mama hat nach meinen Brüdern gefragt, hat gesagt: Wo sind meine Söhne? Dann hat sie

ein beschossenes Auto gesehen, die Leiche darin war schon abgedeckt. Als sie das gesehen hat, ist sie umgekippt.“

Saida Hashemi und ihre Mutter suchten weiter, fragten überall nach Said Nesar und seinem großen Bruder Said Etris (23). Sie fanden heraus, dass der Ältere schwer verletzt im Krankenhaus lag. Doch wo Said Nesar war, wusste niemand.

„Da ist meine Mutter noch mal umgekippt und ich habe gesagt: ‚Mama, geh nach Hause! Ich kümmere mich um den Rest.‘ Sie konnte es einfach nicht mehr verkraften. Ich habe mich dann in den Bus gesetzt und irgendwann zwischen 0 und 1 Uhr wurden wir in die Polizeihalle gefahren. Dort habe ich

gewartet und gewartet – bis etwa 6 Uhr morgens!

Dann kam ein Polizist mit der Liste rein und hat angefangen, die Namen vorzulesen. Mit jedem Namen haben immer mehr Menschen angefangen zu weinen. Ich habe Schreie gehört. Leute sind in dieser Halle zusammengebrochen.

Unser größter Wunsch ist, dass die Tat aufgeklärt wird. Was hat dazu geführt? Was kann man ändern, damit so etwas nicht wieder passiert? Das, was vergangen ist, ist vergangen. Daran können wir nichts mehr ändern, aber wir können für die Menschen in der Zukunft etwas tun – für die Generationen, die nach uns kommen.“

BITTE BLÄTTERN SIE UM



Mir Salam (56), Saida (24) und Najiba Hashemi (45) haben ihren Sohn und Bruder Said Nesar (21) verloren. Er hatte gerade eine Weiterbildung zum Techniker begonnen. Said Nesar hatte afghanische Wurzeln, wurde in Hanau geboren



Diana Sokoli (33) aus Maintal verlor ihren Verlobten Fatih Saracoglu (34). Er wurde in der Türkei geboren, zog als Kind nach Deutschland

„Ich habe nur geschrien, geweint, geschrien“

Diana Sokoli und Fatih Saracoglu lernten sich als Kinder im bayerischen Regensburg kennen. Später verliebten sie sich, zogen nach Hessen. Nächstes Jahr sollte die Hochzeit stattfinden. Doch jetzt ist Saracoglu tot, erschossen am Hanauer Heumarkt.

Seine Verlobte Diana Sokoli: „Fatih hatte ein Arbeitstreffen und hat einen Freund zum Heumarkt gefahren. Als sie ausgestiegen sind und der Freund eine geraucht hat, wurde geschossen. Der Freund hat überlebt, ist weggelaufen. Fatih hat es nicht geschafft. Die Frau des Freundes hat mir Bescheid gesagt. Ich habe am ganzen Körper gezittert, stand unter Schock. Am Heumarkt waren überall Absperungen und Polizei. Ich habe

nur geschrien, geweint, geschrien: „Ich will zu meinem Verlobten!“ Eine nette Polizistin hat mich mitgenommen zum Krankenwagen und gesagt, dass sie ihn für mich sucht. Dann ist sie wiedergekommen und hat gesagt, dass sie ihn gefunden haben – aber nichts mehr für Fatih tun können. Da ist es um mich geschehen, ich wurde aggressiv, wütend. Ich wusste einfach nicht mehr, was hier passiert ist. Ich habe die Welt nicht mehr verstanden! So ein Schock, so ein Schmerz, so was kann man nicht in Worte fassen.

Mein Leben mit Fatih war perfekt. Er war immer da für mich, hat mich in schweren Zeiten aufgebaut. Wir hatten hier in Hessen keine Familie, sondern nur uns zwei – und das hat gereicht.“

„Vili hat sofort reagiert und das Auto von Rathjen blockiert“

Als in Hanau die ersten Schüsse fielen, stand Niculescu Paun im Zimmer seines Sohnes. „Iulia, das sind Schüsse aus einer Waffe“, sagte er zu seiner Frau. „Aber ist das hier in Deutschland überhaupt möglich? Nein.“

16 Stunden später erfuhren Iulia und Niculescu Paun, dass ihr Sohn Vili Viorel getötet wurde. Erschossen in seinem Auto, möglicherweise, weil er den Angreifer stoppen wollte.

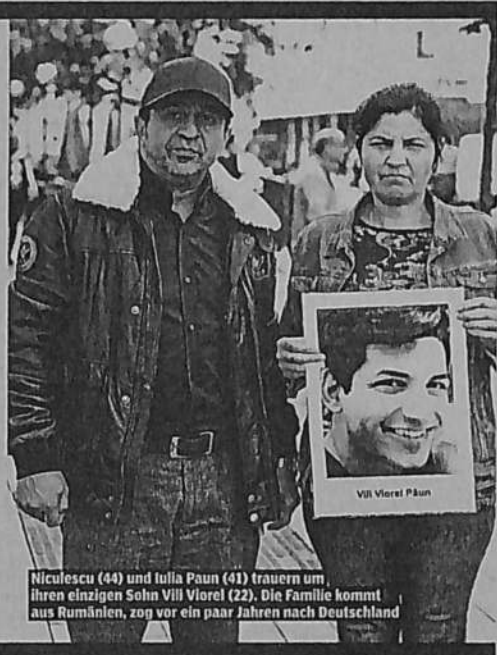
Vilis Vater Niculescu Paun: „Vili war Kurierfahrer, kam öfter spät nach Hause. In der Tatnacht hörte ich Schüsse, Iulia bereitete Schnitzel für Vili vor. Es hat so gut gerochen. Am nächsten Tag war Vilis Bett leer. Ich habe versucht, ihn anzurufen – viermal. Ich dachte mir: Vili ist jung, vielleicht hat er ein Mädchen kennengelernt. Auf dem Weg zur

Arbeit habe ich im Radio vom Anschlag gehört. Ich habe wieder versucht, Vili zu erreichen. Keine Antwort.“

Pauns fuhren zur Polizei, wurden von einer Wache zur anderen geschickt. „Dort, um 14 Uhr, kamen Polizisten mit zwei Bechern Wasser. Man sagte uns: Es tut uns leid. Ihr Sohn ist gestern Abend am Kurt-Schumacher-Platz gestorben.“

Ich habe ein Video gesehen und glaube, dass Vili den Täter stoppen wollte. Rathjen hat Vili dreimal ins Auto geschossen, dann hat Vili wohl einen toten Jungen auf der Straße gesehen. Er hat sofort reagiert und das Auto von Rathjen blockiert.

Vilis Handy beweist, dass er mehrmals bei der Polizei angerufen hat, bevor er tödlich getroffen wurde. Aber kein Anruf wurde angenommen.“



Niculescu (44) und Iulia Paun (41) trauern um ihren einzigen Sohn Vili Viorel (22). Die Familie kommt aus Rumänien, zog vor ein paar Jahren nach Deutschland



Selahattin (56) und Emis Gürbüz (51) aus Dietzenbach haben ihren Sohn Sedat (29) verloren. Er wurde in Deutschland geboren, hat Verwandte in der Türkei

„Polizisten kamen mit Sedats Schlüsseln, Ausweis und Feuerzeug“

„Er war neugierig, wissbegierig, wollte die Welt erkunden. Er hatte wahnsinnig viel Freude am Leben.“ So beschreibt Emis Gürbüz aus Dietzenbach ihren Sohn Sedat.

Sedat war Mitinhaber der Shisha-Bar „Midnight“ am Heumarkt in der Hanauer Innenstadt – dem ersten Tatort der Terror-Nacht. Seine Mutter Emis Gürbüz:

„Als das Attentat passiert ist, waren wir bereits im Bett. Ich hatte allerdings noch nicht geschlafen. Dann kam unser anderer Sohn ins Zimmer, er schrie, dass in Hanau etwas passiert sei. Er sagte: „In dem Laden, in dem mein Bruder ist, ist etwas passiert.“ Es gebe dort vier Leichen.

Dann sind wir schnell ins Auto, nach Hanau gefahren. Alles war abgesperrt. Polizei, Krankenwagen überall. Wir haben uns wie Dumme gefühlt, wussten gar nichts. Sedat war in dem Laden drin, aber keiner hat uns das gesagt. Wir haben bis 6.30 Uhr gewartet, danach sind wir nach Hause gegangen. Gegen 10, halb 11 Uhr kamen Polizisten – mit Sedats Ausweis, Schlüsseln und Feuerzeug. So haben wir von Sedats Tod erfahren.

Alle Verantwortlichen waren an diesem Tag da. Sie haben uns versprochen: Egal, was ihr braucht, wir sind da und helfen. Und wo sind die jetzt? Ich fühle mich in Deutschland nicht mehr sicher.“

Von Dilan Karacadağ

Zermürbt. Ein Gefühl, das viele Menschen mit Migrationsgeschichte seit dem Anschlag von Hanau hin und wieder einmal empfinden. Zermürbt, weil der Schmerz und zugleich der Zwang, politisch zu handeln, einem die Energie aufsaugen. Wir sind die Hinterbliebenen, die im Fadenkreuz der Nazis kämpfen. Weiße Menschen empfinden die etablierte rassistische Struktur als surreal. Während deren Gefahren weiter heruntergespielt werden, gibt es schon die nächsten Angriffe.

Am 19. Februar erschoss der Rassist Tobias Rathjen in Hanau neun Menschen. In der Bar La Votre den 33-jährigen Wirt Kaloyan Velkov, in der Shisha-Bar Midnight den 30-jährigen Inhaber Sedat Gürbüz und zwischen beiden Lokalen auf der Straße den 34-jährigen Fatih Saraçoğlu. Den 37-jährigen Maurer Gökhan Gültekin, die 35-jährige alleinerziehende Mutter Mercedes Klerpacz, den 23-jährigen Installateur Ferhat Unvar, den 21-jährigen Said Nesar Hashemi und den 22-jährigen Hamza Kurtović in der Arena Bar im benachbarten Stadtteil Kesselstadt. Den 22-jährigen Vili Vlorel Páun in seinem Auto vor der Bar. Er hatte den Täter vom ersten Tatort auf eigene Faust verfolgt, um ihn aufzuhalten.

Viele haben schwer verletzt überlebt – unter ihnen der Bruder von Said Nesar. Was ist seit dem Anschlag von Hanau passiert? Welche Handlungen und Erkenntnisse haben uns gestärkt, geschwächt oder auch in den Wahnsinn getrieben? In diesem Text möchte ich einen Blick auf die letzten sechs Monate werfen.

Spekulationen und Instrumentalisierung

Schon in den Stunden unmittelbar nach der Tat von Hanau gab es die ersten rassistischen Spekulationen: »Man spricht von einem Streit zwischen Kurden und russischer Mafia«, war in der Bild nachzulesen. Mit allen Mitteln wurde versucht, die Tat als alles außer rassistisch darzustellen. Der Hanauer Anzeiger nannte es »Amoklauf«, Focus berichtete unter der Überschrift »Shisha-Morde«, zahlreiche Medien verharmlosten das Rassismusproblem unter dem Begriff »Fremdenfeindlichkeit«. Zu lange wurde von einem verwirrten Einzeläter gesprochen. Der antifaschistische Widerstand hingegen wies darauf hin, dass auch achtlose Wortwahl Rassismus den Boden bereitet, und erreichte damit auch, dass es ein gewisses mediales Umdenken gab.

Direkt am Abend des 20. Februar war eine Mahnwache angekündigt worden und drei Tage später eine Demo, zu der bundesweit mobilisiert worden war und an der sich Tausende beteiligten. Die Botschaft lautete: »Wir sind mehr«. Anhänger*innen und Repräsentant*innen der türkischen Regierungspartei AKP allerdings instrumentalisierten diese Botschaft für sich. Die gebürtigen Hanauer



Das öffentliche Gedenken in Hanau wird von den Familien der Opfer selbstorganisiert gepflegt, wie hier am zentralen Grimm-Denkmal.

Unerfüllte Forderungen

Deutschland **Sechs Monate nach dem Anschlag in Hanau kämpfen die gut organisierten Opferfamilien gegen eine Rückkehr zur »Normalität«**

als »Türken« bezeichnet. Bei Kundgebungen und Demos hielten türkisch-rassistische Organisationen wie Milli Görüş und DİTİB Reden. »Allahu Akbar«-Rufe waren auf einem Trauermarsch, der am Sonntag nach der Tat aus der Kesselstadt in die Innenstadt zog, zu hören, bei dem auch viele türkische Flaggen geschwenkt wurden. Die Bundeskanzlerin Merkel telefonierte mit Erdoğan.

Fünf Tage nach dem Anschlag wurden die ersten Opfer von Hanau beerdigt. In der selben Woche feierten Menschen in Köln sowie in vielen anderen Städten Karneval. Auch in Halle, wo vier Monate zuvor zwei Menschen durch einen rassistisch-antisemitischen Anschlag ums Leben gekommen waren.

»Karnevalslust« und Politikversprechen

Doch das störte die deutsche Mehrheitsgesellschaft nicht. Zahlreiche Politiker*innen wiederum hatten in den ersten Tagen ihre Forderungen auf parlamentarischer Ebene ausgesprochen, stundenlange Gespräche mit den Angehörigen geführt, an Trauerfeiern, Kundgebungen und anderen Veranstaltungen teilgenommen und das Versprechen gegeben, sie würden sich solidarisieren und engagieren. Doch dieses Versprechen wurde nicht gehalten. Anscheinend wollten viele sich in den Tagen, als Hanau medial sehr präsent war, vor der »großen Presse« vor allem profilieren. Minimales Engagement wie Reden im Land- und Bundestag oder kleine Anfragen war kaum sichtbar.

Zwei Wochen nach der Tat war im

auch Bundestags- und Bundesratspräsident, Bundeskanzlerin, der hessische Ministerpräsident mit seinem Landeskabinett und Vertreter*innen von verschiedenen Organisationen teilnahmen. Serpil Temiz Unvar, die Mutter des ermordeten Ferhat Unvar, überreichte der Kanzlerin dort einen an sie gerichteten



Es soll kein Vergessen geben. Kein Nachgeben. Keine Ruhe vor einer Aufklärung.

ten Brief persönlich in die Hand. In dem Brief forderte Serpil im Namen aller Opferfamilien eine lückenlose Aufklärung des Anschlags und Unterstützung im »beschädigten Leben«. Vier Wochen später kam eine Antwort: »Die Bundesregierung zielt auf Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus.« Die Folge: nichts. Die Forderungen wurden umgangen. Migrantische Gesellschaften werden von den Sicherheitsbehörden nicht geschützt. Das kennen wir von den NSU-Morden. Mordopfer wurden damals zu mutmaßlichen Tätern, die Hinterbliebenen zu Verdächtigen. Doch diesmal war es nicht so einfach, denn diesmal haben sich (die Familien schnell zusammenge-

»Initiative 19. Februar«

Mit der nach dem Anschlag gegründeten »Initiative 19. Februar Hanau« kamen migrantische Antifaschist*innen mit den Opferfamilien zusammen und eröffneten gemeinsam eine Anlaufstelle (auch genannt: »Laden«), die direkt gegenüber dem ersten Tatort liegt. Ziel war und ist die lückenlose Aufklärung der Tat. Wer hat versagt? Wer muss zur Rechenschaft gezogen werden? Die Familien und Aktivist*innen der Anlaufstelle sind sehr aktiv. Täglich ist der »Laden« geöffnet. Anwalt*innen werden vermittelt, gemeinsam wird getrauert, Ereignisse werden diskutiert und Aktionen organisiert. Wöchentlich werden frische Blumen an den Tatorten und am zentral gelegenen Brüder-Grimm-Denkmal aufgestellt, damit beim Vorbeilaufen an die Tat erinnert werden kann. Es soll kein Vergessen geben. Kein Nachgeben. Keine Ruhe vor einer Aufklärung.

Dagegen wollen CDU-Politiker*innen wie Helko Kascheckert oder Margret Härtel vorgehen: Anfang August forderten sie, dass die Zeichen öffentlicher Trauer aus Hanau entfernt werden sollten. Dem Brüder-Grimm-Denkmal etwa solle wieder sein »alter Stellenwert zurückgegeben« werden. Er wolle die »Maßstäbe wahren« und fordert eine »Rückkehr zur Normalität«, so Kascheckert. Was hat der »Christdemokrat« dafür getan, damit die Hinterbliebenen zur Normalität zurückfinden? Eine beschämende Aufforderung weiterzumachen, als sei nichts gewesen, ist der Wunsch nach Normalität angesichts des dadurch gestärkten Rechtsextremismus.

Doch die Familien der Opfer, vor allem Familie Kurtović, Unvar (Temiz), Gültekin, Páun, Gürbüz, Klerpacz (Goman) und Hashemi, die oft zusammenkommen, gemeinsam für eine Aufklärung und gegen Rassismus kämpfen und die auch mit der Zeit zu einer Familie wurden, werden nicht zulassen, dass dieser Anschlag respektlos umgangen und die Opfer vergessen werden. Die Familien haben im Hessischen Landtag Antworten auf ihren offenen Fragen eingefordert. Dass die Familien sich in der Anlaufstelle in Hanau mehrmals in der Woche treffen, erschwert den Sicherheitsbehörden die »Arbeit«.

Am 19. Juni wurde ein 27 Meter langes Graffiti-Gemälde unter der Friedensbrücke in Frankfurt eingeweiht. Es zeigt die Porträts der ermordeten jungen Leute. Gesprützt wurde es von einem namenlosen Kollektiv aus Künstler*innen.

Der Anschlag ist sechs Monate her, und es ist immer noch nichts passiert. Eine bundesweite Demonstration in Hanau am 22. August wird daher unter dem Motto »Erinnerung, Gerechtigkeit, Aufklärung und Konsequenzen« stehen. Alle, die sich das Recht nehmen, sich selbst zu verteidigen, können sich auf dieser Demonstration für Antifaschismus stark machen und sich gegen Nazis und Rassist*innen stellen – und damit auch gegen die Zermürbung ankämpfen, die uns zu schaffen macht. ●

Dilan Karacadağ ist Redakteurin der Tageszeitung Yeni Özgür Politika, die in Deutschland erscheint und dreisprachig – türkisch, kurdisch und deutsch –

Antifa

ANTIFA

Interview mit Aktivist*innen verschiedener Migrantifa-Initiativen
in Deutschland

„Alle Kämpfe müssen zusammen geführt werden“

Für eine migrantische antifaschistische
Selbstorganisation – Für eine radikale Veränderung
der Gesellschaft kämpfen

■ Könnt Ihr euch bitte kurz vorstellen?

Wir sind Aktivist*innen in verschiedenen Migrantifa-Zusammenhängen in Berlin, Bremen, Hessen und NRW, sowie teilweise im „Streikbündnis achter Mai“. Wir haben uns zusammengefunden, um in diesem Artikel über die Aktionen zum 8. Mai zu resümieren und um unsere Perspektiven auf mögliche Wege für eine weitergehende migrantische antifaschistische Selbstorganisation in der nächsten Zeit aufzuzeigen.

Was ist Migrantifa? Seit wann gibt es euch und aus welcher Motivation und politischen Situation heraus habt ihr euch entschieden, euch als Gruppe bzw. Aktionsbündnis zusammenzutun?

Im Rahmen der bundesweiten Diskussionen um einen migrantischen Generalstreik entstanden in verschiedenen Städten erste Migrantifa-Gruppen, die sich trafen, um lokal Ideen für einen Protest am 8. Mai zu entwickeln. Das rechte Terrorattentat in Hanau hat für viele einen Wendepunkt dargestellt. Ein Gefühl von „jetzt reicht's!“ kam auf und es wurde die Notwendigkeit gesehen, sich selbst zu organisieren, um gegen faschistischen Terror wehrhaft zu werden. Abgesehen von dem expliziten Bezug auf den Anschlag in Hanau gibt

es bislang kein bundesweit einheitliches Verständnis, was Migrantifa ist oder werden wird. Viele Gruppen verstehen sich als (bislang eher lose) Zusammenhänge, die antifaschistische Politik vor allem von Migrant*innen für Migrant*innen machen wollen. Nicht alle von uns haben eigene Migrationserfahrungen gemacht, und nicht alle unsere (familiären) Migrationsgeschichten sind vergleichbar oder hatten die gleichen Ursachen. Wir haben uns unter dem Label Migrantifa zusammengefunden, um uns trotz dieser Unterschiede auf die Gemeinsamkeiten unserer Erfahrungen mit rechtem, rassistischem und antisemitischem Terror zu konzentrieren. Uns eint die akute Bedrohung durch diesen Terror in Deutschland 2020.

Manche Gruppen, wie die in NRW und Hessen, gibt es schon seit Februar diesen Jahres, die Struktur in Berlin hat sich im Laufe des März zusammengefunden, und in anderen Städten fingen Menschen im Mai an sich gemeinsam zu organisieren. An vielen Orten ging es zunächst darum, zum 8. Mai zu mobilisieren und unsere Stimmen laut auf die Straßen und ins Netz zu tragen. Im Nachhinein gilt es, zu diskutieren, wie es weitergehen kann und soll. Bundesweit besteht weitgehend Einigkeit,

dass es in der nächsten Phase zunächst wichtig ist, dass sich die verschiedenen Gruppen lokal festigen und organisieren. Viele von uns eint das Gefühl, in herkömmlichen antifaschistischen Gruppen und Strukturen nicht wirklich willkommen zu sein oder dort erneut in die Minderheitenrolle gedrängt zu werden. Uns eint außerdem das Bewusstsein, dass ein identitär abgeschotteter Kampf gegen Rassismus, der andere gesellschaftliche Verhältnisse nicht berücksichtigt, zum Scheitern verurteilt ist.

Rassismus, Antisemitismus, anti-Schwarzer Rassismus, anti-muslimischer Rassismus, Rassismus gegen Rom*nja & Sinte*zze – all diese Kämpfe müssen zusammen gedacht und zusammen geführt werden.

Ihr habt gemeinsam mit anderen anti-rassistischen und migrantischen Initiativen am 8. Mai zu Aktionen im Rahmen eines „Tag des Zorns“ aufgerufen. Warum habt ihr dafür den Tag der Befreiung gewählt und was sind die Hintergründe?

Angeregt durch die Rede der „Initiative zum Gedenken an Ramazan Avci“ bei der Großdemo am 22. Februar 2020 in Hanau, die als Reaktion auf die Anschläge vom 19. Februar stattfand, haben sich Menschen



zusammengetan, um für den 8. Mai, den Tag des Sieges über das NS-Regime, einen migrantischen Generalstreik auszurufen. Aufgrund der Covid-19-Pandemie war dieser in seiner gedachten Form nicht mehr umsetzbar und es mussten Alternativen zum physischen Streik gefunden werden. In Berlin kam zudem hinzu, dass der 8. Mai zunächst einmalig als gesetzlicher Feiertag festgelegt wurde und ein Streik deshalb als wirksame politische Aktion schwer umzusetzen gewesen wäre.

Der 8. Mai wird in Deutschland mittlerweile als Tag der Befreiung gefeiert. Der Sieg über das NS-Regime, mit dem Shoa und Porajmos beendet wurden, ist dieses Jahr 75 Jahre her. Und so sehr dieser Sieg in der einen Hinsicht eine Befreiung war, blieb diese unvollständig. Die Entnazifizierung hat nie so stattgefunden, wie der Staat es uns erzählt. Wir wollten am 8. Mai auf die Opfer rechten Terrors aufmerksam machen. Auf all die, die jeden Tag strukturelle Diskriminierung erfahren, all die, die deswegen ermordet werden. Die Einführung des Feiertags am 8. Mai wäre ein politischer Erfolg, weil es den Sieg über und die Befreiung vom NS-Regime markiert. Gleichzeitig ist es notwendig, immer wieder darauf hinzuweisen, dass faschistische Kontinuitäten bis jetzt andauern. Dem Staat ist keine ruhige Feiertagspause zu gönnen.

Warum habt ihr gerade diese Bezeichnung für euren Aktionstag gewählt?

In Berlin z.B. wurde zum „Tag des Zorns“

aufgerufen, in NRW und Frankfurt gab es Aufrufe zu einem „Tag des Widerstands“. Von manchen wurde der Begriff „Zorn“ gewählt, weil er zum einen aus dem ursprünglichen Aufruf stammt und zum anderen, weil es deutlich macht, dass wir wütend sind und diese Wut auf die Straße und ins Netz bringen wollten. Viele konnten sich mit diesem Zorn identifizieren. Er hat uns in gewisser Weise untereinander näher zusammengebracht. Andere wollten vor allem den Aspekt des Widerstandes gegen rechten Terror hervorheben und kraftvoll an dem Tag Ausdruck verleihen.

Seid ihr mit anderen linken Gruppen/ Initiativen vernetzt und falls ja, haltet ihr einen kontinuierlichen Austausch für wichtig?

Die Migrantifa-Zusammenhänge sind an ihren jeweiligen Orten mit anderen antifaschistischen bzw. migrantischen Gruppen und Organisationen in Kontakt bzw. vernetzt, wobei das auch davon abhängt, ob die Gruppen sich schon im Februar gegründet haben oder noch relativ neu sind. Die Aktionen in Berlin wurden von Migrantifa z.B. als Teil des Aktionsbündnis Antira (ABA) organisiert. In Hamburg hat sich das Streikbündnis z. B. gegen das Label Migrantifa entschieden, weil es ein Bündnis aus Geflüchteten und rassifizierten, wie von Antisemitismus betroffenen Menschen ist. Für uns ist klar: Migrantifa soll keine neue Struktur werden, die für sich alleine aktiv ist, sondern eher ein Zusammenhang, der viele verschiedene Struktu-

ren und Personen verbindet und zusammenbringt.

Wurden bei den Diskussionen, einen migrantischen Generalstreik zu organisieren, auch Vorstellungen/ Ideen wieder aufgegriffen, die migrantische Gruppen bereits nach den rassistischen Morden der 1990er Jahre diskutiert haben?

Selbstorganisierten migrantischen Widerstand gab es schon immer in Deutschland, aber besonders in den 1990ern war er sehr präsent und kraftvoll. Ende der 1980er wurde in Berlin die Antifaşist Gençlik (Antifaschistische Jugend) gegründet. Schnell bildeten sich deutschlandweit weitere Gruppen. Sie verstanden sich als Schnittstelle von migrantischer, zumeist türkischer und kurdischer Vereinskultur, Jugendbanden und linker und antifaschistischer Politik. Nur wenige Jahre später mussten sich die Strukturen aufgrund von staatlicher Repression auflösen. Andere Beispiele sind (unvollständig und in ungeordneter Reihenfolge) etwa Kanak Attak, Köxüz, FeMigra, Café Morgenland, Antikapitalistische Nicht-Weiße Gruppe, Ausländerda Connection, ADEFRA, Initiative Schwarze Menschen in Deutschland, Lampedusa in Hamburg, Kanax Antifa oder Women in Exile – die Liste lässt sich noch viel weiter führen.

Schon 1993, nach den rassistischen Morden von Mölln und Solingen, gab es Streikaufrufe ausgehend von selbstorganisierten Initiativen, wie am 2. Juni 1993



in Hamburg. Jede noch so unzureichende Veränderung des rassistischen Systems zugunsten der von Rassismus betroffenen Menschen musste von ihnen selbst erkämpft werden. Die Migrantifa-Zusammenhänge schließen an diese Organisationen an und wollen die bereits bzw. zur Zeit geführten Kämpfe unterstützen und fortsetzen. Migrantifa ist für uns kein starres Gebilde, noch keine feste abgeschlossene Gruppe, sondern richtet sich an alle, die sich unter diesem Motto versammeln und gemeinsam gegen rechten, rassistischen und antisemitischen Terror und für eine radikale Veränderung der Gesellschaft kämpfen wollen.

Was zieht ihr für ein Resümee aus dem bundesweiten Aktionstag am 8. Mai?

Die Aktionen am 8. Mai sind aus unserer Sicht insgesamt sehr gut gelaufen. Besonders beeindruckt hat uns, dass es in kur-

zer Zeit viele unterschiedliche Aktionen gab. Die Vernetzung auf bundesweiter Ebenen aber auch mit lokalen Strukturen hat gut funktioniert. In Frankfurt waren wir vor der Alten Oper, dem Frankfurter Sinnbild bürgerlichen Selbstbewusstseins. Ein Ort, wo Menschen zusammenkommen und die Schönheit ihres Daseins feiern. Hierhin trugen wir unseren Schmerz, unsere Trauer und unsere Wut und wandelten sie durch Gemeinsamkeit in unsere Stärke. In Berlin haben wir gemeinsam mit dem Aktionsbündnis Antira (ABA) eine Kundgebung am Hermannplatz organisiert, und außerdem eine Digitale Boots-Demo über die Spree durch das Regierungsviertel. Über Social Media fand eine bundesweite Vernetzung unter Migrantifas statt, unter anderem wurde in Berlin auf dem Boot ein Redebeitrag von Migrantifa NRW abgespielt. Die Migrantifa NRW hat eine ganze Aktionswoche orga-

nisiert: Vom 1. bis zum 8. Mai gab es Aktionen gegen Polizeigewalt, dem europäischen Grenzregime, Graffiti-Künstler*innen malten ein Gedenkbild für die Ermordeten von Hanau, und am 8. Mai gab es ebenfalls eine Kundgebung.

Die Aktionen am 8. Mai haben uns allen viel Kraft gegeben, wir haben Energie geschöpft und wollen nicht zulassen, dass dieses Feuer erlischt. Für viele kann Migrantifa das sein, worauf sie lange gewartet haben. Gleichzeitig haben nicht alle Perspektiven im Rahmen der Vorbereitungen und der Aktionen genug Raum gefunden. Für die Migrantifa-Zusammenhänge wird es in der Zukunft auch darum gehen müssen, alle mitzunehmen.

Was ist für euch der Unterschied zwischen Migrantifa und Antifa und was sind eure Pläne für die Zukunft?

Wie bereits beschrieben, geht es erstmal



In Erinnerung an die Todesopfer rechter Gewalt:
Aktion des Sprayerkollektives LUP in Berlin, Mai 2020

darum, dass die vielen lokalen Gruppen Zeit haben, sich zu finden und zu festigen. Insbesondere gibt es viele Leute, die neu dazustoßen, wodurch sich der Charakter vieler Gruppen weiter wandelt. Weil alle Gruppen unabhängig voneinander arbeiten, lässt sich schwer voraussagen, in welche Richtung es gehen wird. Unserer Meinung nach hat das Label Migrantifa das Potential, Antifaschismus und antifaschistische Politik für migrantische Menschen zugänglicher zu machen. Das kann zum Beispiel durch antifaschistische Arbeit in den eigenen Nachbar*innenschaften erfolgen, indem wir offen auf die Jugendlichen in unseren Kiezen zugehen, unsere Selbstverteidigung organisieren oder anfangen, revolutionäre Basisarbeit im Viertel zu machen.

Gleichzeitig sehen wir die Chance, bestehende antifaschistische Strukturen durch unsere Perspektiven zu bereichern.

Generell ist uns aber klar, dass jeder erfolgreiche antifaschistische Kampf ein von migrantischen und nicht-migrantischen Menschen gemeinsam geführter Kampf sein muss. Wir wollen uns nicht von Rassismus spalten lassen – das tun Staat, Nationalismus und Kapital schon von ganz alleine. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass die Selbstorganisation uns die Möglichkeit gibt, eine spezifisch migrantische Perspektive auf Antifaschismus zu entwickeln und diese dann politisch umzusetzen. Wir glauben, dass sich daraus viel Stärke für die gemeinsamen Kämpfe ziehen lässt.

Wie kann man euch unterstützen?

Wir rufen alle Menschen dazu auf, sich in lokalen antifaschistischen Zusammenhängen zu organisieren und gemeinsam mit uns und anderen gegen rechten Terror und dessen geistige Brandstifter aktiv zu werden! Das bedeutet neben der Organi-

sierung auch, die eigenen Strukturen zu hinterfragen und auf eventuelle rassistische Dynamiken zu überprüfen. Nicht umsonst sind migrantische Perspektiven in antifaschistischen Kontexten in Deutschland so unterrepräsentiert. Jede Form von Solidarität, Aktivismus und Gedenken ohne Einbeziehung von Opfern, Betroffenen, deren Nachkommen oder Angehörigen, halten wir für Selbstdarstellung und Profilierung – und lehnen sie ab.

Vielen Dank das für Interview, möchtet ihr am Ende noch etwas hinzufügen?

Serpil Temiz, die Mutter des in Hanau ermordeten Ferhat Unvar hat nach dem terroristischen Attentat in einem Interview gesagt: „Der Rassismus soll keine andere Familie mehr zerstören.“ Aus diesem Satz ziehen wir den Antrieb für die Kämpfe, die auf uns zukommen. •

HANAU

6 Monate nach dem rassistischen Terroranschlag

Wir, die Angehörigen der Opfer, Überlebende und Betroffene, das Institut für Toleranz und Zivilcourage - 19. Februar Hanau e.V. und die Initiative 19. Februar Hanau rufen auf zur Demonstration, Kundgebung und zum Gedenken an **Ferhat Unvar, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz, Kaloyan Velkov, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu**

**Erinnerung
Gerechtigkeit
Aufklärung
Konsequenzen**

**22.8.2020 Hanau 13⁰⁰
DEMONSTRATION**

Auftakt: Kesselstadt, Kurt-Schumacher-Platz, Abschluss: Innenstadt

Institut für Toleranz und Zivilcourage -
19. Februar Hanau: www.19februar-hanau.de



Initiative 19. Februar Hanau
www.19feb-hanau.org



HANZA KURTOVIĆ - FATİH SARAÇOĞLU - FERİHAT UNVAR - KALOYAN VELKOV - GÖKHAN GÜLTEKİN - MERCEDES KTERPAZ - SATD NESAR HASHEME - VILTZ VITOREL PÄUN - SEDAT GÜR

HAMBURG DEMONSTRATION S-BAHNHOF VEDDEL ZUM STÜBENPLATZ 19.08.20 18 UHR

ERINNERUNG,
GERECHTIGKEIT, AUFKLÄRUNG,
KONSEQUENZEN!

6-MONATE NACH HANAU

KEIN VERGEBEN! KEIN VERGESSEN!
GEMEINSAM GEGEN RASSISMUS!

Anschlag von Hanau: Zu viele Menschen: Polizei unterbindet Protestaufzug

19.08.20 (mopo Hamburg)

Bis zu 500 Menschen durften am Mittwochabend auf dem Stübenplatz in Wilhelmsburg an einer Spontanversammlung zum Gedenken an die Opfer des Anschlags in Hanau teilnehmen. Den ursprünglich geplanten Aufzug hatte die Polizei zuvor nach eigenen Angaben unterbunden, weil mit 800 Teilnehmern mehr Menschen als die genehmigten 500 vor Ort waren.

Angemeldet war die Veranstaltung unter dem Motto „Sechs Monate nach dem 19. Februar - Erinnerung, Gerechtigkeit, Aufklärung, Konsequenzen“. In einem Online-Aufruf forderten die Organisatoren unter anderem eine lückenlose Aufklärung der Tat, politische Konsequenzen und Unterstützung für die hinterbliebenen Familien.

Zu viele Menschen: Veranstalter verkleinert Aufzug auf 500 Teilnehmer

Dem Veranstalter, einer Privatperson, sei es am Abend freigestellt worden, den Aufzug auf 500 Teilnehmer zu verkleinern oder eine stationäre Kundgebung abzuhalten, sagte ein Polizeisprecher am Abend. Später als geplant startete diese Spontanversammlung schließlich am Stübenplatz im Bezirk Mitte mit der Vorgabe, bis 22 Uhr abgeschlossen zu sein und die Regeln der Sars-CoV-2 - Eindämmungsverordnung einzuhalten.

Anschlag von Hanau: Bundesweite Gedenk- und Protestaktionen

Die Demonstration war eine von vielen bundesweit angekündigten Gedenk- und Protestaktionen. Am Abend des 19. Februar hatte ein 43-jähriger Deutscher in Hanau neun Menschen mit ausländischen Wurzeln erschossen. Er soll auch seine Mutter umgebracht haben, bevor er sich selbst tötete. Vor der Tat hatte der Mann Pamphlete mit Verschwörungstheorien und rassistischen Ansichten im Internet veröffentlicht.

Zu einem Gedenken auf dem Hanauer Marktplatz mit einer Schweigeminute und der Forderung nach lückenloser Aufklärung der Tat kamen nach Schätzungen der Polizei am Mittwochabend mehr als 120 Menschen. In Berlin zählte die Polizei am Abend bis zu 2600 Teilnehmer bei einer Demonstration. (dpa)

Zweierlei Maß? Warum Corona-Leugner demonstrieren dürfen und die Antifa nicht 20.08.2020
(mopo Hamburg)

Hunderte Menschen gehen in Hamburg zum Gedenken an die Opfer des rechtsterroristischen Anschlags in Hanau auf die Straße. Angemeldet sind 500, vor Ort erscheinen rund 1000. Die Polizei verhindert den Aufzug zunächst mit dem Hinweis auf den Infektionsschutz. Wird hier mit zweierlei Maß gemessen? Denn Corona-Gegner durften am Wochenende doch auch demonstrieren – ohne Schutz.

Mittwochabend auf der Veddel: Unter dem Motto „Erinnerung, Gerechtigkeit, Aufklärung, Konsequenzen“ soll ein halbes Jahr danach an die rassistischen Morde von Hanau erinnert werden. Am Wilhelmsburger Platz versammeln sich 800 Menschen, 300 mehr als angemeldet. Auch Gruppen wie die Interventionistische Linke und Seebrücke Hamburg haben sich der Veranstaltung angeschlossen. Gemeinsam wollen die Demonstranten zum Stübenplatz marschieren.

Doch die Polizei stoppt die Demo. Denn laut Polizei sind noch einmal 200 dazugestoßen, „die sich zu einem großen Teil nicht an die Corona-Auflagen hielten.“ Die Polizei stellt dem Veranstalter frei, den Aufzug auf 500 Teilnehmer zu verkleinern oder eine stationäre Kundgebung abzuhalten. Letzteres wird abgelehnt.

Nachdem die Beamten eine weitere nicht angemeldete Gruppe an der Harburger Chaussee auflösen, wobei auch Pfefferspray eingesetzt wird, dürfen schließlich 400 Menschen auf dem Stübenplatz an der Spontanversammlung teilnehmen.

Der Vorfall sorgt für Kritik. „Sechs Monate nach Hanau verhindert die Polizei eine überwiegend von Migrant_innenorganisationen angemeldete Demonstration zum Gedenken an die Opfer. Das ist beschämend und sendet ein fatales Signal in die Gesellschaft“, kritisiert Deniz Celik, innenpolitischer Sprecher der Hamburger Fraktion Die Linke.

„Das Grundrecht auf die Versammlungsfreiheit wurde mit Füßen getreten“, so Celik. Zudem entstehe der Eindruck, dass die Polizei mit zweierlei Maß misst: „Während am Wochenende die rechtsoffene Querdenken-Demo trotz Auflagenverstößen großzügig toleriert wurde, wurde die Gedenkdemo an die Opfer von Hanau mit allen Mitteln verhindert.“

Warum durften Corona-Gegner demonstrieren? Das sagt die Polizei

Die MOPO will von der Polizei wissen: Wird hier mit zweierlei Maß gemessen? Denn auch an der Demo der Corona-Leugner nahmen weit mehr als die angemeldeten 500 teil.

„Der gravierende Unterschied ist, dass es sich bei der Versammlung am vergangenen Wochenende um eine stationäre Versammlung gehandelt hat. Solche Art der Versammlungen sind – entsprechend der zwischen Versammlungsbehörde und dem Anmelder kooperierten Auflagen – leichter zu handhaben, wenn die Teilnehmerzahl einen größeren Umfang annimmt“, so Polizeisprecher Holger Vehren zur MOPO.

„Bei einem Aufzug sind die Anforderungen zur Einhaltung der Eindämmungsverordnung deutlich höher. Im konkreten Fall: Die Teilnehmerzahl des geplanten Aufzuges war schon deutlich zu hoch, zudem hatte der Leiter keinen lenkenden Einfluss auf die Teilnehmer, die sich zu einem großen Teil nicht an die Auflagen gehalten haben.“

Weil der Veranstalter die Möglichkeit einer stationären Versammlung abgelehnt hatte, wäre es laut Vehren zu befürchten gewesen, dass auf dem Weg zum Abschlusskundgebungsort und auch dort eine regelkonforme Versammlung im Sinne der Eindämmungsverordnung nicht hätte durchgeführt werden können.

Das skandalöse Verbot der Demonstration am 22. August 2020 in Hanau

(<https://de.indymedia.org/node/116888>)

Höhepunkt der bundesweiten Kampagne zur Erinnerung an das rassistische Nazi-Massaker in Hanau vor einem halben Jahr sollte eine Großdemonstration und Kundgebung mit Angehörigen, Freund*innen der Ermordeten in Hanau am 22. August sein. Dazu war seit mehreren Wochen aufgerufen und mobilisiert worden. Bis zu 5.000 Demonstrierende wurden erwartet.

Mit dem Ordnungsamt der Stadt Hanau und dem SPD-Oberbürgermeister hatte die „Initiative 19. Februar“, die die Proteste organisierte, wochenlang verhandelt. Viele Zugeständnisse für ein Demo-Konzept gemäß den Corona-Vorschriften (mit Masken- und Abstandsregeln, die durch Ordner kontrolliert werden sollten usw.) wurden gemacht.

Trotz dieser gewaltigen Zugeständnisse an Ordnungsamt und Polizei bzgl. der Demo-Auflagen wurde am Freitagabend, nur etwa 16 Stunden (!) vor Demobeginn am Samstag um 13 Uhr (somit auch ohne Zeit für eine rechtliche Überprüfung der Entscheidung) von der Stadt Hanau die Demonstration verboten – aus Gesundheitsschutz wegen Corona. Fadenscheinige Begründung war, dass die Zahl der positiven Corona-Tests bis auf 49 je 100.000 Einwohner im Wochendurchschnitt gestiegen sei. Das ist eine typische Methode der Angstmacherei mit willkürlich festgelegten Zahlen.

Sechs Monate nach dem rassistischen Nazi-Massaker am 19. Februar 2020 in Hanau, bei dem neun Menschen ermordet und fünf zum Teil schwer verletzt wurden, fanden bereits am 19. August bundesweit in über 30 Städten Kundgebungen und kleinere Demonstrationen antirassistischer und antifaschistischer Organisationen statt, in Hanau, Berlin, Hamburg, Frankfurt und anderen Städten. Unter dem Motto „Kein Vergeben, kein Vergessen!“ wurde die Tat als „Produkt des strukturellen Rassismus dieser Gesellschaft“ bezeichnet, Angeprangert wurde, dass Rassismus nicht nur in Nazi-Netzwerken herrscht, sondern auch in zunehmender alltäglicher Polizeigewalt deutlich sichtbar wird, vor allem gegen „undeutsch“ aussehende Menschen bis hin zu zahlreichen Polizeimorden an People-of-Colour in den letzten Jahren,

Es ist sehr bezeichnend, dass seit Beginn der politisch verordneten Maßnahmen gegen Corona ab März diesen Jahres Aktionen, Demonstrationen und Kundgebungen mit antirassistischem oder antifaschistischem Inhalt, ja selbst traditionelle Aufmärsche zum 1. Mai, unter dem Vorwand „Gesundheit hat Priorität“ nur sehr eingeschränkt erlaubt, verboten wurden oder mit Polizeigewalt unterdrückt worden sind. Bestes Beispiel dafür sind die Solidaritätsaktionen für die Refugees an den Außengrenzen Europas in mehreren Städten Anfang April. Allerdings wurden, trotz vorherrschender staatstreuer Untertanenmentalität bis hinein in fortschrittliche „linke“ Kreise, z. B. in Frankfurt auf mutige Weise entgegen dem polizeistaatlichen Demonstrationsverbot erste politische Proteste initiiert und durchgeführt (Siehe dazu unser Flugblatt Nr. 55 vom April 2020: „Trotz Demonstrations- und Versammlungsverbot: Vorbildliche Solidaritäts-Aktionen für die Refugees an den Außengrenzen Europas!“).

Bezeichnend für das aktuelle Vorgehen des Staats ist aber auch: Am selben Tag als die Demonstration in Hanau verboten wurde, durften sogenannte Corona-Leugner in Darmstadt aufmarschieren. Vor allem aber gab es in Berlin sowohl am 1. August und später am 29. August zwei der größten, zum Teil von organisierten Nazis dominierten und geführten Aufmärsche mit insgesamt mehreren zehntausend Beteiligten, darunter u. a. Trump-Anhänger, sogenannte „Reichsbürger“, Judenfeinde und Holocaust-Leugner. Bis auf einzelne Zwischenfälle wurden diese Demonstrationen weitgehend von der Polizei geduldet und geschützt. Immerhin hatten sich am 29.08. in Berlin rund tausend Protestierende gegen Rassismus, Antifas und „Omas gegen Rechts“ zu einer Gegendemonstration formiert. Diese wurde jedoch von der Polizei drangsaliert und abgedrängt. Eine ursprünglich geplante zentrale Gegenkundgebung vor dem Denkmal für die von den Nazis

ermordeten Sinti und Roma Europas gegenüber dem Reichstagsgebäude war nicht erlaubt worden. Die polizeiliche Begründung war, es habe Drohungen von Nazis gegeben, die Kundgebung zu überfallen (taz, 01.09. 2020).

Die „Initiative 19. Februar“ wurde faktisch erpresst und sagte die Demonstration in Hanau ab. Die Initiative handelte mit der Stadt als Kompromiss aus, wenigstens die Kundgebung stattfinden zu lassen, um den ungeheuren Schmerz und die Wut der Angehörigen, Freundinnen und Freunde der Ermordeten in würdiger Atmosphäre laut werden zu lassen. Diese wurde jedoch nur „im kleinen Rahmen“ mit maximal 249 Zuhörenden erlaubt, die sich auf pinkfarbenen Punkten mit Abstand und Masken vor der Bühne versammeln durften. Allen erreichbaren Gruppen in anderen Städten wurde die Demobilisierung mitgeteilt. Gleichzeitig wurde organisiert und sichergestellt, dass die Kundgebung in über 50 Städten als Videostream auf zentralen Plätzen live übertragen und gezeigt wurde. Allein im benachbarten Frankfurt gab es elf Kundgebungen mit einer anschließenden spontanen Demonstration mit fast tausend Beteiligten. Auch in Dortmund, Potsdam, Hamburg und Kassel fanden solidarische Aktionen und Demonstrationen mit jeweils mehreren hundert Teilnehmenden statt. In Offenbach, Nachbarstadt von Hanau, war eine Demonstration mit der absurden Begründung verboten worden, dass der Anschlag von Hanau sechs Monate her sei und es daher keinen Grund für eine spontane Demonstration gebe.

Unter den Angehörigen der Ermordeten gab es unüberhörbare Stimmen der Empörung gegen das Verbot. Ein Angehöriger kritisierte in seiner Rede auf der Kundgebung die kurzfristige Absage der Demonstration als „respektlos“ und rief wütend zu diesem Verbot: „Das ist einfach nur beschämend für diese Stadt und für Oberbürgermeister Claus Kaminsky.“ Ein wachsendes Misstrauen gegenüber staatlichen Behörden und vor allem der Polizei, welche die Hinweise auf die rassistischen Absichten des Nazi-Mörders ignorierten und ihm sogar noch einen Waffenschein ausstellten, war aus den Reden der Angehörigen, Freundinnen und Freunde der Ermordeten deutlich zu spüren: „Wir werden von der Polizei als ‚Menschen zweiter Klasse‘ behandelt, wir haben ‚kein Vertrauen mehr‘.“ (FR & taz, 24.08. 2020).

Gleichzeitig zur Kundgebung war die Innenstadt Hanaus voller Menschen, die in Cafes saßen und zum Shoppen unterwegs waren. Im Statement der Initiative vom 19.2.2020 heißt es: „... ein Demoverbot, das ... die Absurdität der herrschenden Prioritätensetzung zeigt. Einer Prioritätensetzung, die genauso falsch ist, wie sie uns nicht überrascht. Es trifft als erstes die, die es eben immer als erstes trifft. Und nebenan darf weiter in überfüllten ‚Konsumzonen‘ geshoppt werden.“ (Statement der Initiative Hanau 19. Februar zum 22. August 2020; www.19feb-hanau.org)

Sicher war es gut, die Kundgebung durchzuführen, auf der die Angehörigen, Freundinnen und Freunde der Ermordeten ihren tiefen Schmerz und ihre unbändige Wut über Nazis und Staatsapparat für alle laut hörbar und sehr beeindruckend zum Ausdruck bringen konnten. Es wurde auch ein starkes Zeichen der Solidarität gesetzt, indem die Kundgebung als Live-Video in über 50 Städten für Zehntausende hörbar und miterlebbar übertragen wurde.

Aber das Demoverbot war Erpressung, der vielleicht nachgegeben werden musste. Aber sicher durfte diese Verbotsmaßnahme nicht als „keine politisch motivierte Absage“ eingeschätzt werden. Denn genau das war sie.

Das Demonstrationsverbot ist skandalös und zu verurteilen. Durch die Kurzfristigkeit wurde zudem keine Chance gelassen, die Demonstration juristisch zu erzwingen. Wieder wurde ein polizeistaatliches Verbot, das sich der Repression des Staats unterwirft, durchgesetzt unter dem Vorwand der angeblichen Prioritätensetzung „Gesundheitsschutz hat Vorrang vor Demonstrationsfreiheit“. Diese Prioritätensetzung ist nicht nur absurd und falsch, sondern auch heuchlerisch, wenn gleichzeitig für extrem entrechtete (vor allem

osteuropäische) Arbeiter* innen in den Fleischfabriken und der Landwirtschaft, für Geflüchtete in Massenlagern oder gar in den unmenschlichen Camps an Europas Außengrenzen die sogenannten „Corona-Vorschriften“ nicht mehr gelten und dort eben keine Priorität haben.

Jede fortschrittlich-demokratische Bewegung, die sich der staatlichen Willkür – wenn auch nur zeitweise – unterwirft und sich freiwillig selbst beschneidet, angeblich aus sozialer Rücksicht und Verantwortungsgefühl oft nur noch digital sichtbar ist und keine größeren Demonstrationen mehr durchführt, oder sich willkürlichen staatlichen Anordnungen unter dem Vorwand von Corona fügt und sich das Demonstrationsrecht nehmen lässt, hilft faktisch den um sich greifenden staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen. Das stärkt die in der Bevölkerung heute weit verbreitete Gläubigkeit an die Staatsautorität. Der demokratische Kampf gegen staatliche Bevormundung und Unterdrückung, gegen zunehmende polizeiliche Willkür und Gewalt, gegen strukturellen Rassismus und Nazi-Netzwerke im Staatsapparat sowie gegen die zunehmend in der Gesellschaft Einfluss gewinnenden Nazi-Ideologien und organisierten Nazi-Mordbanden muss hingegen gestärkt werden.

Nehmen wir uns die großartige spontane „Black Lives Matter“-Solidaritätsbewegung zum Vorbild, die sich von keinen polizeistaatlichen Maßnahmen aufhalten ließ und bundesweit in vielen Städten in großen Demonstrationen mit Zehntausenden gegen rassistische und mörderische Polizeigewalt und Naziterror in Deutschland, gegen deutschen Nationalismus und deutschen Rassismus auf den Straßen und Plätzen deutlich sichtbar ankämpfte.

Es gilt nach wie vor das bekannte Motto: „Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!“

gewantifa

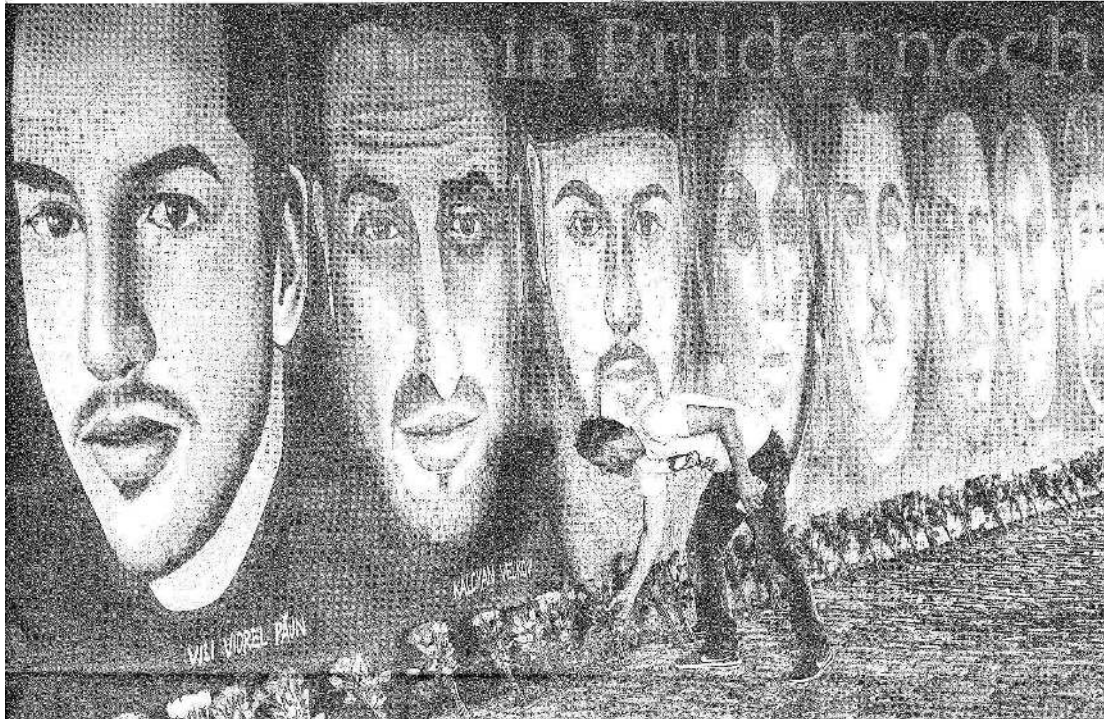
taz

die tageszeitung

montag

27. juli 2020

„Hätte die Staatsanwaltschaft das ernst genommen, würde



sein Bruder noch leben“

Am 19. Februar ermordete der Attentäter von Hanau zehn Menschen, darunter Gökhan Gültekin. Sein Bruder Cetin glaubt, die hessischen Behörden hätten das verhindern können – und fordert den Rücktritt von Innenminister Beuth

13

Juni 2020: Cetin Gültekin trauert um seinen Bruder Gökhan an einer Gedenkmauer in Frankfurt. Die weiteren Opfer von Hanau: Sedat Gurbuz, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kenan Kurtović, Vili Vioral Páun, Fatih Saragaçlı, Ferhat Unvar und Kalojan Welkow. Zudem tötete der Attentäter seine Mutter Foto: Thomas Lohnes/Getty Images

Interview Christian Jakob

taz: Herr Gültekin, die Hinterbliebenen des Anschlags vom 19. Februar rufen zu einer Demonstration auf, weil die Polizei „Warnsignale“ ignoriert habe. Welche Warnsignale waren das?

Çetin Gültekin: Es gab viele. In den letzten Tagen vor der Tat hat Tobias Rathjen, der Mörder meines Bruders, ein Bekennerschreiben und ein Hassvideo im Internet hochgeladen. Der Generalbundesanwalt (GBA) Peter Frank hat bei einer Befragung im Hessischen Landtag bestätigt, dass die Hanauer Staatsanwaltschaft und der GBA im November 2019 Post von Rathjen bekommen haben. Darin hat er seine rechtsextremen Ansichten offengelegt. Ohne Folgen. Wenn ich zwei Seiten mit der Ankündigung vollschreibe, dass ich Deutsche umbringen will und das der Staatsanwaltschaft schicke, dann klopft zwei Stunden später die Polizei bei mir.

Wie hätte bei Rathjen reagiert werden sollen?

Die Behörden haben nicht einmal Polizisten hingeschickt, um mal zu gucken, was das für ein Typ ist. Er konnte seine zwei Waffen behalten. Wenn ich das Recht habe, 600 Schuss Munition auf dem Schießstand zu verballern – wieso habe ich dann auch das Recht, die Waffe mit nach Hause zu nehmen, wo ich sie sowieso nicht benutzen darf? Er war seit Jahren im Schützenverein und die Waffenbehörde des Main-Kinzig-Kreises hat nach einer Überprüfung 2019 seine Waffenbesitzkarte verlängert.

Mit der Karte konnte er sich die Mordwaffe legal ausleihen.

Ja, ich habe das Video von der Tat gesehen. Gökhan hatte mich eine halbe Stunde vorher angerufen und gesagt: „Ich bestelle Nudeln, wenn du Hunger hast, bestell ich dir was mit.“ Ich hab gesagt: „Ich hab schon gegessen, ich guck zu Hause Fußball.“ Zehn Sekunden, bevor Rathjen reinkam, stand er an der Theke und hat mit den beiden anderen Opfern, Mercedes Kierpacz und Ferhat Unvar, gegessen. In der nächste Sekunde schießt Rathjen ihm ins Herz und er ist tot. Hatte ich ja gesagt, wäre ich auch tot.

Die Hinterbliebenen haben die Mail von Rathjen an den GBA in den letzten Wochen öffentlich thematisiert. Wie waren die Reaktionen?

Ein CDU-Politiker hat uns beim runden Tisch im Rathaus von Hanau gefragt, ob wir wüssten, wie viel „wirres Zeug“ jeden Tag bei den Behörden ankomme. Was für eine Antwort ist das? Mir macht der Gedanke Angst, dass heute vielleicht wieder irgendwo „wirres Zeug“ ankommt und sie deshalb wissen, wer der nächste Attentäter ist und sie ihn aufhalten könnten, es aber nicht tun. Wenn 1.000 solcher Briefe ankommen, müssen eben 1.000 Absender kontrolliert werden.

Mail, Video und Bekennerschreiben waren möglicherweise nicht die einzigen Hinweise – Hinterbliebene haben auf zwei Vorfälle aus 2017 und 2018 hingewiesen. Was ist das geschehen?

Damals kam ein verummter Mann mit Kampfanzug aus einem Gebüsch zum Jugendzentrum in Hanau-Kesselstadt. Das ist der Stadtteil, in dem wir leben und es ist auch der zweite Tatort vom 19. Februar. Der Unbekannte ging damals mit Waffen in der Hand auf Jugendliche zu und bedrohte sie. Die haben



Çetin Gültekin vor einem Mural in Gedenken an die Opfer des Anschlags von Hanau. Foto: Thomas Lohnes/Getty Images

„Es soll nicht heißen, keiner konnte was dafür“

In Hanau soll am 22. August der Opfer des Anschlages vom Februar gedacht werden. Die Demonstration wird sich auch gegen Ermittlungsunwillen von Innenminister Beuth und der Polizei richten, erklärt Çetin Gültekin

die Polizei gerufen. Die kam zwar und hat die Jugendlichen vernommen – aber keine Akte angelegt.

Haben sie Rathjen damals erkannt?

Nein, die kannten ihn nicht. Und er war verummt. Aber die Polizei hätte darauf kommen können. Denn Rathjens Haus ist nur wenige Meter von dem Jugendzentrum entfernt. Und er war ja als Waffenbesitzer registriert gewesen.

Wie sind diese Vorfälle mit Rathjen in Verbindung gebracht worden?

Die Familie von Hamza Kurtović, einem der Opfer vom 19. Februar, hat darauf aufmerksam gemacht. Hamza war einer der Jugendlichen, die damals von dem Unbekannten bedroht worden sind. Die Polizei ist zu ihm nach Hause gekommen und hat ihn als Zeugen vernommen. Hamzas Vater war dabei. Die Polizei ist der Aussage aber nicht weiter nachgegangen. Der Vater hat sich bei uns gemeldet. Er ist davon überzeugt, dass Rathjen der Unbekannte war. Hamzas Vater hat dann Druck gemacht. Erst als wir im Landtag waren, wurde das BKA beauftragt, dem nachzugehen. Es hat dann herausgefunden, dass es diese Aussagen gab. Ohne Druck von uns wäre das einfach übergegangen worden.

Was folgt für Sie aus diesem Umgang mit den Hinweisen

auf Rathjens Gefährlichkeit?

Hätte die Staatsanwaltschaft das ernst genommen, würde mein Bruder noch leben. Ich will, dass jeder, der an diesem Versagen beteiligt war, beim Namen genannt und zur Rechenschaft gezogen wird.

Sie sagen, die Polizei habe auch während der Tat versagt. Inwiefern?

In der Nacht hat es sieben Stunden gedauert, bis man uns die Namen der Toten genannt hat. Die Polizei ist eine Institution, auf die wir keinen Einfluss haben. Aber die soll ihre Arbeit richtigmachen. Und jeder, der gefährlich ist und eine Waffe besitzt, egal ob Nazi oder Türke oder wer auch immer. Wenn deutsche Polizisten und Behörden ihre Arbeit richtigmachen würden, würde kein offener Rassist eine Waffe besitzen können. Dafür sind die doch da. Die müsste doch für die Sicherheit von jedem Menschen sorgen, nicht nur für die Sicherheit der Deutschen. Der Innenminister Peter Beuth sagte, Rathjen sei der Polizei nicht bekannt gewesen. Er versucht immer noch, alles schönzureden und behauptet, die Polizei habe exzellent gearbeitet. Als wüssten wir von nichts. Er hat seinen Laden nicht im Griff und deswegen wollen wir, dass er geht.

Sie rufen deshalb für den 22. August in Hanau zu einer De-

monstration auf. Dabei geht es auch um den Umgang mit den Hinterbliebenen während der noch laufenden Ermittlungen. Was erwarten Sie von den Behörden?

Der Anschlag ist sechs Monate her und es ist immer noch nichts passiert. Die Demo steht unter dem Motto „Erinnerung. Gerech-

„Ich will, dass jeder, der daran beteiligt war, beim Namen genannt und zur Rechenschaft gezogen wird“

tigkeit, Aufklärung und Konsequenzen“. Wir wollen nicht akzeptieren, dass wir nicht auf dem Laufenden gehalten werden und nicht sehen können, was passiert. Es soll am Ende nicht heißen, „Keiner konnte was dafür“ – und dann werden nur wieder die Behörden geschützt. Wir befürchten, dass sie die Akten eine Weile offen halten und irgendwann kommen und sagen: „Alles ist ermittelt“ – und tschüss. Wir wollen Druck machen, bis der Innenminister seinen Rücktritt erklärt.

Wie ist es Ihrer Familie seit dem Mord ergangen?

Wir waren keine türkische Familie mit sieben oder acht Kindern, Gökhan war mein einziger Bruder. Jeder wird sterben, das hat Gott so gewollt. Wäre er bei einem Unfall gestorben, könnte ich mit dem Schmerz leben. Es wäre ganz anders als jetzt, wo ich immer denke: Er müsste nicht tot sein, man hätte das verhindern können. Das wird mir niemals Ruhe lassen. Mein Vater war schwach, er hat das nicht verkraftet und ist am 28. März gestorben. Ich musste seine Leiche während der Coronazeit mit einem Frachtflugzeug in die Türkei schicken. Ich konnte nicht mal mitfliegen. Wäre Gökhan nicht getötet worden, wäre mein Vater noch am leben.

Ich habe nun zwei Tote zu beklagen. Meine Mutter hat eine Lungenentzündung bekommen und das in der Coronazeit. Sie hat gute Erinnerungen an Deutschland. Aber weil nach 55 Jahren Ehe ihr Mann gestorben ist und kurz davor ihr Sohn erschossen wurde, hält sie es in ihrer Wohnung nicht aus. Wir mussten aus Kesselstadt raus, aber wegen Corona waren die Hotels zu. Wir hatten deshalb die Stadt Hanau um eine Wohnung gebeten.

Haben Sie sie bekommen?

Nein. Ich habe meine Mutter dann in die Türkei gebracht. Sie ist dort bei Verwandten. Am Sonntag fliege ich hin und wir

feiern gemeinsam das Opferfest. Dann bringe ich sie zurück, damit sie bei der Demo dabei sein kann.

Inwiefern spielt der „NSU 2.0“-Skandal eine Rolle für Sie?

Meine Anwältin Seda Basay-Yıldız bekommt Mails mit Morddrohungen und die Daten dafür wurden bei der Wiesbadener Polizei abgefragt. Mein Sohn ist 26 Jahre alt. Er steht bei öffentlichen Auftritten immer neben mir. Ich habe Angst um ihn. Ich muss dafür sorgen, dass meinem Bruder Gerechtigkeit widerfährt. Und gleichzeitig muss ich die Zukunft meines Sohnes schützen. Das ist beides gleichzeitig nicht leicht.

Was befürchten Sie konkret?

Ich denke z.B. an Sätze wie an den des AfD-Fraktionsratsarbeiters Marco Grauf aus Baden-Württemberg, der geschrieben hat: „Immerhin haben wir jetzt so viele Ausländer im Land, dass sich ein Holocaust mal wieder lohnen würde.“ Wenn die am Ende doch mit der CDU koalieren, habe ich Angst, dass wir nicht mal die Zeit haben werden, unsere Köffer zu packen.

Çetin Gültekin

wurde 1974 in Hanau geboren. Der Schreiner ist der Bruder von Gökhan Gültekin, einem der Opfer des rassistischen Mordanschlags vom 19. Februar 2020 in Hanau.

Hanau: „Zurück zur Normalität? Welche Normalität?“



Ein Tatar: im Februar vor einer Shishabar in Hanau. Ein Rechtsextremer hatte zehn Menschen ermordet. Foto: Bernd Hartung

Ein halbes Jahr nach dem rassistischen Mordanschlag in Hanau versichert Oberbürgermeister Claus Kaminsky, die Stadt werde „das Gedenken nicht einstellen und nicht verdrängen“. Angehörige der Opfer und Unterstützer*innen erklären, warum sie am Samstag in Hanau demonstrieren
3

Wir demonstrieren am 22. 8., weil wir alles dafür tun wollen, dass keine weiteren Eltern erleben, was wir erleiden müssen. Wesentliche Bedingungen dafür sind eine lückenlose Aufklärung und politische Konsequenzen

Amra Kurtovic für die Angehörigen der Opferfamilien aus Hanau

Ich komme nach Hanau, weil es mir ein tiefes Anliegen ist, an der Seite der Hinterbliebenen zu stehen und gemeinsam Flagge zu zeigen

Peter Fischer, Präsident von Eintracht Frankfurt

Vom Mittelmeer bis nach Hanau: Rassismus tötet. Ich unterstütze den Aufruf der Angehörigen, weil die Zukunft einer offenen Gesellschaft ohne Rassismus und Diskriminierung gehört

Carola Rackete, Seenotrettungsaktivistin

Ich sage immer: „Wehret den Anfängen ist nicht mehr.“ Denn wir sind mittendrin im Kampf gegen Rassismus. Am 22. 8. müssen wir gemeinsam mit den Betroffenen in Hanau für eine Gesellschaft der vielen eintreten

Fabrizio Bazzani, Mitarbeiter und Überlebende des KZ Auschwitz

Ich komme am 22. August, damit „Hanau“ zum Symbol des Widerstands gegen Rassismus wird, und nicht als Anschlagort ins kollektive Gedächtnis übergeht. Wir stehen zusammen

Ferda Ataman, Vorsitzende des postmigrantischen Netzwerks ndo

Ich komme nach Hanau, weil ich am eigenen Leib erfahren habe, dass Hass nicht weit von uns entfernt ist. Und weil ich den Betroffenen meine Hand reichen will für den Aufbau einer gerechteren und inklusiven Gesellschaft

Naomi Henkel-Gümbel, angehende Rabbinderin und Überlebende des Anschlags auf die Synagoge in Halle

Trauernde am 21. Februar. Der rassistische Anschlag wirkt bis heute in Hanau nach
Foto: Bernd Hartung



Gemeinsam Viele

Angehörige und Unterstützer*innen erklären, warum sie am 22. August in Gedenken an den Anschlag und für politische Konsequenzen auf die Straße gehen

Ich unterstütze den Aufruf der Angehörigen, weil es eine größere Unterstützung der Bedrohten und ein starkes Bündnis gegen rechte Gewalt braucht!

Max Czollek, Autor

Am 22. August fahre ich nach Hanau, um in Solidarität mit den Angehörigen gegen die rassistischen Zustände zu kämpfen, die in der Stadt, in der ich aufwuchs, neun Menschen aus unserer Mitte nahmen

Simone Dede Ayivi, Autorin und Mitglied der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland

Ich unterstütze den Aufruf nach Hanau, weil Opfer und Überlebende keine Statisten sind, sondern die Hauptzeugen des Geschehenen

Ibrahim Arslan, Opfer und Überlebender des rassistischen Brandanschlags von Möln am 23. November 1992

Ich bin am 22. 8. in Hanau dabei, weil es keine Gewöhnung an rassistischen, antisemitischen und rechten Terror geben darf. Es geht um Solidarität statt Sonntagsreden

Heike Kleffner, Journalistin und Geschäftsführerin VBRO e.V.

Ich unterstütze die Demonstration, weil wir alle offensichtlich noch sehr viel tun müssen, um Rassismus in unserer Gesellschaft, unseren Köpfen und Herzen zu überwinden

Matthias Pees, Intendant Mousonturm, Frankfurt

„Der Schmerz sitzt ganz, ganz tief“

Vor sechs Monaten erschoss in Hanau ein rassistischer Attentäter zehn Menschen. Der Oberbürgermeister Claus Kaminsky (SPD) fordert raschere Aufklärung

Interview Konrad Litschko

taz: Herr Kaminsky, vor sechs Monaten erschoss Tobias R. in Hanau neun Menschen aus rassistischen Gründen. Wie wirkt die Tat heute nach?

Claus Kaminsky: Der 19. Februar war der schlimmste Tag, den Hanau in Friedenszeiten erlebt hat. Und er wirkt in der Stadtgesellschaft bis heute nach. Das wird noch viele Jahre und Jahrzehnte so sein, besonders für die Angehörigen der Opfer. Sie werden ihr ganzes Leben an diese furchtbaren rassistischen Mordtaten erinnert werden.

Nach dem Attentat hängten Sie ein Banner an Ihr Rathaus: „Die Opfer waren keine Fremden.“ Auf Mahnwachen ließ es: „Hanau steht zusammen“. Gilt das heute noch?

Mein Eindruck ist: Ja. Die Stadtgesellschaft steht überwiegend zusammen, viel Solidarität gezeitet. Es gibt den einen oder anderen kritischen Brief, warum wir etwa die Mordopfer posthum mit der Goldenen Ehrenplakette der Stadt ehren wollen, das entspräche nicht der Ehrungsordnung. Aber das ist mir zu kleines Karo. Für das, was wir hier auszeichnen wollen, gibt es keine Ehrung in der Stadt, weil wir so etwas nie vorgesehen hatten. Die Botschaft ist: Ihr gehört zu uns. Und deshalb werden wir die Plakette auch so verliehen.

Das Banner am Rathaus wurde nun aber ausgetauscht?

Ja, in enger Absprache mit den Opferangehörigen – so wie alles, was wir als Stadt in dieser Angelegenheit tun. Wir haben ein neues Banner aufgehängt, das mehr nach vorne weist: „Kein Platz für Rassismus und Gewalt. Hanau steht zusammen. Für Respekt, Toleranz und Zivilcourage.“

Sie haben vor einem Monat die Opferangehörigen nochmal getroffen. Wie geht ihnen?

Der Schmerz, den diese Familien in Gesprächen offenbaren, ist für mich schwer zu ertragen. Das sitzt bei den Angehörigen ganz, ganz tief. Und das wird nie verschwinden. Man muss nur mal versuchen, sich vorzustellen, es hätte die eigenen Kinder oder Geschwister getroffen (stockt) – puh.

Was hat die Stadt für die Opfer bisher getan?

Wir hatten ihnen eine Opferberatungsstelle an die Seite gestellt und ihnen konkret und unbürokratisch geholfen, bei den Bestattungen, bei Behördengängen, oder psychologischen Hilfen. Wir haben Therapeuten in das Jugendzentrum in Kesselstadt geschickt, habe eine neue Fachstelle zur Demokratieförderung gegründet. Aber die Arbeit ist noch nicht zu Ende.

Einige Angehörige wünschen sich neue

Wohnungen, weil sie nah am Tatort wohnen. Das habe bis heute nicht geklappt.

Auch bei dem Thema tun wir unser Bestes. In einem Fall haben wir sechs Wohnungen angeboten. Es ist aber nicht einfach, weil die Wohnungen zu den Familien passen müssen und es bei den Betroffenen auch immer mal wieder Gefühlsschwankungen gibt, und sie dann doch in der alten Wohnung bleiben wollen.

Andere Hinterbliebenen beklagen, dass sie ihre Jobs verloren und die Entschädigungen nicht reichen.

Da gibt es unterschiedliche Auffassungen unter den Familien und hier ist vor allem der Bund der Ansprechpartner. Wo wir Kosten übernehmen könnten, haben wir das getan. Auch die gesammelten Spenden sind alle durchgereicht. Das Land Hessen will nun noch ein neues Förderprogramm auflegen. Ich stehe regelmäßig mit den Betroffenen in engem Kontakt, auch um mich zu vergewissern: Wie weit sind wir? Wo müssen wir nachsteuern? Und um das einzulösen, was ich den Familien auf der Trauerfeier versprochen habe: Wir lassen sie nicht allein.

Çetin Gültekin, der Bruder des erschossenen Gökhan Gültekin, kritisierte in einem taz-Interview, die Behörden hätten Warnzeichen vor dem Attentat ignoriert. Gibt es ein Behördenversagen?

Da warte ich noch die Ermittlungsergebnisse ab. Die Forderung nach einer wirklich lückenlosen Aufklärung, die die Angehörigen unisono vertreten, halte ich aber für völlig berechtigt. Dass der Täter sich im Internet als Rassist outen konnte, dass er sogar die Bundesanwaltschaft anscrieb, und die Waffenbehörde erteilte ihm trotzdem einen Waffenschein, das wirft jedenfalls Fragen auf. Ich persönlich bin für eine Verschärfung des Waffenrechts. Mindestens sollten die bestehenden Regeln konsequent umgesetzt werden. Ich glaube, die Familien könnten damit umgehen, wenn man sich bei ihnen entschuldigen würde und ihnen erkläre, was nicht gut gelaufen ist. Der momentane Eindruck aber – es würde nicht alles offenbart, was man weiß – ist fatal.

Die Bundesanwaltschaft will nicht alles öffentlich machen, um die Ermittlungen nicht zu gefährden.

Das ist sicher richtig. Dann sollten die Ermittlungen aber langsam zum Abschluss kommen. Das wäre auch für die Trauerarbeit wichtig. Nehmen Sie Viorel Păun, der den Täter noch verfolgte, unterwegs erfolglos versuchte, die Polizei zu erreichen und dann erschossen wurde – ein Held. Dass die Eltern umtreibt, wie das abließ und wieso er die Polizei nicht erreichen konnte, das muss man ihnen in Ruhe erklären. Oder Hamza

Kurtović, der in seinem Obduktionsbericht als „orientalisch“ beschrieben worden sein soll, nur wegen seines Namens, obwohl er blond war – das ist zutiefst verstörend, und auch das muss erklärt werden. Und zwar nicht über die Medien, sondern vorab und ganz direkt an die Familien.

Am Samstag wollen in Hanau Angehörige und Initiativen für die Aufklärung des Attentats demonstrieren – und für politische Konsequenzen. Sind Sie dabei?

Ich gehöre zu den Erstunterzeichnern des Demo-Aufrufs und werde vor Ort sein, ja.

Würde politisch angemessen auf das Attentat reagiert?

Was ist hier angemessen? Ich kann jedenfalls, auch auf Bundesebene, ein Bemühen erkennen, sich nach dem Hanauer Anschlag dem Rechtsextremismus und Rassismus mit einer anderen Ernsthaftigkeit zuzuwenden als bisher. In dem Punkt empfinde ich das Hanauer Attentat schon als Zäsur. Dieser Kampf gegen den Hass wird nun mit einer anderen Dynamik geführt, auch der gegen die Boshelfen, die im Netz verbreitet werden. Das ist jedenfalls mein Eindruck. Und meine Hoffnung.

In Ihrer Stadt wurde zuletzt über das Gedenken an den Anschlag gestritten: Ein CDU-Abgeordneter plädierte dafür, Blumen und Bilder vom Brüder-Grimm-Denkmal zu entfernen und das Gedenken auf den Friedhof zu verlegen.

Wir werden das Gedenken nicht einstellen und auch nicht verdrängen. Das wäre völlig unangemessen, und ich glaube nicht, dass der CDU-Kollege das so gemeint hat. Wie soll das auch gehen? Eine Rückkehr zur Normalität? Welche Normalität? Wir können mit dem Kampf gegen Rassismus und Gewalt erst aufhören, wenn Respekt und Toleranz normal und selbstverständlich sind. Wir haben ja einen Gestaltungswettbewerb initiiert für ein eigenes Denkmal an die Opfer des Anschlags. Solange das aber nicht realisiert ist, wird das Grimm-Denkmal ein Ort sein, bei dem Menschen immer wieder innehalten können.

Wie soll das neue Denkmal aussehen?

Da bin ich völlig offen, sowohl zur Form als auch zum Ort. Mal sehen, was die Experten vorschlagen – und was die Opferangehörigen favorisieren. Deren Urteile und deren Gefühle haben für mich in all diesen Punkten höchste Priorität.

Sie planen auch ein Demokratiezentrum.

Ja, in wenigen Wochen sollte die Immobilie dafür feststehen. Verschiedene Gruppen sollen in dem Zentrum unter einem Dach demokratische Ideen entwickeln. Auch das fände ich ein ganz wichtiges Zeichen.

hanau



Claus Kaminsky 60, ist SPD-Politiker und Verwaltungswirt. Seit 2003 ist er Oberbürgermeister von Hanau. 2021 will er wiedergewählt werden.

Die Tat und das Gedenken

Die Tat: Am 19. Februar erschoss Tobias R. in Hanau in zwei Bars neun Menschen mit Migrationshintergrund, danach auch seine Mutter und sich selbst. Im Internet hatte der 43-Jährige zuvor seinen Hass auf Migranten kundgetan. Die Bundesanwaltschaft ermittelt bis heute – Ende

nicht absehbar. Bisher stufen sie die Tat zwar als rechtsextrem ein, nicht aber den Täter. Die Opferangehörigen kritisieren die für sie intransparenten Ermittlungen.

Das Gedenken: Am Mittwochmittag erinnern die Stadt, die Initiative 19. Februar und andere mit

einer Gedenkfeier auf dem Marktplatz an den Anschlag. Bürgermeister Kaminsky wird sprechen. Zu Samstag, 13 Uhr, rufen links Initiativen bundesweit zu einer Demonstration nach Hanau – mit der Forderung nach Aufklärung und Konsequenzen aus dem Anschlag. (taz)

Anschlag von Hanau

Sechs Monate nach den rassistischen Morden gedenken heute Menschen in mehr als 30 Städten der Opfer

Jeden Tag kam Familie Hashemi an ihrem Tisch zusammen. Die Eltern und ihre fünf Kinder aßen in ihrer Wohnung in Kesselstadt gemeinsam, erzählten einander von ihren Erlebnissen und Neugierigkeiten, von ihren Hoffnungen, Sorgen und Plänen. Sie genossen dieses Ritual und lachten oft. Es gab ihnen Halt, war Ausdruck ihrer Verbundenheit, die im Gespräch nach wie vor spürbar ist. „Jeder ging seinen Beschäftigungen nach, aber wir sind immer wieder zusammengekommen, um miteinander zu essen“, erzählt Said Etris.

Seit sechs Monaten haben sie nicht mehr am Tisch gegessen und gelacht. Für eine Familie, für die das zu jedem Tag gehört, eine Ewigkeit. Es geht nicht, weil da diese „große Lücke“ ist, erklärt Saida Hashemi. „Mein Bruder Said Nesar fehlt so sehr.“

Der Grund liegt sechs Monate zurück, aber es ist, sagt Saida, „als wäre es gestern passiert. Die Nacht geht uns nicht aus dem Kopf“. Mit Tränen in den Augen sagt Mutter Najiba Hashemi: „Wir sind im Inneren tot.“ Für Saida steht fest: „Unsere Trauer wird nicht vergehen; wir können nur lernen, damit umzugehen.“

Said Nesar Hashemi wurde während des rassistischen Anschlags am 19. Februar ermordet, mit 21 Jahren. Auch sein Bruder Said Etris wurde an jenem Abend von den Schüssen im „Arena Bar & Café“ getroffen. Beide hatten sich dort mit Freunden verabredet. Said Etris überlebte knapp und schwer verletzt.

Der Schock über die Nachricht von dem Attentat. Das Bangen um die Söhne. Die Erleichterung darüber, dass Said Etris am Leben ist und die Trauer um Said Nesar – was Familie Hashemi erleidet, lässt sich nicht ansatzweise mit Worten beschreiben. Genauso wenig, was Said Etris erlebte.

„Es geht“, entgegnet er auf die Frage, wie er sich fühlt, tapfer. Eine Schulter sei beeinträchtigt, und am Hals habe er ein Taubheitsgefühl. Nach mehreren Wochen auf der Intensivstation sollte er länger im Krankenhaus bleiben. Glücklicherweise heilten die Verletzungen schneller als erwartet, so dass die Ärzte keine großen Bedenken hatten, als er am 3. März auf eigenen Wunsch entlassen wurde. „Ich wollte unbedingt bei der Gedenkfeier am 4. März dabei sein. Das war mein Ziel. Es vergeht keine Minute, in der ich nicht an Said Nesar denke.“ Sein Bruder ist ein Teil von ihm, sie haben sich von klein auf das Zimmer geteilt.

Das Treffen mit Familie Hashemi findet im „Laden“ der Initiative 19. Februar statt, unweit des ersten Tatorts am Heumarkt in der Innenstadt. Über den gemütlichen Sitzcken schmücken viele Fotos der ermordeten Hanauer, Artikel über sie und Plakate der Initiative die Wände, darunter die Anklage der großen Demonstration am 22. August – mit den zentralen Forde-



Mutter Najiba, Vater Mir Salam und Schwester Saida Hashemi vermissen ihren ermordeten Sohn und Bruder Said Nesar.

„Alle sollen ohne Angst leben können“

Durch den rassistischen Terroranschlag von Hanau hat die Familie Hashemi ihren geliebten Sohn und Bruder Said Nesar verloren. Der zwei Jahre ältere Said Etris überlebte knapp. Sie trauern – und kämpfen für Aufklärung.

Von Gregor Haschnik (Text) und Michael Schick (Bilder)

rungen, für die sich die Angehörigen und andere Hanauer einsetzen: „Erinnerung – Gerechtigkeit – Aufklärung – Konsequenzen.“

„Ein Verschleiern wie beim NSU lassen wir nicht zu“

Die Initiative bedeutet den Hashemis viel. „Wir verstehen uns gut, unterstützen uns gegenseitig“, sagt Vater Mir Salam Hashemi. Und sie kämpfen gemeinsam: „Es ist sehr wichtig, dass die Tat restlos aufgeklärt, Fehler benannt und beseitigt werden, damit so etwas nicht wieder passiert, möglicherweise in noch größerem Ausmaß“, betont Saida. Rechtsextreme Gewalttaten häuften sich, Konsequenzen würden kaum gezogen. Said Etris fordert, „dass die

Zuständigen Versäumnisse zugeben und Verantwortung übernehmen. Ein Verschleiern und Totschweigen wie beim NSU lassen wir nicht zu.“

Die Taten seien nicht zufällig passiert, Tobias R. „war kein unbeschriebenes Blatt“. Wie anderen Hinterbliebenen drängen sich den Hashemis viele Fragen auf, auf die sie bislang keine richtige Antwort bekamen, etwa: Warum reagierten weder die Staatsanwaltschaft Hanau noch der Generalbundesanwalt auf die dritte und „finale“ Anzeige von Tobias R., wie er darin schrieb? Warum bekam er eine Waffenerlaubnis, obwohl eine psychische Erkrankung diagnostiziert worden war? Warum wurde die Erlaubnis – ohne eine Prüfung, die den Namen verdient – verlängert, ob-

wohl Verfahren gegen R. liefen? Warum wurden die Sicherheitsbehörden nicht auf die Webseite aufmerksam, auf der er die Tat ankündigte? Während keine Behörde einen Fehler einräumt, alle ein Versagen bestreiten, liegen mittlerweile viele Hinweise darauf vor, wie die Angehörigen kritisieren. Saida hielt während des Gedenkens eine bewegende, auch international viel beachtete Rede. „Am 19.2.2020 schien die Welt in Hanau stillzustehen“, sagte sie. „Das ist nicht der erste Anschlag hier in Deutschland. Aber wir hoffen und beten dafür, dass es der letzte war.“ Und: „Alle Menschen sind gleich und haben es verdient, in einem Land ohne Angst zu leben.“ Dafür müsse noch viel getan werden, konstatiert sie jetzt. Seit dem 19. Febru-

ar „wurde viel geredet und wenig gehandelt“. Said Nesar war der Jüngste, der während des Terroranschlags getötet wurde. Er wurde am 9. Juni 1998 in Hanau geboren und wuchs wie seine Geschwister hier auf. Nach dem Realschulabschluss machte er bei Goodyear Dunlop eine Ausbildung zum Maschinen- und Anlagenführer, arbeitete dort danach in Vollzeit und hätte bald seine Weiterbildung zum staatlich geprüften Techniker abschließen können. „Diese Möglichkeit wurde ihm genommen“, sagt Said Etris.

Als friedlichen, hilfsbereiten und herzlichen Menschen beschreiben ihn seine Verwandten und Freunde. Er „hätte immer ein offenes Ohr“ und lächelte viel, wie auf den Fotos zu sehen ist.

„Wenn sich zwei stritten, ging er dazwischen und schlichtete“, blickt Said Etris zurück.

In diesem Jahr sollte Said Nesar Trauzeuge seines besten Freundes werden, mit dem er sich kurz vor dem 19. Februar für den Karneval in Nordrhein-Westfalen verabredet hatte. Der 21-Jährige war viel unterwegs, wollte dieses Jahr nach Berlin, eventuell nach Dubai, erzählt Najiba Hashemi, er war „ein offener Mensch, auch kulturell“.

Said Nesar bildete sich zum Techniker weiter

Said Nesar hatte viele Freunde; auch ihnen fehlt er sehr. Regelmäßig treffen sie sich nun auf dem Friedhof, denken an ihn, sprechen über gemeinsam Erlebtes. Oft sind es um die 15 Leute, die sich am Grab versammeln. Es fühle sich dann so an, als wäre Said Nesar da, haben sie gesagt. Wenn die Sehnsucht besonders groß ist, kommen sie auch in den Abend- und Nachtstunden.

Die Eltern leben in ständiger Angst. Wenn ein Polizeiauto oder ein Rettungswagen zu hören ist, schrecken sie auf, berichtet Mir Salam Hashemi. „Wir haben unseren Sohn verloren. Und unser Vertrauen“, fügt Mutter Hashemi hinzu. Wenn die Kinder nicht da sind, rufen sie oft an, um zu hören, ob alles Okay ist. Täglich gehen die Eltern zum Friedhof, Najiba Hashemi holt auf dem Markt immer frische Blumen. Wenn sie mal verländert sind, quillt es sie. In Said Nesars Zimmer und an seinem Auto haben sie seit dem 19. Februar nichts verändert.

In der Nacht nach den Morden, erinnert sich Saïda, „wurden wir hingehalten“. Qualend lange. Und offenbar ohne nachvollziehbaren Grund. Auf der Sterbeurkunde steht 22.10 Uhr als Todeszeitpunkt, ein Polizist teilte ihnen den Tod

von Said Nesar aber erst gegen 6.30 Uhr mit, in dürren Worten. Den anderen Angehörigen, die in einer Turnhalle versammelt worden waren, ging es genauso.

In der Folgezeit erfuhren sie fast nichts, weder über die Todesumstände noch über irgendetwas anderes. Und erst nach acht Tagen konnten die Verwandten den Leichnam ihres geliebten Sohnes und Bruders sehen. „Das war sehr schwer, nicht auszuhalten“, erinnert sich Najiba Hashemi. Die Leiche war ohne ihr Wissen zur Obduktion beschlagnahmt worden. „Wir hätten es niemals erlaubt. Wozu auch? Es war nicht notwendig. Said Nesar wurde erschossen, das war eindeutig.“

„Die Opfer waren keine Fremden“, wurde nach der Tat betont. Aber manchmal zweifeln die Hashemis daran. Erst der Umgang mit dem Terroranschlag werde zeigen, ob alle gleich sind. Oder ob es Bürger erster und zweiter Klasse gibt.

Dass ein solcher rechtsextremer Anschlag in Hanau passiert,

hätte die Familie nie gedacht. „Das ist eine multikulturelle Stadt“, ist Mir Salam Hashemi überzeugt. Said Etris und Said Nesar waren, wie andere Opfer, dem Jugendzentrum k.town eng verbunden, das nur wenige Meter vom Elternhaus des Attentäters entfernt liegt. „Es ist unser Treffpunkt, ein Ort, an dem Vielfalt normal ist. Wo jeder so sein kann, wie er ist“, lobt Said Etris.

Ein paar Tage nach der Tat hat Hanaus Oberbürgermeister Claus

Kaminsky (SPD) die Hashemis besucht und sich viel Zeit genommen. Danach habe die Stadt beispielsweise bei der Beerdigung geholfen. Dem Bund ist die Familie ebenfalls dankbar, auch weil Edgar Franke, der Opferbeauftragte der Bundesregierung, sie schnell kontaktierte und mehrmals in Hanau war.

Vom Land Hessen hingegen sind sie enttäuscht. Zwar erhielten sie Schreiben von Vertretern des Landes. Diese gingen aber offensichtlich nicht aktiv auf sie und andere Familien zu, verhielten sich weitgehend passiv, halfen zu wenig, trotz der Nähe.

Es mangelt an Unterstützung

So hat Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) die Opferfamilien erstmals für den 26. August, mehr als sechs Monate danach, zu einem Empfang und längeren Gespräch eingeladen, was medienwirksam angekündigt wurde. Genauso wie das langfristige „Förderprogramm“ für die Betroffenen, das Innenminister Peter Beuth (CDU) vor ein paar Tagen versprach. Kritik wies er zurück.

Insgesamt mangelt es an Unterstützung. Die Betroffenen konnten auf das Angebot, eine Gesprächstherapie zu machen, zurückgreifen und erhielten finanzielle Soforthilfe. Doch angesichts der Lohnausfälle und der hohen Kosten, die sich aus dem Attentat ergeben haben, wird das Geld schnell knapp. Said Etris bekommt gerade einmal 280 Euro Krankengeld, sein Vater war praktisch Alleinverdiener und ist jetzt erkrankt. Viele Leistungen, etwa nach dem Opferentschädigungsgesetz, erfordern einen enormen bürokratischen Aufwand, sagt Saïda, und viel Zeit, bis die Hilfe ankommt: „Es ist hart, dass man nach so einem Schicksalsschlag gleich aufstehen und viel Kraft investieren muss, damit man ein halbwegs normales Leben führen kann.“ Familie Hashemi wohnt ganz in der Nähe des zweiten Tatorts am Kurt-Schumacher-Platz. Wenn sie einkaufen gehen, müssen die Eltern und Kinder daran vorbei, seit sechs Monaten. Es ist unerträglich. Sie suchen dringend nach einer anderen Wohnung, weder Stadt noch Land konnten ihnen bislang eine geeignete vermitteln.

In den vergangenen Wochen hat Saïda für ihr Lehramtsstudium gelernt und am Samstag ihr schriftliches Examen absolviert, trotz allem. „Said Nesar hat gesagt: Ich bin stolz darauf, dass du Lehrerin wirst.“ Daran hat sie oft gedacht und Kraft daraus geschöpft.

Ob sie Hanau verlassen wollen? „Ich liebe diese Stadt“, antwortet Saïda, ohne zu zögern. Dass sich so viele Hanauer solidarisch mit ihrer Familie erklärten, habe sie bewegt. Said Etris fügt hinzu: „Hanau ist unsere Heimat. Auch mein Bruder hat diese Stadt geliebt. Das zeigte sich zum Beispiel darin, dass er die Ziffern 454, die Teil der Kesselstädter Postleitzahl sind, in seinem Auto-kennzeichen hatte.“

Die Eltern sagen, es war eine bewusste, klare Entscheidung, Said Nesar in Hanau, wo sein Zuhause ist, bestatten zu lassen, nicht in Afghanistan.

Wegzuziehen kommt nicht in Frage. Said Etris sagt mit Entschlossenheit und Selbstverständlichkeit in der Stimme: „Wenn wir gehen würden, hätten die Rechten gewonnen. Wir lassen uns unsere Stadt nicht nehmen.“

GEDENKEN

Beim Terroranschlag am 19. Februar wurden Said Nesar Hashemi, Ferhat Unvar, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Kaloyan Velkov, Vili Viorel Păun und Fatih Saraçoğlu aus rassistischen Motiven ermordet. Danach tötete der Täter offenbar seine Mutter und sich selbst.

Am heutigen Mittwoch, sechs Monate nach der Tat, finden bundesweit in mehr als 30 Städten Gedenkveranstaltungen statt. Auf dem Hanauer Marktplatz ist für 16 bis 19 Uhr das Zusammenkommen geplant, das Gedenken beginnt um 19.02 Uhr. In Frankfurt geht es um 17.30 Uhr am Opernplatz und um 19 Uhr an der Hauptwache los. In Darmstadt lädt die interventionistische Linke Darmstadt zum antirassistischen Stadtspaziergang ein, der um 18.30 Uhr auf dem Kantplatz startet.

Am Samstag, 22. August, werden Menschen aus ganz Deutschland zu einer großen Demonstration nach Hanau reisen. Beginn ist um 13 Uhr in Kesselstadt am Kurt-Schumacher-Platz. Das Motto lautet: Erinnerung – Gerechtigkeit – Aufklärung – Konsequenzen gha

Weitere Infos: www.19feb-hanau.org.



Die Räume der Initiative 19. Februar dienen dem Erinnern und der Aufklärungsarbeit.



Die Namen der ermordeten Hanauer sollen niemals in Vergessenheit geraten.



Said Nesar, auf dem zweiten Bild von links zu sehen, hatte fast immer ein Lächeln im Gesicht.

Anschlag von Hanau: "Wir müssen gegen das Vergessen kämpfen"

Von [Juliane Ziegler](#) und [Thomas Pirot](#) 22.08.2020

<https://www.zeit.de/campus/2020-08/anschlag-hanau-gedenken-demonstranten>

Sechs Monate nach dem Attentat gedenken in Hanau Angehörige und Aktivisten der Toten. Sie sind wütend, weil sich nichts verändert: Der Rassismus in Deutschland wächst.

Am 19. Februar 2020 tötete ein 43-Jähriger im hessischen Hanau aus rassistischen Motiven neun Menschen mit ausländischen Wurzeln, erschoss danach mutmaßlich seine Mutter und sich selbst. Sechs Monate später war in der 90.000-Einwohner-Stadt östlich von Frankfurt am Main eigentlich eine Gedenkdemonstration mit Tausenden Teilnehmern aus ganz Deutschland geplant. Wegen der aktuellen Corona-Lage sagten die örtlichen Behörden die Veranstaltung jedoch kurzfristig ab. Stattdessen kamen am Nachmittag etwa 250 Menschen zu einer Kundgebung in der Hanauer Innenstadt zusammen, darunter Angehörige der Opfer und Überlebende des Anschlags. ZEIT Campus ONLINE hat mit acht Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Kundgebung gesprochen.

"Die Leute dürfen reisen, konsumieren, einkaufen – aber die Demo geht nicht?!"



Seda Ardal, 30, Hanau, Initiative 19. Februar © Thomas Pirot für ZEIT ONLINE

"Es war schon krass und erschütternd für uns, als gestern die Info kam, dass die Demo wegen Corona abgesagt wird. So eine Enttäuschung, es steckt so viel Energie drin und wir haben wochenlang so viele Menschen mobilisiert. Irgendwie ist es aber bezeichnend: Die Leute dürfen reisen, konsumieren, einkaufen trotz Corona – aber die Demo geht nicht?! Gleichzeitig ist es auch schön zu sehen, dass die Leute sich nicht unterkriegen lassen, und was in kurzer Zeit möglich ist. Viele Veranstaltungen finden jetzt dezentral statt. Schön, diese Solidarität! Ich habe fast das Gefühl, dass die Teilnahme durch die Absage noch größer geworden ist. Nun hoffen wir, dass wir mit unseren Forderungen nach lückenloser Aufklärung, angemessener Erinnerung, sozialer Gerechtigkeit und politischen Konsequenzen weiterkommen."

"Alle Menschen sind gleich"



Abdiwali Mohamed, 27, Hanau, Lagerist © Thomas Pirot für ZEIT ONLINE

"Ich fühle mit den Familien, ich leide mit ihnen – ein Freund von mir ist unter den Opfern. Zu Hause würde ich es heute nicht aushalten, ich muss hier dabei sein und klar gegen Rassismus aufstehen. Es hätte genauso auch mich oder andere treffen können. Alle Menschen sind gleich, egal ob schwarz oder weiß, das ist so wichtig und sollte so einfach sein! Jedes Kind muss das von klein auf lernen, das muss die Gesellschaft kapieren."

"Kein einziger Name darf vergessen werden"



Begüm Fidan, 27, Hanau, selbstständig © Thomas Pirot für ZEIT ONLINE

"Freunde und Bekannte waren von dem Anschlag betroffen und ich bin hier, weil ich versuche, mich irgendwie nützlich zu machen. Wir sind gemeinsam aufgewachsen, jeder kennt hier jeden. In Deutschland muss gesehen werden: Rassismus ist ein aktuelles Thema, es brennt! Kein einziger Name der Opfer darf vergessen werden und die Politik muss restlos alles aufklären. Die Familien brauchen Gewissheit."

"Hanau muss sich ins kollektive Gedächtnis brennen"



Max Rocco Stroux, 28, Berlin, Student der Geschichte und Politik © Thomas Pirot für ZEIT ONLINE

"Ich habe gar nicht groß drüber nachgedacht, herzukommen. Ich finde es notwendig, hier ein Zeichen zu setzen. Es geht darum, Solidarität für die Opfer und die Angehörigen zu zeigen. Die Stimmen der Angehörigen müssen bundesweit Gehör finden. Ich will, dass niemals vergessen wird, was hier geschehen ist. Hanau muss sich ins kollektive Gedächtnis brennen – nicht als ein weiterer Ort in einer Auflistung zu rechtem Terror; sondern als ein Ort des Widerstands, der Solidarität und eines würdigen Gedenkens."

"Zeigen, dass die Angehörigen nicht alleine sind"



Joline Heigl, 20, Hanau © Thomas Pirot für ZEIT ONLINE

"Ich kannte die Opfer und kenne ihre Familien. Ich bin nicht direkt betroffen, aber umso wichtiger finde ich es, zu zeigen, dass die Angehörigen nicht alleine sind. Deshalb bin ich heute hier. Meine Eltern sind auch da. Seit dem Anschlag sind die Straßen in Kesselstadt (*einer der Tatorte, Anm. d. Redaktion*) merklich leerer – nicht nur wegen Corona. Viele haben auch Angst, wollen ihre Kinder nicht draußen spielen lassen. Ich hoffe und wünsche mir, dass möglichst bald alle offenen Fragen beantwortet werden und die Familien Aufklärung bekommen."

"Ich bin so wütend auf die gesamte Politik!"



Dastan Jasim, 27, Mannheim, Doktorandin der Politikwissenschaft © Thomas Pirot für ZEIT ONLINE

"Einen Tag nach dem Anschlag war ich hier in Hanau. Ich habe Innenminister Seehofer gesehen, wie er Blumen niedergelegt hat – Blumen, bezahlt von den Steuern derer, die hier ermordet wurden. Bezahlt von Menschen, gegen die Seehofer hetzt, von denen er sagt, sie seien die Mutter aller Probleme. Kotzübel ist mir da geworden. Ich bin so wütend auf die gesamte Politik! Es ist Zeit für konkrete Maßnahmen. Wir müssen einsehen, dass es in unserer Gesellschaft einen breiten rassistischen Konsens gibt. Das ist die Realität. Und es muss so dringend etwas passieren!"

"Ich will zeigen, dass man etwas ändern kann"



Pia Frien, 21, Gießen, Studentin der Umweltwissenschaften © Thomas Pirot für ZEIT ONLINE

"Der Anschlag hier, die Black-Lives-Matter-Bewegung, die Diskussion über Polizeigewalt – in der letzten Zeit setze ich mich immer stärker mit Rassismus auseinander. Ich finde, als weiße Person, die hier aufgewachsen ist, hat man die Pflicht und Verantwortung, etwas dagegen zu tun – auch wegen des Rassismus, der in den gesellschaftlichen Strukturen verankert ist. Denn auch, wenn man gar nicht bewusst

rassistisch denkt, tun es dennoch viele – wegen der Strukturen. Ich will zeigen, dass man etwas ändern kann, wenn man nur will. Diejenigen, die hier gestorben sind, dürfen auf keinen Fall vergessen werden."

"Wir kämpfen weiter"



Mirkan Unvar, Hanau, 19, Student der Wirtschaftswissenschaften © Thomas Pirot für ZEIT ONLINE

"Wir müssen gegen das Vergessen in der Gesellschaft kämpfen, deshalb sind wir hier. Ich bin Familienangehöriger eines Opfers und die vergangenen Monate fühlen sich surreal an, voller Angst und Panik. Es muss gehandelt werden. Die Familien brauchen sichtbare Veränderungen – von den Behörden, von der Politik. Wir kämpfen weiter. So lange, bis sich etwas tut."

taz – 25. November 2020

Antifa-Kabinett der Bundesregierung: Mit 89 Maßnahmen gegen den Hass

Die Regierung antwortet auf den Rechtsterror und legt ein neues Maßnahmenpaket vor. Einige sehen „Meilensteine“, vieles bleibt aber auch vage.

BERLIN taz | Es sollte als großer Wurf präsentiert werden. Ein Maßnahmenpaket der Bundesregierung gegen Rechtsextremismus, verabschiedet vom eigens gegründeten Kabinettsausschuss, als Antwort auf den zuletzt erstarkten Hass. Doch zu einer eigenen Pressekonferenz kam es am Mittwoch nicht – aufgrund des Coronagipfels der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten.

Die Regierung veröffentlichte das Paket dennoch, via Pressemitteilungen und über ihre SprecherInnen – und mühte sich, diesem Gewicht zu verleihen. 89 Punkte umfasst es, sieben Ministerien steuerten diese bei, ebenso die Bundesbeauftragten für Migration oder Antisemitismus. Manches ist kleinteilig, manches noch vage, insgesamt aber will die Regierung dafür eine Milliarde Euro in den nächsten vier Jahren in die Hand nehmen. Für den Haushalt 2021 sollen 150 Millionen Euro extra ausgegeben werden.

Man gehe mit den Maßnahmen „entschlossen gegen Rechtsextremismus und Rassismus jeglicher Art“ vor, sagte eine Sprecherin von Kanzlerin Angela Merkel. Von einem „Meilenstein im Kampf gegen den Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus in Deutschland“ sprach Vizekanzler Olaf Scholz (SPD). Innenminister Horst Seehofer (CSU) lobte die „große Geschlossenheit“ der Regierung.

Auslöser für das Paket waren die jüngsten rechtsterroristischen Attentate. Schon nach dem Mord an Walter Lübcke und dem Anschlag von Halle hatte die Regierung ein erstes Maßnahmenpaket vorgelegt. Nach dem Hanau-Anschlag folgte die Einsetzung des Kabinettsausschusses gegen Rechtsextremismus – mit dem Auftrag, ein weiteres Paket zu erarbeiten. Schon damals fielen deutliche Worte. Angela Merkel nannte „Rassismus ein Gift“, Seehofer beklagte eine „Blutspur des Rechtsterrorismus“.

Streitpunkt Demokratiefördergesetz

An dem neuen Maßnahmenpaket wurde bis Dienstagnacht gearbeitet. Strittig war vor allem ein Punkt: Soll ein Demokratiefördergesetz in das Paket? Die Sozialdemokraten drängen seit Jahren auf das Gesetz, zivilgesellschaftliche Initiativen ebenso. Mit dem Gesetz könnten Demokratieprojekte, etwa Aussteigerprojekte oder mobile Beratungen, dauerhaft abgesichert werden. Bisher müssen diese sich alle vier Jahre neu bewerben – eine wiederkehrende Zitterpartie. Die Union aber lehnte das Gesetz ab, weil es zu tief in den Haushalt des Bundestags eingreife.

Im Maßnahmenpaket wird nun ein „Gesetz zur Förderung der wehrhaften Demokratie“ angekündigt. Das Familien- und das Innenministerium würden dazu „zeitnah“ Eckpunkte erarbeiten. Giffey – deren Ministerium viele der Projekte über das Programm „Demokratie leben“ finanziert – begrüßte, dass für eine dauerhafte Demokratieförderung nun „der Weg frei“ sei. Man werde sicherstellen, dass das Engagement „verlässlich und nachhaltig finanziert“ wird. Auch Justizministerin Christine Lambrecht (SPD) betonte, es werde „höchste Zeit“, diese zivilgesellschaftliche Arbeit „auf eine stabile gesetzliche Grundlage zu stellen“.

Ein Sprecher Seehofers sagte dagegen, es könne kein Gesetz geben, das einzig den Zweck einer dauerhaften Förderung habe. Vielmehr gehe es darum, dort „die Grundwerte der Demokratie festzuschreiben“ sowie eine Kooperation von Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden.

Ein großer Wurf wird in diesem Punkt also zumindest vertagt. Dieser ist schon eher die Einführung eines Antirassismusbeauftragten des Bundes. Der allerdings steht gar nicht im Paket, weil er erst 2022 kommen soll. Auch wo dieser angesiedelt wird, ist noch offen. Aber es ist eine Institution, die bleibt und ausstrahlt.

„Rasse“ wird aus dem Grundgesetz gestrichen

Der Beauftragte gehört zu den Punkten, auf die sich die Koalition schon im Oktober einigte. Auch damals schon beschlossen: Der Begriff „Rasse“ wird aus dem Grundgesetz gestrichen. Eine Arbeitsgruppe des Innen- und Justizministeriums soll nun eine Neuformulierung finden. Der Verfassungsschutz darf künftig verschlüsselte Kommunikation mitlesen. Und zum Rechtsextremismus oder Racial Profiling in der Polizei soll es keine Studie geben, sondern nur eine zum dortigen Arbeitsalltag und eine über Rassismus in der Gesellschaft allgemein. Zu mehr war Seehofer nicht bereit.

Weitere bereits angedachte Projekte sollen nun forciert werden. Das Justizministerium will das Veröffentlichen von Feindeslisten und Outings politischer Gegner unter Strafe stellen. Gleiches soll für „verhetzende Beleidigungen“ gelten, gemeint sind rassistische oder antisemitische Schmähungen, die nicht öffentlich geäußert werden und damit keine Volksverhetzung sind. Auch sollen Opfer von Tattataten und extremistischen Übergriffe nun Härteleistungen für wirtschaftliche Schäden erhalten.

Zudem werden Lücken geschlossen. Neue Projekte sollen sich dem Hass im Netz und Antifeminismus widmen oder Verschwörungsmvthen, wie sie derzeit auf den Coronaprotesten blühen. Neu geschaffen wird ein Beratungszentrum samt Hotline für Betroffene von Rassismus. Hier sollen Hilfen vermittelt und die gemeldeten Fälle in einem „Rassismusbarometer“ dokumentiert werden. Auch wird ab Januar 2021 ein Expertenrat „Integration und Vielfalt“ ins Leben gerufen.

In vielen Punkten werden aber auch schlicht bestehende Maßnahmen ausgebaut. Etwa die Tätigkeiten des Opferbeauftragten des Bundes, die politische Jugendarbeit oder Projekte für mehr Diversität in den Behörden.

Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft sollen kooperieren

Wie immer kommt vieles auf die künftige Ausgestaltung der Maßnahmen an. Etwa bei einem neuen Bundesinstitut Qualitätssicherung, das die Demokratieprojekte dauerhaft evaluieren soll und beim Innenministerium angesiedelt wird. Interessant wird auch, wie sich das Ministerium das geplante „vertrauensbildende Austauschformat“ zwischen Sicherheitsbehörden, also Polizei und Verfassungsschutz, und Anti-rechts-Projekten der Zivilgesellschaft vorstellt.

Aus der Zivilgesellschaft kam Lob für das Paket, in Teilen aber auch Kritik. Die Amadeu Antonio Stiftung sprach ebenso von einem „Meilenstein“, befand viele Maßnahmen aber als zu vage. Für Josef Schuster vom Zentralrat der Juden macht die Regierung mit den Maßnahmen deutlich, dass es ihr „mit dem Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ernst ist“. Die Vorschläge dürften jetzt aber „nicht in der Schublade verschwinden“, sondern müssten auch in der nächsten Legislaturperiode fortgesetzt werden. Schuster forderte auch das Demokratieförderungsgesetz ein.

Das tat auch Selmin Çalışkan von der Open Society Foundations. Sie lobte die geplanten Maßnahmen für Betroffene rassistischer Gewalt. Hier gelte es zuletzt verlorenem gegangenes Vertrauen auch in die Sicherheitsbehörden wieder aufzubauen.

Robert Kusche vom Verband der Opferberatungsstellen lobte die Ausweitung der Opferentschädigungen und Verbesserungen für zivilgesellschaftliche Initiativen. Es fehle aber weiter eine Studie zu Rechtsextremismus in der Polizei und ein humanitäres Bleiberecht für Opfer rassistischer Gewalt.

Montag, 24. August 2020, Nr. 197 **IW**

Nicht vergessen

Hanau: Nach Absage der Gedenkdemonstration für die Opfer des rechten Anschlags erinnern Angehörige mit einer Kundgebung an die Toten. **Von Dilan Karacadag, Hanau**

Sechs Monate nach dem Anschlag von Hanau haben Angehörige und Freunde der Ermordeten am Samstag an die Toten erinnert und »Gerechtigkeit, Aufklärung und Konsequenzen« gefordert. Mit Verweis auf den Anstieg der Coronainfektionen hatte Bürgermeister Claus Kaminsky (SPD) die für Samstag geplante Demonstration am Freitagabend untersagt. Die »Initiative 19. Februar«, die sich seit dem Anschlag mit den Familien der Opfer solidarisiert, hatte noch am selben Abend eine Gedenkkundgebung angekündigt. Hierfür wurde eine Höchstgrenze von 249 Personen verordnet. Parallel wurde ein Stream der Veranstaltung gezeigt. In rund 30 anderen Städten fanden Gedenkkundgebungen statt. Nach der Absage der Demonstration, zu der Teilnehmer aus ganz Deutschland hatten anreisen wollen, war teils Bedauern, teils auch Kritik an der Absage durch die Stadt laut geworden. Rund 300.000 Menschen sahen sich das Video im Netz an. Auch Kaminsky zeigte sich bei der Kundgebung in Hanau neben der hessischen SPD-Landesvorsitzenden Nancy Faeser.

Nesrin Unvar, Schwester des getöteten Ferhat Unvar, äußerte sich erstmals zum Tod ihres Bruders: »Tot sind wir erst, wenn man uns vergisst – das hatte mein Bruder gesagt. Nun liegt es an uns, seinen Worten zu folgen«. Sie wolle, dass »Blonde und Schwarzhaarige in der Schule gleiche Chancen haben« und dass das Leben »einer Ayesha nicht schwieriger ist als für eine Lena«.

Schwere Vorwürfe gegen die Sicherheitsbehörden erhob Cetin Gültekin, der Bruder des ermordeten Gökhan Gültekin. Er fordere den Rücktritt des hessischen Innenministers Peter Beuth, weil der die Versäumnisse der Polizei als »exzellente Polizeiarbeit« schönredet habe: »Rechte Warnsignale wur-

den nicht wahrgenommen. Hanau darf keine Station werden, Hanau muss die Endstation werden.«

Alija Kurtovic, die Schwester des getöteten Hamza Kurtovic, fragte, wie es möglich sein konnte, dass der Attentäter seine Tat schriftlich bei mehreren Staatsanwaltschaften ankündigte und dennoch »völlig ungehindert an einem Gefechtstraining teilnehmen« konnte: »Wieso wurde er nicht aus dem Verkehr gezogen?«

Man stehe heute hier, weil seitens der Polizei und der Politik wenig passiert sei, sagte Niculescu Paun, Vater des ermordeten Vili Viorel Paun: »Wir fordern eine lückenlose Aufklärung der Geschehnisse.«

Ernis Gürbüz, die Mutter von Sedat Gürbüz, wies darauf hin, dass »in den ersten Tagen« alle da gewesen seien und »große Versprechungen gemacht« hätten. Nach sechs Monaten frage sie sich: »Wo sind sie heute?« Die Versprechungen seien nicht eingehalten worden. Gürbüz unterstrich den gemeinsamen Kampf der Familien für Aufklärung: »Wenn wir nicht soviel in den Medien gewesen wären und nicht überall Fragen gestellt hätten, dann würde uns heute niemand zuhören. So etwas soll nie wieder passieren. Die Behörden sollen tun, was getan werden muss.«

Die Cousine von Kaloyan Velkov hat mit wenigen Worten ihre Forderungen und Gefühle ausgedrückt: »Wir wollen

in dieser Welt leben, ohne Rassismus und Hass. Eine Welt, in der Menschen das Recht auf Leben und Glück haben.« Die Angehörigen und Freunde berichteten von den Geschehnissen am Tag des Anschlages und ihren Erfahrungen mit alltäglichem Rassismus. Viele Teilnehmer der Kundgebung trugen T-Shirts mit Porträts der Anschlagsoffer. Auch der 8-jährige Mirza, Bruder von Ferhat Unvar, hatte eine Botschaft: »Man braucht keine Waffen. Ruhe in Frieden.« Solidarisch mit den Angehörigen der Getöteten zeigte sich auch der Präsident des Fußballklubs Eintracht Frankfurt, Peter Fischer: »Wir müssen uns solidarisieren. So können wir uns gemeinsam wehren.«



Teilnehmer der Kundgebung am Samstag in Hanau mit Bildnissen der Ermordeten

Wie weiter nach NSU, Halle und Hanau?

Diskussion **Migrantifa-Gruppen sollten nicht nur auf Rassismus fokussieren, sondern dem Rechtsruck die volle Breitseite geben**

Von Manuel Massawa

Hanau war eine Zäsur. Für viele Schwarze Menschen, People of Colour und Migrant*innen zeigte sich wieder einmal, welcher Gefahr sie im alltäglichen Leben ausgesetzt sind. Auch der Nachdapp dieses Attentats zeigt, es ist eigentlich alles beim Alten: Die Polizei hat kein Interesse, einen solchen Anschlag und die, die noch folgen könnten zu verhindern; die Politiker*innen finden einen extrem rechten Anschlag »unvorstellbar« und die deutsche Linke ist geschockt. Nichts gelernt?

Die Frage ist berechtigt: Während der NSU noch unenttarnt durchs Land fuhr, zog 2006 eine Demo durch Kassel. Die Angehörigen der NSU-Opfer, die den Marsch organisiert hatten, forderten »Kein zehntes Opfer«. Die radikale Linke interessierte sich für die Mordserie wenig bis gar nicht. Diese Blindheit der weißen Linken hat dafür gesorgt, dass von Rassismus Betroffene sich lieber ohne weiße deutsche Linke organisieren. Die großen Black Lives Matter Proteste haben das befeuert und gezeitigt: Es gibt viele wütende nicht-weiße Jugendliche, die sich die Strafe nehmen und das ganz ohne eine weiß-deutsche Linke.

In den letzten Wochen und Monaten sind immer mehr Gruppen mit dem Namen Migrantifa in der Bundesrepublik entstanden. Sie politisieren die eigene Betroffenheit. Aber anders als andere migrantische Gruppen betreiben sie keine Exilpolitik oder, wie die vielen Refugeegruppen, auch keine Politik, die sich auf ein Thema fokussiert. Migrantifa-Gruppen versuchen die deutschen Verhältnisse hier anzugreifen. Jedoch scheint vielen dieser Gruppen die Kritik an Rassismus und Antisemitismus zu genügen. So richtig und drängend die Skandalisierung des immer offensiver auftretenden Rassismus ist, so sehr wird die politische Entwicklung in diesem Land durch eine Reduktion auf Rassismus verkannt.

Mehr als Rassismus

Wenn man die viel zu lange Liste rechter Todesopfer seit 1990 durchgeht, fällt eines auf: es finden sich auch viele deutsche Namen unter den Ermordeten. Oft sind es Wohnungslose, manchmal Punks oder Linke. Dies hat nicht nur mit den wenigen Migrant*innen in der ostdeutschen Provinz zu tun, die zu dieser Zeit ein Hotspot rechter Gewalt war und es bis heute ist. Vor allem liegt das an der nationalsozialistischen Idee von Volk. Nicht Teil der Volksgemeinschaft sind nämlich neben Jüdinnen und Juden und nicht-weißen Menschen auch Wohnungslose, Linke oder Leute, die sich nicht an das Leistungsdogma der Arbeitsgesellschaft anpassen. Die Verlierer*innen in der Konkurrenz um Wohnungen und Arbeitsplätze gelten in diesem Weltbild als »Schmarotzer«, mitunter wird ihnen sogar ihr Lebensrecht abgesprochen. Klingelt da was? Na klar, denn manches davon kennen wir in weniger drastischer von der liberalen Erzählung über die Leistungsgesellschaft. Wie erinnern uns: Thilo Sarrazin lieferte mit »Deutschland schafft sich ab« eine breit diskutierte völkische Idee der Bevölkerungspolitik, die auch eine gehörige Portion Nützlichkeitsdenken an menschliches Leben ansetzt. Diese Liberalen wollen die Armen und Ausgestoßenen zwar nicht mehr



Wenn eine Mehrheitsgesellschaft mit Nazihintergrund ohne Entnazifizierung über Leitkultur redet, kommt sowas von sowas.

umbringen, aber sie gehören für sie hier trotzdem nicht her.

Aber auch die neueren Entwicklungen sind gefährlich: Während das Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr neu organisiert werden soll, weil die Spezialeinheit sich eher auf die Wehrmacht als auf die Bundeswehr bezieht, finden sich in Gruppen wie Nordkreuz extrem rechte Umstürzler, unter anderem Polizisten, zusammen, um Munition aus staatlichen Beständen zu entwenden und Todeslisten von politischen Gegner*innen anzufertigen. Diese Struktur ist nicht nur rassistisch, sondern vernetzt sich offenbar auch für einen Putsch oder Bürgerkrieg. Nur ein paar Spinner? Keineswegs: Sie unterfüttern ihre Pläne für den Tag X nicht nur ideologisch; sie sind qua Ausbildung und durch ihren besonderen Zugang zu allem was das Rechtsterroristenherz begehrt auch in der Lage, das notwendige Equipment einsetzen können. Auch hier herrscht mehr als einfacher Rassismus vor. Feinde sind eben alle, die sich gegen einen autoritären Staat stellen würden.

Putschen und Preppen

Gleichzeitig wurde die Polizei durch eine Reihe von Gesetzesänderungen mit immer mehr Befugnissen ausgestattet, meist vor dem Hintergrund, soziale Auseinandersetzungen mit militärischer Logik zu bekämpfen. Sie werden oft gegen linke Bewegungen eingesetzt oder führen im Alltag dazu, dass verletzliche Gruppen, wie Wohnungslose oder illegalisierte, vermehrt dem gewalttätigen Zugriff der Polizei ausgeliefert sind.

Auch die Corona-Maßnahmen bieten neben dem verständlichen Anliegen, das Virus einzudämmen, ein ganzes Arsenal an Möglichkeiten, den öffentlichen Raum mit polizeilichen Befugnissen zu kontrollieren. Das Verbot der Hanau-Gedenkdemo und die Erlaubnis der Berliner Corona-Leugner*innen-Demo zeigen hier vor allem, dass die Verordnungen auch instrumentell gegen unliebsame Themen von Polizei und Verwaltung eingesetzt werden können.

Die Verschiebung des Sagbaren findet schon seit langer Zeit statt. Seit Sarrazin darf wieder entspannt über den Genpool neuer und alter Einwander-

er diskutiert werden. Und während kritische Journalist*innen versuchen Björn Höcke und Andreas Kalbitz von der AfD jeden möglichen Kontakt zu verbotenen neonazistischen Organisationen nachzuweisen, sitzen Journalist*innen von MDR und RBB munter mit diesen Faschisten beim Sommerinterview zusammen.

Neuer Stammtisch

Ein Großteil der bürgerlichen Öffentlichkeit versteht diese Leute als das, was sie immer waren: Ein Teil der bürgerlichen Gesellschaft. Schließlich ist die AfD doch eine demokratisch gewählte Partei, nicht wahr? Viele Deutsche fühlen sich so richtig premium-demokratisch, wenn sie Höcke dieser Tage im MDR darüber schwadronieren hören, dass die »Parteien zu viel Macht« in diesem Staat haben. Dass da nicht nur ein Rassist, sondern auch ein Propagandist des autoritären Staates sitzt, kann in dem ganzen Demokraten-Brimborium schon mal untergehen.

Als die NPD noch als die Repräsentantin eines autoritären bis faschistischen Staates galt, musste man lange Fernsehen gucken, um Udo Voigt, den damaligen Vorsitzenden, in einem Interview im öffentlich-rechtlichen zu sehen. Meist sah man die Neonazis als Scherzopfer in der Satiresendung Extra 3, bei ihren kläglichen Versuchen im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern auch nur einen geraden Satz ins Mikrofon zu sprechen.

Für das bürgerliche Lager war die Distanzierung einfach, allein aus ästhetischen Gründen wollte man mit diesen Leuten nichts zu tun haben. Der Abstand ist geringer, wenn Höcke und Kalbitz mit ihren weißen Hemden genug Stimmen für die nächste Landtagswahl einfangen. Zum einen ist Höcke mit seiner Bildung als Gymnasiallehrer, der vielleicht Hölderlin zitieren kann, der Gegenentwurf zum Kameradschaftskader. Zum anderen sind Positionen, die demokratische Rechte einschränken und offen rassistisch sind, spätestens seit Seehofers Heimatministerium legitime Positionen in der bürgerlichen Mitte. Da ist den Journalist*innen und CDU-Politiker*innen auch egal, ob Hö-

cke oder Kalbitz ihren Sommer in Zeitlagern von Organisationen verbringen, die sich als Nachfolge der Hitlerjugend verstehen.

Um als Migrantifa-Gruppen in dieser Entwicklung handlungsfähig zu werden, braucht es eine wichtige Einsicht: Rechtsruck ist mehr als Rassismus. Hinter dem Hass auf als »undeutsch« geltende und dem ewigen Antisemitismus der Neonazis steht meistens ein Konzept von Gesellschaft, das autoritär ist. Das bedeutet auch eine liberale Auffassung von Ökonomie: verstärkte Konkurrenz, Gewerkschaftsfeindlichkeit und Antikommunismus.

Was zu tun ist

Die weiße deutsche Linke hingegen sollte die Selbstorganisationsversuche der Migrantifa-Gruppen begrüßen und sie solidarisch unterstützen. Beide müssen anfangen zu verstehen, dass während des Rechtsrucks nicht nur Schwarze, PoC, Jüdinnen und Juden sowie Migrant*innen und Opfer rechter Gewalt werden können, sondern dass es auch immer gegen Linke geht oder Menschen, die nicht in das Bild einer produktiven Volksgemeinschaft passen. Insbesondere die vermehrte Bewaffnung und Vernetzung eines rechten Milieus bis in die Polizei und Bundeswehr, was von der bürgerlichen Politik gerne bagatellisiert wird, ist eine große Gefahr für Linke jeder Richtung. Auch sollten die Migrantifa-Gruppen nicht vergessen, dass sie auch linke Gruppen sind und damit doppeltes Angriffsziel rechter Strukturen werden können.

Vor allem die Entfesselung der neuen faschistischen Bewegung sollte dazu führen, dass mehr Bündnisse von weißen Linken und organisierten Schwarzen Menschen, PoC und Migrant*innen gebildet werden. Die Kasseler Demo mit dem Motto »Kein zehntes Opfer« im April 2006 und der NSU zeigen auch, dass hierbei die Differenzen zwischen migrantischer Deutung und linken Gruppen nicht weggewischt werden dürfen. Sie können als Stärke im Kampf genutzt werden. ☉

Manuel Massawa kennt das Modewort Migrationshintergrund nicht nur aus der Zeitung. Er lebt und arbeitet präkar.

Wenn wir uns die Zeit nehmen

Diskussion **In den letzten Monaten sind viele Migrantifa-Gruppen entstanden – nun sind ein paar Fragen zu klären**

Von Migrantifas aus Berlin

Seit mehreren Monaten gibt es im deutschsprachigen Raum Ansätze migrantischer Selbstorganisation, die sich unter dem Namen »Migrantifa« zusammengefounden hat. Diese Gruppen entstanden hauptsächlich nach dem rechten Terroranschlag in Hanau, um migrantischen Selbstschutz zu organisieren und auf die bestehenden faschistischen Kontinuitäten in der BRD aufmerksam zu machen. Genauso schnell finden verschiedenste Personen an, über diese Gruppen zu schreiben. Auch in ak gab es über den Sommer mehrere Artikel zum Thema. Oft wurde mit einer Außenperspektive geschrieben – wir wollen nun als aktive Migrantifas einen Beitrag von innen schreiben.

Mehr als reine Identitätspolitik

Als Migrantifas organisieren wir uns zunächst anhand von Identitätsmerkmalen: Alle Mitglieder der Gruppen sind auf irgendeine Weise migrantisch. Allerdings organisieren wir uns vor allem als radikale Linke, die zusätzlich auch Migrant*innen beziehungsweise migrantisiert sind. Unsere Analyse ziehen wir sowohl aus unseren eigenen Erfahrungen wie auch aus den materiellen Verhältnissen der Gesellschaft. Das bedeutet für uns, Antirassismus mit Antifaschismus und Antikapitalismus zusammenzudenken. Es geht also um eine grundlegende Systemkritik, nicht nur um individualistisches Empowerment innerhalb der bestehenden Verhältnisse. Identitätspolitik ist Teil unserer Arbeit, aber sie allein geht nicht weit genug.

Uns gegenseitig und selbst zu ermächtigen gehört zu unserer Arbeit dazu. Erreichen wollen wir dies aber als Kollektiv und mit der Perspektive auf eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft. Das muss für uns mit einer antilperialistischen und antikolonialen Haltung verbunden sein. Auch wenn wir uns als migrantische Linke selbstorganisieren, wollen wir uns mit allen emanzipatorischen revolutionären Gruppen und Strukturen, die unsere Ziele teilen, verbunden und zusammenarbeiten. Nur zusammen können wir eine radikale Veränderung der bestehenden Verhältnisse erreichen.

Über den Sommer haben wir viele Aktionen gegen Rassismus, Polizeigewalt und Naziterror organisiert, und es sind immer mehr Migrantifa-Gruppen entstanden. Jetzt ist es wichtig, den Blick nach innen zu richten, um uns auf eine gemeinsame politische Ausrichtung zu verständigen. Das braucht Zeit, und die sollten wir uns nehmen.

Eine Praxis ohne dazugehörige Analyse läuft Gefahr, in reinen Aktionismus umzuschlagen. Deswegen gehört für unsere Arbeit eine kollektive interne

politische Bildung zwingend dazu: Erfahrungsaustausch, Diskussionsrunden, Lesekreise oder interne Workshops können dabei helfen, gemeinsame Positionen zu entwickeln. Gleichzeitig ergibt sich die Antwort auf politische Fragen auch immer wieder aus der konkreten Praxis. Es gilt also, die erarbeiteten Positionen durch eine gemeinsame Praxis auszuprobieren und so ständig weiterzuentwickeln. Diese Festigung der eigenen Positionen ist erforderlich, damit wir bundesweit als Migrantifa-Gruppen zusammenarbeiten können. Das Ziel sollte sein, eine bundesweite Struktur aufzubauen und so im ersten Schritt eine schlagkräftige Gegenmacht gegen Naziterror und Polizeigewalt zu stellen.

Neben der politischen Bildung ist es sehr wichtig, die gemeinsame Arbeit als Kollektiv zu lernen. Wir finden: Migrantifa sollte ein Ort sein, wo Menschen solidarisch von- und miteinander lernen, Initiativen ergreifen, Ideen entwickeln und Impulse geben, anstatt zu warten, bis es andere übernehmen. Auch innerhalb der Gruppe sind wir nicht von Herrschaftsstrukturen und Hierarchien frei. So wie wir sie nach außen hin benennen, müssen wir das auch nach innen tun.

Ungleiche Wissensverteilung und unterschiedliche Organisierungserfahrungen müssen ebenso benannt und abgebaut sowie Ressourcen umverteilt werden. Das können Kontakte, Erfahrungen, Literatur oder auch praktische Skills sein. Wir wollen keine politische Praxis entwickeln, bei der immer dieselben die Organisation übernehmen, sondern in der sich langfristig immer mehr Migrantifas ermutigt fühlen, Verantwortung zu übernehmen und nach ihrer politischen Überzeugung zu handeln. Diese Selbstermächtigung soll dazu dienen, die Gruppe und somit die kollektive politische Arbeit voranzubringen.

Wir sehen uns dabei in der Kontinuität vorangegangener migrantischer Selbstorganisationen und Widerstandskämpfe. Wir versuchen nicht, uns als etwas Neues darzustellen. Deshalb halten wir es für wichtig, gerade auch mit Genoss*innen in Kontakt zu treten, die an diesen vorangegangenen Kämpfen beteiligt waren, um ihre Erfahrungen in unsere zukünftige Praxis miteinfließen zu lassen.

Die Praxis weiterentwickeln

Wie nicht anders zu erwarten, bietet Migrantifa sehr viel Projektionsfläche für Kritiker*innen mit unterschiedlichsten Ansprüchen und Erwartungen. Gerade in der Aufbauphase, wo es wichtig ist, eine gemeinsame Haltung und Praxis zu entwickeln, sollten Gruppen darauf achten, welche Stimmen von außen wie viel Raum innerhalb der Gruppe bekommen. Kritik wird es immer geben, doch die Frage ist, welche Kritik inhaltlich, solidarisch und ernsthaft am Aufbau einer erfolgreichen migrantisch-antifaschistischen Organisation interessiert ist. Die meisten Migrantifa-Gruppen gibt es erst seit ein paar Mona-



Wir wollen nicht nur #Migrantifa sein, sondern eine tatsächliche revolutionäre Kraft.

ten. Uns und unseren Kritiker*innen muss klar sein, dass noch nicht alle Positionen ausgearbeitet sind. Anstatt Druck von außen nachzugeben, sich zu Themen zu positionieren, die intern nicht ausreichend diskutiert wurden, sollten wir uns auf genau diese Diskussionen konzentrieren und diese zum Beispiel durch politische Bildungsworkshops vorantreiben. Nur so können wir langfristig das Selbstbewusstsein erlangen, um solidarische Kritik von destruktiver zu unterscheiden.

Uns fällt auf, dass viele Gruppen stark auf Social Media präsent sind. Diese Kanäle bieten eine erste Möglichkeit der Wahrnehmung und der Kontaktauf-

wir bereits Kontakte außerhalb unserer politischen Gruppen haben, können wir anfangen. Konkret bedeutet das, mit Nachbar*innen und Gewerbetreibenden im Viertel über alltägliche Probleme zu reden und herauszuarbeiten, wie wir uns gemeinsam organisieren können. Zum Beispiel gegen Polizeirazzien oder Naziangriffe. Das ist essenziell, um Bande der Solidarität zu knüpfen, die sich mittel- und langfristig zu echter Gegenmacht entwickeln können.

Wenn wir in migrantischen Vierteln revolutionäre Kleiarbeit machen wollen, werden wir auch wieder vor der Frage stehen, welche Leute ernsthaft mit uns



Migrantifa-Gruppen organisierten diesen Sommer landesweit zahlreiche Aktionen gegen Naziterror, Polizeigewalt und Rassismus.

nahme, aber sie sollten kein Selbstzweck werden. Ein Hashtag ist keine Bewegung. Wir wollen nicht nur #Migrantifa sein, sondern eine tatsächliche revolutionäre Kraft, die Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse anstrebt. Soziale Netzwerke sind dafür ein Mittel zum Zweck, das bewusst eingesetzt werden will. Dasselbe gilt für Öffentlichkeitswirksame Aktionen und Kampagnen: Wir müssen uns aktiv die Frage stellen, wofür wir Aufmerksamkeit bekommen wollen und diese dann taktisch einsetzen.

Mit dem Fokus auf Social Media und medienwirksame Aktionen geht oft das Gefühl einher, sich zu jedem Tagesgeschehen und jeder Diskussion öffentlich positionieren zu müssen. Wir finden es wichtiger, stattdessen eine stabile politische Haltung zu entwickeln, dementprechend zu handeln und kollektiv dem Druck von außen standzuhalten.

Was nun?

Worauf Migrantifa in der nächsten Zeit den Fokus legen sollte ist Vernetzung, Basis-, Beziehungs- und die bereits benannte, interne Bildungsarbeit.

Die Vernetzung mit anderen Migrantifa-Gruppen als auch anderen linken Strukturen findet bereits statt und sollte vertieft werden. Dazu gehört auch, klare Linien zu ziehen und zu entscheiden, mit welchen Gruppen, Organisationen und Bewegungen wir zusammenarbeiten wollen. Wir müssen Verbündete nach unserer politischen und strategischen Ausrichtung klar von politischen Gegner*innen trennen. Trotzdem ist für uns klar: Selbst, wenn wir mit linken, progressiven Gruppen nicht immer 100 Prozent inhaltlich übereinstimmen, müssen wir, wenn es darauf ankommt, auf derselben Seite des Widerstandes stehen.

Basisarbeit bedeutet vor allem politische Arbeit in unseren Vierteln. Ohne breiten Rückhalt in der Bevölkerung werden wir die Kämpfe der Zukunft nicht führen, geschweige denn gewinnen können. Dort, wo wir leben und wo

arbeiten und welche lediglich ihre Arbeit mit einem migrantischen Feigenblatt bedecken möchten. Passen wir auf, mit welchen Gruppen wir uns zusammen-tun! Spätestens in der Entwicklung einer gemeinsamen Praxis wird sich auch herausstellen, wer diese sein werden.

Wir werden keine revolutionäre Organisation erreichen ohne gegenseitiges Vertrauen und genoss*innenschaftliche Beziehungen. Dieser Aspekt sollte nicht unterschätzt werden. Im Frühjahr haben sich viele von uns, die sich vorher nicht kannten, zusammengefounden, um gemeinsam in die Aktion zu gehen. Jetzt wird es darauf ankommen, wie wir diese Ansätze von Selbstorganisation vertiefen können.

Wenn wir diese Schritte konsequent angehen, wird sich perspektivisch auch die Frage des Selbstschutzes konkreter stellen. Für uns ist klar, dass der Staat uns vor faschistischen Angriffen nicht schützt und schützen wird. Wie müssen wir uns also organisieren, um aktiv Widerstand gegen einen erstarkenden Faschismus leisten zu können? Welche Strukturen müssen aufgebaut werden, um unseren Selbstschutz praktisch werden zu lassen?

Uns geht es nicht mehr nur darum, die soziale Ordnung zu hinterfragen, sondern uns aktiv gegen diese zu organisieren. Wir können uns nicht mehr erlauben, uns von den Herrschenden spalten zu lassen, sondern müssen uns mit Widerstands- und Befreiungskämpfen hier und außerhalb deutscher Grenzen solidarisch zögen und Seite an Seite kämpfen! Es gibt noch viele weitere Politikfelder, in denen wir als migrantische Antifaschist*innen kämpfen müssen. Die Erfahrungen aus den vergangenen Monaten gemeinsamer Organisation geben uns Kraft und Hoffnung, diese und weitere Kämpfe zu führen.

Alerta, ajde, haydi, vallah und bijl Migrantifa!

Die Autor*innen sind einzelne Aktivist*innen bei der Migrantifa Berlin.

GESELLSCHAFT

30 Jahre – 208 Opfer

Der Anschlag von Hanau ist kein tragischer Einzelfall. Seit der Wiedervereinigung haben rechtsextreme Täter zehn Mal so viele Menschen getötet wie Islamisten und Linksextreme zusammen. Es ist Zeit, endlich hinzuschauen

Von Walter Wüllenweber



Andrzej Fratzak, 36
7.10.1990
Lübbenau (BB*)
Erstochen



Amadeu Antonio Kiowa, 28
6.12.1990
Eberswalde (BB)
Zu Tode geprügelt



Nihad Yusufoglu, 17
28.12.1990
Hachenburg (RP)
Erstochen



Alexander Selchow, 21
1.1.1991
Göttingen (NI)
Erstochen



Unbekannter Obdachloser
6.1.1991
Flensburg (SH)
Erschlagen



Jorge Gomondai, 28
31.3.1991
Dresden (SN)
Zu Tode gehetzt



Helmut Leja, 39
4.6.1991
Kästorf (NI)
Erstochen



Agostinho Comboio, 34
16.6.1991
Friedrichshafen (BW)
Erstochen



Samuel Kofi Yeboah, 27
19.9.1991
Saarouis (SL)
Verbrannt



Wolfgang Auch, 28
22.9.1991
Schwedt/O. (BB)
Zu Tode geprügelt



Mete Eksi, 19
13.11.1991
Berlin (BE)
Zu Tode geprügelt



Gerd Himmstädt, 30
3.12.1991
Hohenselchow (BB)
Zu Tode geprügelt



Timo Kähle, 29
12.12.1991
Meuro (BB)
Erschossen



Unbekannter Mann
31.1.1992
Lampertheim (HE)
Brandanschlag



Unbekanntes Baby
31.1.1992
Lampertheim (HE)
Brandanschlag



Unbekannte Frau
31.1.1992
Lampertheim (HE)
Brandanschlag



Matthias Knabe, 23
4.3.1992
Gifhorn (NI)
Zu Tode gehetzt



Dragomir Christinel, 18
15.3.1992
Saal (MV)
Zu Tode geprügelt



Ingo Finnern, 31
19.3.1992
Flensburg (SH)
Ertränkt



Gustav Schneeclaus, 53
22.3.1992
Buxtehude (NI)
Totgetreten



Erich Bosse, 46
4.4.1992
Hörstel (NRW)
Brandanschlag



Nguyen Van Tu, 24
24.4.1992
Berlin (BE)
Erstochen



Thorsten Lamprecht, 23
11.5.1992
Magdeburg (ST)
Erschlagen



Emil Wendland, 50
1.7.1992
Neuruppin (BB)
Erstochen



Sadri Berisha, 56
8.7.1992
Ostfildern (BW)
Erschlagen



Dieter Klaus Klein, 49
1.8.1992
Bad Breisig (RP)
Erstochen



Ireneusz Szyderski, 24
3.8.1992
Stotterheim (TH)
Zu Tode geprügelt



Frank Bönisch, 35
24.8.1992
Koblenz (RP)
Erschossen



Günter Schwannecke, 58
5.9.1992
Berlin (BE)
Zu Tode geprügelt



Waltraud Scheffler, 44
24.10.1992
Geierswalde (SN)
Erschlagen



Rolf Schulze, 52
7.11.1992
Lehnhin (BB)
Zu Tode geprügelt



Karl-Hans Rohm, 53
13.11.1992
Wuppertal (NRW)
Erstickt



Alfred Salomon, 92
21.11.1992
Wilfrath (NRW)
Erschlagen



Silvio Meier, 27
21.11.1992
Berlin (BE)
Erstochen



Bahide Arslan, 51
23.11.1992
Mölln (SH)
Verbrannt



Yeliz Arslan, 10
23.11.1992
Mölln (SH)
Verbrannt



Ayşe Yılmaz, 14
23.11.1992
Mölln (SH)
Verbrannt



Bruno Kappl, 55
15.12.1992
Siegen (NRW)
Zu Tode getreten



Hans-Jochen Lommatzsch, 51
18.12.1992
Oranienburg (BB)
Zu Tode getreten



Şahin Çalışır, 20
27.12.1992
Meerbusch (NRW)
Zu Tode gehetzt



Karl Sidon, 45
15.1.1993
Arnstadt (TH)
Erschlagen



Mario Jödecke, 23
24.1.1993
Schlotheim (TH)
Erstochen



Mike Zerna, 22
25.2.1993
Hoyerswerda (SN)
Erschlagen



Mustafa Demiral, 56
9.3.1993
Mülheim (NRW)
Zu Tode gehetzt



Hans-Peter Zarse, 18
12.3.1993
Uelzen (NI)
Erstochen



Matthias Lüders, 23
26.4.1993
Obhausen (ST)
Erschlagen



Gürsün Ince, 27
29.5.1993
Solingen (NRW)
Verbrannt



Hülya Genç, 9
29.5.1993
Solingen (NRW)
Verbrannt



Saime Genç, 4
29.5.1993
Solingen (NRW)
Verbrannt



Hatice Genç, 18
29.5.1993
Solingen (NRW)
Verbrannt



Güllistan Öztürk, 12
29.5.1993
Solingen (NRW)
Verbrannt



Horst Hendersdorf, 37
5.6.1993
Fürstenwalde (BB)
Zu Tode gefoltert



Hans-Georg Jakobson, 35
28.7.1993
Strausberg (BB)
Zu Tode gehetzt



Unbekannter Obdachloser
16.10.1993
Marl (NRW)
Erschlagen



Bakary Singateh, 19
7.12.1993
Buchholz (NI)
Erstochen



Ali Bayram, 50
18.2.1994
Darmstadt (HE)
Erschossen

*Abkürzungen für die Bundesländer: BB = Brandenburg; BE = Berlin; BW = Baden-Württemberg; BY = Bayern; HB = Bremen; HE = Hessen; HH = Hamburg; MV = Mecklenburg-Vorpommern; NI = Niedersachsen; NRW = Nordrhein-Westfalen; RP = Rheinland-Pfalz; SH = Schleswig-Holstein; SL = Saarland; SN = Sachsen; ST = Sachsen-Anhalt; TH = Thüringen

							
Eberhard Tennstedt, 43 5.5.1994 Quedlinburg (ST) Ertränkt	Klaus R., 43 28.5.1994 Leipzig (SN) Zu Tode geprügelt	Beate Fischer, 32 23.7.1994 Berlin (BE) Erwürgt	Jan Wnenczak, 45 26.7.1994 Berlin (BE) Ertränkt	Gunter Marx, 42 6.8.1994 Velten (BB) Erschlagen	Piotr Kania, 18 6.11.1994 Rotenburg (HE) Erstochen	Michael Gäbler, 18 20.11.1994 Zittau (SN) Erstochen	Horst Pulter, 65 5.2.1995 Velbert (NRW) Erstochen
							
Peter T., 24 3.6.1995 Hohenstein (SN) Erschlagen	Dagmar Kohlmann, 25 16.7.1995 Altena (NRW) Zu Tode gefoltert	Klaus-Peter Beer, 48 7.9.1995 Amberg (BY) Ertränkt	Nsuzana Bunga, 7 18.1.1996 Lübeck (SH) Verbrannt	Monica Bunga, 17 18.1.1996 Lübeck (SH) Verbrannt	Françoise Makodila, 32 18.1.1996 Lübeck (SH) Verbrannt	Christelle Makodila, 8 18.1.1996 Lübeck (SH) Verbrannt	Jean-Daniel Makodila, 3 18.1.1996 Lübeck (SH) Verbrannt
							
Legrand Makodila, 5 18.1.1996 Lübeck (SH) Verbrannt	Miya Makodila, 14 18.1.1996 Lübeck (SH) Verbrannt	Christine Makodila, 17 18.1.1996 Lübeck (SH) Verbrannt	Sylvio Amoussou, 27 18.1.1996 Lübeck (SH) Verbrannt	Rabia El Omari, 17 18.1.1996 Lübeck (SH) Verbrannt	Patricia Wright, 23 3.2.1996 B. Gladbach (NRW) Erstochen	Sven Beuter, 23 20.2.1996 Brandenburg (BB) Zu Tode gefoltert	Martin Kemming, 26 15.3.1996 Dorsten (NRW) Erschossen
							
Bernd Grigol, 43 8.5.1996 Leipzig (SN) Erstochen	Boris Morawek, 26 13.7.1996 Wolgast (MV) Zu Tode getreten	Werner Weickum, 44 19.7.1996 Eppingen (BW) Zu Tode geprügelt	Achmed Bachir, 30 23.10.1996 Leipzig (SN) Erstochen	Frank Böttcher, 17 8.2.1997 Magdeburg (ST) Erstochen	Stefan Grage, 33 23.2.1997 Roseburg (SH) Erschossen	Olaf Schmidke, 26 17.4.1997 Berlin (BE) Erstochen	Chris Danneil, 31 17.4.1997 Berlin (BE) Erstochen
							
Horst Gens, 50 22.4.1997 Sassnitz (MV) Erschlagen	Phan Van Toau, 42 30.4.1997 Fredersdorf (BB) Erschlagen	Augustin Blotzki, 59 8.5.1997 Königs W. (BB) Zu Tode geprügelt	Mathias Scheydt, 39 23.9.1997 Cottbus (BB) Erstochen	Georg Jürgen Uhl, 46 27.9.1997 Cottbus (BB) Erstochen	Josef Anton Gera, 59 17.10.1997 Bochum (NRW) Erschlagen	Jana Georgi, 14 26.3.1998 Saalfeld (TH) Erstochen	Erich Fisk, 59 30.8.1998 Angermünde (BB) Erschlagen
							
Nuno Lourenço, 49 29.12.1998 Leipzig (SN) Erschlagen	Farid Guendoul, 28 13.2.1999 Guben (BB) Erstochen	Egon Effertz, 58 17.3.1999 Duisburg (NRW) Zu Tode getreten	Peter Deutsch- mann, 44 10.8.1999 Eschde (NI) Zu Tode getreten	Carlos Fernando, 35 30.9.1999 Kolbermoor (BY) Erschlagen	Patrick Thürmer, 17 2.10.1999 Hohenstein (SN) Erschlagen	Kurt Schneider, 38 6.10.1999 Berlin (BE) Zu Tode gefoltert	Hans-Werner Gärtner, 37 8.10.1999 Löbejün (ST) Erschlagen
							
Daniela Peyerl, 18 1.11.1999 B. Reichenhall (BY) Erschossen	Ruth Zillenbiller, 59 1.11.1999 B. Reichenhall (BY) Erschossen	Horst Zillenbiller, 60 1.11.1999 B. Reichenhall (BY) Erschossen	Karl-Heinz Lietz, 54 1.11.1999 B. Reichenhall (BY) Erschossen	Jörg Danek, 39 29.12.1999 Halle (ST) Zu Tode geprügelt	Bernd Schmidt, 52 29.1.2000 Weißwasser (SN) Zu Tode geprügelt	Helmut Sackers, 60 29.4.2000 Halberstadt (ST) Erstochen	Dieter Eich, 60 25.5.2000 Berlin (BE) Erstochen



Falco
Lüdtke, 22
31.5.2000
Eberswalde (BB)
Überfahren



Alberto
Adriano, 39
14.6.2000
Dessau (ST)
Erschlagen



Thomas
Goretzky, 35
14.6.2000
Dortmund (NRW)
Erschossen



Matthias von
Weitowitz, 34
14.6.2000
Waltrop (NRW)
Erschossen



Yvonne Hacht-
kemper, 34
14.6.2000
Waltrop (NRW)
Erschossen



Klaus-Dieter
Gerecke, 47
24.6.2000
Greifswald (MV)
Zu Tode getreten



Jürgen
Seifert, 52
9.7.2000
Wismar (MV)
Erschlagen



Norbert
Plath, 51
27.7.2000
Ahlbeck (MV)
Zu Tode geprügelt



Enver
Şimsek, 38
9.9.2000
Nürnberg (BY)
Opfer des NSU



Malte
Lerch, 45
4.11.2000
Schleswig (SH)
Erschlagen



Belaïd
Baylal, 42
4.11.2000
Belzig (BB)
Erschlagen



Eckhardt
Rütz, 42
25.11.2000
Greifswald (MV)
Zu Tode geprügelt



Fred
Blank, 51
26.3.2001
Grimmen (MV)
Zu Tode geprügelt



Willi
Worg, 38
28.3.2001
Milzau (ST)
Zu Tode getreten



Mohammed
Belhadj, 31
22.4.2001
Jarmen (MV)
Erschlagen



Axel
Urbanietz, 27
24.5.2001
Blankenburg (TH)
Zu Tode geprügelt



Abdurrahim
Özüdoğru, 49
13.6.2001
Nürnberg (BY)
Opfer des NSU



Süleyman
Taşköprü, 31
27.6.2001
Hamburg (HH)
Opfer des NSU



Dieter
Manzke, 61
9.8.2001
Dahlewitz (BB)
Erschlagen



Dorit
Botts, 54
17.8.2001
Fulda (HE)
Erstochen



Habil
Kılıç, 38
29.8.2001
München (BY)
Opfer des NSU



Ingo
Binsch, 36
6.11.2001
Berlin (BE)
Erwürgt



Klaus Dieter
Lehmann, 19
15.5.2002
Neubrandenburg (MV)
Zu Tode getreten



Kajrat
Batesov, 24
23.5.2002
Wittstock (BB)
Zu Tode geprügelt



Ronald
Masch, 29
10.6.2002
Neu Mahlich (BB)
Erstochen



Marinus
Schöberl, 16
12.7.2002
Patzlow (BB)
Zu Tode getreten



Ahmet
Sarlak, 19
10.8.2002
Sulzbach (SL)
Erstochen



Hartmut
Balzke, 48
25.1.2003
Erfurt (TH)
Erschlagen



Andreas
Oertel, 40
20.3.2003
Naumburg (ST)
Erwürgt



Enrico
Schreiber, 25
29.3.2003
Frankfurt O. (BB)
Zu Tode getreten



Günter
T., 35
22.4.2003
Riesa (SN)
Erschlagen



Gerhard
Fischhöder, 49
10.7.2003
Lüneburg (NI)
Zu Tode getreten



Thomas
K., 16
5.10.2003
Leipzig (SN)
Erstochen



Alja
Nickel, 26
7.10.2003
Overath (NRW)
Erschossen



Hartmut
Nickel, 61
7.10.2003
Overath (NRW)
Erschossen



Mechthild
Bucksteeg, 53
7.10.2003
Overath (NRW)
Erschossen



Petros
C., 22
6.12.2003
Kandel (RP)
Erstickt



Stefanos
C., 23
6.12.2003
Kandel (RP)
Erstickt



Viktor
Fillmonov, 15
19.12.2003
Heidenheim (BW)
Erstochen



Waldemar
Icker, 16
19.12.2003
Heidenheim (BW)
Erstochen



Aleksander
Schleicher, 17
19.12.2003
Heidenheim (BW)
Erstochen



Oleg
Valger, 27
20.1.2004
Gera (TH)
Erstochen



Martin
Görges, 46
31.1.2004
Burg (ST)
Zu Tode getreten



Mehmet
Turgut, 25
25.2.2004
Rostock (MV)
Opfer des NSU



Oury
Jalloh, 36
7.1.2005
Dessau (ST)
Verbrannt



Thomas
Schulz, 31
28.3.2005
Dortmund (NRW)
Erstochen



Ismail
Yaşar, 50
9.6.2005
Nürnberg (BY)
Opfer des NSU



Theodoros
Boulgarides, 41
15.6.2005
München (BY)
Opfer des NSU



Unbekannter
Mann
3.7.2005
Essen (NRW)
Erschlagen



Tim
Maier, 20
26.11.2005
Bad Buchau (BW)
Erstochen



Mehmet
Kubaşık, 39
4.4.2006
Dortmund (NRW)
Opfer des NSU



Halit
Yozgat, 21
6.4.2006
Kassel (HE)
Opfer des NSU



Andreas
Pietrzak, 41
6.5.2006
Plattling (BY)
Verbrannt



Andreas
F., 30
1.1.2007
Wismar (MV)
Erstochen



Michèle
Kieseewetter, 22
25.4.2007
Heilbronn (BW)
Opfer des NSU



M.
S., 17
14.7.2007
Brinjahe (SH)
Erschlagen



Peter Siebert, 40
26.4.2008
Memmingen (BY)
Erstochen



Bernd Köhler, 55
22.7.2008
Templin (BB)
Erschlagen



Hans-Joachim Sbrzesny, 50
1.8.2008
Dessau (ST)
Erschlagen



Karl-Heinz Teichmann, 59
6.8.2008
Leipzig (SN)
Erschlagen



Rick Langenstein, 20
17.8.2008
Magdeburg (ST)
Erschlagen



Marcel W., 18
24.8.2008
Bernburg (ST)
Erstochen



Marwa El-Sherbini, 31
1.7.2009
Dresden (SN)
Erstochen



Sven M., 27
14.5.2010
Hemer (NRW)
Erstochen



Kamal Kilade, 19
24.10.2010
Leipzig (SN)
Erstochen



Duy-Doan Pham, 59
23.3.2011
Neuss (NRW)
Erstochen



André Kleinau, 50
1.6.2011
Oschatz (SN)
Zu Tode geprügelt



Klaus-Peter Kühn, 59
17.6.2012
Suhl (TH)
Zu Tode gefoltert



Karl Heinz L., 59
30.9.2012
Butzow (MV)
Erstochen



Charles Werabe, 55
23.10.2014
Limburg (HE)
Zu Tode geprügelt



Dijamant Zabergja, 20
22.7.2016
München (BY)
Erstochen



Armela Segashi, 14
22.7.2016
München (BY)
Erstochen



Sabina Sulaj, 14
22.7.2016
München (BY)
Erstochen



Giuliano Josef Kollmann, 19
22.7.2016
München (BY)
Erstochen



Sevda Dag, 45
22.7.2016
München (BY)
Erstochen



Chousein Daitzik, 17
22.7.2016
München (BY)
Erstochen



Can Leyla, 14
22.7.2016
München (BY)
Erstochen



Janos Roberto Rafael, 15
22.7.2016
München (BY)
Erstochen



Selçuk Kilic, 15
22.7.2016
München (BY)
Erstochen



Eugeniu Botnari, 34
20.9.2016
Berlin (BE)
Zu Tode geprügelt



Daniel Ernst, 32
20.10.2016
Georgsmünd (BY)
Erstochen



Ruth K., 85
1.3.2017
Döbeln (SN)
Verbrannt



Christopher W., 27
18.4.2018
Aue (SN)
Erschlagen



Walter Lübcke, 65
2.6.2019
Kassel (HE)
Erstochen



Kevin Schwarze, 20
9.10.2019
Halle (ST)
Erstochen



Jana Lange, 40
9.10.2019
Halle (ST)
Erstochen



Sedat Gürbüz, 30
19.2.2020
Hanau (HE)
Erstochen



Kalojan Velkov, 33
19.2.2020
Hanau (HE)
Erstochen



Hamza Kurtović, 20
19.2.2020
Hanau (HE)
Erstochen



Ferhat Ünvar, 22
19.2.2020
Hanau (HE)
Erstochen



Mercedes Kierpacz, 35
19.2.2020
Hanau (HE)
Erstochen



Fatih Saraçoğlu, 34
19.2.2020
Hanau (HE)
Erstochen



Gökhan Gültekin, 37
19.2.2020
Hanau (HE)
Erstochen



Vili Viorel Păun, 23
19.2.2020
Hanau (HE)
Erstochen



Said Nesar Hashemi, 21
19.2.2020
Hanau (HE)
Erstochen



Gabriele R., 72*
19.2.2020
Hanau (HE)
Erstochen

Es war der 24. November 1990, wenige Wochen nach der Wiedervereinigung. Gut 50 Skinheads aus Eberswalde hatten sich verabredet. Zum „Negerkldatschen“. Am späten Abend entdeckten sie einen Vertragsarbeiter aus Angola. Sie umzingelten ihn, schlugen ihn zu Boden, legten seinen Kopf auf die Bordsteinkante. Und sprangen darauf. Aus sicherer Entfernung schauten bewaffnete Polizeibeamte zu. Als einer der Täter beim Prozess nach den Motiven gefragt wurde, sagte er: „Weil der Neger so dreckig

gegrinst hat.“ Nur ein Teil der Täter wurde gefasst, und noch weniger wurden verurteilt. Zu maximal vier Jahren Gefängnis.

Amadeu Antonio, der zwölf Tage nach dem Angriff an seinen Kopfverletzungen starb, gilt als eines der ersten Todesopfer der vereinigten deutschen Rechtsextremisten. Fast 30 Jahre später haben die rechten Gewalttäter in Deutschland mindestens 208 Menschen getötet, rein rechnerisch alle siebeneinhalb Wochen einen. Das Umbringen von Menschen, die Rassisten als fremd empfinden, ist kein ungewöhnlicher Vorgang mehr. Es gehört seit drei Jahrzehnten zum Leben in diesem Land.

Wie gefährlich der rechte Hass verglichen mit anderen Terrorgesinnungen ist, wird deutlich, wenn man Leichen zählt: Seit der Wiedervereinigung wurden in Deutschland 17 Menschen von Islamisten ermordet und vier von Linksextremisten. Rechter Terror ist hierzulande also zehn Mal so tödlich wie Islamismus und Linksextremismus zusammen. Er ist die bei Weitem größte Bedrohung für die innere Sicherheit.

Derzeit wird die Menschheit von zwei globalen Terror-Ideologien angegriffen: Islamismus und Rechtsextremismus. In der muslimischen Welt, in Teilen Afrikas und

*Bis zur Klärung der Tatumstände führt die Amadeu Antonio Stiftung die Mutter des Täters von Hanau als Opfer rechter Gewalt

auch in Frankreich geht die größere Gefahr von religiösen Fanatikern aus. In den meisten westlichen Ländern jedoch, in den USA und ganz besonders in Deutschland, sind einheimische Muttersöhnchen mit Hass auf Zuwanderer die statistisch gefährlichste Risikogruppe der Gesellschaft.

Eigentlich blicken Polizei und Verfassungsschutz auf drei erfolgreiche Jahrzehnte zurück. Die Kriminalität konnte deutlich reduziert werden auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Doch die Sicherheitsbehörden haben bei einer ihrer wichtigsten Aufgaben versagt: beim Kampf gegen rassistische Gewalt, gegen die organisierte Kriminalität von Neonazigruppen, gegen Skinhead-Mobs und digital vernetzte Einzeltäter. Der einheimische Terror wurde verharmlost, gelehnet, vertuscht, oft genug unterstützt und mitunter sogar staatlich gefördert.

In der Politik war der Terror von Rechts-extremisten bis vor wenigen Jahren keine Angelegenheit der Innenminister. Zuständig war das Familienministerium. Asylbewerberunterkünfte abzufackeln oder ausländisch aussehende Menschen zu jagen galt als Begleiterscheinung der Pubertät, wie Pickel. Die erste Ministerin für Frauen und Jugend im vereinigten Deutschland, Angela Merkel, bekämpfte den Terror mit Sozialarbeitern, mit dem „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG). Jugendklubs in den neuen Ländern bekamen einen besonders hohen Zuschuss, wenn sie sich speziell um den Neonazi-Nachwuchs kümmerten. Bis heute ist die rechte Szene überall dort besonders gut organisiert, wo sie von Merkels AgAG-Klubs logistische Starthilfe bekam.

Weil die Verfolgung von Neonazis für die Polizei keine Priorität hatte, machten sich die Beamten nicht mal die Mühe, rechte Gewalttaten systematisch zu zählen. In einigen Bundesländern haben die Innenministerien inzwischen erkannt, dass den Opferzahlen der Landespolizei nicht zu trauen ist. 2015 hat das Moses Mendelssohn Zentrum in Potsdam im Auftrag des Brandenburger Innenministeriums Daten der Polizei über rechtsextremistische Morde mit denen der Amadeu Antonio Stiftung verglichen. Der kleine Verein recherchiert auf eigene Faust jeden Fall nach, bei dem es den Verdacht gibt, dass ein Mensch aus rassistischen oder rechtsextremistischen Gründen getötet wurde. Ergebnis der Forschungsarbeit: Die Landespolizei und das Innenministerium mussten sich in weiten Teilen der Ein-

schätzung der Amadeu Antonio Stiftung anschließen und die Zahl der Todesopfer rechter Gewalt in ihrer Statistik verdoppeln.

Für den *stern* bedeutet das: Wir verlassen uns bei der Dokumentation der Opferstatistik ausnahmsweise nicht auf die Kriminalstatistik, sondern auf die Angaben der Amadeu Antonio Stiftung. „In den 208 Fällen können wir sicher nachweisen, dass die Taten aus politischen oder rassistischen Motiven begangen wurden“, sagt Timo Reinfrank, der Geschäftsführer der Stiftung. „Aber wir erfahren auch nicht alles. Die tatsächliche Zahl ist vermutlich noch höher.“

Dass Terrorismus kein unabwendbares Schicksal ist, zeigen Polizei und Geheimdienste beim Kampf gegen den Islamismus. Aktuell haben die Beamten 660 „re-

Der einheimische Terror wurde verharmlost, gelehnet, vertuscht

ligiös motivierte Gefährder“ identifiziert, bei denen sie sämtliche Überwachungsmethoden einsetzen, die ihnen ein Richter erlaubt. So stoppte die Polizei 2007 die Sauerlandgruppe, 2015 den hessischen Islamisten Halil D. oder 2016 den Syrer Dschaber al-Bakr in Chemnitz.

Bei der Mordserie der heimischen Gewalttäter setzen Polizei und Verfassungsschutz diese effektiven Methoden nur sehr zögerlich ein. Obwohl rechtsextremistische Terroristen in Deutschland zehnmal häufiger morden als Islamisten, führt die Polizei zehnmal weniger Gefährder in ihrer Datenbank. Aktuell sind es gerade mal 60.

Bei der Polizei ist die Datenlage zum Rechtsextremismus lückenhaft, bei der Justiz existiert sie gar nicht. Niemand dokumentiert, wie rassistische Gewalt vor deutschen Gerichten bestraft wird. Darum hat der *stern* 2016 sämtliche schweren Körperverletzungen, Brandstiftungen und Sprengstoffanschläge eines Jahres bis zum Ende des Verfahrens nachrecherchiert, die ein rassistisches Motiv hatten (*stern* Nr. 17/2016). Ergebnis: Nur 17 Prozent aller

Täter wurden ermittelt. Von diesen Personen wurde weniger als die Hälfte verurteilt. Von den Verurteilten kamen zwei Drittel mit Geld- oder Bewährungsstrafen davon. Tatsächlich ins Gefängnis mussten nur 2,5 Prozent aller Täter.

Besser: Sie sollten ins Gefängnis kommen. Viele tauchten unter. Derzeit kann die Polizei die Haftbefehle gegen 482 „politisch motivierte Straftäter rechts“ nicht vollstrecken, seit 2014 hat sich die Zahl fast verdoppelt. Dass nach den Tätern gefahndet wird, bedeutet übrigens nur, dass ihre Personalien im Fahndungsprogramm gespeichert sind. Aktiv gesucht wird nicht.

Seit der Entlassung des ehemaligen Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maaßen Ende 2018 ist in der Sicherheitspolitik ein Umdenken zu beobachten. Innenminister Horst Seehofer hat dem Bundeskriminalamt und dem Verfassungsschutz 300 zusätzliche Stellen versprochen, um den Kampf gegen rechts zu stärken. Für den Erfolg wird auch entscheidend sein, ob die Beamten bereit sind, mit aller Härte gegen ihre eigenen Kollegen zu ermitteln. In Hessen erhält die Rechtsanwältin Seda Basay-Yildiz seit Monaten Drohbriefe mit dem Absender „NSU 2.0“, die nach Erkenntnissen der Ermittler aus Polizeikreisen stammen. In Mecklenburg-Vorpommern haben Polizisten und Bundeswehrsoldaten die rechtsextremistische Organisation „Nordkreuz“ gegründet, Waffen und Munition gehortet und den Umsturz geplant. Und noch immer ist das Unterstützernetzwerk der Terroristen des NSU nicht enttarnt. Als sich Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt im November 2011 erschossen, wurden binnen einer Woche beim Kölner Verfassungsschutz Aktenberge vernichtet. Was nicht schnell genug geschreddert werden konnte, wurde von den Behörden für 120 Jahre gesperrt. Bis heute ist unklar, welche Rolle V-Leute bei Verbrechen des NSU gespielt haben.

Der Lackmusestest für die Ernsthaftigkeit des Kampfes gegen Rechtsextremismus ist eine Aktenfrage: Sind Politik, Polizei und Verfassungsschutz bereit, die Unterlagen freizugeben, die ihr Versagen und ihre Kumpanei mit den Tätern beweisen? ✕



stern-Autor **Walter Wüllenweber** hat in den vergangenen 30 Jahren über viele der 208 Opfer berichtet. *stern*-Reporterin Kerstin Herrnkind, die häufig über den NSU geschrieben hat, und Matthias Bolsinger unterstützten ihn bei der Recherche

GESELLSCHAFT

„Ich fühle mich sehr allein“

Der Schock nach Hanau sitzt tief, auch bei dem Publizisten Michel Abdollahi. Ein Gespräch über die Angst

Von Kerstin Hellberg; Fotos: David Maupilé



Herr Abdollahi, wie erging es Ihnen, als Sie von den Morden in Hanau hörten?

Fürchterlich. Ich habe mich während der Recherchen für mein Buch monatelang intensiv mit dem Rassismus in Deutschland beschäftigt, alle Fakten recherchiert und trotzdem die ganze Zeit gehofft, dass ich mich irre mit meiner Einschätzung. Ich hätte mich sehr, sehr gerne geirrt.

Mit der Einschätzung, dass sich der Rassismus massiv verschärft hat?

Mit der Einschätzung, dass die Gesellschaft so sehr nach rechts gerückt ist. Und mit der Einschätzung, dass wir es nicht mit Einzelfällen und Einzeltätern zu tun haben, sondern dass etwas Strukturelles dahintersteckt.

Sie schreiben, in den vergangenen Jahren habe sich die Aggressivität gegen Menschen anderer Herkunft in Terror verwandelt.

Ich habe lange überlegt, ob ich den Rassismus tatsächlich Terror nennen soll, und habe mich dann entschieden, es zu tun. Man muss die Wahrheit beim Namen nennen, jedes andere Wort wäre verharmlosend. Durch Hanau hat der Terror schon wieder eine neue Qualität bekommen. Da wurden neun Menschen öffentlich hingerichtet. Hanau zeigt deutlich: Die Gewalt kommt aus unserer Mitte. Und aus der Mitte des Landes. Genau da liegt Hanau.

Was macht das mit Menschen, wenn sie angesichts der Morde von Hanau begreifen: Ich bin gemeint?

Es macht ihnen panische Angst, und genau das ist das Ziel der Terroristen. Sie wollen Angst verbreiten. Oft verstecken Betroffene ihre Angst, um den Mördern nicht auch noch zu bestätigen, dass sie ihr Ziel erreicht haben. Sie werden bedroht und können noch nicht mal ihren Gefühlen freien Lauf lassen.

Und was hat Hanau mit Ihnen persönlich gemacht?

Die Gewalt hat ein Bild bekommen. Ich sehe mich selbst in dieser Shishabar, und schlimmer noch: Ich sehe Menschen, die ich kenne, dort hingehen. Die Gewalt war nie abstrakt. Der NSU war nicht abstrakt, der Mord an Walter Lübcke war nicht abstrakt, Halle war nicht abstrakt. Aber durch Hanau ist der Terror vor meiner Tür angekommen. Der Schock besteht darin, zu begreifen, dass es jederzeit jeden treffen kann.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier versprach allen Menschen, die durch rassistischen Hass bedroht werden, an ihrer Seite zu stehen, sie nicht allein zu lassen. Wie allein fühlt man sich als Angehöriger des Teils der Gesellschaft, gegen den gehetzt wird und in dem Menschen sterben?

Schon sehr allein. Es ist wirklich hart, mir das einzugestehen. Aber ich möchte meine Gefühle auch nicht mehr länger relativieren, indem ich sage, wie tröstlich es ist, was der Bundespräsident oder die Bundeskanzlerin sagen. Solange nichts passiert, solange sich der Rassismus ausbreitet und Terror wie der in Hanau nicht verhindert wird, fühle ich mich sehr allein.

Hat schon mal jemand wegen Ihres Aussehens die Straßenseite gewechselt?

Seit der Kölner Silvesternacht, wo es hieß, die kommen her, um unsere Frauen zu überfallen, wechselte ich präventiv die Straßenseite, wenn ich abends Frauen begeg-

ne. Ich will nicht, dass jemand Angst vor mir hat. Ich kenne viele Männer, die das machen. Das ist genau das, was mit dir passiert in einem rassistischen Umfeld. Du versuchst alles zu tun, damit kein Verdacht entsteht. Ich bin auch doppelt so freundlich wie andere. Das geht vielen Migranten so: Wir denken die Vorurteile mit und versuchen, sie durch unser nettes Verhalten zu kompensieren.

Migranten wie Sie fühlen sich offenbar schon sehr viel länger bedroht, als der Rest der Gesellschaft das wahrnimmt.

Was meinen Sie, was in den sozialen Netzwerken für Anfeindungen laufen! Aber auch auf den Straßen. Die Liste der mir bekannten Vorfälle ist lang. Sie ereignen sich überall im Land, aber wenige berichten darüber.

Nennen Sie ein paar Beispiele, bitte.

Eine 16-Jährige wird mit einer Bierflasche bewusstlos geschlagen. Ein älterer Mann tritt einen kleinen jungen vom Dreirad. Einer Frau wird ein brennendes Feuerzeug an das Kopftuch gehalten.

Was passiert mit den Opfern rechter Gewalt?

Die Betroffenen haben Angst um ihr Leben und um das ihrer Familie, Nachbarn, Freunde. Sie überlegen, ob sie noch ein Zuhause in Deutschland haben, ob sie Kinder in diese Welt setzen können.

Welche Art von Anfeindungen erleben Sie selbst?

Jeden Tag kriege ich Hasskommentare. Es muss immer wieder mal die Kommentarfunktion unter meinen Youtube-Videos gesperrt werden, weil das alles viel zu weit geht.

Bis hin zu Morddrohungen?

Ich bekomme auch Morddrohungen.

Konnten Sie sich vorstellen, dass es jemals so weit kommt?

Das war eine Frage der Zeit. Warum hätte es nicht dazu kommen sollen, wenn die AfD im Bundestag und in 16 Landesparlamenten sitzt und wenn man Björn Höcke, eine treibende Kraft dieser Partei, als Faschisten bezeichnen darf, weil er einer ist? Höcke macht nichts anderes als ein ▶

Michel Abdollahi

wurde 1981 in Teheran geboren. Seine Familie floh 1986 mit ihm vor dem Krieg im Iran nach Deutschland. Er studierte Jura und Islamwissenschaft, organisiert Poetry Slams, arbeitet als Journalist und Entertainer. Für seine Dokumentation „Im Nazidorf“ bekam er 2016 den Deutschen Fernsehpreis. Abdollahi moderiert die Late-Night-Shows „Der deutsche Michel“ und „Käpt'ns Dinner“ im NDR-Fernsehen.

islamistischer Prediger: Ängste schüren, die Menschen radikalisieren und gegeneinander aufhetzen.

Warum wurde die rechte Gefahr so lange banalisiert?

Weil auch ein Teil des Staatsapparats rechts ist oder bereits von rechts zu rechtsradikal driftet. Mit rechtsradikal meine ich Menschen, die wollen, dass auch gehandelt wird. Früher waren das die Neonazis mit ihren Glatzen und Springerstiefeln, die von der Gesellschaft geächtet wurden. Heute trägt der Rechtsradikale einen Anzug, hält im Bundestag Reden und bekommt Parteispenden in Millionenhöhe aus den höchsten Kreisen.

Wann wurde es in Deutschland bedrohlich für Menschen anderer Herkunft oder Hautfarbe?

Ich kenne es gar nicht anders. Als ich 1986 als Fünfjähriger herkam, weil in meiner Heimat Krieg herrschte, fiel mein Geburtstag durch die Umrechnung des persischen Kalenders auf den 20. April, auf Hitlers Geburtstag. Meinen Eltern wurde gesagt, sie sollten bloß nicht draußen Kindergeburtstag feiern, weil an diesem Tag gewaltbereite Neonazis unterwegs seien. Weil Iraner so gerne grillen, schafften wir uns später einen Schrebergarten an. Kaum lag der Kebab auf dem Grill, hissten Nachbarn in ihren Gärten die Reichskriegsflagge.

Haben Sie als Kind die Bedrohung gespürt?

Ich habe nicht verstanden, was da passiert, aber begriffen, dass meine Eltern sehr in Sorge waren. Die erste wirkliche Bedrohungslage, die ich selbst als solche empfunden habe, kam Anfang der 90er Jahre mit den Anschlägen in Rostock, Hoyerswerda, Solingen und Mölln. Das richtete sich gegen Türken, und wir wurden ja für Türken gehalten. Mit Türken meinte man alle dunkelhaarigen Menschen, also auch meine Familie und mich.

Trotzdem gaben Sie einem Klassenkameraden, dessen Bruder Neonazi war, Nachhilfe. Der muss das doch als Demütigung empfunden haben: Ein Ausländer ist schlauer als der eigene Bruder?

Solche Leute sagen ja: Dich mag ich, aber die anderen sollen weg. Erst wenn sie untereinander sind, wird es ungemütlich. Der Schulfreund ist übrigens immer noch mein Freund – und der Bruder inzwischen AfD-Anhänger.



Hamburger Jung: Abdollahi lebt seit 1986 in der Hansestadt

„Kaum lag der Kebab auf dem Grill, hissten die Nachbarn die Reichskriegsflagge“

Warum haben rechtsradikale Parteien, wie Republikaner oder DVU, die 90er Jahre nicht lang überdauert? Sie hatten für ihre Propaganda keine sozialen Netzwerke zur Verfügung.



Michel Abdollahi: „Deutschland schafft mich. Als ich erfuhr, dass ich doch kein Deutscher bin“, Hoffmann und Campe, 18 Euro

Sie haben sich vor ein paar Jahren mit einem Schild auf die Straße gestellt und als Muslim bezeichnet, der gern Fragen zu seiner Religion beantwortet. Mitten auf der schicken Hamburger Meile am Jungfernstieg wurden Sie Opfer verbaler Entgleisungen.

Und das in meiner Stadt Hamburg! Das war ganz dicht dran an mir. Ich hatte es eher satirisch gemeint, doch die Leute nahmen

das ernst. Das hat mich getroffen. **2016 bekamen Sie den Deutschen Fernsehpreis für die Dokumentation „Im Nazi-dorf“. Sie hatten sich vier Wochen in Jamel in Mecklenburg-Vorpommern einquartiert, wo außer einem Ehepaar fast alle Nazis sind. Wie ging es Ihren Eltern damit?**

Sie hatten große Sorge, fanden das gar nicht witzig. Aber heute muss ich sagen, und das

ist bitter: Es ist viel mutiger, in eine Shishabar zu gehen.

Welche Bedeutung für die heutige Lage messen Sie Thilo Sarrazins „Deutschland schafft sich ab“ von 2010 bei?

Mich schockierte, dass 1,5 Millionen Menschen es lasen und dass so viele seinen Pseudoargumenten folgten. Das lag sicherlich daran, dass Sarrazin ein Politiker ist, noch dazu der SPD, ein ehemaliger Finanzsenator und Bankenmanager. Solchen Leuten glaubt man.

Der Titel Ihres Buchs nimmt darauf Bezug: „Deutschland schafft mich“ – ist das eine Antwort auf Sarrazin?

Sarrazin hat die Islamophobie sichtbar gemacht und obendrein befeuert mit seinen kruden Thesen von der genetisch bedingten Dummheit. Auch ich möchte etwas sichtbar machen: nämlich die Lage derer, die unter dem Rassismus leiden, der sich unter anderem durch dieses üble Buch verschärft hat. Ich möchte denen eine Stimme geben, die keine haben.

Warum brauchen diese Menschen ein Sprachrohr?

Weil sie keine Lobby haben. Weil es zu wenige Migranten in einflussreichen gesellschaftlichen Positionen gibt. Und weil keiner sie fragt. Wenn es mal wieder Hass, Hetze oder Ausschreitungen gibt, wie 2018 in Chemnitz, kommen alle möglichen Experten zu Wort, auch rechte Hetzer, die in den Talkshows ihr Weltbild verbreiten. Betroffene sitzen in solchen Runden meist nicht. Deshalb mein Appell: Sprecht mit uns – nicht über uns!

Kennen Sie auch Deutsche ohne Migrationsgeschichte in der Familie, denen die Lage im Land Angst macht?

Alle, die Haltung zeigen und deshalb bedroht werden: Kommunalpolitiker, Ehrenamtliche, Seenotretter, Journalisten.

Auch Sie werden jedes Mal, wenn Sie sich öffentlich gegen Rechte und Rassismus stellen, bepöbelt, beleidigt und bedroht. Haben Sie die Sorge, dass das nach diesem Interview wieder passiert?

Das wird passieren. Aber das ist mir egal. Wenn ich etwas ändern möchte, muss ich die Wahrheiten laut aussprechen. Und ich sehe es als Privileg, das tun zu können. ✘



Kerstin Hellberg hofft, dass noch nie ein Migrant vorsorglich die Straßenseite gewechselt hat, um ihr

eine Angst zu nehmen, die sie gar nicht hat. Auch Fotograf **David Maupilé** sorgt sich vor allem um die Opfer von Hass und Rassismus

Attentäter war laut Gutachten psychisch krank

Es gebe klare Anzeichen für eine paranoide Schizophrenie. Doch trotz eingeschränkter Steuerungsfähigkeit habe der Täter die rassistischen Morde "planvoll" vorbereitet.

Quelle: ZEIT ONLINE



Der Täter hatte im Februar in Hanau neun Menschen ermordet, die er für Ausländer hielt. © John MacDougall/AFP/Getty Images

Der Attentäter von Hanau litt an einer psychischen Erkrankung, die sich auf fatale Weise mit Rassismus vermischt hatte. Das geht aus einem neuen Gutachten hervor, welches der forensische Psychiater Henning Saß im Auftrag der Bundesanwaltschaft erstellt hat und das dem *Spiegel* vorliegt.

Laut der rund 140 Seiten langen Expertise sieht der Gutachter beim Täter klare Anzeichen für eine paranoide Schizophrenie. Auf die Geistesstörung sei eine "rechtsradikale Ideologie" aufgesetzt gewesen, die "fremdenfeindliche, rassistische und völkische Elemente" enthalten habe.

Laut des *Spiegels* beschreibt Saß die Gedankenwelt des Attentäters als "eigentümliche Amalgamierung": "krankheitsbedingte Fantasien" und "politisch-ideologischer Fanatismus" seien untrennbar verwoben gewesen.

Fantasien über die Auslöschung ganzer Völker und Kulturen

Der Attentäter sah sich laut des Gutachters seit Jahren als Opfer einer groß angelegten Verschwörung. Zu den Wahnvorstellungen kamen zunehmend ausgeprägter Rassismus und "Fantasien über die Auslöschung ganzer Völker und Kulturen".

Saß kommt dem Bericht zufolge zu dem Schluss, dass der Attentäter massiv in seiner Fähigkeit eingeschränkt war, "sich reflektierend mit der eigenen, krankhaft verformten Weltansicht"

auseinanderzusetzen. Trotz eingeschränkter Steuerungsfähigkeit habe er die rassistischen Morde "planvoll" vorbereitet.

Am 19. Februar hatte der 43-jährige Tobias R. in Hanau neun Menschen mit ausländischen Wurzeln aus rassistischen Motiven getötet. Nach seinen Angriffen auf Bars und einen Kiosk tötete er seine 72-jährige Mutter und sich selbst. Beide wurden zu Hause tot aufgefunden. Für die posthum erstellte Analyse wertete der Gutachter unter anderem Pamphlete und Videos aus, die der Attentäter hinterlassen hatte.

Frankfurter allgemeine Sonntagszeitung 06.12.2020

Könnten sie noch leben?

Im Februar erschoss Tobias R. in Hanau neun Menschen mit Migrationshintergrund, danach seine Mutter und sich selbst. Angehörige der Opfer machen der Polizei schwere Vorwürfe.

Von Julian Staib

Unter den jungen Männern in schwarzen Jacken und Sportshosen ist plötzlich eine Bewegung auszumachen. Sie gehen in Richtung des Innenraums der Hanauer „Arena Bar“. Die Videoaufnahme ist ohne Ton. Doch mutmaßlich haben sie zu dem Zeitpunkt draußen die Schüsse gehört. Kurz danach beginnen die Männer zu rennen. Zunächst versuchen sie, in der Ecke der L-förmigen Bar eine Tür zu öffnen. Ein Mann mit schwarzer Baseballkappe zieht am Türgriff und stemmt sich mit der anderen Hand gegen die Wand. Vergeblich, die Tür geht nicht auf.

Sattledessen suchen die fünf Männer Schutz hinter einer Säule. Doch die ist zu schmal für sie zusammen. Sie ducken sich hintereinander, fassen jeweils an die Schultern oder den Rücken des Vordermannes, der Vorderste die Hände an der Säule. Der Täter in grüner Jacke kommt herein, schießt zuerst auf den gebühlernten Mann, der am Tresen sitzen geblieben ist und daraufhin zu Boden stürzt, dann in Richtung der Männer hinter der Säule. Die bilden eine Menschenkette, die hin und her wagt, wie bei einer furchtbaren Polonaise. Doch die bisher unveröffentlichte Aufnahme der Videokameras vor Ort zeigen: Es gibt keinen Ausweg. Zwei werden tödlich getroffen. Wäre alles anders gekommen, wenn die Tür offen gewesen wäre?

Mehrere Angehörige der Opfer von Hanau und zwei Überlebende des Anschlags haben deswegen nun eine Straf-

anzeige gegen unbekannt beim Generalbundesanwalt eingereicht. Sie enthält schwere Anschuldigungen gegen die Polizei. In der Anzeige heißt es, in der „Arena Bar“ sei an jenem Abend am 19. Februar der Notausgang abgeschlossen und der Fluchtweg verbart gewesen, ein Anfangsverdacht für das Vorliegen einer „fahrlässigen Tötung“ sei damit gegeben. Weiter heißt es, es lägen „Anhaltspunkte dafür vor, dass der Notausgang auf die Auflockerung von Polizeibeamten hin verschlossen war“ beziehungsweise dass diese davon gewusst hätten. Somit liege „der Anfangsverdacht eines Tötungsdelikts durch Unterlassen“ vor.

Die Mordt, die in der Nacht auf den 20. Februar dieses Jahres in Hanau geschahen, erschütterten die Bundesrepublik. Neun Menschen erschoss der 43-jährige Tobias R. Erst in der Hanauer Innenstadt, dann draußen im Viertel „Kesseltadt“. Dort mordete er nur einen Steinwurf entfernt von dem Haus, in dem er mit seinen Eltern lebte. Danach erschoss er seine Mutter und sich selbst. Seine Opfer wählte er gezielt aus. Wenn man den Migrationshintergrund nicht im Gesicht ablesen konnte, den verschonte er. Nach einem posthum erstellten Gutachten litt er an einer psychischen Erkrankung, die sich mit einem Rassenwahn vermischte. Es gebe klare Hinweise auf eine Schizophrenie, wurde kürzlich aus dem Gutachten zitiert. „Krankheitsbedingte Phantasien“ und „politisch-ideologischer Fanatismus“ seien bei R. unternahmbar verworben gewesen.

Die Stadt Hanau ist von den Taten weiterhin tief getroffen. Anders als bei früheren rassistischen Morden schweigen die Angehörigen nicht. Sie treffen sich weiterhin, tragen die Namen ihrer Kinder und Geschwister in die Welt, immer wieder und immer noch wütend. Aus vielen ihrer Äußerungen spricht ein tiefes Misstrauen gegen den Staat und die Sicherheitsbehörden. Von Letzteren fühlen sie sich im Stich gelassen, ja teilweise verraten. Warum seien ihre Kinder ohne ihre Zustimmung obduziert worden, warum habe man sie nicht anständig über deren Tod informiert, sie stattdessen teilweise selbst verlichthigt, fragen sie. Zuweilen wirkt ihre Wut wie eine Trauerbewältigung.

Eine Frage beschäftigt sie besonders: Wie lange dauerte es, bis die Polizei zu den Tätern in der Kesseltadt kam? Auf den Aufnahmen der sechs Videokameras im Kiosk „24/7“ und der „Arena Bar“ ist eine Uhrzeit abgebildet. Die Uhr ging einige Minuten vor, die eigentliche Tötzeit war wohl etwas später. Doch lässt sich der zeitliche Abstand zwischen der Tat und dem Eintreffen der Polizei ablesen. Der Täter kam um 21:59 Uhr und 21 Sekunden in den Kiosk. Nur rund neun Sekunden blieb er dort, gab eine erhebliche Anzahl von Schüssen ab und ermordete drei Menschen. Dann rannte er nach nebenan, die durch einen Flur mit dem Kiosk verbundene „Arena Bar“, in der er etwas weniger als zwanzig Sekunden verbrachte. In beiden Räumen hielt er sich also

zusammen nicht einmal eine halbe Minute auf.

Auf den Videos ist zu sehen, wie präzise Tobias R. vorging. Die Menschen, auf die er schießt, fallen einer nach dem anderen um. Innerhalb von Sekunden. Es wirkt wie in einem Computerspiel. R. war geschult, hatte ein Schießtraining in der Slowakei absolviert und besaß einen Waffenschein. Er war seit Jahren Mitglied in einem Schützenverein. Legal durfte er zwei Waffen besitzen, obwohl er sich schon rassistisch und mit wirren Verschwörungstheorien geäußert hatte.

Auf den Videoaufnahmen ist zu sehen, wie mehrere Personen am Täter unmittelbar nach den Schüssen in ihr Handy sprechen, mutmaßlich rufen sie die Polizei an. Danach laufen sie ungerührt hin und her – und warten. Um 22 Uhr und 21 Sekunden, also sieben Minuten nach dem ersten Schuss, ist auf den Videoaufnahmen erstmals die Reflexion eines Blaulichtes in einer Fensterscheibe zu sehen. Ziemlich genau zehn Minuten nach dem Täter kommt ein Polizist in den Raum, um 22:03 Uhr und 34 Sekunden.

Warum dauerte es so lange, bis die Polizei eintraf, fragten die Angehörigen. Noch schwerer wiegt die Frage, ob die beiden jungen Männer noch am Leben waren, wenn der Notausgang in der Bar zugänglich und nicht abgeschlossen gewesen wäre. „Es gab keinen Fluchtweg, alle Türen waren zu“, gab der Überlebende Pitr M. bei seiner polizeilichen Vernehmung am 20. Februar laut Strafanzeige an. M. ist auch einer der Anzeigenge-

statter. In der Anzeige heißt es, in der Bar hätten ein freier Fluchweg und ein von innen ohne Hilfsmittel zu öffnender Notausgang gefehlt. „Es gab lediglich einen einzigen Eingang und durch diesen betrat R. den Raum.“

Der Notausgang liegt in der „Arena Bar“ am Ende eines Ganges, der parallel zur Bar verläuft. Um dorthin zu gelangen, hätten die Männer den Aitentäter entgegenlaufen müssen. Direkt durch die Bar zum Notausgang kamen sie auch nicht, dort befindet sich der Lagerraum. In der Strafanzeige heißt es, die Bar sei Ende 2017 oder Anfang 2018 umgebaut worden, ein Lagerraum sei hinter dem Tresen errichtet worden, dadurch sei der Fluchtweg zum Notausgang gesperrt worden. „Grundsätzlich“ aber sei der Notausgang am Tag sowie auch im ungenutzten Zeitraum der vorangegangenen zwei Jahre von innen abgeschlossen gewesen. Das hätten Leute, die regelmäßig die Bar besuchten, gewusst, heißt es unter Berufung auf eine Aussage von M.

Es gebe „Anhaltspunkte dafür, dass örtliche Polizeibeamte von dem zugebauten Fluchtweg und dem verschlossenen Notausgang der Arena Bar wussten beziehungsweise dieser sogar auf deren Anordnung hin abgeschlossen war“, heißt es weiter in der Strafanzeige. Dem Betreiber der Bar seien Razzien, die es in der Bar häufig gegeben haben soll, vorher bekannt gewesen, da er jeweils „Vorbereitungen“ getroffen habe, heißt es in der Anzeige. In Hanau erzählt man, der Betreiber habe zusätzliche Spielautomaten,

von denen er eigentlich nur weniger habe aufstellen dürfen, jeweils kurz vor den Razzien weggeräumt. In der Anzeige steht weiter, die Polizei habe bei Razzien „den Notausgang nicht gesichert“, das lege „den Schluss nahe, dass die durchsuchenden Polizeibeamten von dem abgeschlossenen Notausgang wussten beziehungsweise dieser sogar auf deren Hinweis hin verschlossen war“. In der Anzeige werden die Namen und Adressen von 16 Zeugen aufgelistet. Vielleicht wären Hamza K. und Said Nesar H. noch am Leben, wäre die Fluchtroute offen gewesen.

Ein Sprecher des Generalbundesanwalts wollte sich nicht zu der Strafanzeige äußern. Die Bundesanwaltschaft ermittelt zu R. und möglichen Mitätern oder Mitwissern. Für alles andere ist die Staatsanwaltschaft Hanau zuständig. Diese hat die Strafanzeige durch die Bundesanwaltschaft erhalten. Derzeit werde geprüft, ob „ein Anfangsverdacht einer fahrlässigen Tötung und/oder anderer Delikte vorliegt“, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Hanau. Diese Prüfung werde aufgrund ihrer Komplexität einige Zeit in Anspruch nehmen. Von der Polizei Siedelthessen, in deren Zuständigkeit Hanau liegt, heißt es: „Grundsätzlich ergeht durch die Polizei niemals eine Weisung oder Aufforderung, Notausgänge zu verschließen oder auf andere Weise zu versperren.“ Im Gegenteil: Bei derartigen Verstöße würden umgehend die zuständigen Dienststellen informiert.

Anschlag vom 19. Februar – Vater von Hanau-Attentäter: Rassistische Äußerungen und Anzeige gegen OB Kaminsky (Hanauer Anzeiger, 16.12.2020)

Nach dem rassistisch motivierten Anschlag vom 19. Februar in Hanau sorgt der Vater des Attentäters für Schlagzeilen. Er soll auch Hanaus Oberbürgermeister Claus Kaminsky angezeigt haben.

- Am 19. Februar 2020 kommt es in Hanau zu einem rassistisch motivierten Anschlag, bei dem neun Menschen mit Migrationshintergrund getötet werden.
- Der Vater des Attentäters von Hanau fällt durch rassistische und verschwörungsideologische Aussagen auf.
- Der Oberbürgermeister von Hanau, Claus Kaminsky (SPD), erhält eine Anzeige vom Vater des Attentäters.

Hanau – Der 73-Jährige soll in den letzten Monaten unter anderem mehrere Anzeigen rassistischen Inhalts gestellt haben, berichtet der „Spiegel“ auf seinen Online-Seiten. Er habe abstruse Verschwörungstheorien zum Attentat aufgestellt und sogar die Tatwaffen zurückgefordert. Und er stellte Strafanzeige gegen den Hanauer Oberbürgermeister Claus Kaminsky (SPD) und die Erste Kreisbeigeordnete des Main-Kinzig-Kreises, Susanne Simmler (SPD).

Nach Recherchen unserer Zeitung soll der Vater bereits seit Jahren immer wieder auffällig gewesen sein, sich auch ausländerfeindlich geäußert haben. Die Bundesanwaltschaft, die die Ermittlungen zum Hanau-Attentat leitet, erklärte noch im Februar, der Vater sei im Kontakt mit den Behörden aufgefallen, etwa durch Beschwerdeschreiben. Anhaltspunkte für eine Verwicklung in die Tat seines Sohnes fanden sich aber nicht.

Nach rassistischem Anschlag vom 19. Februar in Hanau: Vater wurde als Zeuge vernommen

Der Vater war im Rahmen des Ermittlungsverfahrens als Zeuge vernommen worden, nicht als Beschuldigter. Die „Bild“ hatte wenige Tage nach der Tat berichtet, der Vater werde in einer Psychiatrie behandelt. Wie es mit dem Mann im Anschluss weiterging und vor allem, wo er sich heute aufhält, wurde nicht bekannt.

Nun zeige sich aber, „in welchem Ausmaß auch der Vater des Attentäters rechtsextrem inspirierten Verschwörungstheorien anhängt“, heißt es in dem gestern erschienenen Spiegel-Bericht. Laut Vernehmungsprotokollen behauptet der Vater, sein Sohn sei Opfer einer weltweit agierenden Geheimdienstorganisation geworden, die seinen Sohn getötet habe. Währenddessen habe ein als sein Sohn verkleideter Agent die Morde begangen.

Vater des Attentäters vom 19. Februar in Hanau: Durch Verfolgungswahn aufgefallen

Bei dem Anschlag in Hanau hatte der 43-Jährige am 19. Februar neun Menschen mit Migrationshintergrund erschossen, anschließend seine Mutter und dann sich selbst.

Die Namen der am 19. Februar in Hanau Getöteten:

- Ferhat Unvar (23)
- Mercedes Kierpacz (35)
- Sedat Gürbüç (30)
- Gökhan Gültekin (37)
- Hamza Kurtović (20)
- Kaloyan Velkov (33)
- Vili Viorel Păun (23)
- Said Nesar Hashemi (21)
- Fatih Saraçoğlu (34)
- Gabriele Rathjen (72)

Der Vater des Attentäters falle wie sein Sohn nicht nur durch Verfolgungswahn, sondern auch durch rassistische Äußerungen auf, so der „Spiegel“, der eine Reihe von Beispielen aufführt. Der 73-Jährige soll unter anderem im Bürgerbüro der Stadt verlangt haben, nur von deutschen Mitarbeitern bedient zu werden, einen Schutzhund gegen Ausländer gefordert, die Herausgabe der Tatwaffen seines Sohnes verlangt haben sowie die Entfernung aller Gedenkstätten, die in Hanau an die Opfer des 19. Februar erinnern.

Nach rassistischem Anschlag in Hanau: Anzeige gegen OB Kaminsky

Die unzähligen Eingaben des 73-Jährigen seien „zum Teil wirr, aber vor allem durchzogen von rassistischen und verschwörungsideologischen Sätzen und Bemerkungen, manches scheint wahnhaft“, schreibt das Nachrichtenmagazin. Unter anderem klagte der Mann, „dass seine Rasse als Bestandteil des deutschen Volkes benachteiligt wird“. Und andere Stellen lesen sich demnach wie Drohungen.

Der Vater des Attentäters hat auch gegen Hauaus OB Claus Kaminsky und die Erste Kreisbeigeordnete Susanne Simmler Anzeige erstattet – laut „Spiegel“ unter anderem wegen angeblichen Kidnappings und Freiheitsberaubung. Die Anzeige habe zu staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen geführt, bestätigten sowohl Kaminsky wie auch Simmler gestern auf Nachfrage unserer Zeitung.

Hanaus OB Claus Kaminsky: Sorge um die Sicherheit der Bevölkerung

Für weitere Auskünfte verwiesen beide an die Staatsanwaltschaft. Oberstaatsanwalt Dominik Mies gab sich auf Nachfrage hingegen zugeknöpft: „Ich kann Ihnen bestätigen, dass bei der Staatsanwaltschaft Hanau mehrere Anzeigen im Nachgang der Tat vom 19.2.2020 eingegangen sind. Ich bitte Sie um Verständnis, dass ich deren Inhalt nicht kommentieren und/oder bewerten kann und vor dem Hintergrund von Persönlichkeitsrechten daran gehindert bin, Ihnen Namen von beanzeigten Personen zu nennen“, so Mies per E-Mail.

Kaminsky zeigte sich gegenüber unserer Zeitung zudem besorgt. „Was der ‚Spiegel‘ in dem aktuellen Artikel zusammengetragen hat, ist sehr besorgniserregend. Ich habe mich deshalb bereits an den Polizeipräsidenten gewandt, das Telefonat steht allerdings noch aus“, so der OB in einer Stellungnahme. Er wolle Polizeichef Eberhard Möller die dringende Bitte vortragen, die beschriebenen Sachverhalte „unter dem Aspekt der Sicherheit der Hanauer Bevölkerung“, aber auch des Vaters des Attentäters zu bewerten und zu reagieren.

Kritik der Linken im Landtag: Vater des Attentäters von Hanau bereits früher durch Rassismus aufgefallen
Der Bericht des „Spiegel“ zog am Dienstag (16.12.2020) Kreise bis in den Landtag nach Wiesbaden. Saadet Sönmez, migrations- und integrationspolitische Sprecherin der Fraktion „Die Linke“ im Hessischen Landtag, erklärte laut Mitteilung: „Es ist völlig unverständlich, warum die Ermittlungsbehörden den sich offen rassistisch verhaltenden Vater des Attentäters gewähren lassen und nicht genauer unter die Lupe nehmen.“ Seit Jahren sei der Mann bei Behörden durch rassistische Verhaltensweisen aufgefallen, und offenbar sei er stolz auf die schreckliche Tat seines Sohnes.

Wir fragen nicht nur, ob er eine Gefahr ist. Wir fragen auch: war Tobias R. tatsächlich ein Einzeltäter - wie es die Ermittlungsbehörden behaupten, um den Fall zu den Akten zu legen?
(2/2) #SayTheirNames

— Initiative 19. Februar Hanau (@19FebruarHanau) December 15, 2020

Die Linke fordert: Tatwaffe darf nicht in Hände des Vaters des Attentäters von Hanau geraten

Auch müsse durch die Ermittlungsbehörden geprüft werden, inwiefern das Verhalten weitere Straftatbestände erfülle. Schließlich habe er die Opfer seines Sohnes als Täter bezeichnet und Gedenkveranstaltungen als „Volksverhetzung“. Hierin könnte ein Verunglimpfen des Andenkens Verstorbener begründet sein, durch weitere Verhaltensweisen könnten auch Delikte wie Volksverhetzung verwirklicht sein, vermutet Sönmez.

Die Linken-Politikerin fordert nun, dass die hessischen Ermittlungsbehörden aktiv werden sollen. Unter keinen Umständen dürften die Tatwaffe oder sonstige Waffen in die Hände dieses Mannes gelangen. Wenn der 73-Jährige eine Waffenbesitzkarte habe, müsse sie ihm schnellstens entzogen werden, so Sönmez weiter.
(Von Christian Spindler und Christian Dauber)

In Gedenken an die Opfer rassistischer und faschistischer Gewalt -seit 1990*-

† 06. Mär 1990 Mahmud Azhar
 † 07. Okt 1990 Andrzej Fraczkak
 † 25. Nov 1990 Amadeu Antonio Kiowa
 † 11. Dez 1990 Klaus-Dieter Reichert
 † 28. Dez 1990 Nihat Yusufoglu
 † 01. Jan 1991 Alexander Selchow
 † 06. Jan 1991 Unbekannter Obdachloser
 † 31. Mär 1991 Jorge João Gomondai
 † 04. Jun 1991 Helmut Leja
 † 15. Jun 1991 Agostinho Comboio
 † 19. Sep 1991 Samuel Kofi Yeboah
 † 22. Sep 1991 Wolfgang Auch
 † 13. Nov 1991 Mete Eksi
 † 03. Dez 1991 Gerd Himmstädt
 † 12. Dez 1991 Timo Kählke
 † 05. Jan 1992 Ingo Ludwig
 † 31. Jan 1992 Dreiköpfige
 † 31. Jan 1992 Familie
 † 31. Jan 1992 aus Sri Lanka
 † 04. Mär 1992 Matthias Knabe
 † 15. Mär 1992 Dragomir Christinel
 † 19. Mär 1992 Ingo Finern
 † 22. Mär 1992 Gustav Schneeclaus
 † 04. Apr 1992 Erich Bosse
 † 24. Apr 1992 Nguyễn Văn Tú
 † 11. Mai 1992 Thorsten Lamprecht
 † 01. Jul 1992 Emil Wendland
 † 08. Jul 1992 Sadi Berisha
 † 01. Aug 1992 Dieter Klaus Klein
 † 03. Aug 1992 Ireneusz Szyderski
 † 24. Aug 1992 Frank Bönisch
 † 05. Sep 1992 Günter H. Schwannecke
 † 23. Okt 1992 Waltraud Scheffler
 † 07. Nov 1992 Rolf Schulze
 † 13. Nov 1992 Karl-Hans Rohn
 † 21. Nov 1992 Alfred Salomon
 † 21. Nov 1992 Silvio Meier
 † 23. Nov 1992 Bahide Arslan
 † 23. Nov 1992 Yeliz Arslan
 † 23. Nov 1992 Ayşe Yilmaz
 † 15. Dez 1992 Bruno Kappi
 † 18. Dez 1992 Hans-Jochen Lommatzsch

† 28. Jul 1993 Hans-Georg Jakobson
 † 16. Okt 1993 Unbekannter Obdachloser
 † 07. Dez 1993 Bakary Singateh
 † 18. Feb 1994 Ali Bayram
 † 05. Mai 1994 Eberhart Tennstedt
 † 28. Mai 1994 Klaus R.
 † 29. Jun 1994 Halim Dener
 † 23. Jul 1994 Beate Fischer
 † 26. Jul 1994 Jan Wnenczak
 † 06. Aug 1994 Gunter Marx
 † 06. Nov 1994 Piotr Kania
 † 20. Nov 1994 Michael Gäbler
 † 05. Feb 1995 Horst Pultner
 † 03. Jun 1995 Peter T.
 † 16. Jul 1995 Dagmar Kohlmann
 † 07. Sep 1995 Klaus-Peter Beer
 † 18. Jan 1996 Monica Maiamba Bunga
 † 18. Jan 1996 Nsuzana Bunga
 † 18. Jan 1996 Françoise Makodila Landu
 † 18. Jan 1996 Christine Makodila
 † 18. Jan 1996 Miya Makodila
 † 18. Jan 1996 Christelle Makodila Nsimba
 † 18. Jan 1996 Legrand Makodila Mbongo
 † 18. Jan 1996 Jean-Daniel Makodila Kosi
 † 18. Jan 1996 Rabia El Omari
 † 18. Jan 1996 Sylvio Bruno C. Amoussou
 † 03. Feb 1996 Patricia Wright
 † 20. Feb 1996 Sven Beuter
 † 15. Mär 1996 Martin Kemming
 † 08. Mai 1996 Bernd Grigol
 † 13. Jul 1996 Boris Morawek
 † 19. Jul 1996 Werner Weickum
 † 01. Aug 1996 Andreas Götz
 † 23. Okt 1996 Achmed Bachir
 † 08. Feb 1997 Frank Böttcher
 † 13. Feb 1997 Antonio Melis
 † 23. Feb 1997 Stefan Grage
 † 17. Apr 1997 Olaf Schmidke
 † 17. Apr 1997 Chris Danneil
 † 22. Apr 1997 Horst Gens
 † 30. Apr 1997 Phan Van Toau
 † 08. Mai 1997 Augustin Blotzki
 † 23. Sep 1997 Matthias Scheydt
 † 27. Sep 1997 Georg Jürgen Uhl
 † 17. Okt 1997 Josef Anton Gera
 † 26. Mär 1998 Jana Georgi
 † 30. Aug 1998 Erich Fisk
 † 29. Dez 1998 Nuno Lourenço
 † 13. Feb 1999 Farid Guendoul

† 17. Mär 1999 Egon Efferts
 † 09. Aug 1999 Peter Deutschmann
 † 15. Aug 1999 Carlos Fernando
 † 03. Okt 1999 Patrick Thürmer
 † 06. Okt 1999 Kurt Schneider
 † 08. Okt 1999 Hans-Werner Gärtner
 † 01. Nov 1999 Daniela Peyerl
 † 01. Nov 1999 Karl-Heinz Lietz
 † 01. Nov 1999 Horst Zillenbiller
 † 01. Nov 1999 Ruth Zillenbiller
 † 29. Dez 1999 Jörg Danek
 † 31. Jan 2000 Bernd Schmidt
 † 29. Apr 2000 Helmut Sackers
 † 25. Mai 2000 Dieter Eich
 † 31. Mai 2000 Falko Lüdtkke
 † 14. Jun 2000 Alberto Adriano
 † 14. Jun 2000 Thomas Goretzky
 † 14. Jun 2000 Yvonne Hachtkemper
 † 14. Jun 2000 Matthias L. v. Weitowitz
 † 24. Jun 2000 Klaus-Dieter Gerecke
 † 09. Jul 2000 Jürgen Seifert
 † 27. Jul 2000 Norbert Plath
 † 11. Sep 2000 Enver Şimşek
 † 12. Sep 2000 Malte Lerch
 † 04. Nov 2000 Belaid Baylal
 † 25. Nov 2000 Eckhardt Rütz
 † 26. Mär 2001 Fred Blanke
 † 28. Mär 2001 Willi Worg
 † 22. Apr 2001 Mohammed Belhadj
 † 24. Mai 2001 Axel Urbanietz
 † 13. Jun 2001 Abdurrahim Özüdoğru
 † 27. Jun 2001 Süleyman Taşköprü
 † 09. Aug 2001 Dieter Manzke
 † 09. Aug 2001 Klaus-Dieter Hams
 † 17. Aug 2001 Dorit Botts
 † 29. Aug 2001 Habil Kiliç
 † 09. Sep 2001 Arthur Lampel
 † 06. Nov 2001 Ingo Binsch
 † 15. Mai 2002 Klaus Dieter Lehmann
 † 23. Mai 2002 Kajrat Batesov
 † 01. Jun 2002 Ronald Masch
 † 13. Jul 2002 Marinus Schöberl
 † 10. Aug 2002 Ahmet Sarlak
 † 27. Jan 2003 Hartmut Balzke
 † 21. Mär 2003 Andreas Oertel
 † 29. Mär 2003 Enrico Schreiber
 † 20. Apr 2003 Günter T.
 † 10. Jul 2003 Gerhard Fischöder
 † 04. Okt 2003 Thomas K.
 † 07. Okt 2003 Hartmut Nickel

† 07. Okt 2003 Mechthild Bucksteeg
 † 07. Okt 2003 Alja Nickel
 † 06. Dez 2003 Petros C.
 † 06. Dez 2003 Stefanos C.
 † 20. Dez 2003 Viktor Filimonov
 † 20. Dez 2003 Aleksander Schleicher
 † 20. Dez 2003 Waldemar Ickert
 † 21. Jan 2004 Oleg Valger
 † 30. Jan 2004 Martin Görges
 † 25. Feb 2004 Mehmet Turgut
 † 07. Jan 2005 Laya-Alama Condé
 † 07. Jan 2005 Oury Jalloh
 † 28. Mär 2005 Thomas Schulz
 † 09. Jun 2005 İsmail Yaşar
 † 15. Jun 2005 Theodoros Boulgarides
 † 01. Jan 2005 Unbekannter Mann
 † 26. Nov 2005 Tim Maier
 † 04. Apr 2006 Mehmet Kubasik
 † 06. Apr 2006 Halit Yozgat
 † 06. Mai 2006 Andreas Pietrzak
 † 01. Jan 2007 Andreas F.
 † 25. Apr 2007 Michèle Kiesewetter
 † 14. Jul 2007 M. S.
 † 26. Apr 2008 Peter Siebert
 † 22. Jul 2008 Bernd Köhler
 † 01. Aug 2008 Hans-Joachim Sbrzesny
 † 06. Aug 2008 Nguyễn Tấn Dũng
 † 13. Aug 2008 Rick Langenstein
 † 24. Aug 2008 Marcel Wigger
 † 06. Aug 2008 Karl-Heinz Teichmann
 † 01. Jul 2009 Marwa El-Sherbini
 † 14. Mai 2010 Sven M.
 † 24. Okt 2010 Kamal Kılıade
 † 27. Mär 2011 Duy-Đoàn Phạm
 † 19. Mai 2011 Christy Schwundeck
 † 02. Jun 2011 André Kleinau
 † 05. Apr 2012 Burak Bektaş
 † 16. Jun 2012 Klaus-Peter Kühn
 † 30. Sep 2012 Karl Heinz L.
 † 23. Okt 2014 Charles Werobe
 † 25. Dez 2014 Thai Son Nguyen
 † 20. Sep 2015 Luke Holland
 † 22. Jul 2016 Sevdâ Dağ
 † 22. Jul 2016 Hüseyin Dayıçık
 † 22. Jul 2016 Selçuk Kılıç
 † 22. Jul 2016 Giuliano-Josef Kollmann
 † 22. Jul 2016 Can Leyla
 † 22. Jul 2016 Janos Roberto Rafael
 † 22. Jul 2016 Armela Segashi
 † 22. Jul 2016 Sabina Sulaj
 † 22. Jul 2016 Dijamant Zabërgja
 † 09. Sep 2016 Klaus B.
 † 20. Sep 2016 Eugeniu Boțnari
 † 19. Okt 2016 Daniel Ernst
 † 14. Apr 2017 Shaden M.
 † 01. Mär 2017 Ruth K.
 † 17. Apr 2018 Christopher W.
 † 17. Sep 2018 Amad Ahmad
 † 26. Feb 2019 Rooble Warsame



† 27. Dez 1992 Sahin Calisir
 † 15. Jan 1993 Karl Sidon
 † 24. Jan 1993 Mario Jödecke
 † 25. Feb 1993 Mike Zerna
 † 09. Mär 1993 Mustafa Demiral
 † 12. Mär 1993 Hans-Peter Zarse
 † 26. Apr 1993 Matthias Lüders
 † 29. Mai 1993 Gürsün İnce
 † 29. Mai 1993 Hatice Genç
 † 29. Mai 1993 Hülya Genç
 † 29. Mai 1993 Saime Genç
 † 29. Mai 1993 Gülüstan Öztürk
 † 05. Jun 1993 Horst Hennemersdorf

#NiemandIstVergessen

Digital findet ihr das Plakat unter: randgestalten.noblogs.org
 nigra@liberlin.wordpress.com | berlin.niemandistvergessen.net

*Zwischen 1949-1990 wurden die Opfer rechter Gewalt weder von Medien noch vom Staat einwöchlich erinnert. Daher beginnt unsere Liste erst ab 1990.

#SayTheirNames

Dieses Plakat erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.
 Die Dunkelziffer geht weit über die bekannten Fälle hinaus.

Quellen: opfer-rechter-gewalt.de
 tagesspiegel.de
 wikipedia.de

Stand: Mai 2020

Foto: B. Böhmermann/Contrasto.com - Foto: das fremdenland - Bild: 125000000